

wenn ich weiß, daß der Preis nicht geregelt werden kann. Erinnere dich zurück an die drei Fakten: Preis, Produzentenpreis und Lohn. Dann haben wir gekoppelt, und jetzt findet ihr zu einem System zurück, mit dem unsere Vertreter nicht einverstanden sein können!" – Abg. Buchberger: „Du mußt das seitenverkehrt sehen!" Genauso ist es. Es liegen beide Dinge auf der Waagschale, da sind es 3 Prozent bei den Molkereiarbeitern, und da sind es nicht einmal eineinhalb Prozent bei den Bauern. Und das können wir unseren Leuten nicht erklären. (Abg. Grillitsch: „Die Arbeiter in den Betrieben wissen, wie das ist!") Das ist die Realität. Wirklich zum Schluß ein persönlicher Wunsch zur ganzen EG-Diskussion. Der Beitritt wird nicht morgen passieren. Wenn man bedenkt, daß die Vorverhandlungen für das Freihandelsabkommen des Jahres 1972 im Jahre 1961 begonnen haben, das waren elf Jahre, dann wird der Zeitraum deutlich sichtbar. Umso wichtiger ist es, glaube ich, daß uns die ganze Sache nicht unvorbereitet trifft, das heißt Wettbewerbsfähigkeit jetzt stärken und ausbauen. Ich sage es noch einmal: Beitrittsantrag stellen, Richtmengenregelung, Viehbestandsobergrenzen, Lebensmittelrecht, Grundverkehr, genau abklären, mit der Qualität mehr denn je heute beginnen und größten Wert darauf legen. Uns geht es aber, unabhängig von einem eventuellen EG-Beitritt, um die Absicherung einer flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft durch die Republik Österreich. Es handelt sich hier um eine staatspolitische Aufgabe und um keine parteipolitische. Das wollte ich mit aller Entschiedenheit gesagt haben. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL. – 11.56 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Vollmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Vollmann (11.56 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich komme aus einem Bezirk, wo das Nebeneinander von Arbeitern, Angestellten und Bauern eine Selbstverständlichkeit ist, weil man inzwischen in den vielen Jahren der Tätigkeit begriffen hat, daß es gerade in dieser Frage nur ein Miteinander, und nicht ein Gegen-einander gibt. Und weil gerade in jenen Zeiten, in denen die verstaatlichte Industrie in der Mur-Mürz-Furche in solche Probleme gekommen ist, auch ein jeder begriffen hat, daß, wenn es das Miteinander nicht gibt, es dann auch Einkommenseinbußen und Probleme für jede dieser Berufsgruppen gibt. Und sie zeigen sich auch in diesen Problematiken, daß es gerade, und das sicher auch bezirksüberschreitend, Herr Präsident, diese Problematiken für alle gibt, und nicht nur für einen. Ich bin immer wieder der Meinung, daß die Frage der klassenkämpferischen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern, Angestellten und Bauern sicherlich nicht der Zeit entspricht, und ich bin immer auch dafür, daß all diese Dinge nicht mit Euphorie und Hysterie betrieben werden, daß die Probleme und Anliegen der Bauern gesehen werden und sich jede einzelne Gruppe, da gebe ich dir ganz recht, darüber bewußt sein sollte, daß es um ihr Ganzes geht. Ich finde die Auseinandersetzung der einzelnen Gruppen bei den Bauern genauso schlecht wie bei den Arbeitern und bei den Angestellten. Das hat mich eigentlich veranlaßt, auch heute ein bißchen etwas zu

sagen, weil ich glaube, daß diese Auseinandersetzung die schlechteste ist, die es gibt.

Der Herr Kollege Schützenhöfer hat die Gruppe 0 dazu benutzt, um wieder einmal Angriffe gegen die steirische Arbeiterkammer und gegen ihren Präsidenten zu starten. Und, meine Damen und Herren, ich möchte hier bitte ohne Euphorie und Hysterie sagen, es gibt halt leider für die diversen Dinge und Bestrebungen in den einzelnen Interessensvertretungen ein Maß, das halt nicht gleich angewendet wird. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Bist du ein Anhänger von Rechberger?") Der steirische ÖAAB hat bekrittelt, daß der Herr Präsident Rechberger auf Kosten der Kammer eine Farbbroschüre herausgegeben hat, in der er oftmals aufscheint. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Furchtbar!") Ich habe hier die Farbbroschüre der Landarbeiterkammer. Eine kleine farbige Broschüre mit – entschuldigen Sie – ich glaube so zehn, zwölf Seiten. Auf dieser Broschüre scheint auch der Herr Präsident Wahl, der erst seit kurzer Zeit auch im Amt ist, 17mal, habe ich nachgezählt, auf. (Beifall bei der SPÖ.) In der Zeitung der Landarbeiterkammer habe ich festgestellt und wäre auch bereit, sie gerne herzuzeigen, scheint der Herr Präsident mindestens zehnmal auf jeder Seite auf. (Abg. Schützenhöfer: „Darf ich feststellen, daß diese Broschüre der ÖAAB bezahlt hat!") Entschuldige, Kollege Schützenhöfer, ich habe dich bei der Gruppe 0 nicht unterbrochen, und es ist eine vornehme Art, auch einmal jemandem zuzuhören, und nicht nur immer sinnlos zu schreien. Verzeih bitte!

Meine Damen und Herren! Warum sage ich das? Weil ich glaube, daß man einfach nicht mit zweierlei Maß messen kann. Es gibt in der Landarbeiterkammer, meine Damen und Herren, auch keine Aufregung, daß der Herr Präsident Wahl als Präsident für seine Wählergruppe auf Kosten der Landarbeiterkammer mit dem letzten Brief einen Wähleraufruf erläßt. (Abg. Schützenhöfer: „Das stimmt nicht!") Wenn es nicht stimmt, Herr Schützenhöfer, nicht Emotionen und Hysterie sollten in diesem Haus herrschen, sondern, meine Damen und Herren – (Abg. Schützenhöfer: „Das ist eine ungeheure Unterstellung. Das habe ich selbst formuliert!") Nicht Emotionen und Hysterie, Kollege Schützenhöfer! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Schützenhöfer: „Kollege Vollmann, das hat der ÖAAB bezahlt. Das ist der Unterschied!") Ich nehme es gerne zurück, wenn es nicht die Kammer bezahlt hat. Ich finde es auch nicht gerade als schön, daß man dem Vizepräsidenten Majcen das gleiche Schreiben schickt – oder findet ihr es als schön –, ihn aufzufordern, er möge den Präsidenten des ÖAAB und der FCG wählen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Es geht hier auch nicht um die Frage – (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Darf ich etwas fragen?") Kollege Prof. Schilcher, darf ich ausreden, ich bin dann gleich bereit, auf deine Einwendungen zurückzukommen! Es geht in der Frage der Mittel, die die steirische Arbeiterkammer für diese Arbeiterkammerwahl aufwendet und die so bekrittelt wird, darum, daß es sich dabei um Beiträge jener handelt, die sie auch tatsächlich einzahlen. Meine Damen und Herren, in diesem Haus und in keinem anderen Bereich hat jemals einer davon geredet, daß die Landarbeiterkammer überhaupt nicht einmal die Personalkosten bestreiten könnte, wenn sie nicht

Zuschüsse aus öffentlichen Steuermitteln bekommen würde. Sie brauchen sich nur das Budget anzuschauen, die Landarbeiterkammer erhält aus Steuergeldern der Steirerinnen und Steirer 9 Millionen Schilling zur Bestreitung ihrer Personalerfordernisse in der Höhe von 3,5 Millionen Schilling, Zuwendungen für den Darlehensfonds von 641.000 Schilling, für Sonstiges 713.000 Schilling und für einen Investitionsbeitrag 4.097.000 Schilling. (Abg. Gennaro: „Schützenhöfer, jetzt sagst du nichts mehr!“) Meine Damen und Herren! Es redet in diesem Haus auch kein einziger davon – und ich möchte damit nicht falsch verstanden werden und auch keinen Angriff starten –, daß die steirische Bauernkammer 248,5 Millionen Schilling Förderungsmittel für das Personal und diverse andere Dinge aus Steuergeldern in der Steiermark erhält. Meine Damen und Herren! Das sind Tatsachen, die einfach nicht weggeleugnet werden können und die festzustellen sind.

Und noch eine Feststellung. Es hat sich weder von den Funktionären der steirischen Landarbeiterkammer, noch ein einziger Abgeordneter unserer Fraktion dazu bereit erklärt oder bereitgefunden, jemals die Interessensvertretung der Landarbeiterkammer in Frage zu stellen. Und wenn das hier in diesem Brief aufscheint (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ein Nationalrat hat dies ausgesprochen!“), dann ist das eine Täuschung der Wähler, weil es ein Tiroler Abgeordneter war, und dort herrschen auch andere Verhältnisse, der angezweifelt hat, ob in einer solchen Zeit Interessensvertretungen in dieser Größe noch gewährleistet oder sinnvoll sind. Meine Damen und Herren! Wir sind froh darüber, daß heute aus den Knechten und Mägden der Vergangenheit gut ausgebildete Angestellte der Genossenschaften im landwirtschaftlichen Bereich geworden sind, und wir freuen uns, daß es heute eine große Anzahl von Nebenerwerbsbauern gibt, die ihren Zuerwerb oder als Hauptberuf in der Industrie und vormals auch in der verstaatlichten Industrie gesehen haben. Wir haben uns auch nicht aufgeregt, daß in den Wählerlisten und nach den Wähleranlageblättern ÖVP-Bezirkssekretäre aufscheinen, Bauern und deren Kinder, also Selbständige, wenn Sie es so sehen wollen, die über sogenannte Maschinenringe eingesetzt werden, Leute, welche geringfügige Tätigkeiten verrichten, die nicht einmal in die Sozialversicherung einbezogen sind und keine Kammerbeiträge leisten, aber ihr Wahlrecht angemeldet haben. Ich möchte das hier auch nur feststellen und sonst nichts, daß die Gattin des Herrn M. M. aus der Privatwirtschaft Österreichs als Gehaltsbezieherin eines Großindustriellen aufscheint und praktisch dort in die Landarbeiterkammerwahlberechtigungen einbezogen ist. Ich möchte das bitte, und sage es ganz deutlich, nur feststellen, etwas anderes möchte ich auch nicht sagen. Ich finde es aber ein bißchen schäbig, daß man in diesen Zeiten wieder die rote Katze aus dem Hut zieht und alle davor warnt, was diese rote Katze an Auflösungsbestrebungen für die Landarbeiterkammer machen könnte. Und, meine Damen und Herren, ich bin auch hier nicht der Meinung jener, die all das, was hier sozusagen als Geschenk verkauft wird, als Leistung der Landarbeiterkammer verkaufen. Darf ich Ihnen dazu sagen, daß beispielsweise aus allem, was verkauft wird, für den Bau und den Kauf von Eigenheimen und Eigentumswohnungen diese 100 Prozent – und ich darf hier das

Beispiel aus den fünf Jahren 1983/1987 sagen: An Landarbeiterkammerzugehörige sind in diesen fünf Jahren 65.956.200 Schilling verteilt worden an Beihilfen für Wohnbauten und für den Kauf von Wohnungen, vom Bund sind dazu 35.157.200 Schilling, also 63,74 Prozent, gekommen, das Land hat 19.876.000 Schilling, also 36,04 Prozent, zugeschossen und der AIK 10.801.000 Schilling. In diesen fünf Jahren sind lediglich 122.000 oder 0,22 Prozent von der Landarbeiterkammer ihren Mitgliedern zur Verfügung gestellt worden. Und das verkauft man dann als Leistung der Mehrheit. Außerdem – und das darf man wohl auch sagen – sind diese Prozentsätze und diese Beträge nicht den in der Urproduktion Beschäftigten zugekommen, sondern jenen, die also hier keinesfalls als Land- und Forstarbeiter tätig sind. Ich könnte diese Beispiele in der Frage der Treueprämien für die Arbeitsjubilare, die zu 90 Prozent von Bund und Land getragen werden, fortsetzen. In der Frage der Notstandsbeihilfen, in der Berufs- und Weiterbildung, aber das wissen Sie ja ohnehin, meine Damen und Herren! Ich wollte das auch nur einmal der Richtigkeit halber aufzeigen, damit es nicht immer so ausschaut, daß hier nur eine Gruppe von Menschen Gelder verteilt, bevorzugt wird und im Endeffekt noch etwas in die eigene Tasche steckt oder etwas verkauft als ihre Leistung, was eine Gemeinschaftsleistung gewesen ist.

Ich bitte Sie, das als jenen Beitrag zu sehen, daß ich meine, man sollte all diese Auseinandersetzungen auf einer Ebene führen, daß wir uns alle miteinander nach diesen Wahlen noch in die Augen schauen können, gemeinsam Beschlüsse fassen können zum Wohl der Arbeitnehmer in diesem Land, mit der Bitte, es auch zu tun, fair zu sein in der Gegenwart und in der Zukunft, wie es unsere Väter in der Vergangenheit waren. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 12.08 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Ich erteile zur tatsächlichen Berichtigung dem Herrn Abgeordneten Schützenhöfer das Wort.

Abg. Schützenhöfer (12.08 Uhr): Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte wirklich, daß die Dinge hier nicht an der falschen Stelle eskalieren, und ich sage es dem Kollegen Vollmann daher in aller Ruhe, aber sehr deutlich. Es ist eine ungeheure Frechheit, sich hier herzustellen und zu behaupten – (Abg. Sponer: „Was ist das?“) Sponer! Es ist eine ungeheure Frechheit, sich herzustellen und zu behaupten, daß ein Brief des Präsidenten Wahl und eine Wahlbroschüre, die sowohl, was den Brief anlangt, als auch was die Broschüre anlangt, ausschließlich von der wahlwerbenden Gruppe, also vom ÖAAB, bezahlt wurden (Abg. Vollmann: „Warum steht das nicht drinnen? Das muß erst bewiesen werden!“), zu sagen, daß das die Kammer bezahlt. Lieber Kollege Vollmann, wir verwechseln die Kassen nicht. Das ist nämlich der Unterschied. (Beifall bei der ÖVP.) Ich gebrauche trotzdem das Wort Lüge nicht, aber ich sage dir nur, das ist die glatte Unwahrheit, und du solltest dich als Amtsstellensekretär der Arbeiterkammer dafür, daß du hier eine Behauptung aufstellst, die hinten und vorne nicht stimmt (Abg. Vollmann: „Deine Zigarrenlüge hast du bis heute nicht zurückgezogen!“), entschuldigen. Entschuldigen solltest du dich, mein lieber Kollege Vollmann.

Und das Zweite. Diesen Brief, hättest du ihn ordentlich hergezeigt, er trägt nicht das Wappen der Landarbeiterkammer. (Abg. Vollmann: „Ich bin bereit, ihn durchgehen zu lassen!“) Er trägt das LAK-Zeichen, das nicht das offizielle Wappen ist, und dieser Brief ist selbstverständlich vom Landarbeiterkammerpräsidenten Wahl, der unser Spitzenkandidat ist, unterschrieben und vom ÖAAB bezahlt, wie auch die Broschüre. Aber die Broschüre der Arbeiterkammer mit 36 Seiten, 16 mal vierfarbig der Herr Präsident, den hat die Arbeiterkammer bezahlt. Das ist der Unterschied. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist das LAK-Zeichen, und das ist nicht das Landeswappen. Aber ich kann euch gerne aufklären. Ihr habt keine Ahnung. Ihr habt insbesondere von der Landarbeiterkammer keine Ahnung, denn ich möchte sagen, und wenn du noch so schäumst, Kollege Vollmann (Abg. Vollmann: „Ich schäume nicht!“), du kannst schäumen über deine Ungeschicklichkeit, um es sehr, sehr vorsichtig auszu-drücken, es ist sicher so, daß man sich aufregen kann über manches, was hier im Hause gesagt wird. Aber zu sagen, da hat uns die ÖVP jetzt erwischt, wie wir 17,5 Millionen Schilling oder einen großen Teil dieser 17,5 Millionen Schilling offizieller Gelder eigentlich für parteipolitische Zwecke verwenden, jetzt müssen wir hergehen, mit irgendeinem Kübel sie auch anschütten, damit es den Anschein hat, die machen das auch. Das ist der eigentliche Skandal. (Abg. Sponer: „Du hast gesagt, du bleibst ruhig!“) Da gibt es nichts zu lachen. (Beifall bei der ÖVP.) Kollege Vollmann, in der Demokratie muß es möglich sein, alles zu sagen und alles aufzuzeigen, aber du bist ein schlechter Verlierer und ein schlechter Demokrat. (Abg. Vollmann: „Wenn es der andere tut, ist es gut, nur selber tut man es nicht!“) Ich sage dir noch einmal, zum Unterschied von anderen, wir verwechseln die Kassen nicht (Abg. Vollmann: „Hoffentlich nicht!“), erstens, und zweitens, du kannst sagen was du willst, vor ein paar Wochen hat der sozialistische Nationalrat Strobl im österreichischen Parlament, im Nationalrat, die Abschaffung der Landarbeiterkammern verlangt. Das hilft dir nichts. Das kannst du drehen und wenden, wie du willst, wir haben nie gesagt, daß die Arbeiterkammer abgeschafft werden soll (Abg. Vollmann: „Auch von uns hat das keiner gesagt, lieber Freund!“), wir haben nur gesagt, die Machinationen der Sozialisten in der Arbeiterkammer gehören abgeschafft, und die werden wir abschaffen, indem wir alles aufzeigen in der Öffentlichkeit, was sie durchführen und was mit Demokratie nichts mehr zu tun hat. Denn es gibt Spielregeln, an die sich auch jemand wie der Kollege Vollmann, der aus einem Bezirk kommt, wo er überhaupt nur Mehrheiten gewohnt ist, halten muß, denn ansonsten geht ein wichtiger Faktor des Zusammenlebens verloren. (Abg. Vollmann: „Das glaube ich nicht!“) Und du kannst hämisch grinsen, wie du willst, bist ein schlechter Demokrat. Laß dir das sagen. (Beifall bei der ÖVP. – 12.12 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Korber. Ich erteile es ihm. (Viele unverständliche Zwischenrufe.)

Herr Abgeordneter Dr. Korber, bitte fangen Sie an.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (12.12 Uhr): Endlich kommt ein bißchen Spannung in diese steirische Breite

hinein, wenigstens, wenn es um die Verteilung der öffentlichen Mittel geht. Ich finde das recht angenehm, daß die Öffentlichkeit weiß, was mit den Geldern gespielt wird.

Zum Budget Landwirtschaft. Mir fällt immer wieder auf, und ich habe bei der ersten Budgetdebatte schon ersucht, das zu regulieren, nämlich daß man im Budget wieder das Wort hat „Regulierung kleiner Gewässer“. Das ist nicht geschehen. Für uns ist diese Post, obwohl sie gekürzt wurde, noch immer zu hoch. 3 Millionen Schilling öffentliche Mittel zu verwenden, um entgegen allen besseren Erkenntnissen, nämlich des Wasserrückhaltes im eigenen Land, noch kleine Bäche zu regulieren und unter dem Motto: Oben regulieren wir und unten saufen die breiten Talböden weiter ab, oben machen wir jede saure Wiese durch eine Regulierung trocken, das ist genau das Falsche. Man kann vielleicht in der Politik saure Wiesen trockenlegen, wie es einmal Dr. Kirchschräger gesagt hat, nur, ich habe es gestern schon erwähnt, da hätte er bei der eigenen Gruppe selbst anfangen müssen. Daher ist für mich diese Regulierung kleiner Gewässer ein ökologischer Wahnsinn, wie er im Buch steht, und eine Verschwendung öffentlicher Mittel. Was die Beiträge zur Erschließung von Wildbacheinzugsgebieten betrifft: Lassen wir doch die Wildbäche einmal Wildbäche sein. Es muß doch nicht jeder Wildbach in Naturschutzgebieten, in Landschaftsschutzgebieten verbetoniert werden. Fahren Sie einmal in die Sölk-täler, dort werden Millionen verwendet für Beton, dort werden Millionen hinausgeschmissen, nur weil man nicht in der Lage ist, die alten Schutzmaßnahmen von Leuten, die vorher sanft gearbeitet haben, die nicht diese maschinelle Ausrüstung gehabt haben, zu erhalten und zu sanieren. Da werden einfach neue, 10 bis 15 Meter hohe Betonsperren in die Landschaftsschutzgebiete hineingeknallt, und auf der anderen Seite weiß man, daß der Landschaftspfiefonds seit drei Jahren stiefmütterlich, wie es der Landesrat Dr. Klauser sagt – die Terminologie gefällt mir, weil sie sanft ist und die Wahrheit trifft –, behandelt wird. Damit wäre ich eigentlich mit der Landwirtschaft sozusagen am Ende, und ich erwarte mir, daß man wesentlich mehr Maßnahmen in die Waldrettung setzt, denn wenn man die Waldrettung nicht forciert, wenn man dieses Waldsterben nicht in den Griff bekommt, dann steht hier unter der Post „Beihilfen für gefährdete Bergbauernbetriebe“ 1,8 Millionen Schilling, dann werde ich Ihnen heute schon sagen, daß diese Post in den Bereich einer dreistelligen Millionenzahl gehen wird, um durch Karst, Hochwasser und Lawinen und Muren gefährdete Bergbauernbetriebe nicht mehr zu sanieren, sondern die Menschen dort auszusiedeln. Das ist genau das, was uns, wenn wir so weitertun, siehe Vorarlberg, in die hohe Stube steht. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 12.17 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (12.18 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich werde mich bemühen, auch nur ganz kurz zu jenen Fragen Stellung zu nehmen, wo ich mich als Agrarreferent des Landes unmittelbar und direkt angesprochen gefühlt habe. Ich glaube, daß zur Bundes-

agrarpolitik sowohl der Herr Präsident Buchberger in einer sehr klaren und eindrucksvollen Weise seinen Standpunkt dargelegt hat und der Kollege Zellnig auch seine Position begründet hat. Es ist überhaupt interessant, daß heute von den elf, die sich an der Agrardebate, oder zwölf sind es eigentlich, beteiligt haben, acht Nicht-Landwirte waren. Ein Zeichen dafür, daß offensichtlich das Interesse für diese Fragen sehr groß ist. Das ist die eine Seite, und die zweite ist, wir sind darüber nicht nur nicht unglücklich, sondern froh, daß sich die Gesellschaft mit der Frage des Bauern intensiv beschäftigt. Ich möchte natürlich auch nicht verhehlen, manche Untertöne haben mir nicht besonders gefallen. Aber darüber ist schon gesprochen worden. Meine Damen und Herren! Die steirische Agrarpolitik kann ja eigentlich nur am Hintergrund der österreichischen Agrarpolitik, der ökosozialen Agrarpolitik gewisse Tendenzen verstärken. Das versuchen wir auch. Damit bin ich schon bei einem Thema, das bei einer Reihe von Beiträgen gekommen ist, die Frage der Direktförderung. Hier kann ich durchaus sagen, ich freue mich, daß die Ansatzpunkte oder die Verstärkung in Richtung Direktförderung eigentlich von allen Parteien positiv kommentiert worden ist. Ich möchte sagen, daß wir, was die neue Grenzlandförderung betrifft, vor allem davon ausgegangen sind, jene Gebiete herauszusuchen, jene Gemeinden herauszusuchen, die nach den verschiedenen Parametern bei der Steuerkraftkopfquote beginnend über Rückgang der Betriebe, Pendleranteil, alle unter dem Durchschnitt gelegen sind. Und das ist kein Zufall, das sind genau die unmittelbar an die Staatsgrenze angrenzenden Gemeinden gewesen. Ich glaube, daß daher dieser Ansatz, diese Grenze lebendig zu erhalten, auch ein wichtiger Beitrag ist in Richtung einer Grenzlandpolitik, zu der wir uns alle bekennen. Es ist im Prinzip auch recht positiv die neu eingeführte Direktförderung der Kleinbauern kommentiert worden. Ich weiß schon, meine Damen und Herren, mir wäre es auch lieber, wir könnten einen beträchtlich größeren Betrag einsetzen. Aber ich bin trotzdem sehr froh darüber, daß wir mit dieser Art der Direktförderung, vor allem für die ganz einkommensschwachen Betriebe, das sind die Kleinbauern, die als Vollerwerbsbetriebe geführt werden, daß wir dort einmal den Fuß drinnen haben. Ich werde mich sehr bemühen, in den nächsten Jahren auch die entsprechenden Mittel dafür zu bekommen, um dieses Förderungsinstrument ausbauen zu können. (Beifall bei der ÖVP.) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dem Herrn Landeshauptmann sehr dankbar, daß er mich so massiv unterstützt hat und daß es gelungen ist, die Bergbauernförderung aufzustocken. Ich glaube, daß dies wichtig und notwendig war. Weil – und es ist mit Recht auch gesagt worden – uns natürlich auch die Tatsache Sorge bereitet, daß Bauern in gewissen Gebieten und Regionen, vor allem unsere Bergbauern, einkommensmäßig zurückbleiben, so daß wir daher die Nachteile, die einfach von der Produktionsstruktur her gegeben sind, abgelten müssen. Ein Bergbauer liegt in einer Höhenlage, wo die klimatischen Voraussetzungen ungleich ungünstiger sind, die Vegetationszeit kürzer ist, im übrigen aber die Infrastrukturkosten höher sind. Es ist daher notwendig, daß wir gerade jenen Bauern, die in benachteiligten Regionen, klimatisch benachteiligten Regionen oder unter ungünstigeren Bedingungen leben oder überleben

wollen, im Rahmen einer gezielten Regionalpolitik auch Einkommen, beispielsweise über Direkttransfer, zukommen lassen. Hier – kann ich sagen – liegen wir gerade in Hinblick auf die Thematik, die heute sehr stark diskutiert worden ist, auch EG-Thematik, absolut richtig, weil das die einzige wirkliche Möglichkeit ist, vor allen jenen Betrieben, die dann auf Grund der ungünstigen Voraussetzungen sonst nicht konkurrenzfähig wären, auch ein Überleben zu ermöglichen. Das kann nur im gesamtwirtschaftlichen Interesse gesehen werden. Ich bin auch sehr froh über Ihren Beitrag, Kollege Rainer, weil ich glaube, daß doch die Verantwortung, die alle spüren, durchgeklungen ist. Mir hat nur ein Wort ein bißchen weh getan – ich würde bitten, daß sie darüber nachdenken –, Sie haben immer von den Subventionen und vom Bauernopfer gesprochen. Wir sollten ganz offen und ehrlich einmal darüber nachdenken, ob das Subventionen sind oder ob das nicht eigentlich Transferzahlungen sind für Leistungen, die die Bauern sehr wohl für die Gesellschaft erbringen. Es ist für einen Bauern nicht immer sehr lustig, wenn er vorgerechnet bekommt, wieviel er eigentlich aus dem Steuersäckel bekommt, und nur als Subventionsempfänger überleben kann. (Beifall bei der ÖVP und VGÖ/AL.) Ich glaube, Sie haben es auch gar nicht so gemeint.

Ich glaube daher, wir sollten uns auf eine Sprachregelung einigen, und dann können wir uns das gegenseitige Aufrechnen ersparen. Wir – aus der Sicht der Landwirtschaft – sind natürlich in höchstem Maß interessiert, daß auch die Industrie und die verstaatlichte Industrie und die Betriebe gut florieren. Umgekehrt erwarten wir dieselbe Solidarität auch von den Arbeitern und deren Interessensvertretungen. Ich glaube, nur so können wir die Probleme lösen. Hier meine ich, meine Damen und Herren – und damit komme ich eigentlich schon zum Schluß, ich wollte es Ihnen trotzdem auch noch sagen –, wir haben uns natürlich auch Gedanken gemacht, die Bauernführung der Steiermark, wie das sein könnte, wenn es in Richtung EG geht. Ich fürchte bitte, meine Damen und Herren, an der EG geht sicher kein Weg vorbei (Abg. Gennaro: „Die Sozialpartner sind sich einig!“), ob wir jetzt Mitglied werden oder nicht. Wir dürfen nicht vergessen, daß zwei Drittel unseres gesamten Exportes in die EG gehen und ein Großteil des Imports aus der EG kommt. Zum Zweiten möchte ich sagen, der agrarische Außenhandel, also Export und Import, wird heute zu 50 Prozent mit der EG abgewickelt. Da möchte ich jetzt zur Frau Abgeordneten Kammlander auch etwas sagen, weil Sie die EG ein bißchen als Angstbild aufgebaut haben. Sie haben gesagt, wir sollen unsere Produktion am Inlandsbedarf orientieren. Grundsätzlich richtig, gar keine Frage. Im Schweinebereich kann ich das nur hundert Mal unterstreichen. Aber wenn ich von den Bergbauern spreche und für die Bergbauern spreche, dann muß ich auch akzeptieren, daß die nur zwei oder drei Optionen haben. Das sind das Vieh, die Milch und das Holz. Wenn wir wissen, daß wir heute 300.000 bis 350.000 Rinder exportieren müssen und die zum größten Teil aus dem Berggebiet kommen, dann muß ich mir die Frage stellen, wohin geht der Rinderexport? Der geht zu 90 Prozent in den EG-Raum. Das heißt, unsere Hauptabnehmer sind, das hat der Abgeordnete Schwab schon dargestellt, einmal Oberitalien und die Bundesrepublik. Wir kommen um dieses

Thema nicht herum. Aber trotzdem möchte ich sagen, die Linie muß sein, daß wir jene Gebiete, die strukturell benachteiligt sind, und dazu zählt sicher die Steiermark insgesamt, als eine Region akzeptiert wird, die sozusagen dann von sich aus mit Transferzahlungen Einkommensausgleiche schafft. Hier haben wir uns in Südtirol – weil das vergleichbar ist – beim jetzigen Landeshauptmann Turnwalder sehr genau erkundigt, wir waren dort. Da kann ich ihnen ein sehr eindrucksvolles Beispiel vorrechnen, das uns aufzeigt, daß wir gar nicht so schlecht liegen, auch im Hinblick auf die heute schon zitierte durchaus bauernfreundliche Strukturpolitik der EG. Wenn man die Transferzahlungen für die Bergbauern in Südtirol sich genau ansieht und umrechnet nach den Unterlagen, die mir zur Verfügung stehen, ist es so, daß in Südtirol ein Bergbauernbetrieb zwischen 4 und 15 Hektar im Jahre 1987 maximal 25.600 Schilling bekommen konnte. Wenn wir die Bergbauernförderung des Bundes und des Landes Steiermark zusammenzählen, haben wir im Jahre 1987 auch bereits 25.800 Schilling gefördert. Das war im Jahre 1987. Wenn Sie es auf die Betriebe umlegen, stellt es sich so dar, daß im Durchschnitt auf die bergbäuerlichen Betriebe in Südtirol 4584 Schilling und in der Steiermark 10.680 entfallen. Das heißt mit anderen Worten, daß wir – glaube ich – richtig liegen, wenn wir diesen Weg der gezielten Transferzahlungen weitergehen und mit der Aufstockung der Bergbauernförderung seitens des Bundes durch den Herrn Minister um 100 Millionen Schilling und auch der Aufstockung der Bergbauernförderung seitens des Landes um immerhin 6 Millionen Schilling, das sind 25 Prozent, glaube ich, haben wir hier einen sehr deutlichen Akzent und ein Signal setzen können, in welche Richtung es weitergeht.

Abschließend möchte ich mich sehr bedanken beim Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer für die Unterstützung, die ich bei ihm für den Agrarbereich immer gefunden habe. Ich weiß, daß es nicht leicht ist, Geld aufzutreiben. Ich denke daran, in welcher schwieriger Situation ich im Vorjahr war, wo es um den Viehabsatz gegangen ist, oder heuer beim Agrarbudget, ich bedanke mich herzlich beim Herrn Landeshauptmann für diese unmittelbare und direkte Unterstützung. (Beifall bei der ÖVP.) Ich möchte mich aber fairerweise auch beim Herrn Finanzreferenten bedanken für sein Verständnis. Er hat in seiner Budgeteinbegleitung eine witzige Bemerkung gemacht, wo er gesagt hat, daß ich beim Umweltbudget Stiefkind gewesen sei. Ich habe mich nur gefragt, warum er das sagt, er hätte mich ja besser beteiligen können. (Abg. Gennaro: „Wenn er es gehabt hätte!“) Beim Landwirtschaftsbudget habe ich mir Gott sei Dank nicht so schwer getan. Da konnte ich meine Ansätze durchbringen, und ich bin auch froh darüber, daß es möglich geworden ist, daß wir damit einen sehr gediegenen agrarischen Haushalt haben, und in diesem Sinne hoffe ich, daß wir auch im kommenden Jahr ein Stück mehr für unsere steirischen Bauern leisten können. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL. – 12.30 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 7, Fremdenverkehr.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kröll. Ich erteile es ihm.

Abg. Kröll (12.30 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus!

Landwirtschaft, Fremdenverkehr und Wirtschaft sind die Gruppe 7, und der Fremdenverkehr ist so schön zwischen der Landwirtschaft und der Wirtschaft plazierte, und damit kommt schon rein optisch auch von der Abfolge zum Ausdruck, es ist ein Teil und ein Herzstück der gesamten Wirtschaft des Landes. Ich danke dafür sehr herzlich und freue mich auch, daß eine so große Präsenz hier ist, wenn es um die Anliegen des Fremdenverkehrs geht.

Eine Vorbemerkung sei mir gestattet. Bei den Ausführungen unseres Generalredners Erich Pötl, auch vieler anderer Redner, insbesondere auch heute bei der Hauptrede zum Kapitel Agrarpolitik durch Präsident Buchberger, wurde der Stellenwert des Fremdenverkehrs erfreulicherweise sehr deutlich unterstrichen, und er ist ja auch in den Gemeinden, der Wirtschaft und den Regionen von ganz besonderer Bedeutung. Ich freue mich darüber sehr, auch gerade im Namen der vielen Gemeinden, in denen Fremdenverkehr stattfindet.

Bevor ich zum Fremdenverkehr im einzelnen komme, möchte ich doch noch kurz eine Rückblende machen auf die vielen Debatten, die für die Gemeinden hier geführt wurden, in der Generalrede, bei der Gruppe 0, weil immer wieder auch die Steuerreform und der Finanzausgleich angesprochen wurden und man hier so gelegentlich den Eindruck aufkommen ließ, daß die Gemeinden über Gebühr unter die Räder gekommen wären. Meine Damen und Herren, selbstverständlich kann alles besser sein, als es das Ergebnis tatsächlich zeigt, aber unzufrieden mit dem Ergebnis dürfen wir bei einer sehr, sehr objektiven Betrachtung, wie sich die Steuerreform auf den Bund, auf die Länder und auf die Gemeinden insgesamt auswirkt, nicht sein. Besser kann alles bekanntlich im Leben sein, und zwar sage ich es, warum. Das sagen auch die Verhandler des Gemeinde- und Städtebundes, und wir haben deshalb einen Grund dafür, daß ich auf das zurückkomme, weil es ursprünglich anders ausgeschaut hat. Es ist richtig, wäre es nicht gelungen, bei der KEST 2 einen erheblichen Anteil von 23 Prozent für die Gemeinden einzubringen, dann würde dieser Eindruck richtig sein. Es wird ziemlich neutral ausfallen. Ich habe da sehr genaue Berechnungen, aber wir sind beteiligt an einer Wachstumssteuer. Das ist entscheidend. Da wissen wir heute schon, daß es jährlich mehr wird. Es ist gelungen, in einer gemeinsamen Allianz der Gemeinde- und Städtevertreter, mit den Bundesländern, mit dem Landeshauptmann Ratzenböck an der Spitze, und hier hat unser Landeshauptmann Dr. Krainer in ganz besonderer Weise Einfluß genommen, daß auch von dieser Seite her bei den schwierigen Verhandlungen die Länder und die Gemeinden vor allem auch nicht unter die Räder kommen, und damit gelang es ja, zum neuen Schlüssel zu kommen, nämlich den Bundesanteil auf 47 Prozent, die der Länder auf 30 Prozent und 23 Prozent für die Gemeinden zustandezubringen. Und es waren schon fast 24 Prozent, meine Damen und Herren, und ich sage das nicht vorwurfsvoll, das wäre auch unfair, aber feststellen darf man es, wenn schon so geredet wird. Man war sich schon weitgehend einig, daß es 24 Prozent für die Gemeinden werden, aber da hat der Herr Finanzreferent Dr. Klausner doch geschaut, daß es dazu dann nicht gekommen ist. Man hat sich

dann bei 23 Prozent geeinigt. Aber ich sage noch einmal, es war ein außerordentlich zufriedenstellendes Ergebnis für alle Partner, und es ist nicht richtig, daß hier die Gemeinden einseitig schwer unter die Räder gekommen sind, wie es da und dort heißt. Allerdings, meine Damen und Herren, muß eines noch angesprochen werden, daß die Gemeinden der südlichen Bundesländer nach wie vor gegenüber den finanzstarken westlichen Bundesländern arg im Nachteil sind. Und das ist gemäß Paragraph 21 die Kopfquotenausgleichsregelung, dort fehlt der Steiermark rund eine Größe von 80 Millionen. Es ist in der Resolution des Österreichischen Gemeindetages ebenso verankert wie in den Abschlußpapieren der Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden, daß dies eine offene Frage ist, die noch zu verhandeln ist. Genauso wie das Problem der Randgemeinden von Wien.

Insgesamt muß hier gesagt werden, ich vertraue auf die Kraft der Verhandlung und auf das Verständnis. Wenn das nicht gelingt, haben wir burgenländische Gemeinden, die auch, wie die Steiermark und Kärnten, Niederösterreicher im besonderen, schon einen Rechtsweg in Aussicht gestellt haben, dann, bitte sehr, wird es halt kein Verhandlungsergebnis, sondern ein juristisches sein. Ich hoffe noch immer, daß der gute Wille da ist, daß die benachteiligten Gemeinden der Steiermark, Niederösterreichs und Burgenlands, insbesondere der Steiermark, mit mehr als der Hälfte davon, auch hier noch zu ihrem Teil kommen.

Aus der Sicht der Gemeinden ist es auch sehr erfreulich, daß es, auch diese kurze Rückblende sei mir gestattet, Landesrat Dipl.-Ing. Schaller gelang, im Budget erstmals für finanzschwache Gemeinden für die Wohnbaupolitik einen Fonds mit 5 Millionen zu dotieren. Das ist ein neuer Weg. Auch da kann man sagen, es ist viel zu wenig, ja alles ist zu wenig im Leben, aber es ist ein Beginn, und ein ganz wichtiger Beginn, weil er eine neue Politik aufzeigt. Ich glaube, hier wird auch für den sozialen Siedlungsbau in den Gemeinden ein neuer Weg beschrritten, der vor allem den finanzschwachen Gemeinden zugutekommt.

Ich möchte daher, meine Damen und Herren, zum Schluß wirklich auch sehr, sehr herzlich unseren ausgezeichneten steirischen Vertretern in diesem Verhandlungsteam in Wien herzlich danken, wo der steirische Gemeindebund, Herr Landeshauptmann, unter deiner Präsidentschaft, gerade auch mit dem Fachmann Pilz und auch mit unserem Direktor Schöggel beigetragen hat. Der Österreichische Gemeindetag konnte ganz wesentlich auf steirische Unterlagen und steirische Fachmeinungen zurückgreifen (Beifall bei der ÖVP und VGÖ/AL.), die auch bei Bund und Ländern wirklich Anerkennung gefunden haben.

Und nun zum Fremdenverkehr im besonderen. Der steirische Fremdenverkehr im laufenden Jahr brachte viel Bewegung in allerlei Richtung. Das ist uns allen bestens bekannt, das ist auch zu lesen gewesen, man hat darüber gesprochen. Das begann einmal mit der Änderung im Referat, von Helmut Heidinger zu Waltraud Klasnic. Im personellen Bereich ging es dann weiter, daß auch Manager und Mitarbeiter uns verlassen haben aus freien Stücken, weil sie, wie sie sagten, in die private Wirtschaft gehen, und es begann aber auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, in einer ganz außerordentlichen Akzentuierung steirisch-

touristischer Modelle, die über die Rampe gekommen sind mit Millionenwert im gewerblichen Bereich, die nie zu bezahlen wären, auch wenn wir ein noch so reiches Touristikland wären. Ich denke hier ganz im speziellen und ganz besonders an einige ganz große, äußerst werbewirksame Projekte, die nur mit Hilfe und dem Weitblick des Herrn Landeshauptmannes persönlich und der für den Tourismus zuständigen Frau Landesrat und ihrer Mitarbeiter zustande kommen konnten.

Meine Damen und Herren! Eine solche internationale Pressekonferenz auf einer steirischen Alm mit einem Oskar-Preisträger, Michael Douglas, mit 80 internationalen Presseleuten und sechs Fernsehgesellschaften, die noch dazu in einem fließenden Englisch, das ist auch etwas, was unser Tourismus braucht, bis zu den Mitarbeitern, die Fremdsprachen beherrschen, was auch vom Landeshauptmann persönlich wahrgenommen werden konnte, ist ein so unglaublich neuer Wert für den Bergsommer. Ich hoffe, daß wir in kürzester Zeit in der Lage sind, eine Dokumentation von etwa dieser Stärke eines Ordners von Illustriertenseiten und aktuellen Berichten den Verantwortlichen des Landes gesammelt übergeben zu können, um zu ermessen, in welchem ungleich hohem Gegenwert der Werbeerfolg zu dem steht, was wir hier eingebracht haben. Was mich noch besonders freut, daß damit ein Weg auch fortgesetzt und beschrritten wurde für Amerika, für den großen Markt, für Übersee, für den internationalen Tourismus, der schon begonnen hat mit einem Schiaufenthalt von Arnold Schwarzenegger in Verbindung mit seiner Verfilmung von „Red Heat“, und wo es von beiden großen Stars des Business-Geschäftes die Zusage gibt, gerne wieder zurückzukommen in unser Land, den einen oder anderen Film hier wieder gerne zu machen, damit unsere steirische Heimat am Weltmarkt werblich präsent ist in einer so hervorragend gemachten Konzeption und Zusammenspiel. Ich glaube, meine Damen und Herren, es ist auch nur so zu verstehen, daß es viele, viele Schweizer, eifersüchtige Stimmen, gegeben hat, die es uns einfach nicht vergönnt haben, daß wir auch zeigen können, daß wir schöne Berge haben, hohe Berge haben, ein wunderbares Land haben, wo solche Themen abgehandelt werden können. Das möchte ich als ganz besondere Schwerpunktförderung herausstellen, über die so oft geredet worden ist und die so großartig funktioniert und stattgefunden hat. Daß es in unserer näheren Heimat war, das sei auch verziehen, auch das ist ein Teil der Steiermark. Es sind dort auch die höchsten Berge unserer Tauern. Wenn ein anderes Thema ist, ist vielleicht Graz oder das Weinland dran. Wichtig ist, daß wir bei dieser großen Sache dabei sind. Wir könnten nicht alle bezahlen. Da können wir drei Gesetze haben, und wir können 100 Millionen Spenden haben, diese Dinge sind nur machbar, wenn man auf solchen Zügen mitfährt, aufspringt und sie in die richtige Richtung lenkt, damit über die Steiermark und die Schönheiten berichtet wird.

Insgesamt brachte das Fremdenverkehrsjahr 1987/88 in Österreich nach Jahren der Rückgänge und der Stagnation erstmals wieder ein positives Gesamtergebnis. Dies gilt vor allem auch für den Sommer dieses Jahres. Mit 68 Millionen Nächtigungen und etwa 8 Prozent Devisensteigerung bei nur 2 Prozent Inflation läßt

sich das Sommerergebnis wirklich sehen. Auch im internationalen Vergleich stehen wir hier sehr gut da. Die Steiermark hat daran einen schönen Anteil. Wir haben mit 1,4 Prozent Zunahme und 8,7 Millionen Nächtigungen, davon eine Steigerung von 0,3 Prozent bei den Inländern, aber – meine Damen und Herren – bei den Ausländern, und das ist Export, doch schon 3,7 Prozent Steigerung, auch im Sommer hereinwirtschaften können, und das ist wirklich ein beachtlicher Erfolg. Das Winterhalbjahr schlug mit 2,9 Prozent zu Buche. Hier ist auch ein ganz erheblicher Teil an Auslandsgästen integriert, und das Sommerhalbjahr mit 0,4. Ein kleiner Schönheitsfehler ist beim Inlandstourismus zu sehen, indem der Wiener Gast leicht rückläufig ist, während Gäste aus dem übrigen Österreich aber erfreulicherweise zunehmen. Bei dieser erfreulichen Zahl konnte auch die Steiermark im Konzert der österreichischen Bundesländer, die Dachstein-Tauern-Region, ein überdurchschnittliches Ergebnis einbringen. Meine Heimatstadt konnte gerade im Jahr, wo der Landesfremdenverkehrstag in Schladming stattgefunden hat und dort auch die Hofübergabe im Verband an die Frau Landesrat Klasnic stattgefunden hat, erstmals in der Geschichte die 400.000er Grenze an Nächtigungen überschreiten. Das freut uns ganz besonders. Noch besser als der Anteil der Steiermark in bezug auf Nächtigungen ist er in bezug auf Investitionen zur Förderung der Qualität. Hier hat rein statistisch die Steiermark bei der Ausschöpfung von Krediten und Förderungen, Bund/Land gemeinsam gesehen, einen ganz hervorragenden dritten Platz erlangt. Dieser ist in Wahrheit, wenn man es umlegt auf unsere Bettenkapazität und auf das Ergebnis nach Nächtigungen, in Wahrheit der erste Platz. Wir haben so gesehen in dieser Bewertung den Spitzenrang aller Bundesländer, was die Inanspruchnahme von geförderten Krediten aus Bund und Land betrifft, für die Qualitätsanhebung unserer steirischen Fremdenverkehrsbetriebe erwirtschaften können.

Nun, meine Damen und Herren, jeder weiß, daß gerade der Fremdenverkehr auch viele Probleme hat. Gestatten Sie mir, daß ich einige auch ganz offen anspreche. Und vielleicht wundert sich der eine oder andere, daß ich das auch tue. Ich tu es aber, weil der Fremdenverkehr so umfassend zu sehen ist. Einmal ist es notwendig, die Fremdenverkehrsgrundgesinnung wirklich überall zu heben. Es ist einerseits, daß man anerkennt, was so eine Wirtin und so ein Unternehmer das ganze Jahr zu leisten und zu arbeiten haben. Das muß man allgemein anerkennen. Aus dieser allgemeinen Anerkennung muß auch abgeleitet werden, daß die Arbeitsmarktvermittlung überhaupt die Einstellung zum Fremdenverkehrsberuf auch den Stellenwert erhält, der ihr zusteht. Meine Damen und Herren! Hier müssen wir auch ein bißchen über die Freizeit reden. Die Arbeitszeit, das ist im Fremdenverkehr das letzte Thema, von dem man glaubt, es regeln zu können, indem man laufend über 38 und über 35 Stunden redet. Das wird nicht machbar sein. (Abg. Erhart: „In der Schweiz!“) Sehr wohl wird aber eines machbar sein, das sehen wir auch an den Schweizer Ergebnissen. Aber wir sehen eines – und das spreche ich aus –, aber es wird möglich und notwendig sein, meine Damen und Herren, auch für gewisse Ruhephasen der fleißigen Mitarbeiter zwischendurch zu sorgen, damit sie auch einmal ein bißchen ausschaulen können,

damit sie auch wieder motiviert sind, diese schwere Aufgabe zu machen. Meine Damen und Herren, ich spreche auch ein Thema an, nicht im Gegensatz zu der großen Mehrheit der Hoteliers, sondern zur Unterstützung der Vorbildbetriebe, die es schon lange tun. Wir müssen auch, und – Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller – vielleicht ist es möglich durch die Verländerung des Wohnbaues, daß wir auch ein spezielles Mitarbeiterwohnbauprogramm für touristische Betriebe in der Steiermark gründen, damit die Unterkünfte der Mitarbeiter verbessert werden. Ich sage, das ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt. Ich rede viel mit Angestellten, die tüchtig sind, jungen Frauen und Männern. Sie haben ein gewisses Recht darauf, daß sie nicht zu zweit oder dritt in einem Zimmer liegen. Wenn sie 25, 26, 27 Jahre sind, wollen sie auch einmal alleine sein. Vielleicht können wir hier den Betrieben helfen, entsprechende Unterkünfte für die Mitarbeiter im Tourismus zu schaffen. Wir müssen hier aber auch die verantwortlichen Betriebsführer ansprechen, selber etwas dazu zu tun. Das ist auch ganz notwendig. Es ist oft nicht so sehr die Frage des Verdienens, sondern auch die der Unterkünfte, wo die Leute nicht ganz zufriedengestellt sind. Ich spreche das deshalb so offen an, wir wollen ja eines im Fremdenverkehr gemeinsam, daß die jungen Menschen, die wir mit soviel Geld durch eine qualifizierte Bildung in Bad Gleichenberg und in Aigen heranbilden, bei uns im Land verbleiben sollen, und zwar die Besten der Besten sollen hier bleiben. Die sollen dann, gestärkt durch ihr allgemeines Wissen, dem Gast zur Verfügung stehen in großartiger, herzlicher und qualitativer Weise. Ich glaube, daß wir dann auch zu einem noch besseren Arbeitsklima kommen können, und dann ist mir nicht bange, daß wir auch die Auslastung der Betriebe verbessern können und daß wir hier die Voraussetzungen für den steirischen Fremdenverkehr zusätzlich noch stärken können. All das, meine Damen und Herren, sind viele, viele Fragen, die außerhalb von gesetzlichen Regelungen liegen. Ich bin sehr optimistisch, was die Zukunft des steirischen Tourismus betrifft. Ich möchte das ganz kurz begründen, warum. Ich bin deshalb sehr optimistisch, weil das große Engagement in dieser kurzen Zeit, seit Waltraud Klasnic das Ressort führt, gezeigt hat, daß sie in kurzer Zeit mit sehr viel Sachkenntnis, vor allem aber mit Verstand, Hirn und Herz, an dieses Geschäft herangeht. Und das Herz darf beim Tourismus nicht fehlen.

Die trockene Materie alleine vermittelt nicht das steirische Element des Fremdenverkehrs. Es müssen die Freundlichkeit, die Herzlichkeit dazukommen. Und das ist, glaube ich, in einer Weise hier im Lande möglich, praktiziert, und wird gerade von der Frau Landesrat auch so hervorragend selbst personifiziert. Daher glaube ich auch, wenn wir das alle so ernst meinen, wie es auch aus den Reden aller Parteien zum Vorschein gekommen ist, dann müßte es möglich sein, daß wir im kommenden Jahr zu einer gesetzlichen Regelung als Fundamentfinanzierung für den Tourismus kommen, ob es nun Fremdenverkehrsgesetz heißt oder Tourismusförderungsgesetz, Gästebelebung oder wie wir es immer taufen, an dem Namen hänge ich genausowenig wie die Frau Landesrat. Nur, wichtig ist, daß man ihr hilft, daß das jetzt umgesetzt wird als Grundfinanzierung, als Fundamentfinanzierung. Daher bin ich auch sehr optimistisch, weil es im

Landesentwicklungsprogramm, das vorliegt, festgeschrieben ist, und der Raumordnungsbeirat wird sich damit befassen. Ein weiteres positives Element. Weiters wissen wir, daß das neue Management, wie die Frau Landesrat in Schladming erklärt hat, möglichst rasch nach Ende der Ausschreibungszeit bestellt werden wird, so daß nahtlos und klaglos weitergearbeitet werden kann, wie auch jetzt die Dinge sehr gut wahrgenommen werden, von einem etwas kleineren Personalstab, aber umso erfreulicher und begeisterter bei der Arbeit. Auch die Ausgliederung des Bereiches für Marketing und Werbung ist eine zugesagte Sache. Daher gehe ich davon aus, daß das im ersten Halbjahr erledigt sein wird und kann, und sollte es gelingen, daß die alte Forderung und der Wunsch, daß vom Nächtigungsschilling mehr in den Ortschaften bleibt für die Vereine und für die Gemeinden, wenn daran auch strebsam gearbeitet wird, dann, glaube ich, ist ein weiterer wichtiger Punkt gegeben, und zwar aus einem doppelten Sinn. Erstens kann man dann mehr machen vor Ort, und zweitens fragen die Leute, es ist ein ewiges Problem, brauchen wir einen Kommissar, brauchen wir einen, der kontrolliert, wie manche meinen, oder brauchen wir ihn nicht? Am liebsten wäre uns allen, wir brauchen keinen, auch keinen Gendarmen. Wenn jeder alles einhält, was im Gesetz steht, brauchen wir überhaupt nirgends einen Kontrollor. Aber, meine Damen und Herren, das Verständnis ist natürlich ungleich größer, wenn der Betrieb und die Vermieter wissen, daß das Geld zu einem erheblichen Teil im Ort bleibt, dort verwendet wird, wo er seinen Urlaub verbringt, und daher erwarte ich mir auch aus dieser Sicht eine Motivation, sollte das gelingen. Und schließlich, meine Damen und Herren, sehe ich im Ansatz für Fremdenverkehr eine neuerliche Steigerung von 2,5 Millionen Schilling, nach den 5 Millionen, die wir schon in den letzten Jahren mit Dr. Helmut Heidinger bekommen haben, eine neuerliche Dotierungserweiterung um 2,5 Millionen, so daß der Gesamtmarketingbereich des Landes die 30-Millionen-Schilling-Grenze aus allen Töpfen zusammen überschreiten wird. Und ich glaube, hier kann man schon schwerpunktmäßig und regionalpolitisch und landespolitisch einfach auch Entscheidendes tun.

Ich komme langsam, meine Damen und Herren, zum Schluß. Wir haben die Hauptvoraussetzung im Land, wir haben ein schönes Land, ein Land der Vielfalt. Für den Winter- und Sommerurlauber ist Gleiches geboten, für den Ausflugsverkehr genauso, für den Kulturtourismus, für den Städtetourismus, wir haben hier vieles anzubieten. Wir haben auch freundliche Menschen, wie wir wissen aus Untersuchungen, gemeinsam mit den Kärntnern steht die Steiermark immer wieder an der Spitze bei allen Gästebefragungen, was die Freundlichkeit und Herzlichkeit betrifft. Das ist ein sehr wertvolles Kapital, mit dem wir sehr sorgfältig umgehen sollen.

Meine Damen und Herren, ich erwarte mir auch sehr, sehr viel von den bewährten Kooperationen zwischen Fremdenverkehr und Sport. Ich spreche nur die vielen Veranstaltungen wieder an, die der Schiverband organisiert. Ich möchte alle anderen nicht deshalb weniger bewerten, aber nur aus Zeitgründen. Ich glaube, daß wir gerade innerhalb einer Woche wieder einmal bewiesen haben, wie wir durch den Start der

Weltcuprennen und jetzt in wenigen Tagen mit dem Langlauf in der Raumsau für die ganze Welt einen optimalen Auftakt im alpinen und nordischen Schisport machten. Also ein steirischer Winter im Weltcupbeginn für die ganze Welt hier in unserem Land. Ich glaube, das ist auch wieder ein Beitrag, wie Fremdenverkehr und Sport gemeinsam hervorragend kooperieren können. Ich sage das deshalb, weil ich mich bei den Leuten bedanken möchte, bei den mehreren hundert, die es wieder in einer Woche zustandegebracht haben, zwei so große Rennen zu machen. Meine Damen und Herren, es ist nicht von ungefähr, daß wir vorne auf diesem gesammelten Werk der Weltcuprennen natürlich den Sport und die Ergebnisse haben, daß wir aber bewußt hinten draufstehen haben, Steiermark, das grüne Herz Österreichs, ein beliebtes Ziel für Sommer- und Winterferien. Dadurch soll auch zum Ausdruck kommen, wie Sport und Tourismus in unserem Land zusammenwirken.

Liebe Frau Landesrat, ich glaube auch, das Transparent Steiermark und das Herz waren im Fernsehen oft zu sehen. Auch das ist wieder eine solche vernünftige Schwerpunktförderung gewesen. Ebenso zur Kultur. Das hat auch Pinegger gesagt, was das bedeutet hat.

Und so komme ich wirklich ganz zum Schluß. Liebe Frau Landesrat Klasnic, ich danke nochmals sehr herzlich für das persönliche Engagement und auch für die große Begabung, mit den Menschen zu reden, auch das Herz einzubringen in diese Materie, was sehr, sehr wichtig ist. Wir können und müssen Profis haben, aber wir brauchen die ehrenamtlichen Hunderte Mitarbeiter genauso dazu. Und denen ist ein richtiges Wort oft noch wichtiger, als der Schilling am Konto eines Verbandes. Aber beides brauchen wir. Und ich glaube daher, daß wir mit dir gemeinsam, ob es die Wirtschaft ist, ob es die Gemeinden sind, ob es hier die Parteien im Hohen Haus sind, zügig weiterarbeiten werden und das verwirklichen können im kommenden Jahr, was noch fehlt, und ich danke noch einmal für all das, was schwerpunktmäßig schon gerade in letzter Zeit geschehen ist. In diesem Sinn, halten wir zusammen für den steirischen Fremdenverkehr. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL. – 12.55 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Ich teile dem Hohen Haus mit, daß die Parteienverhandlungen zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 590/1, Beilage Nr. 51, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz neuerlich geändert wird, 11. KALG-Novelle, abgeschlossen sind.

Infolge gegebener Dringlichkeit unterbreche ich nunmehr die Landtagssitzung auf 30 Minuten, um dem Ausschuß für Gesundheit die Möglichkeit zu geben, über das genannte Geschäftsstück zu beraten und anschließend dem Hohen Haus antragstellend berichten zu können, sowie für eine kurze Mittagspause. Ich ersuche zuerst die Klubobmänner, zu einer Präsidialkonferenz in das Büro des Herrn Landtagspräsidenten Wegart zu kommen, und die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit, sich in zehn Minuten in den Rittersaal zu begeben. Die Sitzung ist auf 30 Minuten unterbrochen. (Unterbrechung der Sitzung von 12.56 bis 13.34 Uhr.)

Präsident Wegart: Hohes Haus, ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und teile mit, daß der

Ausschuß für Gesundheit die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 590/1, Beilage Nr. 51, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz neuerlich abgeändert wird, das ist die 11. KALG-Novelle, beraten hat und antragstellend dem Hohen Haus berichten kann.

Ich schlage daher im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hohen Haus vertretenen politischen Parteien vor, dieses Geschäftsstück als Tagesordnungspunkt 9 auf die Tagesordnung zu setzen. Gemäß Paragraph 27 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ist die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Landtages erforderlich. Wenn Sie meinem Vorschlag, dieses Geschäftsstück auf die Tagesordnung zu setzen, zustimmen, ersuche ich Sie um ein Zeichen mit der Hand.

Er hat die notwendige Mehrheit gefunden.

Außerdem teile ich dem Hohen Haus mit, daß im Laufe dieser Sitzung folgender Antrag eingebracht wurde, den ich der geschäftsmäßigen Behandlung zuführe:

Antrag der Abgeordneten Pußwald, Schützenhöfer, Gottlieb und Meyer, betreffend Änderung des Wohnungseigentumsgesetzes 1975 hinsichtlich des Erfordernisses der Zustimmung aller Miteigentümer bei Fernwärmeanschlüssen.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 7, das heißt, wir sind schon mitten drinnen. Die nächste Wortmeldung ist der Herr Abgeordnete Günther Ofner.

Abg. Günther Ofner (13.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Bei der Budgetdebatte vor einem Jahr wurde von allen Fremdenverkehrssprechern hier in diesem Hohen Hause die Wichtigkeit, aber auch die Notwendigkeit eines Fremdenverkehrsgesetzes aufgezeigt und für eine sehr rasche Beschlußfassung plädiert. Abgeordneter Kröll meinte in seiner Rede, daß er sich freue, daß es nun einen offiziellen Entwurf des Landes gibt, zu dem sehr rasch Stellung genommen werden muß. Dr. Dorfer sagte auch wörtlich in seiner Rede, ich glaube, wir sind uns alle einig, vor allem was ich bis jetzt gehört habe, ausgenommen vielleicht die Freiheitliche Partei, daß ein Fremdenverkehrsgesetz notwendig ist und ein Gebot der Stunde sei. Kollege Dr. Dorfer sagte weiters, daß dieses Gesetz sehr rasch in die Begutachtung gehen sollte, und er versicherte, daß die Kämmerer fertig werden mit einer Begutachtung, und daß noch im Sommer dieses Jahres das Fremdenverkehrsgesetz beschlossen werden könnte. Meine sehr geehrten Damen und Herren, alles leere Versprechungen. Und es ist kein Wunder, daß Enttäuschung, Frust und Unruhe den Fremdenverkehr beherrschen. Die Aussage von Frau Landesrat Klasnic, auf das schon fast beschlußreife Gesetz zu verzichten, hat in der Fremdenverkehrsbranche Unverständlichkeit, ja sogar ein mittleres Erdbeben ausgelöst. Es hat sich wieder einmal sehr deutlich gezeigt, meine Damen und Herren, wie stark die Verhinderer im Bereich der Handelskammer sind und wie schnell man einen guten Gesetzesentwurf, und ich glaube, das war er, vom Tisch gefegt

hat. Nur weil man Angst vor der Konfrontation mit gewissen Wirtschaftskreisen hat, blockiert die ÖVP ein modernes Fremdenverkehrsgesetz. Die Steiermark bleibt somit das einzige Bundesland außer Wien, das kein solches Gesetz aufzuweisen hat. (Unverständlicher Zwischenruf.) Lieber Kollege, lassen wir das! Du weißt, wie es in den westlichen Ländern aussieht. Die Angst vor den mächtigen Kammersektionen muß natürlich sehr, sehr groß sein, daß man auf so ein wichtiges Gesetz verzichten will. Das ist – glaube ich – eine Verzichtserklärung, meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP, auf künftige Chancen im Fremdenverkehr. Und das wird sich sehr bitter rächen. Man kann dem Altbürgermeister und langjährigen Handelskammergremialvorsteher, Komm.-Rat Sepp Tewanger, recht geben, wenn er sagt – und das hat er in der „Kleinen Zeitung“ gesagt, meine Damen und Herren ich zitiere: „Daß die Steiermark unter der Führung von Landeshauptmann Dr. Krainer ganz ins wirtschaftliche Eck gedrängt wurde und daß die Staatsindustrie kaputt, der Fremdenverkehr out und die Bürokratie ständig wächst“. Das, liebe Kollegen, hat Ihr Fraktionskollege, der ÖVP-Bürgermeister Tewanger, gesagt. Nicht meine Worte! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sind nicht nur die Randlage der Steiermark oder die verschiedenen Umstände schuld daran, daß wir im Pro-Kopf-Einkommen an letzter Stelle angelangt sind. (Abg. Purr: „Da spricht der frustrierte Funktionär!“) Arbeitslosigkeit, vor allem Jugendarbeitslosigkeit, die Abwanderungen nehmen ständig zu und formen das Bild der Steiermark. Sie, meine Damen und Herren der ÖVP, haben hier auf Grund großer Versäumnisse, wie es sich gerade auch bei diesem (Abg. Pinegger: „Wir sollen uns nicht schlechter machen als wir sind!“) Fremdenverkehrsgesetz zeigt, eine große Mitschuld an der gesamten Entwicklung der Steiermark zu tragen. Gerade das, was den Fremdenverkehr betrifft, hätten wir sehr viel mehr von den westlichen Bundesländern lernen können. Hätten wir ein bißchen mehr dorthin geschaut, wären wir heute sicher noch um Vielfaches weiter. Aber die Schläfrigkeit, meine Damen und Herren, der Fremdenverkehrsgewaltigen und -verantwortlichen ist einfach enorm. Auch als heuer im Sommer die Adria derart verschmutzt war, daß die meisten Menschen verunsichert waren, ob sie überhaupt noch dort hinfahren sollten, hat man es verabsäumt, hier in die Bresche zu springen und die Grüne Mark als Alternative zu verkaufen. Auch von Kärnten hätten wir einiges dazulernen können, lieber Kollege Harntodt. Dort ist es sehr wohl gemacht worden. Die haben sehr viel unternommen, um Gäste anzulocken. (Abg. Harntodt: „Die haben viele Seen!“) Wir haben genauso die Seen. Dann muß ich sagen, lieber Kollege Harntodt, dann kennst du die Steiermark sehr schlecht. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Fremdenverkehr ist für unsere Wirtschaft ein ganz wichtiger Bestandteil. Er ist ein Standbein, das wir absolut und dringend brauchen. Die Fremdenverkehrswirtschaft aber braucht mehr Mittel für Werbung und für Marketing. Wir brauchen mehr Mittel für den Ausbau der Infrastruktur und Ausstattung von Gästezimmern sowie von Fremdenverkehrseinrichtungen. Denn die Steiermark hat nach Niederösterreich den zweitniedrigsten Anteil an voll sanitär ausgestatteten Gästezimmern. Als Beispiel: Österreich hat eine Ausstattung von

60,7 Prozent, die Steiermark eine Ausstattung von 53,9 Prozent. (Landesrat Klasnic: „Das ist nicht richtig, es sind 59,9 Prozent!“) Frau Landesrat, das stimmt. 53,9 Prozent! Dann stimmt Ihre Studie nicht. Dann müssen Sie Ihre Studie, die von Ihnen in Auftrag gegeben worden ist, revidieren, weil diese Ziffer ist aus Ihrer Studie heraus.

Auch eine Abgabe, meine Damen und Herren, für Zweitwohnungsbesitzer oder die gänzliche Zurverfügungstellung der Fremdenverkehrsabgabe wird die Problematik im Fremdenverkehr und die finanzielle Misere nicht lösen können. Auch die 2,5 Millionen, die Kollege Kröll angesprochen hat, die für Werbung und Marketing im zweiten Strukturprogramm aufgenommen worden sind, sind etwas, aber viel zu wenig. Das muß uns allen klar sein. Wir Sozialisten sind daher der Meinung, daß ein Fremdenverkehrsgesetz für die Weiterentwicklung des Fremdenverkehrs absolut notwendig ist. Wir haben daher auch einen sehr brauchbaren Entwurf erstellt und im Frühjahr beziehungsweise Frühsommer hier in diesem Hause eingebracht. Ohne Fremdenverkehrsgesetz, ohne gesicherte Einnahmen – und sie haben ja selbst gesagt, die Einnahmen sind notwendig – hat auch eine Ausgliederung, Frau Landesrat, keinen Sinn. Die regionalen Verbände können nur arbeiten, wenn sie dazu auch die notwendigen Mittel haben. Und diese sind einfach über das Fremdenverkehrsgesetz aufbringbar. Nur dort! Daher müßte nach unserer Meinung zuerst das Gesetz beschlossen werden, und dann könnte die Ausgliederung erfolgen. Das wäre – glaube ich – der richtige Weg.

Ich hoffe im Namen aller Fremdenverkehrsverantwortlichen und Manager sowie aller Fremdenverkehrsbetriebe, daß vor allem du dich, lieber Kollege Dr. Dorfer, in deiner Kammer durchsetzt und deinen Präsidenten Ing. Stoisser, der leider heute nicht hier ist, bewegst, daß er seine sture Haltung in dieser Richtung aufgibt. Er weiß schon, warum er nicht hier ist, er weiß es sehr genau (Abg. Harmtodt: „Er ist so da!“), und das ist sehr schade, meine Damen und Herren. Er tut mit seiner Haltung unserem Land und vor allem dem Fremdenverkehr keinen guten Dienst. Aus dem Entwicklungsprogramm – ich habe es vorher angesprochen – für Freizeit, Erholung und Fremdenverkehr, das vor kurzem veröffentlicht wurde, geht ganz klar hervor, daß in der Anfangs- und Aufbauphase eine ehrenamtliche Organisationsleitung von ganz großem Vorteil war. Da gibt es überhaupt nichts zu reden. Jedoch kann Ihnen in einer zunehmend verschärften Wettbewerbssituation diese Form der Geschäftsführung bei zukünftigen Erfordernissen einfach nicht mehr alleine gerecht werden. Das muß uns allen auch klar sein. Die Weiterentwicklung im Tourismus, meine Damen und Herren, wird ganz wesentlich davon abhängen, ob es uns gelingt und wie weit es uns gelingt, die derzeit zum Teil bestehenden Organisations- und Managementmängel abzubauen und den Bürokratismus, der sehr wohl in größtem Maße vorhanden ist, zu entfernen und die notwendigen Mittel für den Fremdenverkehr zu beschaffen. Daher sollen alle, sowohl die direkt als auch indirekt vom Tourismus profitierenden Wirtschaftskreise ihren Beitrag leisten, vor allem zum touristischen Marketing. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Jetzt ist der Abgeordnete Ing. Stoisser

da!“) Sehr schön! Ich hoffe, deine Kollegen werden dir dann sagen, um was es hier gegangen ist. Dazu ist eine landesgesetzliche Regelung erforderlich. Durch die damit verbundenen zusätzlichen Einnahmen soll die Durchführung der Marketingaufgaben auf örtlicher und regionaler Landesebene sichergestellt werden. Nicht umsonst, meine Damen und Herren, hat der ausgeschiedene Landesrat Dr. Heidinger auch sehr auf ein Gesetz gedrängt und hat es als die größte Enttäuschung seines Lebens bezeichnet, als er mit dem Gesetz nicht zu Rande kam. Seine Worte waren: „Ich habe die Wand überschätzt, die ich einrennen wollte.“ Frau Landesrat, ich kann daher verstehen, daß Sie sich auch nicht getrauen, dieses Gesetz in Angriff zu nehmen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Du wirst dich wundern!“) Wir hoffen aber sehr, Frau Landesrat, ich würde mich freuen, wenn es doch kommen würde, nur glaube ich es nicht mehr. Zu lange wurde in diesem Hause darüber gesprochen. Und auf Grund der Aussage von Frau Landesrat ist es in weite Ferne gestellt worden. Können wird es, nur, meine Damen und Herren, dann wird es zu spät sein. Davon bin ich auch überzeugt. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Glaubst du, daß ein Gesetz alles ist?“) Aber gerade in diesem Fall ist es notwendig. Wie wollen Sie die notwendigen Mittel ohne Gesetz hereinbringen, das müssen Sie mir erst erklären. Und die anderen Bundesländer, die sich so sehr mit dem Fremdenverkehr beschäftigen, die werden schon wissen, warum sie ein Gesetz gemacht haben. Wir hoffen sehr, Frau Landesrat, daß Sie sich doch eines Besseren belehren lassen und mit uns gemeinsam das von uns eingebrachte Gesetz mit uns beschließen. Wir Sozialisten hoffen aber auch, daß alle wirtschaftlich denkenden Kräfte in der ÖVP, und ich bin überzeugt, daß das wirklich sehr viele sind, das parteipolitische Denken ablegen und sich für die Notwendigkeit dieses Gesetzes entscheiden, liebe Freunde. Ihr getraut euch einfach nicht, das über die Kammer zu machen. Und das ist sehr wohl parteipolitisch bedingt. Das werdet ihr mir nicht abstreiten können, liebe Freunde. (Abg. Purr: „Das parteipolitische Denken hast du abgelegt?“) Bei euch ist das keine Parteipolitik? (Abg. Ing. Stoisser: „Hast du schon einmal deinen Freund, den Landesobmann des Freien Wirtschaftsverbandes, gefragt, was er zu diesem Gesetz sagt?“) Er steht positiv dazu. (Abg. Ing. Stoisser: „Seit wann?“) Er weiß, daß es nicht einfach ist.

Liebe Freunde, er weiß, daß es für den Fremdenverkehr unerlässlich ist, und über die Umwegrentabilität wird das sehr wohl wieder hereinkommen. (Abg. Ing. Stoisser: „Es ist diese Diskussion nicht parteipolitisch, sondern wirtschaftlich bedingt!“) Und parteipolitisch.

Im Mittelpunkt einer zukunftsorientierten steirischen Tourismuspolitik muß immer der Mensch stehen. Der Mensch als Gast, der Mensch als Erholungssuchender, als Beschäftigter, als Beteiligter und als Betroffener (Abg. Ing. Stoisser: „Immer!“ – Abg. Mag. Rader: „Der Mensch als Steuerzahler!“) und der Mensch als Steuerzahler. Darum, meine sehr geehrten Damen und Herren, machen wir keinen Fehler. Der Fremdenverkehr ist uns einfach zu wichtig. Die Tourismuspolitik, Frau Landesrat, darf keine Spielwiese einzelner sein. Nur ein breiter Konsens, getragen von Verantwortung und Zusammenarbeit, kann unseren Fremdenverkehr weiterbringen.

Abschließend hätte ich, Frau Landesrat Klasnic, von Ihnen als neue Fremdenverkehrschefin noch gerne gewußt, wie es um den Sumpf Ihrer Erbschaft steht. Ich hätte gerne Aufklärung darüber gehabt, ob die Gerüchte, die auch Sie gehört haben, wie es in dieser Zeitung steht, in der „Kleinen Zeitung“, von den sonderbar verflossenen Millionen, deren zehn an der Zahl kolportiert werden, stimmen. Können Sie mir mitteilen, wie weit der Sumpf von Ihnen trockengelegt werden konnte? Ich hoffe, Sie werden mir darüber genügend Auskunft geben können. Ich glaube auch, meine Damen und Herren, die Öffentlichkeit hat ein Anrecht zu wissen, was mit den Mitteln geschehen ist. Zum Schluß, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, allen Beschäftigten im Fremdenverkehr ein Dankeschön zu sagen, im besonderen aber auch den vielen Tausenden freiwilligen Funktionären und Helfern in den Vereinen und Verbänden. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 13.52 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader, dem ich es erteile.

Abg. Mag. Rader (13.52 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Beinahe wäre ich versucht gewesen zu sagen, leeres Haus, aber das stimmt nicht mehr, Gott sei Lob und Dank, wir haben früher versucht, mit dem Präsidenten durchzuzählen, wer eigentlich an Mehrheit gewänne. Der Landtag oder die Zuschauergalerie. Der Landtag hätte gewonnen, allerdings nur, wenn wir die fleißigen Stenografinnen auch zu uns zählen dürfen, sonst wären wir weniger gewesen. Das hat sich aber Gott sei Dank geändert. Meine zweite Landtagshälfte ist auch noch auf Lepschi, hoffentlich nicht meine bessere Hälfte.

Meine Damen und Herren, ich habe mir erlaubt, vor einigen Tagen in Schladming den letzten Fremdenverkehrstag zu verfolgen, bis zum bitteren Ende, mit allen Referaten, und ich habe dort sehr interessante Dinge gehört von dem aus Wien angereisten zuständigen Sektionschef aus dem früheren Handelsministerium, jetzt heißt es anders, es ist aber immer derselbe Mann, und er hat uns neue Hoffnung über die Entwicklung gegeben, neue Hoffnung, die wir nicht aus eigener Kraft realisieren müssen, sondern die auf Grund der Entwicklung möglich wird. Er hat uns nämlich geschildert, daß wir in Westeuropa, das ist eine Untersuchung, die er gerade von einer internationalen Tagung mitgebracht hatte, es nunmehr immer gesündere und vor allem Jahrgänge mit längerer Lebenserwartung gibt, die ihren Lebensabend nicht nur zu Hause verbringen, aktiver sind, er hat uns geschildert, daß wir einen steigenden Bildungs- und Urbanisierungsgrad in Europa, aber auch in Übersee haben, der sich logischerweise auch auf die Mobilität auswirkt. Also mit steigendem Bildungsgrad wächst, so hat er es formuliert, die Lust, etwas anderes anzusehen. Er hat uns geschildert, daß es vorsichtig, aber steigende Wirtschaftsprognosen gibt, es sind die Ziffern anderswo besser als leider Gottes im Augenblick hier bei uns in der Steiermark, und nachdem die Lebenskosten an sich ja gedeckt sind im großen und ganzen, kann man davon ausgehen, daß diese steigenden Einnahmen

durch die steigenden Wirtschaftsprognosen Realzuwächse im Einkommen beinhalten, die auch zum Teil in Urlauben ausgegeben werden können. Und er hat sehr vorsichtig, aber auch deutlich genug, und das haben wir ja ausreichend in den Medien heuer im Sommer lesen können, geschildert, daß auf der einen Seite der Trend zum nahen Mittelmeer sich aufhören muß, aufhören wird, nicht zuletzt auf Grund der dortigen Wasserqualität, die geboten wird, und auf der anderen Seite die Flucht in die Ferncharterreisen sich natürlich zwangsläufig auch irgendwann aufhören wird, weil der Luftraum hoffnungslos verstopft ist. Also Fazit, wir haben nach einer Zeit der schwierigen Situation, wo wir nicht gewußt haben, ob sich positiv etwas weiterentwickeln kann, jetzt eine Chance, unseren Fremdenverkehr auf jeden Fall fortzuentwickeln, egal, was wir selbst dazu tun oder nicht. Das heißt jetzt natürlich nicht logischerweise, daß man nichts tun soll, ich sage das nur, um das einmal locker in den Raum zu stellen. Wir sind auf jeden Fall in einem Aufwärtstrend, egal, ob wir etwas tun oder nicht. Er hat auch geschildert, und das stelle ich bewußt voran, auch wenn es möglicherweise in der Diskussion um das Fremdenverkehrsgesetz widerspräche, er hat auch geschildert, daß es logischerweise im Fremdenverkehr durchaus Impulse in andere Wirtschaftsbereiche geben kann, und hat hier verschiedene Prozentsätze aufgezählt, die ich jetzt nicht wiedergebe, weil ich sie nicht überprüfen kann. Allerdings, und jetzt komme ich durchaus in die Argumentation des Kollegen Ofner, man könnte daraus den Schluß ziehen, daß, wenn erstens der Fremdenverkehr mit hoher Wahrscheinlichkeit steigen kann oder wird, zweitens alle mit dem Fremdenverkehr mitverdienen, daß logischerweise alle mitzahlen müssen. Und damit sind wir bei der Diskussion, die wir schon gehabt haben. Meine Damen und Herren, sollte also dieses Fremdenverkehrsgesetz, so wie wir es vor einem guten Jahr hier im Hause vorliegen hatten, realisiert werden. Und da unterscheide ich mich ganz wesentlich von dem, was der Kollege Ofner jetzt geschildert hat. Das heißt, ich unterscheide mich in den Inhalten, ich unterscheide mich aber nicht in der Diktion. Der Kollege Ofner hat hier ein modernes Fremdenverkehrsgesetz gefordert. Und, Herr Kollege Ofner, du weißt ganz genau, daß das, was in diesem Hause gelegen hat, bei Gott nichts Modernes war, sondern irgendetwas Abgeschriebenes, das seit vielen Jahren anderswo in einer anderen wirtschaftlichen Situation beschlossen worden ist. (Abg. Günther Ofner: „Wir können darüber reden!“) Du siehst jetzt logischerweise nur die Fremdenverkehrswirtschaft. Es ist natürlich verlockend, wenn die Creme der Fremdenverkehrsverantwortlichen in der ersten Reihe im Zuschauerraum sitzt. Das ist ungefähr so, wie wenn bei der Gruppe 1 der Herr Landeshauptmann freundlicher Weise alle Feuerwehrkommandanten hier in die Zuschauergalerie bittet und sich keiner ein kritisches Wort zu sagen getraut, weil der sonst böse herunterschaut. Aber, lieber Kollege Ofner, die Problematik – und das hat Präsident Ing. Stoisser ganz richtig in seinem Zwischenruf zu erläutern versucht – liegt auch bitte nicht nur bei denen, die etwas bekommen sollen, sondern sinnvollerweise auch bei denen, die es bezahlen sollen. Und daher sage ich, man muß den Menschen im Mittelpunkt haben, und natürlich auch den Menschen als Steuerzahler. Da sind die ganzen

Betriebsinhaber, die Steuerzahler, die plötzlich für etwas Geld abliefern sollen, wo sie hohe Zweifel gehabt haben, ob sich das jemals rechnen wird. Sie sollen hineinzahlen und waren sich wirklich nicht sicher, ob sie jemals einen Gast zu Gesicht bekämen. Meine Damen und Herren! Ich will daher noch einmal sagen, wenn dieses Fremdenverkehrsgesetz, wie es im Vorjahr dalag, vor zehn Jahren hier im Hause gelegen wäre, wäre die Diskussion wahrscheinlich eine viel einfachere, eine viel kürzere und vor allem eine positive gewesen, weil damals andere Voraussetzungen gewesen sind. In der Zwischenzeit, meine Damen und Herren, sind die Betriebe einer Belastung ausgesetzt, wo man sich 100mal überlegen muß, bevor man eine neue steuerliche Belastung auf die Betriebe darauflegt. Und, meine Damen und Herren, wir könnten auch darüber reden, wenn tatsächlich stattgefunden hätte oder fände, was angekündigt worden ist, daß wir jetzt eine wunderbare Steuerreform haben, die für alle nur den Himmel auf Erden bringt und es daher eine deutliche Entlastung der Betriebe gäbe. Und dann könnte man noch sagen, bitte, da hat zwar die Koalitionsregierung entsetzlich entlastet, aber jetzt kommt die Landesregierung wieder, tut wieder ein bißchen drauf, aber dafür können wir im Fremdenverkehr investieren. Meine Damen und Herren! Leider Gottes ist das ja nicht so. Die Steuerreform hat ja bedauerlicherweise keine Entlastung, sondern in Wahrheit in vielen Bereichen eine Belastung der Betriebe gebracht.

Es sind viele Dinge, die unter dem sogenannten Fall der Steuerprivilegien subsumiert worden sind, fälschlicherweise, weil sie in Wahrheit nichts anderes waren, als Möglichkeiten, den Betrieben leichter ihre Existenz aufrechtzuerhalten, sind sie bei der Gelegenheit anlässlich dieser berühmten Steuerreform gleich mit abgeschafft worden. Zum Beispiel: Was stand zur Debatte, und was steht noch immer zur Debatte? Abschaffung aller Arten der vorzeitigen Abschreibung, Reduktion der Investitionsrücklage auf 20 Prozent, Abschaffung der Rücklage von nicht entnommenem Gewinn, Abschaffung der Begünstigung bei Verwendung von Urheberrechten, keine Steuerbefreiung für Jubiläumsgeschenke an Arbeitnehmer, es wird nicht sehr gefallen, Betriebsausgabenpauschale für Freiberufler fällt weg, Verlängerung der Abschreibungsdauer auf 25 Jahre, Einschränkung der Zehntelabsetzung beziehungsweise Generalansanierung bestehender Objekte, bei Großraumreparaturen ist der Aufwand zwingend auf zehn Jahre zu verteilen. Ich war übrigens am Freitag der letzten Woche beim Landestag des Haus- und Grundbesitzerbundes. Die haben sich dort einen Herrn von der Finanzlandesdirektion eingeladen, der ihnen geschildert hat, was die Steuerreform ihnen bringen wird. Es war ein entsetzlicher Aufschrei (Abg. Kollmann: „Als du gekommen bist!“) Ich habe es selbst noch nicht einmal realisiert gehabt bis zu diesem Zeitpunkt, Kollege Kollmann, was das für eine entsetzlich organisatorische, zusätzliche Belastung werden wird, diese Steuerreform. Es ist beinahe ungeheuerlich, was da für zusätzliche organisatorische Maßnahmen gemacht werden müssen, die logischerweise auch etwas kosten. Es ist ja bitte nicht so, die sollen ein bißchen mehr tun, und unterm Strich kostet das nichts. Jede Minute, die ein Unternehmer für Organisationsaufgaben verwenden muß, geht ihm für produktive Tätigkeit ab. Meine Damen und Herren! Daher findet

diese Entlastung ja nicht statt, sondern es ist im Gegenteil noch eine Belastung durch die Steuerreform zu sehen. Ich darf Ihnen, weil der Kollege Kröll – (Abg. Dr. Dorfer: „In der Gesamtrechnung ist das sicher falsch, was Sie sagen!“) Ich bin herzlich dankbar für den Zwischenruf des Herrn Abgeordneten Dr. Dorfer, ich wiederhole ihn noch einmal, damit er ja im Protokoll ist, weil ich muß das dann deinen Leuten erzählen, wenn ich hinauskomme. Du sagst, daß in der Gesamtrechnung, wenn ich das fairerweise sage, meine Argumente der zusätzlichen Belastung falsch sind. Gut! Das wird im Protokoll stehen. Wir werden das mit deinen Freunden besprechen. Und weil der Kollege Kröll früher meiner Darstellung entgegenzutreten versucht hat, daß die Gemeinden belastet worden sind durch die ganze – (Abg. Kröll: „Durch die Steuerreform werden die Gemeinden über Gebühr belastet!“) nicht über Gebühr belastet, sondern nur belastet. Darf ich dir bitte mit einem Geschichterl sagen, wie ich das sehe? Ich muß die Geschichten alle schriftlich dem Prof. Dr. Eichinger zur Verfügung stellen, du kannst auch diese haben. (Abg. Kröll: „Darf ich dich um eines bitten. Wenn es so wäre, wie du sagst, dann käme es nicht zu Rückgängen in den Haushalten. Es muß einen Vorteil haben, dadurch leiden die öffentlichen Haushalte an verminderten Einnahmen!“) Ich hoffe, daß du nicht so unsanft aufwachst, wie das der Fall sein wird. (Abg. Kröll: „Es ist durch Verhandlungsgeschick und mit Unterstützung der Länder möglich geworden, zu einer vertraglichen Lastenverteilung zu kommen!“) Und wieso, lieber Kollege Kröll, finden in diesen Tagen und dann in den ersten Wochen im Jänner in allen steirischen Gemeinden die Budgetdebatten und die Haushaltsdebatten statt, wo es fast durch die Bank – fast, sage ich –, es gibt ein paar Ausnahmen, die in einer positiven Situation sind, aber fast durch die Bank zu Erhöhungen der kommunalen kommt, um genau das wieder hereinzuholen, was vorher die Steuerreform gekostet hat?

Bitte, lieber Kollege Kröll, das bezahlen dann in Wahrheit dieselben Leute, denen ihr vorher eingeredet habt, daß ihr ihnen etwas schenkt; das ist es, lieber Freund! (Abg. Kröll: „Die Finanzzuweisungen des Bundes sind im wesentlichen neutral!“) Nur sind sie doppelt so hoch geworden, wie du weißt! (Präsident Wegart: „Ich bitte, die Zwiegespräche einzustellen, der Abgeordnete Mag. Rader ist am Wort. Es steht jedem Abgeordneten frei, sich bei mir zum Wort zu melden. Ich habe noch viel Platz, Sie aufzunehmen!“) Danke schön! Aber wenn Sie erlauben, daß ich dem Kollegen Kröll zugehört habe, weil er jetzt mir zuhören wird bei dem Geschichterl, in dem ich ihm erläutere, wie es im Augenblick den kleinen Betrieben, das sind die, die mir so am Herzen liegen, da teile ich die Auffassung mit der Frau Kollegin Göber, jetzt in Wahrheit wirklich geht. Das ist so, wie mit dem kleinen Buben, der weinend an einer Straßenecke steht, kommt einer vorbei, sagt er, um Gottes Willen, was ist mit dir los? Sagt er, es ist so schrecklich, ich habe zwei Zehner in der Hand gehabt und wollte ins Kino gehen. Und da kommt plötzlich einer vorbei und nimmt mir einen Zehner weg, und jetzt habe ich kein Geld. Da hat der gesagt, ja sag einmal, hast du nicht um Hilfe gerufen? Sagt er, doch, hat mich keiner gehört! Sagt er, kannst nicht lauter schreien? Sagt er, nein! Nimmt ihm den zweiten Zehner auch weg und geht davon. Weil die

Kleinen sich nicht wehren können, weil die nicht so laut schreien können, daß es ganz oben gehört wird, werden immer wieder und immer wieder neue Belastungen gemacht. Ich beziehe meine Weisheiten aus der Wirtschaftsbandzeitung, und in diesen Dingen glaube ich ihnen vollkommen. Jedes Mal wird geschildert, wie die Belastungssituation bei den kleinen Wirtschaftstreibenden schwieriger wird. Deshalb, meine Damen und Herren, glaube ich nicht, lieber Kollege Kröll, daß das, was der Kollege Ofner an Fremdenverkehrsgesetz hier gefordert hat, stattfinden kann. Das haben wir ja ausdiskutiert. (Abg. Günther Ofner: „Von wo würdest du das Geld hernehmen?“)

Lieber Kollege Ofner! Es gibt einen wesentlichen Unterschied zwischen der Frau Landesrat und mir. Weißt, wie der ist? Sie sitzt oben und ist verantwortlich, und ich sitze herunter und muß nur beurteilen, ob sie das geschieht macht. (Abg. Günther Ofner: „Wenn keiner etwas bezahlt, muß man so fair sein und sagen, dann fordere ich das nicht!“) So, und jetzt, lieber Herr Kollege Ofner, würde ich sagen, was das wichtigste ist. Und das bitte haben die Herren der Fremdenverkehrswirtschaft da hinten verdient. Was das wichtigste ist, daß jetzt einmal gesagt wird, wie man das wirklich machen will. Ich bitte herzlich, ich bin nicht päpstlicher als der Papst, und wenn die, die das verantworten und das heute ja schon den dritten Tag immer wieder deutlich werden lassen, daß sie die Verantwortlichen sind und daß alle anderen gefälligst ruhig sind, wenn die Verantwortlichen entweder nicht wissen, was sie wollen, oder das nicht sagen, was sie wollen, dann – bitte herzlich – ist das Wesentliche aus der Fremdenverkehrspolitik, daß man jetzt einmal klarstellt, was wirklich geschehen soll.

Und ich sage noch einmal, ich habe das versucht, in der Generaldebatte anzudeuten, ich war da oben in Schladming. Ich gebe zu, ich war zum ersten Mal bei einem Fremdenverkehrstag wirklich bis zur letzten Minute dort, um mir insbesondere das Referat der Frau Landesrat anzuhören, nachdem ich vorher in den Zeitungen einmal das und einmal das und einmal nichts und einmal dieses und einmal jenes gelesen habe, wie es jetzt weitergehen soll. Und da oben habe ich den Eindruck gewonnen, und der Herr Kommerzialrat Kaiserfeld hat sogar vom Präsidium heftig heruntergedeutet auf mich, da habe ich den Eindruck gewonnen, vor allem, wie der Herr Landesrat Heidinger die Geschichte mit der Wand geschildert hat, man muß immer zuerst schauen, wie dick die Wand ist, durch die man mit dem Kopf muß, und er hat die Wand halt unterschätzt, nicht überschätzt, sondern unterschätzt, hat sich den Kopf eingerannt, und er wünscht sich ein Fenster. Da habe ich den Eindruck, daß die Frau Landesrat jetzt ein Fenster einzuzichnen beginnt, so unter dem Motto, wir werden das Kind umtaufen, das heißt nicht mehr Fremdenverkehrsgesetz, sondern Tourismusförderungsgesetz, und vielleicht spielen wir uns mit den Promilleprozenten ein bißchen herum, und damit ist genau dasselbe, wie vorher geplant. Da habe ich mir gedacht, schau ich mir das an, nicht zuletzt, weil der Kommerzialrat da so mit dem Finger gedeutet hat, bitte, mußst vorsichtig sein, ist ein wichtiger Mann, darfst dich nicht gleich äußern, tust einmal vorsichtig anschauen, was jetzt kommt. Dann war ich noch nicht einmal hereingefah-

ren, beim Bahnhof vorbei, da bleibe ich stehen, da haben sie gerade die „Kleine Zeitung“ verkauft, kaufe mir eine Zeitung, schlage sie auf und sehe da diesen Artikel „Eine Dame bittet zum Tanz“. Da habe ich mir gedacht, ist eine Einladung, kannst nicht nein sagen. Ich habe die Geschichte gleich gelesen, als ich nach Hause gekommen bin, Und was lese ich da? Zum Thema Fremdenverkehrsgesetz stellt Frau Klasnic die Frage: Gesetz wofür? Sie sagt, daß es schon richtig ist, daß ein solches vorbereitet war, meint aber, daß im Zuge einer zeitgemäßen Neuordnung die Chance geschaffen werden müßte, daß der Fremdenverkehr vor allem von den einzelnen Verbänden, dem Land, der Wirtschaft und allen Parteien mitgetragen werden kann, dazu brauchen wir doch kein Gesetz. Da habe ich mir gedacht, hoppla, es gibt doch kein Gesetz. Werden wir schauen, was sich sonst noch getan hat. Warten wir die Berichterstattung über den Fremdenverkehrstag ab, denn es wird ja wohl Kontakte am Rande mit der Presse gegeben haben. Dann schlage ich die Wiener „Presse“ auf, ein seriöses Blatt, gleich Überschrift: „Kein Marketing-Schilling für den Fremdenverkehr“. Dann habe ich mir gedacht, schon wieder nichts mit dem Gesetz. Ja, meine Damen und Herren, dann sollte man wissen, wie diese ganze Geschichte gemacht werden soll. Und vor allem, was mir das wichtigste erscheint, und das war ja auch der Grund, warum wir vor ein paar Wochen versucht haben, hier eine dringliche Anfrage zu stellen, weil mitten im Winterfremdenverkehr ist es ja nicht wahn-sinnig motivierend für all diejenigen, die den Fremdenverkehr machen, wenn sie überhaupt nicht wissen, wie die Geschichte weitergehen soll. Das war ja der Grund, warum ich die SPÖ damals, auch die ÖVP, aber da habe ich nicht gerechnet, daß sie ja sagt, aber die SPÖ eingeladen habe, hier in einer dringlichen Anfrage diese Geschichte zu klären oder zumindest versuchen zu klären, wie es weitergehen soll, weil wenn die Leute nicht wissen, wird etwas, wird nichts, der Herr Kommerzialrat nickt, dann kann das nicht wahn-sinnig motivierend sein. Wir wissen es bis heute noch nicht, und ich würde wirklich hoffen, daß es möglich wäre, vielleicht im Zuge dieser Budgetdebatte einmal Klarheit zu bekommen, was jetzt wirklich sein soll. Welche Möglichkeiten gibt es? Es gibt das Gesetz, wie geplant, es heißt dann halt nicht mehr Fremdenverkehrsgesetz, sondern Tourismusförderungsgesetz und ist dasselbe wie vorher. Bitte, Herr Kommerzialrat, da können Sie mit dem Finger deuten, soviel Sie lustig sind, da tun wir sicher nicht mit, weil die Argumente, die wir im Vorjahr der Wirtschaft gegenüber gehabt haben, ja nicht schwächer geworden sind, sondern noch stärker, wie ich versucht habe zu erläutern, obwohl der Kollege Kröll logischerweise, aber er kommt aus dem Fremdenverkehrsbereich, daher kann ich es verstehen, das zu unterlaufen versucht. Das kann ich mir nicht vorstellen, daß das in dem Fall bleibt, auch dann nicht, wenn man nur mit den Promillesätzen ein bißchen herumspielt, weil damit das Grundproblem nicht erledigt ist. Das Grundproblem war ja, daß es bestimmte Regionen in der Steiermark logischerweise geben kann und wird und noch gibt, wo bitte überhaupt kein Verständnis zu finden sein wird von den Wirtschaftstreibenden, weil die auch nicht davon ausgehen, daß selbst, wenn der große Fremdenverkehrsboom ausbricht, daß sie jemals einen Gast zu Gesicht bekommen. Damit müssen wir

leben. Du wohnst in Schladming, du hast natürlich ein anderes Feeling da oben in deiner Gegend, ich bitte komme vom Ossiacher See. Ich kenne auch Fremdenverkehr. Aber es gibt natürlich in der Steiermark Gegenden, wo er nicht stattfinden wird können.

Nächste Geschichte, nächste Variante. Das Gesetz wird so konstruiert, daß die Entscheidung in den Regionen liegt, ob eingehoben wird oder nicht, etwa über die Gemeinderäte. Damit würde logischerweise in den Fremdenverkehrsgebieten Verständnis zu finden sein, in eurer Region sowieso, ihr macht das ja vorweg schon. In anderen Regionen, wo es nicht geht, nicht. Auch eine Variante, oder man tut gar nichts und sagt, wir finanzieren die Geschichte über das Budget. Ist auch eine Möglichkeit. Da wäre der Herr Kommerzrat auch zufrieden. Nur glaube ich, daß das nicht gehen wird, wenn ich mir die Ziffern anschau. Aber wenn das die Zielsetzung ist, dann sollte man das sagen. Was unmöglich ist, meine Damen und Herren, und das scheint mir das Wesentliche an der jetzigen Situation zu sein, ist diese Verunsicherung, daß keiner weiß, was geschieht. Es hat ja schon Verunsicherung genug gegeben in der Vergangenheit. Nicht zuletzt, logischerweise kann der Kollege Kröll dafür nichts, sondern diejenigen, die es inszeniert haben, daß wir ein personelles Ringenspiel in den letzten Jahren gehabt haben, das wirklich abenteuerlich ist. Das kommt mir immer so vor wie ein Stafettenlauf. Wegart gibt Fuchs, Fuchs gibt Heidinger, Heidinger gibt Klannic. Das blöde ist nur, daß das Hölzl in der Zwischenzeit immer hinuntergefallen ist und wieder frisch aufgehoben hat werden müssen. (Beifall bei der SPÖ). Daher sind sie nicht so schnell weitergekommen. Böse Zungen sagen, da gibt es noch einen dazwischen, das wäre der Möchtegern-Landesrat Kröll gewesen, der hat das Hölzl aber nicht erlangt. Macht nichts. Das sagen böse Zungen.

Ich will gar nicht darüber reden, welches Ringenspiel es im Management gegeben hat.

Die Betreuer haben pausenlos gewechselt. Der letzte erst vor kurzer Zeit. Im Augenblick ist wieder ausgeschrieben, und es ist natürlich logisch, daß nach einer Ausschreibung rasch besetzt worden ist. Das letzte Management ist auch nach der Ausschreibung rasch besetzt worden. Ist auch schon wieder fort. Das sagt einstweilen noch nichts. Ich glaube, da sollte man sicherstellen, daß hier Ruhe einkehrt. Ich sage, das einzige ruhige Element in den letzten Jahren im Fremdenverkehr war ja wirklich der Kommerzrat Kaiserfeld und all die vielen kleinen Leute draußen, die den Fremdenverkehr betrieben haben. Hier heroben haben wir ein Ringenspiel gehabt, das sicherlich nicht gut tut, meine Damen und Herren.

Und daher meine ich, verehrte Frau Landesrat, und ich will im Sinne dessen, was wir vorher geredet haben, für mich ist wirklich Waltraud wichtiger als Heidi, ich habe mich nämlich, als der Kollege Kröll geredet hat, schon gefragt, was ihm eigentlich wichtiger ist, Heidi oder Waltraud, also für mich ist in diesem Fall auf jeden Fall Waltraud wichtiger. Ich würde wirklich bitten, nicht für mich, weil ich das gerne wissen möchte, sondern damit die Leute draußen endlich wissen, was jetzt wirklich geschehen soll, und damit man darüber auch in eine ganz offene Diskussion eintreten kann, sagen Sie uns heute doch, was Sie

wirklich vorhaben, und speisen Sie uns, ich bitte herzlich, nicht wieder ab mit der Mitteilung, die so charmant lautet, wir werden so lange mit allen gemeinsam reden, bis eine Lösung gefunden ist, die wirklich tragbar ist. Auch ohne Reden hat es schon Jahrzehnte gedauert, wie lange dauert es dann erst mit Reden. Bitteschön, sagen Sie uns, was Sie vorhaben, damit wir uns darüber ernsthaft einmal konkret unterhalten können. Das wäre das beste, was der steirische Fremdenverkehr bekommen könnte und womit wir jene Chancen, die wir auch ohne das Zutun jetzt vorfinden, wirklich nützen könnten. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 14.16 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vollmann.

Abg. Vollmann (14.16 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es wäre hier verlockend, an den Abgeordneten Mag. Rader anzuschließen und einige Dinge noch einmal aufzuzählen. Wir haben aber eines gemeinsam gehabt mit anderen Abgeordneten, es waren insgesamt sieben, beim Landesfremdenverkehrstag anwesend zu sein und uns dort die Vorträge anzuhören. Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir aber, daß ich auch ein bißchen etwas dazu sagen wie diese Fremdenverkehrswirtschaft in den letzten Jahren behandelt worden ist. Ich möchte aber auch in weiterer Folge auf jene eingehen, die ihren Broterwerb in dieser Fremdenverkehrswirtschaft haben, denn das scheint mir ein ganz wichtiger Faktor all dieser Bereiche zu sein. Die Tatsache, meine Damen und Herren, daß Experten, Beamte und Politiker, vor allem der ÖVP, seit nunmehr fast einem Jahrzehnt an einem steirischen Fremdenverkehrs- und Tourismusgesetz, wie es nun neuerlich heißen soll, arbeiten und bisher nichts zusammengebracht haben, denn das ist Tatsache, hat uns veranlaßt, in der letzten Sitzung des Landtages, es hat das der Herr Abgeordnete Ofner schon erwähnt, im Juni des heurigen Jahres einen eigenen Entwurf über ein Steiermärkisches Fremdenverkehrsgesetz einzubringen.

Die ÖVP, Sie – meine Damen und Herren –, haben diesen Entwurf abgelehnt, reden von weiteren Konzepten und Maßnahmen, betreiben große Ankündigungspolitik und bringen, in der Praxis gesehen, wieder einmal nichts weiter. Vier Tourismusmanager – denke man nur daran – wurden inzwischen verbraucht, der fünfte Posten – es würde angekündigt – ist ausgeschrieben. Die Leute mit dem nötigen Wissen und den besten Voraussetzungen haben frustriert und enttäuscht samt ihren Mitarbeitern inzwischen die Steiermark verlassen, und trotzdem ist man noch immer der Meinung, daß man langsam aufbauen müßte. Das hören allerdings – das darf ich noch einmal mit aller Deutlichkeit sagen – die Tourismusverantwortlichen in diesem Land seit 25 Jahren. Bei jedem Landesfremdenverkehrstag wird ihnen Honig ums Maul geschmiert, damit sie wenigstens etwas Süßes zum Lecken haben, nur reden darf dazu niemand. Da heißt es nach dem Referat der Frau Landesrat „und damit ist der Fremdenverkehrstag – wie es das letztmal geschehen – geschlossen“, und das verkündet sie gleich selber, sonst könnte noch jemand auf eine gute

Idee kommen, und es geht eben nicht in der Steiermark. (Abg. Dr. Hirschmann: „Das halte ich für ausgeschlossen!“) Denn gute Ideen, lieber Kollege Dr. Hirschmann, dürfen nur wenige haben, alles unter dem Motto, wie seinerzeit das „Profil“ geschrieben hat: „Nur nichts zuviel bewegen“.

Wirtschaft für alle, verkündet die steirische Handelskammer, aber wenn es um die steirische Fremdenverkehrsabgabe geht, versteht man nur mehr eines „Wirtschaft für alle“, und damit meint man, die Tourismusbetriebe sollen nur schön allein bezahlen für ihre Arbeit, die sie leisten.

Wir meinen, Frau Landesrat, das ist nicht verantwortlich, sondern unverantwortlich für die Steiermark und ihren Fremdenverkehr. (Abg. Ing. Stoisser: „Was bezahlst du zum Tourismus? Was ist dein Beitrag?“) Herr Präsident, und Ihre Vorgänger sind bereits seit vielen Jahren in dieser Wirtschaft tätig und haben noch nie für die Fremdenverkehrswirtschaft in dieser Form ein Herz gefunden. (Beifall bei der SPÖ.) Eng verbunden mit dem Los des Fremdenverkehrs sind – das gestatten Sie mir auch zu sagen – die Beschäftigten in diesen Betrieben. Daß die guten Kräfte in die westlichen Bundesländer arbeiten gehen, darf niemanden wundern. Statt daß es im Lande für die verlorenen Arbeitsplätze im Stahlbereich oder in der Landwirtschaft mehr Beschäftigung für Kellner, Köche, Stubenmädchen und Tourismusfachpersonal gibt, welche mit viel Aufwand in Betrieben (Abg. Purr: „Du fährst mit dem Schnellzug darüber!“), in Lehrbetrieben und speziellen Schulen, wie beispielsweise Bad Gleichenberg und so weiter, ausgebildet werden, wandern diese zu Tausenden in die sogenannten goldenen Fremdenverkehrsländer des Westens ab, damit sie ihr Lohnniveau wenigstens durch höhere Trinkgelder verbessern können. Denn bei uns sind Trinkgelder rar geworden, das wissen wir alle. Die Arbeitszeit ist ohnehin überall dieselbe: ob in einem steirischen Gastbetrieb oder in einem westlichen. Sie liegt mit wenigen Ausnahmen durchschnittlich zwischen zehn und 14 Stunden. In Saisonbetrieben gibt es oft nicht einmal einen Ruhetag, was dazu führt, daß nach einer bestimmten Zeit die Arbeitsbelastung für die Leute einfach zu hoch wird, die Übermüdung die Oberhand gewinnt und die Leistungsbereitschaft abnimmt. Dazu kommt noch, daß Arbeitskräfte im Gastgewerbe ein geringes Sozialprestige haben, oft schlechte Arbeitsbedingungen vorfinden, hohen körperlichen und psychischen Belastungen ausgesetzt sind, niedrig entlohnt werden und in Zeiten saisonell bedingter Arbeitslosigkeit noch als Sozialschmarotzer gelten. Das vorherrschende Entlohnungssystem, um auch dazu etwas zu sagen, entweder Garantielohn oder Festlohn, schafft zusätzlich Probleme für jene Arbeitnehmer, die ihre Arbeit im direkten Kontakt mit dem Gast verrichten, wie zum Beispiel im Service kommt vorwiegend das Garantielohnsystem zur Anwendung. Die Löhne orientieren sich primär an den Umsätzen und an dem Konsum der Gäste und sind daher nicht von vornherein abschätzbar und kalkulierbar. Die Höhe unterliegt sowohl saisonellen Schwankungen als auch dem Erfolg der Unternehmenspolitik, die in der Steiermark manchmal auch zu wünschen übrig läßt.

Die Festlöhner, das sind meist Arbeitskräfte in der Küche, Stubenmädchen und Gastgewerbe- und Hotel-

hilfskräfte, haben nur ihren Lohn und meist keinerlei andere Zuerwerbsmöglichkeiten. (Abg. Pörtl: „Du brauchst uns nichts zu erzählen!“) Lieber Kollege, gehe einmal in die Wirtshäuser, rede mit den dort Beschäftigten oder höre dir ein einziges Mal an, wenn die Leute aus den Saisonbetrieben zurückkommen und darüber klagen, was sie alles nicht erhalten haben.

Sonn- und Feiertagsarbeit ist selbstverständlich und wird kaum zusätzlich entlohnt, denn das ist wirklich selbstverständlich im Gastgewerbe. Alle anderen Arbeitnehmer haben ja frei. Kost und Quartier werden häufig nur in schlechter Qualität angeboten. (Abg. Pörtl: „Mit der Beschimpfung der Gastwirte kann man keinen Fremdenverkehr machen!“) Bist du auch ein Wirt?

Und der Urlaub kann auch fast immer nur außerhalb der Saison, also im bei uns schlechten Winter, angeboten werden. (Abg. Purr: „Vielleicht kannst du dafür die 35-Stunden-Woche fordern!“) Dienstkleidung, meine Damen und Herren, muß meist vom Arbeitnehmer auf eigene Kosten angeschafft und auch erhalten werden, ausschließlich bei den Lehrlingen gibt es ein Bekleidungsbauspauschale, das mit 200 Schilling verankert ist, selbst wenn der Arbeitgeber das Tragen bestimmter Kleidungsstücke verlangt. Meine Damen und Herren, bei Entgeltendabrechnungen kommt es oft zu ungerechtfertigten Lohnabzügen, Nichtauszahlung von entsprechenden Sonderzahlungen oder Teilen davon, wie Urlaubsabfindungen beziehungsweise -entschädigungen. (Abg. Pörtl: „Beim nächsten Fremdenverkehrstag kannst du reden!“) Lieber Kollege Pörtl! Du mußt dir einmal vorstellen, was die Leute für ein Einkommen haben. Und so geht es natürlich auch nicht, daß ich sage, steirischer Fremdenverkehr kann nur auf dem Minderverdienst anderer aufgebaut werden, sondern wenn sie schon soviel arbeiten, dann sollen sie auch eine gerechte Entlohnung erhalten. Ich lade Sie gerne ein, meine Damen und Herren, einmal den Kollektivvertrag im Gastgewerbe zu studieren, was es dort für Bruttolöhne gibt. Das muß man sich einmal vor Augen führen.

Meine Damen und Herren! Die Fremdenverkehrswirtschaft (Abg. Pörtl: „Das ist partnerschaftlich vereinbart worden!“), wenn sie ihrem Grundsatz Qualität und Quantität auch in der Zukunft treu bleiben will – und nur so ist es zu bewältigen, daß wir nicht in Krisen kommen –, dann benötigt sie Menschen, die bereit sind, in dieser Branche auch dauernd zu arbeiten. Diese Menschen werden aber nur dort arbeiten (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „So ist die Fremdenverkehrspolitik noch nie beschimpft worden!“), lieber Kollege Prof. Dr. Eichinger, wo die Arbeitsqualität annehmbar ist, der ständig persönliche Kontakt mit dem Kunden erfordert erfreuliches, freundliches und aufmerksames Personal. (Abg. Kollmann: „Ein Blödsinn!“) Eigenschaften, die von der Arbeitsmotivation und der Identifikation abhängig sind. Diese werden wiederum von der Arbeitsqualität und den Arbeitsbedingungen beeinflusst.

Die genannten Voraussetzungen werden aber auch nur dann zu schaffen sein, wenn die Inhaber des Fremdenverkehrsbetriebes sich nicht mit weniger Werbung um jeden einzelnen Gast, sondern mit der Verbesserung der betrieblichen Rahmenbedingungen befassen können. (Abg. Pörtl: „Wer hat dir das aufge-

setzt?") Lieber Kollege Pörtl! Das braucht mir keiner aufzuschreiben, sondern ich darf dir sagen, ich arbeite seit zwölf Jahren in diesem Bereich, und tagtäglich kommt jemand, der seine Lohnabrechnung anschauen lassen muß, nicht als Gastwirt, sondern als derjenige, der mit den Beschäftigten zu tun hat. Ich wünsche dir einmal, eine einzige Woche bei uns zu verbringen und das anzuhören, was dort an Klagen geführt wird. (Abg. Kollmann: „Ist das deine schmutzige Phantasie?“)

Meine Damen und Herren! Wir brauchen alle Komponenten in diesem Lande, und wir müssen sie auch beachten, damit wir die nötigen Voraussetzungen für die Fremdenverkehrswirtschaft auch schaffen können. Zu diesen Bedingungen gehören jedoch eine entsprechende Förderung und Finanzierung. Schaffen wir ein entsprechendes Gesetz, meine Damen und Herren. (Abg. Pörtl: „Glaubst du, daß du auf den Fremdenverkehr bezogen redest?“) Tragen Sie, die Sie hier so schreien, Ihren Anteil dazu bei, dann wird es zu solchen Praktiken nicht kommen. Aber setzen wir – und das ist meine letzte Bitte dazu – ein bißchen mehr Praktiker und weniger Taktiker an den entsprechenden Stellen ein (Abg. Kollmann: „Zu welcher Kategorie gehörst du?“), dann wird zukünftig auch die Steiermark an der Position und an der positiven Entwicklung des steirischen Tourismus teilhaben können. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 14.27 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Purr.

Abg. Purr (14.28 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Was Sie heute hier als Zuhörerinnen und Zuhörer miterleben, ist furchtbar und ist eine Beleidigung aller steirischen Gastronomen, aller steirischen Hoteliers (Beifall bei der ÖVP.), denn mit solchen Aussagen kann man dieser Branche überhaupt keinen Dienst erweisen. Und wenn es Unregelmäßigkeiten gibt, lieber Kollege Vollmann, davon distanzieren wir uns, so wie wir uns auch von Steuerhinterziehungen distanzieren. Nur davon reden wir nicht. (Beifall bei der ÖVP.) Und wenn es so viele korrekte und gute Leute gibt, so verdienen sie es, von dieser Stelle aus eine entsprechende Würdigung zu erfahren. Das gilt einerseits für die reellen und anständigen Politiker genauso wie für die vielen ordentlichen Wirtschaftstreibenden unserer Steiermark. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gennaro: „Vergiß bitte die Bediensteten nicht!“) Wenn du hier aufforderst zu einer soliden und ordentlichen Arbeit, so bitte ich dich darum, endlich auch mitzuarbeiten und nicht nur zu polemisieren und die Leute zu beleidigen, daß sie sich schämen müssen, daß sie in so einer Branche tätig sind. (Beifall bei der ÖVP. – 14.29 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer.

Abg. Dr. Dorfer (14.29 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Kollege Vollmann hat, für mich nicht sehr überraschend, wieder einmal generalisiert bezüglich der sozialen Mißstände in der Fremdenverkehrswirtschaft. Das Schlimme, Herr Kollege Vollmann, ist die Generalisierung. Es wäre unsinnig, würde man sagen, daß es

so etwas überhaupt nicht gibt, was da angeführt wurde. Natürlich gibt es das. Aber was Sie gesagt haben, ist genauso schlimm, wie wenn ich hier sagen würde, nur weil es bei den Arbeitnehmern auch einige Tachinierer selbstverständlich gibt, alle Arbeitnehmer sind Tachinierer. (Abg. Vollmann: „Das habe ich nicht behauptet!“) Das ist das Gemeine an dem, was Sie hier wieder einmal vorgebracht haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn Sie erwarten, daß sich die Interessensvertretung der Wirte oder wer immer etwa schützend hinter jene stellt, die Gesetze übertreten, dann irren Sie sich. Wir leben in einem Rechtsstaat. Gesetze können eingeklagt werden, auch die Löhne bei den Arbeits- und Sozialgerichten, selbstverständlich, aber einfach zu sagen, die Wirte und Wirtinnen, das ist dort so üblich, daß man die Leute ausnützt und, und. Es ist nur so, daß genau die Wirte und Wirtinnen diejenigen sind, die in unserer Gesellschaft am allermeisten von allen Menschen überhaupt arbeiten müssen. Und diese so hinzustellen, wie Sie es tun, ist nicht sehr erfreulich. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gennaro: „So etwas kann man nicht sagen!“ – Abg. Vollmann: „Das muß man aufzeigen!“) Lieber Herr Kollege Vollmann, in Ihnen sehe ich einen letzten Rest, es gibt Gott sei Dank nicht mehr sehr viele solche Reste, auch in Ihrer Fraktion, von echten Klassenkämpfern. Ich habe Sie auch, wir haben damals davon geredet, am 23. Juli dieses Jahres, in Krieglach erlebt, es war auch die Frau Landesrat dabei und ihr Vorgänger bei der Übergabe des VOEST-Alpine-Werkes an die Firma Bauer, wo alle voll des Lobes waren über diesen Privatunternehmer Bauer aus Passau, der die Leute übernommen hat, gleich gut bezahlt, zusätzliche aufnimmt, auch der Arbeitnehmervertreter hat die Situation gelobt, der Bürgermeister überhaupt, weil er sonst mit der VOEST-Alpine den Betrieb losgeworden wäre. Und Sie waren der einzige, der dann, ich glaube als Gewerkschaftsobmann des Bezirkes Mürzzuschlag, sich müßig gesehen hat, das tiefste Bedauern über diese Entwicklung auszusprechen. (Abg. Vollmann: „Die Adresse ist an die VOEST-Alpine gegangen!“) Kein Mensch konnte wissen, sachlich, warum Sie so bedauern, daß jetzt ein privater Unternehmer in Krieglach ist, obwohl die Arbeitnehmer dort erklärt haben, es geht ihnen viel besser als bisher. Die Aufträge sind gesichert, die Absätze sind gesichert, da klingt das durch, was ich Klassenkampf des 19. Jahrhunderts nenne. Leider, leider gerade bei Ihnen. Und heute haben Sie wieder einmal ein Musterstückel davon geliefert. Und wenn Sie sich über die niedrigen Löhne beklagen, bitte, das sind die Kollektivvertragslöhne, die auch von Ihrer Gewerkschaft mitbeschlossen wurden. (Abg. Vollmann: „Die Kollektivvertragsbedingungen werden nicht eingehalten!“) Mehr ist offensichtlich nicht drinnen. Ich bin der letzte, der sagen würde, daß diese Leute sehr gut verdienen, obwohl ich feststelle, daß ich viele Facharbeiter, Fachleute im Fremdenverkehr kenne, die gerade in der Saison beachtliche Beträge verdienen. (Abg. Günther Ofner: „Nur mit Trinkgeldern!“) Beachtliche Beträge. Wahrscheinlich auch mit Überstunden, Trinkgeldern und so weiter. Aber das ist eben in Saisonbereichen immer wieder so. Meine Damen und Herren, der Fremdenverkehr ist ein Teil der gewerblichen Wirtschaft, eine Binsenwahrheit, was sonst. Selbstverständlich ist der Fremdenverkehr ein Teil der gewerblichen

Wirtschaft. Trotzdem fragt man sich, warum ist der Fremdenverkehr auch in unserem Landesbudget getrennt budgetiert von den anderen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen? Oder man fragt sich weiter, warum gibt es beim Amt der Landesregierung zumindest bis jetzt, das kann sich ja ändern, getrennte Abteilungen für den Fremdenverkehr hie und für die übrige Wirtschaft dort? Oder man fragt sich, warum hat es auch in der steirischen Landesregierung Jahrzehntlang zwei verschiedene Referenten für den Fremdenverkehr und für die übrige Wirtschaft gegeben? Oder man fragt sich, warum haben wir im Fremdenverkehr einen Landesfremdenverkehrsverband und Bezirksverbände, warum haben wir nicht einen Gewerbelandesverband und Gewerbebezirksverbände oder Handelslandesverband oder Handelsbezirksverbände oder einen Verkehrslandesverband und Bezirksverkehrsverbände? Wir haben das nur im Fremdenverkehr. Es zwingt sich also die Frage auf, ist der Fremdenverkehr in dieser allgemeinen gewerblichen Wirtschaft doch etwas anderes? Und ich sage Ihnen, und möchte das begründen, meine Damen und Herren, zumindest zum Teil glaube ich: ja! Der Fremdenverkehr ist zum Teil etwas anderes als die übrige gewerbliche Wirtschaft. Warum? Zum Ersten ist unbestritten, daß der Fremdenverkehr die potentiell größte Wachstumsbranche der gewerblichen Wirtschaft ist. Auch für die Steiermark. Hier ist der Sozialproduktanteil am Landessozialprodukt des Fremdenverkehrs noch sehr gering, aber am größten steigerbar innerhalb aller verschiedenen Sparten der gewerblichen Wirtschaft. Die Pflege der Gesundheit, auch vorbeugend, wird immer wichtiger im Leben aller Menschen. Die Menschen werden immer älter, aber auch in ihrer beruflichen aktiven Zeit haben sie immer mehr Freizeit, mehr und längere Pensionszeiten, dazu immer mehr Masseneinkommen. Das ergibt für den Fremdenverkehr und seine Entwicklung selbstverständlich ganz große Möglichkeiten. Ich betone: Möglichkeiten! Die Chancen allerdings setzen sich nicht von selbst in den Tourismus um und schon gar nicht in der Steiermark. Der Wettbewerb im Fremdenverkehr ist bekanntlich enorm, er ist national enorm, er ist auch international sehr, sehr hoch.

Und zum Zweiten, der Fremdenverkehr oder, wie es der Sektionsobmann Kommerzialrat Kaiserfeld lieber hört, der Tourismus hat zweifellos, meine Damen und Herren, wesentlich mehr Umwegsrentabilität für fast alle anderen Sparten der Wirtschaft, als die anderen Sparten rückläufig auf die übrige Wirtschaftsumwegrentabilität haben. Warum? Weil hier nicht nur die Fremdenverkehrsbetriebe ihre Gewinne zum Großteil als Investitionsaufträge an die übrige Wirtschaft weitergeben, das tun die anderen Sparten der Wirtschaft auch, kein Tischler, kein Handwerker, kein Händler verbraucht, sondern muß investieren und gibt damit seine Gewinne an die übrigen Sparten der Wirtschaft auch weiter. Aber im Fremdenverkehr kommt dazu, daß die Gäste selbst, die der Tourismus eben bringt, in anderen Wirtschaftssparten unmittelbar ihr Geld auch, und zwar zu einem wesentlichen Teil, auch ausgeben. Im Handel, in praktisch allen anderen Sparten, im Gewerbe, in den Trafiken oder wo immer.

Und zum Dritten, meine Damen und Herren, es muß uns immer wieder klar sein, daß der Tourismus gerade in Österreich jene Wirtschaftsbranche ist, die unsere

strukturell hochpassive Handelsbilanz, das wird sich noch lange nicht ändern, wenn überhaupt, Jahr für Jahr in eine ausgeglichene Zahlungsbilanz umwandelt. Wir haben bekanntlich eine hoch aktive Dienstleistungsbilanz. Dies wieder nur durch die Devisen, die der Fremdenverkehr bringt, so daß wir eine ausgeglichene Zahlungsbilanz im allgemeinen haben. Manchmal sogar recht erfreulich positiv. Das heißt, unsere strukturell höheren Warenimporte als Warenexporte können wir uns nur durch die vielen Milliarden, die der Fremdenverkehr aus dem Ausland an Devisen einspielt, wieder leisten. Es wäre um unseren Lebensstandard schlimm bestellt, hätten wir nicht auch den Fremdenverkehr. Die Auslandsverschuldung Österreichs wäre eine enorme ohne Fremdenverkehr. Das sind Fakten, die wohl über alle Parteigrenzen hinweg unbestritten sind.

Und viertens, meine Damen und Herren, ein österreichisches Unikat, unter allen Industrieländern der Welt spielt der Fremdenverkehr in Österreich gesamtwirtschaftlich mit weitem Abstand die größte Rolle. Wir haben daher, wie ich es nenne, eine perverse Situation, daß gerade bei dieser Bedeutung, gesamtwirtschaftlich, des österreichischen Fremdenverkehrs die Fremdenverkehrswirtschaft bei uns wie nirgendwo in den übrigen Volkswirtschaften hoch besteuert ist. Ich habe vor Jahren wiederholt die ungeheuren Unterschiede der Getränkebesteuerung und sonstigen Besteuerung zwischen Österreich, Deutschland, Schweiz, Italien, Griechenland oder Spanien mit Prozentsätzen angeführt. Das will ich Ihnen heute ersparen. Wir sind ganz einfach am höchsten besteuert im österreichischen Fremdenverkehr. Daher behaupte ich, der Fremdenverkehr ist zumindest für Österreich eine besondere Wirtschaftssparte. Das alles und anderes mehr dazu sind die Gründe, daß ich überzeugt davon bin, daß wir auch in der Steiermark um ein Fremdenverkehrsgesetz, oder soll es Tourismusförderungsgesetz heißen, nicht herumkommen werden. Ich habe schon oft auch mit der neuen Frau Landesrat darüber gesprochen. Sie hat mir nie widersprochen, das darf ich gleich einfügen. Wir brauchen dieses Tourismusförderungsgesetz nicht nur wegen des Fremdenverkehrsbeitrages. Hier könnte man sagen, liebe Frau Landesrat, bemühe dich, daß du durch Umschichtungen aus dem Landesbudget diese 80 oder 100, 70 oder 60 Millionen Schilling, die du brauchst, für den Fremdenverkehr bekommst, bei einem 27-Milliarden-Schilling-Budget, meinen die Laien, müßte das ja durch Umschichtungen gar nicht so schwer sein. Ich behaupte, es geht gar nicht nur um den Fremdenverkehrsbeitrag, obwohl dieser für die Trittbrettfahrer derer, die Geschäfte mit dem Fremdenverkehr auch machen, an sich erzieherisch gut ist. Das sei angefügt. Aber mir geht es nicht nur um den Fremdenverkehrsbeitrag. Es geht vor allem auch um eine klar gesetzlich fundierte Fremdenorganisation im Landes-, Bezirks- und Ortsbereich, selbstverständlich auf freiwilliger Basis. Das heißt, das Gesetz soll nicht bestimmen, es muß in jedem Bezirk, in jedem Ort ein Fremdenverkehrsverband entstehen, das muß auf freiwilliger Basis entstehen. Aber diese Verbände brauchen dann jene gesetzliche Legitimation, die sie zur Durchführung ihrer Pflichtaufgaben oder freiwilligen Aufgaben letzten Endes auch brauchen. Meine Damen und Herren! Ein Wort zu dem, was Vorredner kritisiert haben, wie

ich glaube, gar nicht ganz zu Unrecht. Das Unglück bezüglich des steirischen Fremdenverkehrsgesetzes ist mit dem Entwurf aus dem Sommer 1987 passiert, ohne böse Absicht von irgend jemandem, weil in diesem Entwurf zweifellos ein wesentlich zu hoher Promillesatz für den Fremdenverkehrsbeitrag vorgesehen war. Wir haben uns wiederholt mit dem Landesrat Dr. Heidinger darüber unterhalten, er hat immer davon gesprochen, es geht ihm um einen Betrag von etwa 80 Millionen Schilling. Auch die Fremdenverkehrsfachleute waren dieser Meinung. Und Berechnungen dieser betroffenen Unternehmer, das sind die Zahler, alle anderen reden sicher viel leichter, haben ergeben, daß das nicht stimmen kann. Daß dieser Promillesatz, der da vorgesehen war, für den einzelnen Betrieb ins Unzumutbare steigert, ich könnte hier einige Betriebe nennen, wenn zum Beispiel ein mittlerer Autohändler 298.000 Schilling Fremdenverkehrsbeitrag berechnet hat, unbestritten, dann muß man sagen: Ich verstehe, daß du gegen diesen Gesetzesentwurf bist.

Und so entstand jedenfalls insgesamt eine Stimmung in der Wirtschaft, die zunächst gegen ein Fremdenverkehrsgesetz gelaufen ist. Ich bin aber sicher, daß es der Frau Landesrat Klasic gelingen wird, einen Entwurf für ein Tourismusgesetz für die Steiermark dem Landtag vorzulegen, der auch die Zustimmung der Wirtschaft finden wird, wobei ich mir die Illusion nicht mache, daß immer alle davon begeistert sein werden. Davon kann ja keine Rede sein. Interessensausgleich ist eine der vornehmsten Aufgaben auch der Handelskammerorganisation. Nach wie vor – und das muß gesagt werden, weil früher von einem Vorredner der Präsident Ing. Stoisser so quasi als Gegner angesprochen wurde, nach wie vor, meine Damen und Herren, gilt ein einstimmiger Beschluß des Präsidiums der Steirischen Handelskammer, wonach wir ein Fremdenverkehrsgesetz wollen und brauchen. (Abg. Günther Ofner: „Und wann wird das kommen?“) Ich setze der zuständigen Landesrätin keine Termine, lieber Ofner. (Beifall bei der ÖVP.) Ringen werden wir in nächster Zeit um das Wie. Aber für die Handelskammer ist es unbestritten, daß wir ein solches Gesetz brauchen. (Abg. Gennaro: „Nehmt unseres. Wir haben ein Gesetz eingebracht!“)

Meine Damen und Herren! Die Ausgliederung des Bereiches Marketing und Werbung aus der Hoheitsverwaltung des Landes wird von der Wirtschaft sehr begrüßt, weil wir uns dadurch mehr Beweglichkeit, mehr Effektivität in Marketing und Werbung in diesen Bereichen überhaupt – ich glaube mit Recht – erwarten. Frau Landesrat, die steirische Fremdenverkehrswirtschaft setzt große Hoffnungen in dich. Ich bin zuversichtlich, du wirst uns nicht enttäuschen. (Abg. Günther Ofner: „Auf Grund der Aussage hat sie uns schon enttäuscht!“) Lieber Kollege Ofner! Sie ist etwa ein halbes Jahr Landesrat. Da kann man die Wunder, die hier notwendig sind, nicht erwarten. Dieses Urteil fällt zu früh. (Abg. Günther Ofner: „Hat keiner behauptet, aber die Aussage hat uns enttäuscht!“)

Meine Damen und Herren! Die Sommersaison 1988 mit einem Wachstum von 0,4 Prozent verlief in der Steiermark zweifellos nicht sehr zufriedenstellend. Dies hat gerade bei weniger intensiven Fremdenverkehrsregionen des Sommerfremdenverkehrs langfristige strukturelle Ursachen, und – fast möchte ich

sagen – leider haben wir solche Regionen gar nicht wenige. Besonders die Attraktivität eines immer mehr preisgünstigen Urlaubes im Süden, am Meer, ist eine bleibende Konkurrenz für den steirischen Sommerfremdenverkehr. Ich fürchte, die steirischen Sommererholungsgebiete werden noch auf lange Sicht ein Sorgenkind für uns alle bleiben. Unsere große Wachstumshoffnung im Fremdenverkehr ist zweifellos der Wintertourismus. Auch die bevorstehende Wintersaison läßt nach allen Meldungen, die uns vorliegen, große Erwartungen gerechtfertigt erscheinen. Die steirische Fremdenverkehrswirtschaft hat auch heuer sehr viel investiert. Der Kollege Kröll hat darauf schon hingewiesen. Wobei ich betone, 1987 schon doppelt soviel als 1986. Und Kröll hat schon erwähnt, daß die Steiermark damit an Fremdenverkehrsinvestitionen im absoluten Betrag nach Tirol und Salzburg an die dritte Stelle der österreichischen Bundesländer gerückt ist. Das ist de facto – gemessen an der Kapazität – mit weitem Abstand die erste Stelle. Vor allem im Komfortzimmerebereich ist die Steiermark auf einer Aufholjagd. 1977, und jetzt nur zwei Zahlen, 1977 waren in der Steiermark 26,7 Prozent der gewerblichen Betten in Komfortzimmern vorhanden, in Österreich damals 31,7 Prozent. Zehn Jahre später, 1987, waren in der Steiermark 60 Prozent – von 26 auf 60 Prozent in zehn Jahren angestiegen – der gewerblichen Betten Komfortzimmer, in Österreich nur mehr 67 Prozent. Also eine relativ kleine Differenz gegenüber gesamtösterreichisch. Das heißt, daß sich die Zahl der Komfortzimmer von 77 auf 87, um 127 Prozent auf 17.250, in der Steiermark erhöht hat. Und dies beweist – und das ist eigentlich der Umstand, der uns Mut geben kann –, daß eine positive Erwartungshaltung der steirischen Tourismuswirtschaft gegeben ist. Ich danke vor allem auch der Frau Landesrat und dem Herrn Landeshauptmann für die steirische Wirtschaftsmilliarde, die auch von den Fremdenverkehrsbetrieben in Anspruch genommen werden kann und die zweifellos zusätzliche, vor allem Rationalisierungs- und Verbesserungsinvestitionen in unserem Fremdenverkehr ermöglichen wird.

Große Hoffnungen, meine Damen und Herren, setzt die Fremdenverkehrswirtschaft des oberen Murtales in die Steirische Landesausstellung 1989 in Judenburg, unter dem Titel „Menschen, Münzen, Märkte“. Es wird sicher ein interessanter Einblick in die steirische Kultur- und Wirtschaftsgeschichte werden. Und noch eines, jetzt schon, meine Damen und Herren, müssen wir Steirer alle Vorbereitungen treffen. Wir haben in der Handelskammer diesbezügliche Vorarbeiten in Angriff genommen, damit der zu erwartende Gästestrom aus aller Welt anlässlich der Weltausstellung 1995 in Wien und Budapest nicht ganz an uns vorbeifließt. Ich mache mir nicht die Illusion, daß alle auch nach Graz kommen werden. Die Entscheidung über den Standort Wien–Budapest wird in der nächsten Woche schon de facto in Wien fallen, bei der Besichtigung an Ort und Stelle, de jure erst im Mai 1989 in Paris, weil erst dann, einmal im Jahr immer nur, die Generalversammlung dieser Organisation, die dieses vergibt, stattfindet.

Meine Damen und Herren, ein Städtedreieck Wien–Budapest–Graz muß möglich und erleichtert werden. Ich meine, daß wir hier in die Werbung voll

einsteigen müssen, sowohl in Wien wie vor allem in Budapest und daß vor allem die Verkehrsverbindungen in diesem Dreieck, was Wien–Graz–Budapest betrifft, wesentlich verbessert werden müssen, neben anderen Repräsentationen eben auf dieser Weltausstellung.

Ich schließe mit der Feststellung, die der zuständige Ministerialrat für den Fremdenverkehr Dr. Würzl vom Bundesministerium für Wirtschaft vor einigen Tagen beim Landesfremdenverkehrstag in Schladming getroffen hat. Dr. Würzl sagte, ich zitiere ihn: „Die Steiermark hat große Fremdenverkehrsreserven in einer möglichen Entwicklung“. Ich kann dazu nur sagen, verschlafen wir diese Chance nicht. Nutzen wir sie, wir brauchen sie dringend. (Beifall bei der ÖVP. – 14.50 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (14.50 Uhr): Nachdem der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer so lange geredet hat, werde ich mich kürzer halten.

Zwölf Minuten habe ich bekommen. Danke, Herr Berichterstatter. Der Fremdenverkehr ist, auch wenn die Gegend stimmt, wenn die Menschen durch ihre Gastfreundlichkeit stimmen, durch ein gutes Management den Gästen näherzubringen. Wenn man heute hier hört, daß man sich in einem halben Jahr von der Frau Landesrat für Fremdenverkehr und Wirtschaft keine Wunder erwarten darf, dann hat das schon etwas für sich. Nur, auf der anderen Seite sieht man, daß gute Kräfte in die Privatwirtschaft abwandern. Wir selbst haben miterlebt, daß Herr Hotter, der sozusagen im zweiten Stock die Räumlichkeiten mit uns da oben geteilt hat, bis tief in die Nacht gearbeitet hat. Wir haben das miterlebt, wir haben das bewundert, weil es in der Beamenschaft einfach nicht üblich ist, daß man die Zeit über Gebühr beansprucht. Ich habe mich immer über das Engagement gewundert, der Mensch ist voll in seiner Arbeit aufgegangen. Er hat, wie man gesehen hat, durch eine Masse von Werbematerial, das in den Gängen gelagert hat und immer wieder abgeholt wurde und wieder neu dazugekommen ist, sicher eine gute Koordination der Fremdenverkehrsverbände in der Steiermark mit dem Land ermöglicht. Ich glaube, daß die Steiermark heute so gut dasteht, ist ein Verdienst auch des Herrn Hotter, der aus Gründen des Bürokratismus oder, wie das Wort so schön heißt, die Segel gestrichen hat und von der Privatwirtschaft gerne aufgenommen wurde. Ich glaube, so etwas sollte uns auch darüber nachdenken lassen, daß man eben solche Menschen, die wirklich ihre Freizeit einsetzen, die mehr tun, als sie tun müßten, daß man die nicht mit einem blödsinnigen Bürokratismus aus dem Lande treibt, sondern solche Leute sollte man im Lande erhalten. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Gennaro: „Ehre wem Ehre gebührt!“) Herr Gennaro, wir zwei verstehen uns. Wir wissen zwar, daß das ganze eine Bühne ist, eine Show, eine Märchenstube, Dichtung und Wahrheit. Aber im Grunde genommen sind wir zwei Typen, die das offen herausagen, was wir meinen. Das ist sicher positiv. (Abg. Prof. DDr. Steiner: „Das ist eine Abwertung!“) Der Herr DDr. Steiner sagt, das ist eine Abwertung. Das ist deine Meinung. Wir glauben, und

wir sind sicher, daß das, was hier geschieht, nur mehr eine Scheindiskussion ist. Ihr habt das ja schon alles beschlossen. Es ist ja schon in gebundener Form. Keine einzige Zahl von diesen 800 Seiten wurde in diesen drei Tagen geändert. Keine einzige Zahl. Und daher ist das für mich eine Märchenstunde für Dichtung und Wahrheit.

Wir Grüne wünschen auf jeden Fall dem Herrn Dr. Hotter alles Gute und hoffen, daß er jetzt in der EG, oder wo er ist, in Bayern oder München, gute Werbung macht und als Selbständiger, und das hoffe ich, Frau Landesrat, kooperativ auch die Möglichkeit hat, mit dem Land zusammenzuarbeiten. Man soll solche Menschen damit belohnen, daß man sie bei ihren privaten Interessen, in ihrem Engagement unterstützt, und ich hoffe, daß Sie dieses Loch, das da oben jetzt ist, das heißt, daß überhaupt kein Werbematerial mehr da ist, rasch und schnell wieder auch mit der Mitarbeit des Herrn Dr. Hotter schließen können. Die Fremdenverkehrswirtschaft ist eine Haupteinnahmequelle, was die Zukunft betrifft. Der Erholungswert unserer Landschaft ist einzigartig. Ich möchte mich da den Vorrednern anschließen, vor allem dem Herrn Abgeordneten Kröll, wo ich bestätigen kann, daß Herr Hermann Kröll im Sölketal seine Zeit verbringt, sich dort regeneriert und auch alten Menschen, die körperlich nicht mehr so können, bei der Heuarbeit hilft. Das möchte ich hier einmal im Landtag sagen, daß es Abgeordnete gibt, die ihre Freizeit nicht im Ausland, in Teneriffa oder Mallorca, verbringen, sondern in den heimischen Bergen und gleichzeitig dort den Menschen bei ihrer schwierigen Arbeit helfen, bei der Heuarbeit. (Beifall bei der ÖVP.) Ich habe das durch Zufall erfahren. Es ist einfach notwendig, meine vollste Hochachtung. Das ist eben, daß man mit den Menschen lebt und daß man nicht nur von den Menschen verdient. Das ist eine für mich ganz, ganz wertvolle Leistung, und ich kann es einfach nicht hoch genug schätzen. Hermann Kröll ist mir persönlich sowieso sympathisch. Entweder man hat eine Wellenlänge, oder man hat keine.

Saubere Luft, reines Wasser und natürliche Formen, Landschaftsformen, sind das, was die Gäste bei uns suchen und auch finden, wie die Frau Landesrat sagt. Nicht immer finden, aber meistens finden. Wir sind auch heute so weit, daß wir Bachläufe revitalisieren und wieder den natürlichen Formen zuführen. Die Menschen wollen auch in unserer Gegend möglichst wenig Verkehrsaufschluß. Sie wollen also nicht, daß in jeden Wald eine Straße hinaufgeht, mit Serpentina, und der Kfz-Verkehr dort frei die Möglichkeit hat, sein Unwesen zu treiben. Ich erwähne vor allem das Naherholungsgebiet Graz, Schöckl, wo es einfach ein Skandal ist, daß man gegen alle Vernunft, gegen alle gesetzlichen Grundlagen, es dem Grafen Stubenberg ermöglicht, diesen Naherholungsraum, diesen Raum – die Grazer machen gerne auch einen Abstecher auf den Schöckl –, dieses Naherholungsgebiet den Gästen zu vermiesen durch Abgase. Es gibt eine wunderbare Seilbahn, und ich glaube, die sollte man dort forcieren, und wenn auch Stubenberg Geld verlangt, da ist es gescheiter, man löst ihn einmal ab oder man sagt ihm, wo die gesetzlichen Grundlagen sind.

Natürliche Einrichtungen muß man den Gästen bieten, vor allem Bademöglichkeiten. Jeder Mensch will im Urlaub als Gast Wasser. Wasser ist ein Element, das

nicht nur die Kinder anzieht, nicht nur die Kinder prägt, sondern auch Gästen einfach ein Element ist, ein Lebenselement, ein Lebenselixier. Das ist in der Fremdenverkehrswirtschaft ganz notwendig. Es ist sicher möglich, in jedem Ort ein modernes Schwimmbad zu machen, mit Kacheln, mit Chlor, mit Entkeimungsanlage. Aber die Menschen tendieren auch zu natürlichen Lebensformen und zu natürlichen Wässern. Daher wäre es einmal notwendig, wenn man sagt, jeder Gemeinde ihren Freizeitbadesee, so wie Kumberg. Kumberg hat – die Frau Landesrat als unmittelbare Anrainerin kennt die Gegend dort gut – fremdenverkehrswirtschaftlich einen Aufschwung mit diesem See erlebt, der gigantisch ist. Sicher sind dort auch gute Leute, wie ein Hofrat von der Landesregierung, der Obmann dieses Fremdenverkehrsverbandes ist, der Name ist mir entfallen. Aber der sich dort redlich und ehrlich bemüht, den Gästen auch über den ORF diesen Erholungsraum, Naherholungsgebiet Graz, zugänglich zu machen. Ein wunderschönes Hinterland, der ganze Schöckl, dieses ganze Gebiet bis Passail. Daher sollte man in der Zukunft auch diese sogenannte Post im Voranschlag „Förderungsbeiträge zur Schaffung von Freizeitanlagen“ primär in alles, was Naturteich ist, Naturseen, investieren. Die Post mit 520.000 Schilling ist nicht einmal ein Tropfen in einem Badesee. Das ist gar nichts. Sie müssen halt schauen, daß sie auch Gelder bekommen vom Wasserwirtschaftsfonds, daß sie diese Anlagen kombiniert machen. Wir haben eine kombinierte Anlage am Stubenbergsee für Hochwasserrückhalt, wo auch Privatleute investieren, wie Herberstein und wie sie alle heißen. Wir haben eine wunderschöne kombinierte Anlage am Trabocher See, die gerne angenommen wird, geplant als Hochwasserrückhaltebecken. Wenn ich vorbeifahre, ist es für mich eine Erfrischung, mich in diesem Badesee zu erquicken. (Abg. Dr. Hirschmann: „Wir zwei springen hinein!“) Da hüpfen wir hinein, wir zwei, sagt Gerhard Hirschmann. Wir haben eine wunderschöne kombinierte Anlage, die jetzt geplant wird, der Name ist mir entfallen – Markt Hartmannsdorf –, eine Freizeitanlage mit Fischerei und der Möglichkeit, daß sich Gäste wohlfühlen. Ein leidiges Problem bei diesen Freizeitanlagen sind sicher jene Anlagen, die im offenen Grundwassergebiet sind, die praktisch im Trinkwasser sind, wo man wortwörtlich sagen kann, hier baden Gäste und auch Einheimische in unserem Trinkwasser. Hier müßten Mindestsanierungsmaßnahmen vorgeschrieben werden, sicher auf Kosten des Unternehmers. Ich sage immer wieder Schwarzl-Teiche. Es ist eine Katastrophe, daß hier mit der Fremdenverkehrswirtschaft, weil auch viele Fremde runter gehen, Gäste, die hier in Graz sind, hier das Grazer Trinkwasser vorsätzlich und fahrlässig gefährdet wird. Schwarzl als Bürgermeister müßte wissen, daß Parkplätze für 50.000 Autos wenigstens befestigt sind, wenigstens das Wasser dort über Ölabscheider einer Entsorgung zugeführt wird. Man kann unsere Naturschätze, unsere Naturvorkommen, unser Trinkwasser nicht mit dem Nulltarif für die Fremdenverkehrswirtschaft verwenden. Das kostet Geld, und auch hier ist Geld zu investieren. Wenn jemand sagt, das Meer ist eine bleibende und unschlagbare Konkurrenz für uns, dann muß ich Ihnen sagen, das ist heute nicht mehr so. Die Adria ist eine Kloake, die Adria ist praktisch in der ganzen Entsorgungskette das Endbek-

ken, das Becken, wo praktisch alle Giftstoffe, alle gelösten Nährstoffe, alle Chemie hineinkommt, und die Adria ist meiner Meinung nach in den nächsten zehn bis 20 Jahren für die Fremdenverkehrswirtschaft nicht mehr zu retten. Denn wenn die ganze Adria über Nacht umkippt, der Algenteppich hochkommt, die Fische herauftreiben, da flüchten ja die Fremden und die Gäste. Und es gibt Grazer Familien, die heuer an der Adria auf Urlaub waren und kein einziges Mal im Meer waren. Diese Chance müssen wir nutzen, daher müssen wir unsere Möglichkeiten, unsere Gewässer, Luft, Boden rein halten und unseren Gästen anbieten, sie nicht anschwindeln, sondern sagen, hier ist die Gegend, hier ist alles sauber. Bleibt bei uns, schaut, daß das Geld hier bleibt. Wir müssen immer schauen, daß wir ausländische Gäste bekommen. Wir können auch Gast im eigenen Land sein und hier die Fremdenverkehrswirtschaft motivieren und schauen, daß die Devisen im eigenen Land bleiben. Danke! (15.03 Uhr.)

Präsident Zdarsky (15.03 Uhr): Das Schlußwort zum Teilgebiet „Fremdenverkehr“ in der Gruppe 7 hat nun die Frau Landesrat Klasnic.

Landesrat Klasnic (15.03 Uhr): Frau Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Landeshauptmann von Steiermark und die Mitglieder des Steiermärkischen Landtages haben mir die Verantwortung für den steirischen Tourismus übertragen, und Sie als Mitglieder des Steiermärkischen Landtages werden auch eine höhere Dotierung der Mittel für den Tourismus hoffentlich heute noch gemeinsam beschließen. Ich darf Ihnen nur sagen, diese Aufgabe macht mir Freude. Sie ist mir Auftrag. Und ich werde dafür arbeiten, arbeiten und noch einmal arbeiten. Und mit den Worten des Kollegen Mag. Rader zu sprechen, erstens wird die Stafette weitergetragen, und die Stafette ist nicht schmaler geworden, sondern wir sind in einem aufsteigenden Tourismusland, in einem Land, das Hoffnungsland ist. Gäste kommen gerne zu uns. Und zum Zweiten, die Ruhe, die Sie sich wünschen, Herr Kollege Mag. Rader, die Ruhe wünsche ich mir nur bei negativen Bemerkungen, den steirischen Tourismus betreffend. Ansonsten bevorzuge ich dort Unruhe, Gäste, Menschen, die Ideen haben. Aber vor allem wünsche ich mir trotz aller Unruhe auch Ordnung. Ich werde dazu Stellung nehmen.

Herr Kollege Kröll hat heute in seiner Einleitung vom Herzstück der Wirtschaft gesprochen. Und das möchte ich nur unterstreichen. Die Freizeitwirtschaft ist wirklich ein Herzstück der Wirtschaft, weil sie soll der Ausgleich für die Arbeitszeit sein. Und wenn wir ihm ein bißchen gefolgt sind, dann haben wir auch gemerkt, daß er eine weite Reise gemacht hat von der Steiermark über die „Heidi“ hinaus in die weite Welt. Er hat die Zahlen genannt. Es gibt viele Zahlen, den steirischen Tourismus betreffend. Es wäre hier dieses dicke Buch anzubieten. Es ist vom Referat für Statistik, vom Herrn Hofrat Dr. Burger, mir übermittelt worden. Gestatten Sie mir, daß ich diese Zahlen nicht zitiere, es kann jeder jene Seite anschauen, die ihn interessiert, oder auch sämtliche Kopien daraus haben. Die Grundgesinnung muß es sein – und das ist heute auch hier

von allen Rednern angesprochen worden –, die Bewußtseinsbildung, daß, wenn Gäste und Touristen zu uns kommen, wir für sie da sein sollen, daß wir um sie werben wollen. Aber wir müssen auch bei jenen, für die wir glauben, Verantwortung tragen zu müssen, nämlich auch für die Menschen, die in diesen Bereichen arbeiten, ob als Arbeitnehmer oder als Unternehmer, wir müssen auch dort werben für einen Bewußtseinswandel. Zum Teil ist dieser Wandel notwendig, aber vor allem das Heben der Grundgesinnung. Es hat mich gefreut, daß der Kollege Kröll von der Unterbringung der Mitarbeiter, von der Freizeit der Mitarbeiter gesprochen hat. Und ich kann mich mit dem Kollegen Vollmann und seinen Aussagen nicht identifizieren. Aber der Kollege Purr hat ihnen schon geantwortet. Ich glaube, wenn es gesagt wird, daß wir dafür sorgen sollten, daß jene wertvollen Mitarbeiter, die wir im Tourismus haben, auch vielleicht durch ein Mitarbeiterwohnbauprogramm jenes Zuhause spüren, daß sie kleine Wohnmöglichkeiten haben, wo sie wirklich sich wohlfühlen in ihrer Freizeit, dann ist das ein Schritt, dann ist das eine wirklich überdachte Forderung. Ich möchte dem Kollegen Kröll nur hinzufügen, er hat von den Ruhepausen für Mitarbeiter gesprochen, ich füge hinzu, auch Ruhepausen für die Arbeiter im Familienbetrieb, das heißt, für die Familie, für den Wirt, für die Wirtin und für deren Kinder und Anverwandte, die mithelfen.

Herr Kollege Ofner, Sie haben gesprochen von Enttäuschung, Frust und Unruhe. Vielleicht können wir uns im Laufe der nächsten Jahre so finden, daß Sie diese negativen Worte aus dem Wortschatz gerade in diesem Bereich streichen können. (Abg. Günther Ofner: „Frau Landesrat, streiche ich sofort, wenn Sie mir erklären, daß das Fremdenverkehrsgesetz in der nächsten Zeit kommen wird!“)

Lieber Herr Kollege Ofner, wenn ich das Packerl fertig habe, dann reden wir weiter. Ich sage Ihnen sehr deutlich, ich habe meine Distanz ausgesprochen, und zwar sehr klar. Ich habe die Distanz ausgesprochen zum Namen des Gesetzes und zu Teilen des Inhaltes. Das habe ich ausgesprochen. Das ist damit gemeint. Aber ich möchte etwas gleich von Beginn an richtigstellen. Ich habe keine Angst vor Konfrontation. Nicht vor einer Konfrontation in Wirtschaftskreisen, wie Sie es genannt haben, auch nicht vor einem Gespräch, das vielleicht nicht immer angenehm ist, mit anderen Parteien, aber ich bin mir bewußt, daß wir mehr erreichen, wenn wir zusammenarbeiten. Und darum werbe ich und möchte einer Konfrontation aus dem Weg gehen, weil das Ziel ist Gemeinsamkeit. (Beifall bei der ÖVP.) Und gestatten Sie, daß ich noch etwas feststelle, zu mir selber. Angst wäre in diesem Amt ein schlechter und ein falscher Begleiter. Ich möchte frei, unabhängig und gelassen meine Arbeit tun (Beifall bei der ÖVP), und ich hoffe, ich kann es auch vermitteln. Es ist mir ein inneres Anliegen und eine innere Berufung, diese Arbeit auch bestmöglich zu erfüllen. Sonst hätte ich dieses Amt nicht übernehmen dürfen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und noch etwas, Herr Kollege Ofner. Sie haben geraten, wir sollen von anderen Bundesländern lernen. Sicher, man kann immer von anderen lernen, Erfolgreiches und weniger Erfolgreiches. Diese Informationen

habe ich auch versucht, in den ersten Monaten mir gemeinsam mit Verantwortlichen zu holen. Aber eines ist heute schon klar. Die Steiermark hat eine eigene Identität. Die Steiermark hat ein eigenes Gesicht. Und die Steiermark ist ein Land, das an Vielfalt und Schönheit mit keinem anderen Bundesland Österreichs zu messen ist. (Beifall bei der ÖVP.) Und darum ist es unsere Aufgabe, diese Steiermark nach innen und nach außen zu bewerben, darüber zu reden und positiv für sie zu reden. Ich glaube, wir dürfen stolz sein, und wir brauchen keiner Konkurrenz aus dem Weg zu gehen. Und für uns soll jeder, der zu uns kommt, kein Fremder sein, nicht nur ein Urlauber sein, sondern ein Gast und jemand, der herzlich willkommen ist. Und gerade die unberührte steirische Landschaft, und ich weiß schon, daß dort und da einiges passiert ist, Herr Kollege Dr. Korber, aber diese Landschaft die wir anbieten können, diese Natur, ist der Grundpfeiler, mit dem wir werben können, und zwar werben das ganze Jahr. Im Frühjahr, im Herbst, im Winter und natürlich auch im Sommer. Und denken wir daran, wie sich der Gesundheitstourismus entwickelt hat und was wir anzubieten haben an einer steirischen Bergwelt, an einem Hügelland, ja wir können sagen, alles und für jeden Gast, der uns besucht. Ich möchte zurückkommen auch noch auf den Vormittag, wo der Herr Präsident Buchberger und auch der Kollege Zellnig die Zusammenarbeit von Tourismus und Landwirtschaft betont haben. Ich bedanke mich hier an dieser Stelle bei den steirischen Bäuerinnen und Bauern für all das, was sie tun, damit sich Gäste und Besucher unseres Landes hier wohlfühlen. Sie pflegen unsere Landschaft, sie sind Kulturträger, und ich bedanke mich auch für die Gastfreundschaft, die sie jenen schenken, die zu uns kommen, und vor allem, und ich glaube, das sollte man sagen, für die Gestaltung der Dörfer und Märkte, ob es jetzt in Form von Blumen ist oder in Form von Festen und Veranstaltungen, die sie mit unseren Gästen gemeinsam durchführen.

Sie haben das Loipenpistengütesiegel angesprochen. Wir sind nicht das erste, aber wir sind das zweite Bundesland nach Tirol, und der Herr Dr. Herzog hat sich sehr bemüht, und es sind auch die ersten vier Bewerber schon da dafür. Grund, warum wir ein Loipenpistengütesiegel gebraucht haben und haben wollten, ist, daß wir auch das Signal schicken wollen, die Sicherheit des Benützers unserer Loipen, die Sicherheit des Gastes, ist für uns wichtig, und deshalb wurde dieses Siegel geschaffen. Ich glaube aber auch, daß man sehr, sehr stark vom Optimismus nicht nur reden soll, sondern daß man ihn auch darstellen muß. Wenn wir in der Steiermark im nächsten Jahr das 30. Mal den Blumenschmuckwettbewerb durchführen können, dann danke ich an dieser Stelle jenen unzähligen Händen im ganzen Land, Frauen und Männern, die unsere Heimat schmücken und gestalten. Stellen Sie sich vor, wie würde unser Land ausschauen, wenn Sie im Sommer oder im Herbst durchfahren, es gäbe keine Blumen in den Gärten, und es gäbe keine Blumen an den Fenstern und Balkonen. Ich glaube, man kann manches positiv formulieren, und man soll es auch tun. Und eine Zahl muß ich richtigstellen, Herr Kollege Ofner, es sind 59,9 Prozent Komfortzimmer, die wir haben im Jahre 1987, und eines füge ich hinzu, wir haben 15.000 Arbeitsplätze in der Tourismuswirtschaft. Das ist ein Wirtschaftsfaktor, und den müssen wir

erhalten, ja viel mehr, den müssen wir festigen und ausbauen. Hier haben wir etwas zu verlieren, das ist unser Anliegen.

Sie haben sicher recht, wenn Sie vom Bettenangebot reden. In einigen Regionen gibt es zuwenig Betten. Es könnten auch dort und da größere Gaststätten und Hotels sein, wo ich mir auch immer wieder, und ich habe es beim Landesfremdenverkehrstag gesagt, wünsche, daß wir keine Fremdenzimmer bauen, sondern daß wir Gästezimmer haben.

Und, Herr Kollege Vollmann, ich bin schon beim Landesfremdenverkehrstag. Ich glaube, Sie haben die Einladung nicht gründlich gelesen. Es war keine Diskussion auf der Tagesordnung vorgesehen. Ich verspreche Ihnen, wir werden nächstes Jahr den Landesfremdenverkehrstag anders gestalten, ich betone anders gestalten. Zum Landesfremdenverkehrstag möchte ich noch etwas sagen. Die Weltcupstadt Schladming hat uns vorgegeben, wie die Wintersaison ausschauen kann, und ich hoffe, daß es gut weitergeht. Ich habe an diesem Tag von meinem Vorgänger, Herrn Landesrat Dr. Heidinger, auch die Verantwortung im Landesfremdenverkehrsverband übernommen, und er hat sich wirklich bemüht, in den Jahren seiner Amtszeit, und Sie alle, die Sie hier sind, haben es selbst miterlebt. Herr Kollege, auch ein Wort zur Erbschaft, weil Sie mich gefragt haben, ich möchte auch das beantwortet haben. Ich habe übernommen. Ich habe als Erbschaft übernommen einen aufstrebenden Tourismus in unserem Land, ich habe übernommen eine Wirtschaft, die sich in der Freizeit besonders familienfreundlich und kinderfreundlich gestaltet, und ich habe einen am Landesfremdenverkehrstag vom höchsten Gremium entlasteten Verband übernommen. Die Entlastung wurde nach dem Bericht der Rechnungsprüfer erteilt. Meine Verantwortung im Fremdenverkehrsverband beginnt mit 29. November 1988, meine Verantwortung in der Abteilung begann am 21. Juni 1988. Ich habe mir einiges vorgenommen, um eine zügige Vorgangsweise zu garantieren, und folgende Schritte vor beziehungsweise schon gesetzt: Die Geschäftsführerstelle ist ausgeschrieben, die Bewerbung läuft bis 31. Dezember 1988. Über eine Ausgliederung des Verbandes wird verhandelt, sie findet 1989 statt. Über Änderungen der Abgabenordnung gibt es Verhandlungen. Das Konzept Freizeit, Erholung, Freizeitwirtschaft des Landesfremdenverkehrsverbandes ist vom Vorstand genehmigt und wird nun vom Raumordnungsbeirat in Kürze dem Hohen Haus übermittelt. Ich habe mich von diesem bisher besprochenen Gesetzesentwurf, und ich betone es noch einmal, ich habe es schon einmal gesagt, sowohl im Namen als auch an Teilen des Inhaltes distanziert. Die Landesfremdenverkehrsabteilung war im abgelaufenen Fremdenverkehrsjahr mit der Fertigstellung des Landesentwicklungsprogrammes befaßt. Dieses wurde nach sorgfältiger Endredaktion am 7. November 1988 dem Raumordnungsbeirat übermittelt, und es ist daher davon auszugehen, daß der steirische Fremdenverkehr im nächsten Jahr über ein überlegtes, modernes Entwicklungsprogramm für den weiteren Ausbau unseres Fremdenverkehrs verfügen wird, welches die Grundlage für weitere Maßnahmen auf dem Gebiet der Infrastruktur, der Schulung, der Kreditförderung und so weiter darstellen wird.

Aus diesem Entwicklungsprogramm werden aber auch die Grundlagen für geeignete Werbemaßnahmen zu entnehmen sein. Und nun zu dem Satz, auf den Sie warten. Gleichzeitig wird die Erstellung eines Entwurfes für ein steirisches Förderungsgesetz für die Freizeitwirtschaft weiter verfolgt und vorbereitet. Insbesondere werden derzeit sehr sorgsam alle neben dem Umsatz in Frage kommenden Bemessungsgrundlagen für die Einhebung der Fremdenverkehrsförderungsbeiträge auf ihre Verfassungsmäßigkeit untersucht. Das heißt, die Vorarbeiten haben eingesetzt, aber sie haben auch einen sorgsamen Weg zu gehen. Das sind wir auch diesem Land schuldig.

Der steirische Fremdenverkehr ist in die steirische Wirtschaft voll integriert. Denken Sie an jene Aussagen bei der steirischen Wirtschaftsmilliarde. Ich möchte bei Herrn Dr. Dorfer anschließen, wo er gemeint hat, er wünscht sich eine koordinierte Förderung. Ich werde heute noch einmal die Möglichkeit haben, dazu etwas zu sagen. Sie ist koordiniert, es haben sich sowohl der Herr Hofrat Dr. Hermann für die Fremdenverkehrsabteilung als auch der Herr Hofrat Dr. Feil für die Wirtschaftsförderungsabteilung sehr bemüht, und wir mußten in der Wirtschaftsförderungsabteilung sehr oft mit Mitteln aushelfen, weil es im anderen Ressort allein nicht möglich gewesen wäre. Aber wir sind auf dem Weg, beides zusammenzuführen. Ich werde heute noch dazu Stellung nehmen. Herr Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber, weil Sie gemeint haben, der Herr Hotter ist in die Privatwirtschaft gegangen. Wir sind die Privatwirtschaft, wir, die Unternehmer in diesem Land, und der Herr Hotter ist selbständig geworden. Ich bin überzeugt, daß es ihm als selbständigem Unternehmer gelingen wird, viele Kunden auch in der Tourismusbranche unseres Landes zu finden. Ich wünsche ihm auf diesem Wege alles Gute. Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft ARGE-Alpen-Adria geht es auch zügig weiter. Ich darf Ihnen mitteilen – nur, daß Sie es wissen –, den Vorsitz in der Arbeitsgruppe Fremdenverkehrsförderung hat weiterhin das Bundesland Steiermark, vertreten durch Herrn Hofrat Dr. Hermann. Ich glaube auch, daß wir es immer wieder sagen sollten, daß wir stolz sind auf das, was bei uns im Lande geschieht. Stolz auf die Leistung der steirischen Gastronomie, stolz auf sie als Arbeitgeber, stolz auf die Mitarbeiter als Arbeitnehmer, weil sie beide sind Steuerzahler. Und was mich stört, ich sage das sehr ehrlich, daß wir viel zu viel Zeit verwenden, um über Schwierigkeiten zu reden. Es geht etwas. Wir haben funktionierende Betriebe, die Menschen kommen gerne zu uns, und wir müssen allen vermitteln, daß es sich lohnt, diese Steiermark zu besuchen. Sie ist ein Land, mit dem man sich freuen kann, auf das man stolz ist, und wo man nur einiges verbessern soll. Stehenbleiben darf man ohnehin nie im Leben. Ich glaube, daß man auch dazusagen soll, jeder von uns ist aufgerufen, aktiv mitzutun. Wenn ich Ihnen ankündige, daß 1990 das Jahr des Urlaubes ist, dann haben wir bis dorthin noch einiges an Vorbereitung zu machen. Wir müssen ein Angebotspaket schaffen, und wir müssen dieses Angebot auch verkaufen. Das Angebot der Steiermark, das sich zusammensetzt aus unseren Schiregionen, aus dem steirischen Weinland, aus dem Thermenland, aus der Oststeiermark, der Obersteiermark und, nicht zu vergessen, dem Städtetourismus. Der Städtetourismus nimmt zu. Man könnte ein

eigenes Referat dazu halten. Ich glaube auch, daß wir in der Gastronomie auf einem guten Weg sind. Ich hatte vor einer Woche die Möglichkeit, einem Gasthof, Gußmark in Köflach, den Preis „Falstaff“ zu übergeben, was etwas heißt. Vor allem, weil man auch sagen muß, daß dort die Wirtin selber kocht. Animationsprojekte sind im ganzen Land gelaufen. Hier bin ich sehr, sehr froh, daß es die Zusammenarbeit auch mit der Arbeitsmarktverwaltung gibt, und wir werden Jugendbeschäftigung im Fremdenverkehr auch im kommenden Jahr tatkräftig unterstützen, weil es ist uns ein Anliegen. Eines möchte ich noch ansprechen, das ist die Bewertung. Welchen Stellenwert hat der Tourismus, und wie berechne ich ihn? Es ist nicht immer gerecht, wenn man nur von der Nächtigung spricht, sondern es gibt auch jenen Tourismus, wo man einen Tagesausflug macht und nicht unbedingt die Nacht in einem anderen Ort verbringt. Denken wir daran, daß bei der Landesausstellung 300.000 Besucher waren. Es wäre nicht möglich gewesen, wenn die alle auch dort schlafen hätten müssen. Der Wirtschaftsfaktor „Freizeit“ ist im Wachsen, wir werden viel mehr ältere Menschen in unserem Land haben. Wir müssen für sie bereit sein und für ihre Ansprüche als Urlaubsgast. Darüber könnte man auch sehr lange reden. Ich glaube aber, daß wir das richtige Angebot haben. Herr Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber, wenn Sie sagen, dort ist jetzt ein Loch, vielleicht ist es anderswohin geräumt. Ich darf nur richtigstellen, die Winterprospekte sind weg und die Sommerprospekte noch nicht da, und außerdem soll man über Weihnachten nicht alles am Gang stehen haben. Ich würde das überhaupt nicht empfehlen. Es gibt auch Sonderprospekte mit den Schwerpunkten Tennis, Golf, Reiten, Abenteuerurlaub und Erlebnisse, Fischen, Gesundheit, Kultur, familienfreundlich, kinderfreundlich, Senioren und Musik, man könnte noch vieles aufzählen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Wir nehmen nur Umweltschutzpapier!“) Ich habe das Papier nicht so genau angeschaut. Ich werde dem gerne nachgehen. Aber schön aussehen soll es auch.

Eines möchte ich auch noch ansprechen: Bei Besuchen in den verschiedensten Regionen wurde ich einige Male darauf angesprochen, ich glaube, das sollte man überlegen, daß das Kurortgesetz auch novelliert gehört. Gerade in der Region Bad Aussee wurde das sehr deutlich angesprochen. Wir hören, daß immer mehr Freizeit vorhanden ist, und wir wissen, daß die Menschen auch immer mehr Geld in diese Freizeit investieren. Das ist das Angebot, das vor uns liegt. Das ist das Angebot, das wir annehmen müssen und wo wir auch alles tun müssen, um unsere Hauptsaisons voll auszulasten. Daß es einzelne besonders Aktive gibt, das möchte ich hier ansprechen. Und um gerecht zu sein, ich sehe in den Bankreihen rückwärts den Bürgermeister von Bad Radkersburg, und ich nehme hier an dieser Seite den Bürgermeister von Frohnleiten, auch er spricht von einem künftigen großen Touristikprojekt. Es hat aber auch gerade am Erzberg und in der Region Eisenstraße, Sie wissen das ganz genau, auch einiges gegeben. Es gibt ein Schaubergwerk. Und wir dürfen davon überzeugt sein, daß viele Ideen zusammenwirken und viele Ideen dieses Land auch weiter beleben werden. Ich lade alle Mitarbeiter, alle Mitglieder, aber vor allem alle Parteien hier im Hohen Hause ein, mitzuwirken, mitzuberaten, aber dann auch gemeinsam mitzuverantworten, auch

eine gesetzliche Regelung für unsere Freizeitwirtschaft zu finden.

Zum Schluß möchte ich danken dem Abteilungsvorstand der Fremdenverkehrsabteilung, Herrn Hofrat Dr. Hermann, für seine Arbeit. Er hat sich sehr, sehr bemüht, und es war nicht immer ganz einfach, weil manches mußte auch ich erst kennenlernen. Ich glaube, ich lerne noch weiter, weil es lernt eigentlich niemand ganz aus. Ich danke ihm und seinen Mitarbeitern. Ich danke dem interimistischen Geschäftsführer, Herrn Schnedlitz, und seinem Team im Fremdenverkehrsverband, ich danke den Mitarbeitern im eigenen Büro, besonders der Frau Dr. Koiner, die für den Fremdenverkehr verantwortlich ist. Ich möchte aber besonders danken dem Präsidenten der Handelskammer Steiermark Ing. Stoisser, der mir versichert hat, er wird mich bei allen Vorhaben, die wir planen und umsetzen wollen, voll und ganz unterstützen, und mit ihm die Verantwortlichen der Sektion Fremdenverkehr, die hier im Saale sind. Ich danke allen steirischen Mitarbeitern und Unternehmern, den hauptamtlichen und ehrenamtlichen Freunden und Wegbegleitern für unsere Steiermark, für unser Hoffungsland. Ich glaube, daß es uns gelingen muß, eine Region der Gastfreundschaft in Österreich zu sein, zu wissen, daß wir in einem Land leben, das wir alle gern haben, aber auch zu wissen, wir alle gehören dazu und sollen über dieses Land gut reden, und nicht negativ. Dann werden wir weiterkommen. Alles Gute dem steirischen Tourismus. (Allgemeiner Beifall. – 15.27 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Nunmehr kommen wir zum dritten Teil der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung. Erster Debattenredner zu diesem Kapitel ist der Herr Präsident Ing. Stoisser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Stoisser (15.27 Uhr): Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wirtschaftsförderung! Zuvor aber noch einige Worte auch zum Fremdenverkehr, zum Kollegen Ofner, der gemeint hat, daß ich davongelaufen bin, als er zum Fremdenverkehr sprach. Ich möchte nur sagen, daß ich ein halbes Jahr lang in jedem Bezirk der Steiermark war und für das Fremdenverkehrsgesetz geworben habe, und die Frau Landesrat hat es gesagt, wir werden in Gemeinsamkeit dieses Gesetz beschließen und für den Fremdenverkehr etwas tun. (Abg. Günther Ofner: „Das versprichtst du schon zu lange!“) Die Perspektive ist nämlich überall eine andere. Ob jemand ein Hotelier oder Gastronom in Schladming ist oder ein Schuhmachermeister in Fehring von mir aus. Es hängt von der Region und vom Beruf ab, wie man dazu steht. Und als Handelskammerpräsident hat man die Aufgabe, für alle 33.000 Unternehmer dieses Landes die richtige Lösung zu finden. (Abg. Kohlhammer: „Das kann lange dauern!“) Mit dieser Miesmacherei, wie sie immer weitergeht von dieser Seite, muß ich sagen, das ist eigentlich furchtbar. Man müßte glauben, man lebt im tiefsten Mittelalter und in Armut, daß es nicht mehr höher geht. So hat man auch in letzter Zeit in den verschiedenen Zeitungen gelesen, daß die Steiermark das Armenhaus Europas, das Schlußlicht Österreichs und ich weiß nicht was alles ist. Wo sicherlich richtige Zahlen der wirtschaftlichen Entwicklung der Steiermark aufgezeigt wurden. Nur,

wenn man diese Entwicklung - wenn man die Schuld dieser Entwicklung - der steirischen Landesregierung und der ÖVP der Steiermark zuschiebt, ist das ein bißchen zu einfach. Dazu einige Zahlen. Wir haben in der Steiermark 1971 479.000 Berufstätige gehabt und haben jetzt rund 500.000. In der verstaatlichten Industrie sind von 1981 bis 1987 um 6100 Mitarbeiter weniger geworden. Wenn Sie das in die Arbeitslosenquote umrechnen, sind das 1,5 Prozentpunkte. Im übrigen Österreich sind in derselben Zeit 11.100 von der verstaatlichten Industrie freigesetzt worden. Das entspräche 0,4 Prozentpunkten. Die Differenz ist also 1,1 Prozentpunkte. Wir wären also, hätten wir die Verstaatlichte in der Steiermark nicht, sogar um einen halben Prozentpunkt besser als das übrige Österreich. Und für diese verstaatlichte Industrie, meine Damen und Herren, sind bis auf 1966 bis 1970, noch immer sozialistische Politiker verantwortlich gewesen. Und die sind schuld, daß es so gegangen ist, aber nicht die steirische Landesregierung. (Beifall bei der ÖVP.) Das sind billige Ausreden. (Abg. Hammer: „Überall ÖVP-Direktoren!“) Jetzt fangt nicht mit den Direktoren an. Wenn die Politik in die Betriebe hineinregiert, dann kann ein Betrieb nicht funktionieren. Wenn man Produkte erzeugt, die schon längst passé sind, die man nicht einmal mehr in den Osten exportieren kann, dann ist etwas falsch. Und wenn der Kollege Rainer gesagt hat, daß noch weitere 6000 verlorengehen werden, stimmt es, wenn wir in dieser Manier weiterarbeiten. Aber Gott sei Dank ist da ein Gesinnungswandel entstanden. (Abg. Reicher: „Das ist euer Problem. Wenn ihr nicht verkaufen könnt, sind die Manager schuld!“) Meine Damen und Herren, wir Politiker sind im weiteren Sinne Manager der öffentlichen Entwicklung, der staatlichen Entwicklung. Wir haben dafür zu sorgen, daß die richtige Richtung eingeschlagen wird. Dafür ist der Bundesminister - es war damals der Bundeskanzler - direkt für die verstaatlichte Industrie verantwortlich. (Abg. Hammer: „Ihr wolltet gar nicht, daß die Manager ein Weisungsrecht haben!“) In diesem Zusammenhang auch noch ein weiteres. Wie selten in einem anderen Bundesland sind wir auch ein sehr agrarisches Land gewesen, und es wurden in den letzten eineinhalb Jahrzehnten um 35.000 selbständige Landwirte weniger, das sind mehr, als wir heute Arbeitslose in der Steiermark haben. Auch diese Entwicklung konnten wir stoppen, und zwar vor allen Dingen dadurch, daß wir in den mittelständischen Wirtschaft mehr Arbeitsplätze geschaffen haben. Und eine ganz erfreuliche Entwicklung ist, daß wir in den letzten fünf Jahren nahezu 3000 zusätzliche Selbständige haben. Wenn Sie das wieder in Arbeitslose umrechnen, ist das ein Drei-Viertel-Prozentpunkt, der die Arbeitslosenstatistik entlastet. 3000 Selbständige mehr als vor fünf oder sechs Jahren!

Meine Damen und Herren, noch einmal zur Verstaatlichten zurück. Die steirische Landesregierung und unser Landeshauptmann waren die ersten, die eingesprungen sind, als die Krise bei VEW war, und wir haben in diesem Haus die 200-Millionen-Hilfe für die VEW beschlossen, die dann eine Initialzündung bei der damaligen sozialistischen Bundesregierung hervorgerufen hat. Da sollte man auch einmal darüber nachdenken. (Abg. Gennaro: „Entschuldige, Herr Präsident. Dasselbe hast du voriges Jahr erzählt!“) Es gehört bitte noch etwas dazu. Die Verkehrswege.

Diese beeinflussen eine Wirtschaft natürlich stark. Es waren auch von 1970 an sozialistische Minister für die Verkehrswege verantwortlich. Und heute unter Minister Graf haben wir endlich einmal den Spatenstich für den Rest der Pyhrnautobahn in der Steiermark durchführen können. Das, glaube ich, ist erfreulich und wird uns sicherlich auch in der wirtschaftlichen Entwicklung weiterhelfen.

Der Kollege Rainer hat in seiner sehr interessanten Generalrede gefragt „brauchen wir heute noch einen Sozialismus?“. Er selbst hat dann gesagt „ja, er ist das Salz in der Wunde des Kapitalismus.“ Ich meine, daß der Sozialismus, so wie er heute unter anderem auch vom Kollegen Vollmann vorgeführt wurde, wirklich überflüssig ist. Das möchte ich hier feststellen. Auf diese Art und Weise werden wir keine Fortschritte erzielen können. Ich bin aber sehr froh, daß in Österreich die Sozialpartnerschaft so gut funktioniert. (Abg. Rainer: „Falls dir aufgefallen ist, wir haben eine große Koalition!“) Ich sage ja, ich bin ja sehr froh. Aber wenn man die Töne von einem Vollmann hört, dann muß man sagen, gibt es so etwas 1988 noch? Dazu habe ich ein Bonmot von Franz Josef Strauß. Der hat gesagt: „Columbus war der erste Sozialist, denn er wußte nicht, wohin er fuhr, angekommen, wußte er nicht, wo er war, und das alles hat er mit fremdem Geld finanziert.“ Und dazu hat er noch gesagt: „Dem muß man aber entgegenhalten, er hat zumindest Amerika entdeckt.“ (Abg. Kohlhammer: „Aber erfolgreich war er!“) Zur Aussage, die der Kollege Rainer gebracht hat, daß man mit der Aktion „8000“ günstig weiterkommen wird, weil die Aktion „8000“ nur 120.000 Schilling pro Person im Jahr kostet. Lieber Kollege, da würde ich sagen, wenn man denselben Arbeitnehmer in einen Betrieb hineingibt, würde er 41 Prozent seiner Lohnkosten als Staatsquote abliefern in Form von Lohnsteuer und sonstigen Steuern und für Sozialversicherungsbeiträge. Es wäre damit in Summe dasselbe erledigt, wahrscheinlich würde doppelt so schnell gearbeitet werden, und es würde das ganze besser funktionieren. Ich gebe zu, daß es Ausnahmefälle gibt, wo man Menschen, die wirklich schwer wo unterkommen, helfen muß. Aber in dieser Größe, wie das jetzt gemacht wird, ist es meiner Meinung nach nicht richtig.

Dann auch noch die Wertzuwachssteuer von Dallinger, wir sagen dazu Maschinensteuer. Er kommt mit der Begründung, es werden immer weniger Leute für die Arbeit notwendig. Das stimmt ja bitte nicht. Ich habe mir die Statistik angeschaut. Von 1984 bis 1987 hat die Lohn- und Gehaltssumme in Österreich um 17 Prozent zugenommen - in drei Jahren. Also bitte, von dort her kann doch nicht die Notwendigkeit kommen, eine Maschinensteuer einzuführen, sondern ich glaube vielmehr, daß da ganz, ganz andere Gedanken dahinter sind, und dagegen werden wir uns sicherlich wehren. (Abg. Rainer: „Unser Präsident des Hohen Hauses, wie auch der Vorsitzende der Christlichen Gewerkschaften Sommer, alle haben es bereits eingesehen und wissen, daß das ein Modell mit sein könnte. In modernen Fabriken gibt es fast keinen Arbeiter mehr, sondern nur mehr Roboter. Du hast eine zu einseitige Sicht!“) Ich kenne das Modell. Du wirfst mir Einseitigkeit vor. Ich möchte vice versa dasselbe tun. Man muß sicherlich darüber diskutieren. Aber ich

glaube nicht, daß es in dieser Form, vor allen Dingen mit der Begründung, es wird weniger Arbeit geben, gebraucht wird. Bitte, das stimmt sicher nicht! Meiner Meinung nach ist die Lösung für die Pensionen einfach die, daß man das Pensionsalter hinaufsetzt. Wenn die Menschen heute eine Lebenserwartung haben, die um zwei Jahrzehnte größer ist als zur Jahrhundertwende, dann kann man doch nicht mit immer weniger Lebensarbeitszeit noch mehr Pensionen bezahlen. Irgendwer muß sie ja immer bezahlen. Der liebe Staat kann uns kein Geld schenken, das wir ihm nicht in irgendeiner Form vorher geben.

Und dann die 35-Stunden-Woche. Auch wieder ein ewiges Modell der Gewerkschaft. Da möchte ich auch dazu sagen, die Schweiz hat es uns gezeigt. Die Schweiz hat knapp ein Prozent Arbeitslose. Und da haben zwei Drittel der Schweizer, die zur Wahl gegangen sind, dieses Ansinnen abgelehnt. Und auch eine IMAS-Studie aus Österreich sagt und, daß 78 Prozent für die Beibehaltung der jetzigen Arbeitszeit sind, und nur 19 Prozent sind für eine Arbeitszeitverkürzung. Das heißt, die Mitarbeiter selber sind ein bißchen gescheiter als die Gewerkschaft in dieser Sache. Ich muß sagen, daß das die falschen Beiträge sind zur Wirtschaftspolitik vom heutigen Sozialismus. (Abg. Gennaro: „Du verwechselst etwas!“) Und schauen wir einmal, wo der Sozialismus heute in der ganzen Welt hingekommen ist. Die Länder mit sozialistischer Wirtschaft: China, die Sowjetunion, die COMECON-Länder, Jugoslawien, Ungarn. Meine Damen und Herren! Ich hatte die Ehre, in China auf zweithöchster Ebene mit Funktionären zu diskutieren, in der Sowjetunion ebenfalls auf Ministerebene. Die Jugoslawen und die Ungarn kommen wöchentlich zu uns und erklären uns, daß die freie Marktwirtschaft das einzige sei, damit sie endlich einmal mit ihrer Mißwirtschaft fertig werden. Da müssen doch auch wir hier sozialistische Elemente, die unsere Wirtschaftsentwicklung verhindern, noch beseitigen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ich kann voll Stolz sagen, die Marktwirtschaft hat auf der ganzen Welt gesiegt. Und nun zum Beispiel Steiermark, wo es angeblich so schleißig ist. Ich möchte das Positive aufzählen, denn der, der entscheidet, muß immer ein Posivist sein, und wir haben zu entscheiden in diesem Haus. Darum suchen wir das Positive, um dann die richtige Richtung zu finden. Wir haben in der Steiermark derzeit bereits über 5000 Mitarbeiter in der hochtechnologischen Industrie. Vor drei Jahren waren es noch 3000. Wir haben in kleinen, kleinsten und mittleren Betrieben für anwenderspezifische Mikroprozessorsysteme bereits über 1000 Spezialisten. Das sind um 500 mehr innerhalb von drei Jahren. Und es sind in etwa 800 Wissenschaftler und Elektroniker in Forschung und Entwicklung tätig. Wir haben mit glasfaserverstärkten Werkstoffen ausgezeichnete Betriebe, mit Keramikbauteilen, mit hochwertigen Metallen, mit Kunststofftechnik und mit Aludruckguß hervorragende Zulieferer für die Autoindustrie und für die Konsumcomputerelektronik. In der Umwelttechnik haben wir hervorragende Betriebe und Consultingfirmen in der Steiermark. In unserem Technologiepark in Graz haben wir hervorragende Betriebe, die sich bestens entwickeln. Niklasdorf hat die Dachgleiche hinter sich. Wir werden in einem guten Jahr dort den zweiten Technologiepark

eröffnen. Und in Messendorf wird der nächste Technologiepark gebaut. Auf diese Entwicklung sind wir besonders stolz, es ist eine Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und der Handelskammer. Wir sind hier gerne bereit, auch von seiten der Handelskammer, unser Know how und auch Mittel zur Verfügung zu stellen. Die TECHNOVA, ebenfalls eine Institution zwischen Landesregierung und Handelskammer, leistet hier hervorragende Arbeit, die Technologiemesse TECHNOVA hat bereits internationalen Ruf. Und wie wirkt sich das jetzt in der Wirtschaft aus, meine Damen und Herren? Da haben wir viele, viele Unternehmerpersönlichkeiten, Manager, die bereit sind, ihre Ideen einzusetzen. Und sie sind ideenreich, Herr Kollege. Sie haben gesagt, die Steirer haben keine Ideen, sind nicht ideenreich. Und sie riskieren. Ich nehme nur ein paar Beispiele der letzten Tage, wie sie einem immer wieder unterkommen. Da kommt eine Wirtin zu mir, ledige Tochter einer Bauernmagd, die im zweiten Berufsweg über die Umschulung beim BFI Kellnerin wurde und jetzt einen Betrieb beginnt, alleine! Die unsere Hilfe braucht und sie auch bekommen hat. Aber zuerst ist der eigene Wille vorhanden, etwas zu machen. Man kommt in einen Betrieb mit fünf Mitarbeitern, wo jemand an der technischen Universität als Mechanikermeister etwas gelernt hat, drei CNC-gesteuerte Maschinen gekauft hat und hoch präzise Werkteile herstellt. Man kommt in einen Betrieb, in eine Halle mit 20, 25 computergesteuerten Maschinen, die beste Dreharbeit mit 95 Prozent Exportanteil erzeugen. Meine Damen und Herren! Das ist unsere Zukunft in der Steiermark. Oder Schrack: Die haben kein Produkt, das älter als fünf Jahre ist. Da passiert die Arbeit. (Abg. Kohlhammer: „Darf ich dich kurz unterbrechen. Woanders ist das normal, nur bei uns ist das eine Ausnahme!“) Ja, Herr Kollege, du bist ja auch in einem solchen Betrieb. Und das sollte man hier sagen, daß wir diese hier in der Steiermark in einer Zahl haben, wie sie andere – (Abg. Kohlhammer: „Zu wenige!“) Wir haben zu wenig. Und hier sollen wir einhaken. Das ist der Sinn und Zweck meiner Ausführungen. Philips in Lebring, hervorragend! Ich habe absichtlich den Einmannbetrieb bis zum 1000-Mannbetrieb gebracht, um zu zeigen, wo sich das Wirtschaftsleben abspielt. Und da hier können wir diskutieren und quasseln, was wir wollen. Wenn die nicht die Ideen haben mit ihren Mitarbeitern, Technikern und Kaufleuten, ist das alles, was wir hier machen, larifari und sonst weiter gar nichts. Und diese Menschen erwarten aber von uns, von unserer Politik, daß wir Rahmenbedingungen dafür setzen. Weniger Gesetze, ordentliche Umweltschutzgesetze und keinen Ökofaschismus. Nicht so, daß, wenn ein Mechanikermeister eine Halle dazubauen will, schon 100 Leute dagegen sind, und ich weiß nicht was noch. So geht das in einer Tour fort. Das ist sehr frustrierend für unsere Leute, die sich bemühen, etwas weiterzubringen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das hat mit Nachbarrechten zu tun!“) Ich kann die Nachbarrechte so und so ausüben, Herr Kollege. Ein Wort zur Wirtschaftsmilliarde, die da oft so lächerlich gemacht wird. Ich finde diese Idee und Lösung ganz ausgezeichnet. Im ersten Jahr braucht das Landesbudget 30 Millionen Schilling, dann in Summe etwa 100 Millionen Schilling. Und damit werden 1,33 Milliarden Schilling Investition in die Wege geleitet. Und die Banken machen

die ganze Arbeit, die ganze Abwicklung. Und in der Wirtschaftsförderungsabteilung des Landes braucht das nur mehr kurz abgesehnet zu werden, und dann wird es nicht so ein Wirrwarr geben, wie es uns heute auf einem Plakat gezeigt wurde. Die Banken machen das, was ihr Geschäft ist, und die Landesregierung beschränkt sich auf das Mindestmaß von Administration. Das wäre auch mein Wunsch, Frau Landesrat, für die Zukunft, bei Wirtschaftsförderungen möglichst wenig Administration und mehr Übersicht. Ich weiß, daß du in diese Richtung hin arbeitest, und hoffe, daß wir auf diesem Weg Erfolg haben. Das ist eine ungeheure Anstrengung. (Abg. Mag. Rader: „Wo ist da die ungeheure Anstrengung?“) Das ist die Idee. Herr Kollege, wir werden keine Betriebe führen. Wir können mit solchen Anstößen aber die Leute dazu bringen. Wenn du heute einen Kredit mit 4 Prozent bekommst, dann wird das ein Anreiz sein, etwas früher zu investieren als sonst mit 8, 9 oder 10 Prozent. Ich finde, daß ist schon eine ganz ausgezeichnete Sache. Und trotzdem möchte ich nicht verhehlen, daß wir die indirekte Förderung selbstverständlich weiter brauchen. Wir brauchen die Schulung und die Beratung, wie wir sie im Wirtschaftsförderungsinstitut, im Berufsförderungsinstitut und im Landwirtschaftsförderungsinstitut haben. Hier möchte ich danke sagen für die Mittel, die uns vom Land entgegengebracht wurden in der letzten Zeit und die auch in diesem Budget drinnen sind.

Was wir dann auch noch weiter brauchen in der Steiermark, das sind Manager, Unternehmer, die im Welthandel fit sind, und auch größere Betriebe. Da stimme ich mit Ihnen überein. Hier soll der Kapitalmarkt in Österreich so gestaltet werden, daß auch die privaten Anleger, die österreichischen privaten Anleger dazu animiert werden, daß es auch österreichische Konzerne gibt, die Weltgeltung haben. Wir haben viele Betriebe, die Weltgeltung haben, aber die sind oft zu klein. Ich glaube, hier ist ein ganz wichtiger Punkt, und da sollten wir als Politiker in diese Richtung hin denken. (Abg. Schrittwieser: „Ich habe nur eine Frage. Es ist richtig, wir wissen alle, daß wir große Betriebe brauchen, um Leute zu beschäftigen. Darf ich Sie bitten dazuzusagen, was getan wird, daß wir sie herbekommen!“) Daß wir sie herbekommen? Derzeit, und da kommen wir jetzt zu einem Punkt, auf den ich später zu sprechen kommen wollte. Solange wir die EG-Frage nicht klar und deutlich gelöst haben, werden wir keine Ausländer herbekommen. Die werden nicht in einen Markt hineingehen mit 7 Millionen, wenn daneben einer mit 330 und auf der anderen Seite einer mit 300 Millionen Einwohnern ist. Das ist die Antwort darauf. Sie können den Leuten alles schenken, und ich weiß nicht was alles. (Abg. Schrittwieser: „Das wird sich auch nachher nicht ändern!“) Wir haben ja einen großen Wettbewerb der Länder auf der ganzen Welt, die solchen großen Konzernen Betriebe schenken, mit Ausbildung der Mitarbeiter, und ich weiß nicht was noch alles. Ich glaube, das ist Ihnen alles bekannt. Wenn aber dann die Marktmöglichkeit nicht stimmt, nutzt ihm der geschenkte Betrieb auch nichts. Und aus diesem Grund ist das auch ein Punkt, der für die Europäische Gemeinschaft spricht. (Abg. Schrittwieser: „Das heißt, jetzt warten wir noch fünf Jahre, bis das kommt!“) Jetzt diese Europäische Gemeinschaft, wenn ich schon zu diesem Thema kommen darf, meine Damen und Herren. Dieser Binnenmarkt, der in 48

Monaten fertig sein soll, wird auch nicht zu Fleiß gemacht. Die Europäer haben auch ihre Krämpfe mit ihren weniger gut entwickelten Regionen in Portugal, in Griechenland und wo immer sie sein mögen. Aber das ist eine notwendige Antwort auf die Weltwirtschaft, auf den großen amerikanischen Wirtschaftsraum, auf Japan, Südostasien und überhaupt den ganzen pazifischen Raum. Dazu muß ein Gegengewicht geschaffen werden. Jetzt sage ich die positiven Sachen, die für einen Beitritt zur EG sprechen. Ich habe vor einem Monat auch über die negativen gesprochen. Ich möchte aber heute nur auf einiges aufmerksam machen. Wir sind heute schon mit rund zwei Dritteln unseres Exportes und Importes in der EG. Österreich und Schweden nehmen den dritten Platz im Handel mit der EG ein. Also, so uninteressant sind wir für die EG auch nicht, als Abnehmer.

Stellen Sie sich vor, ein österreichisches Unternehmen, das technische Produkte erzeugt, will aus Österreich in den Binnenmarkt, in den gemeinsamen, exportieren. Es müßte für jedes der zwölf einzelnen Länder nach den technischen Normen jedes Landes einzeln ansuchen, während ein Unternehmen innerhalb der EG das nur in seinem Land zu machen braucht und dann nicht mehr. Nur ein Beispiel, welche administrativen Schwierigkeiten auf den österreichischen Export zukämen.

Dann, meine Damen und Herren, gibt es in Österreich nicht für alle tüchtigen jungen Menschen günstige Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Bildung. Sehr, sehr viele Österreicher studieren im Ausland und arbeiten im Ausland und haben dort auch hervorragende Stellungen in Chefetagen. Damit wäre es dann vorbei, weil sie können nicht von der Freizügigkeit des Personenverkehrs und der Arbeit profitieren.

Auch ein Nachteil: Die Grenzkosten, die zwischen den einzelnen Staaten bestehen, werden wahrscheinlich von 4 auf 2 Prozent sinken, und wir Österreicher hätten hier noch eine Hürde von etwa 2, 2,5 Prozent zu überwinden und hätten mehr Grenzkosten als die EÜ-Länder. Auch ein gewaltiger Nachteil. Und dann, das, was ich vorher gesagt habe, Ausländer würden in Österreich sicherlich nicht investieren, wenn wir nicht in den gemeinsamen Markt hineinkommen. (Abg. Kohlhammer: „Das gilt aber nur für die Steiermark!“)

Und auch zur Landwirtschaft muß man sagen, daß wir wissen, daß sie große Probleme hat. Aber auch die Landwirtschaft würde Holz- und Fleischexporte dorthin wesentlich schwerer durchführen können und auch Nachteile erleiden. Ich weiß sehr wohl, daß es auch andere Probleme gibt, aber ich möchte nur diese erwähnen.

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt zum Schluß aber auch danke sagen. Und zwar sage ich danke allen Steirern, die dazu beigetragen haben, daß wir trotz der negativen Umstände eine gute wirtschaftliche Entwicklung hatten. Ich sage auch Dank an die Landesregierung, die hier geholfen hat. Ich möchte doch erwähnen, daß das Land Steiermark das erste Land war, das eine Wirtschaftsförderung für die Klein- und Mittelbetriebe hatte. Das ist schon über 20 Jahre her. Lassen wir unsere Steirer frei arbeiten, beseitigen wir die administrativen Hemmnisse, schaffen wir das positive Klima für sie, meine Damen und Herren. Und

da bitte ich Sie, daß Sie mittun. (Beifall bei der ÖVP.) Und haben auch wir den Optimismus. Wir in diesem Haus haben gar nicht so wenig dabei mitzuentcheiden. Auch entscheiden, nicht nur meckern und jammern. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP. – 15.55 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kurt Gennaro das Wort.

Abg. Gennaro (15.55 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich tu mir jetzt natürlich ein bißchen schwer, nach einem so profunden und wissenden Vorredner, Präsidenten der Handelskammer, als einfacher Bürger zur Wirtschaft zu reden. Ich möchte aber etwas sagen, mir ist es nicht bekannt, daß Columbus ein Sozialist war, aber ich weiß, und das ist jetzt herausgekommen, daß er der erste war, der die Roten entdeckt hat, Schwarze hat er damals nicht gesehen. Aber seit es in Amerika die Schwarzen gibt, haben sie auch nur Probleme damit. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn ich heute feststellen darf, daß ich vor einem Jahr zur Budgetdebatte fast zur selben Stunde in diesem Haus für etwas Leben und Heiterkeit gesorgt habe, so ist mir heute die Rolle sicher wieder zuteil, und vielleicht gibt es, und das habe ich gestern schon gesagt, für die Medien den Anlaß, daß sie sagen, es rührt sich in diesem Haus nichts. Und wenn der Herr Präsident Ing. Stoisser, für mich die dritte Budgetdebatte, immer wieder das gleiche Lied der Verstaatlichten singt, man könnte das wortwörtlich in den Protokollen nachlesen, so möchte ich mich auch wiederholen und immer wieder darauf hinweisen, daß man die Verantwortung nicht wegschieben soll. In den Vorständen, in den Generaldirektionen hat es immer den sogenannten Parteienproporz gegeben, und von dem kann man sich nicht wegschwindeln, meine Damen und Herren. (Abg. Kollmann: „Kreisky hat ihnen gesagt, was sie zu beschließen haben!“) Kollege Kollmann, reg dich nicht auf, du hast dich voriges Jahr so aufgeregt, das war mir wirklich peinlich. Keine Schuldzuweisungen, meine Damen und Herren. Ich glaube, und das können wir doch alle gemeinsam festhalten, die Strukturprobleme gibt es leider überwiegend in der Steiermark, aber es gibt sie nicht nur in Österreich und in der Steiermark, es gibt sie weltweit. Und der Kollege Prof. Dr. Eichtinger hat bei einer Jubilarehrung in Mürzzuschlag, wo wir beide gewesen sind, auch sehr betroffen den Worten des Vorstandsdirektors bei seiner Ansprache zugehört und mir dann so kollegial, so wie er wirklich ist, so wie er sich gibt, ist er ja nicht immer, da hat er gesagt, er ist empört über die Aussagen des Vorstandsdirektors, wie man mit Dienstnehmern der Verstaatlichten umgeht. Und zu den 200 Millionen Schilling lassen Sie mich auch eines sagen. Im Namen der Dienstnehmer der Verstaatlichten möchte ich auch immer wieder Dank sagen. Wir sind froh und glücklich, daß wir das Geld bekommen haben. Aber ihr tut so, als ob das ein Geschenk vom Landeshauptmann war. Das sind ja bitte Steuergelder, die er zu verwalten hat. (Abg. Purr: „Das war ein Geschenk, weil wenn sie es erwirtschaftet hätten, hätte man es nicht hinten hineinstecken müssen!“) Und auch natürlich für die steirische Wirtschaft hineinzupumpen hat. Kollege Purr, denke an dein Cholesterin und

deinen Blutdruck, es tut dir nicht gut, wenn du dich immer aufregst.

Privatwirtschaft und die Verstaatlichte, meine Damen und Herren, soll man und kann man nicht auseinanderdividieren. Denn ich behaupte jetzt auch etwas. Die verstaatlichte Industrie hat, nachlesbar – bitte das stammt nicht von mir, sonst könnte einer sagen, das hat der Gennaro entdeckt, das sicher nicht –, es ist nachlesbar, daß die verstaatlichte Industrie seit dem Wiederaufbau in der Zweiten Republik für die Privatwirtschaft eine dienende Rolle gehabt hat, damit die Privatwirtschaft sich überhaupt ausbauen konnte. Dazu bekenne ich mich, aber ich verweigere, daß man immer wieder nur auf die verstaatlichte Industrie losgeht. (Beifall bei der SPÖ.) Und Sozialpartnerschaft, meine Damen und Herren, lieber Präsident Ing. Stoisser, Sozialpartnerschaft ist im Jahre 1988 fast nicht mehr das richtige Wort. Als Gewerkschafter sage ich immer wieder, es müßte eigentlich nur mehr Wirtschaftspartner heißen, weil die Sozialkomponente spüren wir derzeit bei unseren Unternehmen sicherlich nicht. (Abg. Ing. Stoisser: „Bei dieser Lohnentwicklung der sozialen Ausgaben behauptest du das!“) In der Steiermark geht es sehr schlecht. Ich sage dir nachher schon noch etwas drauf, Herr Präsident, es sind Zahlen, Unterlagen. Ich habe mich sehr gut vorbereitet, damit ich dir auch Antwort geben kann. In der Steiermark geht es sehr schlecht, hast du gesagt, alle tun so, als wäre es zum Davonlaufen. Ich muß jetzt wieder sagen, wir spüren es leider Gottes in den Krisenregionen, daß es in der Steiermark schlecht geht. Ich möchte jetzt wieder den Sprung in die 17 Jahre Oppositionszeit der ÖVP machen. Da hat man von eurer Seite immer geglaubt, aus Österreich muß man davonrennen, weil in der Zeit der Hochkonjunktur habt ihr immer wieder gesagt, alles ist so schlecht, und habt alles verteuert. Da haben wir oft den Eindruck gehabt, wir müßten aus Österreich davonlaufen. Und wenn man in Opposition ist, tut man sich etwas leichter, wenn man dann Verantwortung zu tragen hat, schauen die Dinge auf einmal anders aus. (Abg. Dr. Dorfer: „Ich hab in der Hochkonjunktur die Schulden gemacht!“)

Zum Arbeitszeitvergleich, Herr Präsident Ing. Stoisser. Ich bin sehr froh und dankbar darüber, daß es auch bei den Unternehmern Menschen gibt, die die Sozialpartnerschaft – und das kann man nicht oft genug herausstreichen – sehr hoch halten, weil sie wissen, daß man viel mehr zerstören kann, als wieder aufzubauen. Ich bin deswegen dankbar, weil es in der Sozialpartnerschaft – um das Wort zu strapazieren – gelungen ist, die Frage der Arbeitszeitverkürzung branchenweise zu regeln, und gerade wir in der Metallgewerkschaft haben das Problem, daß wir unsere Beschäftigten in den Betrieben gar nicht 40 Stunden oder mehr beschäftigen könnten. Und jetzt sagen Sie mir nur eines, Herr Präsident Ing. Stoisser, die Steyrwerke könnten, wenn sie 50 Stunden arbeiten würden, Traktoren produzieren, aber alles nur für die grüne Wiese, weil sie bringen sie nicht an. Und dann sagen Sie mir, wie lange Sie 50 Stunden arbeiten können, weil die billigste Arbeitszeitverkürzung ist die Nullarbeitszeit, wenn einer seinen Arbeitsplatz verliert und arbeitslos wird. Und dafür kämpfen wir als Gewerkschafter, daß wir das nicht haben. (Abg. Ing. Stoisser: „Das ist nicht die Antwort darauf!“) Global

gesehen lassen Sie mich vielleicht, meine Damen und Herren, die Situation der steirischen Wirtschaft auch aus meiner Sicht etwas durchleuchten, im Vergleich zur österreichischen Wirtschaft, damit man, was man sagt, auch dokumentieren kann. Wenn das Wirtschaftswachstum derzeit alle Erwartungen und Prognosen übertrifft, so ist das für uns alle ein erfreuliches Ereignis. Es wird für 1988 voraussichtlich ein Wachstum von 3,5 Prozent geben. Die Schrittmacher kommen einerseits, Herr Präsident, aus dem Export, aber auch die Nachfrage im Inland ist gestiegen, und die Ursachen liegen auch darin, daß nicht nur die gestiegenen Realeinkommen, sondern auch – das muß man bedenken – die Auflösungen von Sparguthaben hier eine Rolle spielen. Die Arbeitnehmer haben sehr wesentlich dazu beigetragen, daß der Aufschwung auch im Industriebereich voll eingesetzt hat. Die positive Entwicklung der österreichischen Wirtschaft im Laufe der Jahre beinhaltet nur einen Wermutstropfen, und das ist für uns Steirer sehr bitter. Denn die steirische Wirtschaft hängt nachweislich hinter dem österreichischen Durchschnitt in fast allen Bereichen nach. Die steirische Wachstumsrate liegt im ersten Quartal an letzter Stelle (Abg. Ing. Stoisser: „Das habe ich zu erklären versucht!“), was die Industriekonjunktur betrifft, da liegt die Steiermark sogar mit Wien zusammen im Windschatten. (Abg. Pörtl: „Jetzt hast du dich selber erwischt!“) Warte, ich werde schon ausführen, warum. Kollege, ich komme schon noch zu den Ursachen. Du bekommst deine Antwort von mir. Die Industriekonjunktur liegt in der Steiermark ebenfalls mit Wien im unteren Durchschnitt, und auch das Gewerbe wächst unterdurchschnittlich, so daß wir leider im steirischen Handel noch dazu auch das Schlußlicht bilden. Auf dem Arbeitsmarkt besteht ein sehr starkes Gefälle zum Nachteil der Steiermark, während österreichweit erstmals seit Anfang der achtziger Jahre eine leichte Abnahme der Zahl der Arbeitslosen und gleichzeitig die Zunahme von Beschäftigten erwartet wird, steigt bei uns die Arbeitslosenrate weiter an. Wir haben in der Steiermark eine sehr unterschiedliche Arbeitslosenrate. Neben den ländlichen Bezirken Fürstenfeld, Leibnitz, verschlimmert sich die Lage aber auch in den Industriebezirken. Voitsberg weist im September mit 7 Prozent die höchste Arbeitslosenrate auf.

Trotz der geburtenschwachen Jahrgänge ist die Jugendarbeitslosigkeit in der Steiermark leider noch immer ein trauriges Dauerthema. (Abg. Dr. Pfohl: „Wie soll das geschehen, 17 Jahre Sozialismus in zwei Jahren zu reparieren? 17 Jahre!“) Gott sei Dank hat es 17 Jahre Sozialismus gegeben, denn Sie vergessen die siebziger Jahre, Herr Kollege. Wenn ihr so gut regiert hättet, wäret ihr länger als vier Jahre in Regierungsverantwortung gewesen. Aber euch haben die Leute eine Absage erteilt, weil ihr wart nur vier Jahre fähig zu regieren. (Abg. Dr. Pfohl: „Ihr beschwert euch bei uns über das, was ihr gemacht habt!“) Trotz der geburtenschwachen Jahrgänge, meine Damen und Herren, leidet die Steiermark noch immer an diesem traurigen Dauerthema. Und wenn wir nicht wollen, daß die Jugendlichen die Steiermark verlassen müssen, so wie das im Bezirk Mürzzuschlag zum Beispiel der Fall ist, müßten wir uns vermehrt für die Schaffung und Erhaltung von Ausbildungsmöglichkeiten einsetzen. Ich möchte hier an dieser Stelle dem Ersten Landeshaupt-

mannstellvertreter Gross wirklich sehr herzlich für seine Bemühungen danken im Zusammenhang mit der Weiterführung der Lehrwerkstätten der Verstaatlichten Industrie, weil ein wichtiger Teilerfolg gelungen ist. Und voriges Jahr hat mir der Kollege Dr. Dorfer gesagt, du wirst schon sehen, Gennaro, das funktioniert nicht. Ich habe gesagt, warten wir ab. Ich bin heute froh, daß zumindest ein Teilerfolg erreicht wurde. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bleibt daher für uns eine gemeinsame wichtige Forderung. Und daß die Jugend das zukünftige Potential unserer Wirtschaft darstellt, darüber – glaube ich – brauchen wir uns nicht zu unterhalten. Allerdings müßte aber die Wirtschaft erst einmal genau feststellen, welche Art der Ausbildung sie tatsächlich braucht, und nicht immer ständig nur oberflächlich über den sogenannten Facharbeitermangel jammern und ihn beklagen. (Abg. Ing. Stoisser: „Nicht jammern!“) Herr Kollege Ing. Stoisser, du hast vom Einkommen gesprochen. Beim Durchsehen der neuen Ausgabe unserer Regionalstatistik der Arbeiterkammer fällt mir wieder diese Einkommenssituation ins Auge. Auch wenn von euch immer behauptet wird, daß zu hohe Löhne für Arbeitslosigkeit und Firmenzusammenbrüche verantwortlich gemacht werden, muß man zur Kenntnis nehmen, daß die Realität anders aussieht. Wie sonst könnte es möglich sein, daß 50 Prozent aller unselbständig Beschäftigten in der Steiermark mit weniger als 9560 Schilling netto im Monat auskommen müssen? Die Hälfte aller Arbeiterinnen erhält sogar nur weniger als 6720 Schilling. Die Steiermark bleibt mit diesem Einkommensniveau absolutes Schlußlicht sogar hinter dem Burgenland. Weder das Einkommen noch die wirtschaftliche Lage sind sicherlich in allen Regionen der Steiermark gleich oder zu vergleichen. Die Daten zur Arbeitslosenrate, Einkommensniveau, Wirtschaftswachstum sind für die Steiermark, verglichen mit dem Bundesdurchschnitt, denkbar schlecht. Ich frage Sie, meine Damen und Herren, sind die steirischen Arbeitskräfte wirklich schlechter als der Bundesdurchschnitt? Sind sie deshalb stärker arbeitslos? Sind die steirischen Unternehmer nicht so gut wie die übrigen in Österreich? Und ist das die Ursache für die wirtschaftliche Abgeschlagenheit der Steiermark? (Abg. Dr. Pfohl: „Unternehmer Kreisky ist die Ursache!“) Nachdem wir alle gemeinsam mit gutem Gewissen diese Fragen mit Nein beantworten können, müssen die Ursachen woanders liegen, und wir haben sie zu ergründen. Ich sage das jetzt auch sehr provokant. Etwas weniger Draken und etwas mehr wirtschaftspolitische Sachkompetenz hätten der Steiermark bestimmt gut getan. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Pörtl: „Wer hat die Draken bestellt? Das ist eine Leistung der kleinen Koalition!“) Die Drakendiskussion können wir noch führen, der Kollege hat sich schon dazu gemeldet. Aber Lichal verteidigt es, und deswegen bin ich ihm dankbar. (Abg. Dr. Hirschmann: „Ist das auch die Meinung von Landeshauptmannstellvertreter Gross?“) Die Wirtschaftsförderung des Landes, meine Damen und Herren, sollte ein echt wichtiger Kernpunkt der wirtschaftspolitischen Aktivitäten sein. Längst sind die neuen Schlagworte für nichtmaterielle Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, wie Betriebsansiedelungsgesellschaft, Industriepark, Technologieberatung und so weiter, geprägt worden. Beide Formen sollen sich gegenseitig ergänzen. In ihrer derzeiti-

gen Ausgestaltung in der Steiermark haben aber beide schwerwiegende Mängel. Ich gestehe der Frau Landesrat Klasnic zu, sie hat schon die erste Runde sehr gut über die Bühne gebracht (Beifall bei der ÖVP.), und daß sie sich in dem halben Jahr sicherlich bemühen wird, das ist auch für mich keine Frage. (Abg. Kollmann: „Sogar Gennaro ist vor richtigen Argumenten nicht gefeit!“) Sie hat halt leider Gottes nur das Pech, und da setzt eigentlich meine Kritik ein: Sie hat es übernommen. Aber die Schwierigkeiten und Probleme haben ihr eigentlich andere ins Nest gelegt, nur, sie muß dafür geradestehen, und sie wird das sicherlich auch in der Form hinnehmen.

Und jetzt, meine Damen und Herren, wo diese Probleme, die ich aufgezeigt habe, offen zutage treten und sich die Steiermark beim Bundesländervergleich hinten anstellen muß und keine Lösungsansätze vorhanden sind, behilft sich die ÖVP-Mehrheit wieder mit publicitywirksamen Alibiaktionen. Eine Wirtschaftsförderungsmilliarde wird mit großem Pomp vorgestellt. Man sollte es den Menschen draußen sagen, die Wirtschaftsmilliarde ist nicht eine Milliarde Zuschuß. Für eine Milliarde Schilling Kreditvolumen, müßte es heißen, wird eine Zinsstützung von 4 Prozent gewährt. Ich behaupte, diese aufgetretene Milliardensumme entpuppt sich als fahles Grablicht am Totenbett Ihrer Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren der ÖVP. Wirtschaftsförderungsmittel bereitzustellen ist sicher gut, sie aber über das ganze Land gleichmäßig ausgießen, ist meinerseits ein wirtschaftlicher Unfug. (Abg. Harmtodd: „Wieso das?“ – Abg. Dr. Hirschmann: „Im Fernsehen kommt um diese Zeit der Kasperl!“) Steirische Unternehmer, die vom österreichischen Aufschwung nichts merken, bekommen daher ein paar Tausender, Kollege Dr. Hirschmann, damit sie vom Land beruhigt werden, und der Kollege Pörtl hat in seiner Rede gemeint, in der ÖVP, in der Wirtschaft, da gibt es die sogenannten Schnellschwimmer. Ich glaube schon, daß man schnell schwimmen muß, damit man von den paar Zinsenzuschüssen überhaupt noch etwas erwischt. Dazu braucht die Wirtschaft dann die Schnellschwimmer. Und seit mehr als zehn Jahren, meine Damen und Herren, fordern die Sozialisten hier in diesem Haus, endlich – und das ist auch eine alte Platte, leider – objektive Kriterien für die Vergabe von Förderungsmitteln festzulegen, und wir verlangen auch ein umfassendes Förderungskonzept. Bisher sind unsere Vorschläge zur Vermeidung des sogenannten Gießkannenprinzips im wesentlichen ohne Echo geblieben, und die dringenden Forderungen der Sozialisten hier im Landtag haben nur zu einem geführt, daß auch die Landesregierung eine Umstrukturierung der Maßnahmen und eine Koordinierung für notwendig hält.

Die Steiermark, habe ich betont, bleibt zurück, das heißt, die Daten sind wenig überzeugend und zeigen, daß Ihre Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren, leider Gottes, keine Erfolge gebracht hat. Und warum, das werde ich Ihnen sagen: Die Wirtschaftsförderung liegt völlig im argen. Die 100.000- und 200.000-Schilling-Förderungsaktion, die gemeinsamen Bürgerförderungen oder anderes mehr gelten auch für alle anderen Bundesländer. Gleichzeitig gibt es auch vom Bund aus regionale Sonderförderungsaktionen für Krisengebiete, die für alle gleich gelten. Das heißt, im Bereich

der Bundesförderungen besteht sehr wohl eine Chancengleichheit für die Wirtschaft aller Bundesländer. Also muß das Problem der mangelnden Dynamik der steirischen Wirtschaft anhand der Praxis Wirtschaftsförderung des Landes untersucht werden.

Ich werde hier etwas in Erinnerung rufen: Im Jahre 1987 gab die Landesregierung eine Untersuchung in Auftrag, die unter dem Titel gelaufen ist „Ein Konzept mit weitem Horizont“. Die ist in den Archiven verstaubt, denn anders wäre es nicht möglich, daß ein neues Instrument der Wirtschaftsförderung, die sogenannte Wirtschaftsmilliarde, so konzeptlos über das Land verteilt werden kann. Wenn man willens ist, Wirtschaftsförderung zu betreiben, die zielgerecht ist, meine Damen und Herren der ÖVP, so kann man dies nicht in Sonntagsreden im Rahmen von Vorschauen über innovations- und strukturpolitische Aspekte abhandeln. Es ist leicht, in Sonntagsreden Innovationspolitik und Strukturpolitik zu verkünden und in der täglichen Praxis der Wirtschaftsförderung die Schottergruben und Schlachthöfe zu fördern. Daß dies gegen unseren Widerstand geschieht, ist Ihnen gleichgültig. Sie fegen unsere Argumente mit Ihrer Mehrheit in den Beiräten nach den Wirtschaftsförderungsgesetzen einfach vom Tisch. Das ist steirisches Klima, meine Damen und Herren!

Das Nichtvorhandensein von Richtlinien und Ihre Sonntagsreden führen zu einem heillosen Durcheinander in der steirischen Wirtschaftsförderung. Das wird noch dadurch verstärkt, daß ohne Koordination diese 17 mehr oder minder befugten und qualifizierten Wirtschaftsförderungsstellen um die Gunst der wenigen Investoren buhlen. Und die Frau Landesrat war auch hier sehr charmant und klug, das muß ich sagen. Sie hat sofort reagiert. Sie hat sich gedacht, bevor der Gennaro wieder bei der Wirtschaftspolitik das anschnidet, hole ich gleich alle an einen Tisch zusammen und sage, meine Herren, jetzt reden wir, jetzt koordinieren wir das. Das war aber das einzige. Was herausgekommen ist, ist mir nicht bekannt. Und, das glaube ich Ihnen, Ihre Bemühungen werden weitergehen, daß Sie tatsächlich zu einer Koordinierung kommen. Daher habe ich mich jetzt sehr höflich und sehr fein ausgedrückt. (Beifall bei der SPÖ). Meine Damen und Herren, Kollege Kollmann, du bist ja selbst Unternehmer (Abg. Kollmann: „Eben!“), hoch jetzt zu bei dieser Passage, jeder vernünftige Investor wird sich fragen, ist es mein Projekt wert, zum Spielball der Profilierungsneurosen der verschiedenen Wirtschaftsförderungsstellen zu werden. Der Effekt davon liegt auf der Hand. Es ist die mangelnde Dynamik in der Steiermark.

Und ein Wort zur Kompetenzverteilung. Sie haben gegen unsere Mehrheit Dipl.-Ing. Krobath zum Regierungsbeauftragten des Landes in der Obersteiermark ernannt. Das war vor rund elf Monaten. Soviel ich weiß, verfügt Dipl.-Ing. Krobath bis heute noch nicht einmal über ein eigenes Büro. Er muß faktisch von seiner Wohnung aus die Geschäfte führen. Und das für 140.000 Schilling im Monat. Ich will hier nicht näher auf diesen Postenschacher eingehen. Ein 140.000-Schilling-Posten ist sicher schwer abzulehnen. Ich will hier die Frage stellen, welche Projekte dieser 140.000-Schilling-Monatsmann für die Obersteiermark in den Monaten seiner Tätigkeit bereits an Land gezogen hat.

Soviel ich weiß, noch keine. Gerüchte kursieren, daß das Land diesen Zustand beenden will und den Herrn Dipl.-Ing. Krobath als eine Art lebendige Subvention in die Direktoren- und Betriebsansiedlungsgesellschaft einbinden will. Ich frage ja nicht nach, ob Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, das auch so sehen wie ich. Aber wenn zwei Direktoren in einer Gesellschaft denselben Job mit derselben Erfolgsquote ausüben, nur der eine das Doppelte des anderen verdient, ob man da nicht auf den Gedanken kommen könnte, daß hier eine versteckte Parteienfinanzierung gegeben ist. Aber lassen wir das traurige Kapitel des Regierungsbeauftragten. (Abg. Kollmann: „Das ist unerhört!“)

Regionalförderungen, meine Damen und Herren, sollten ein wesentlicher Bestandteil zur Belebung von Krisenregionen werden. Ob dies dann gelingt, werden wir dann durch die Aktivitäten der Frau Landesrat sehen. (Abg. Dr. Pfohl: „Wenn Sie nur das reden würden, wovon Sie überzeugt sind, wären Sie in fünf Minuten fertig!“) Herr Kollege Dr. Pfohl, die Diskussion und unser Beitrag zur Wirtschaftsfrage ist immer das Salz auf die Wunde der ÖVP, so habt ihr das bezeichnet. Ich möchte mich heute nicht mehr auf eine EG-Debatte einlassen (Abg. Kollmann: „Das ist gut so!“), sondern nur sagen – es ist heute in der Zeitung –, wenn Sie die „NZ“ gelesen hätten, wüßten Sie, daß die Sozialpartner sich in der EG-Frage auch einig sind. Wir diskutieren da hin und her. Ich bin froh, daß der Herr Präsident Buchberger, ich habe das heute schon gesagt, seine Meinung geändert hat. Alles Für und Wider ist praktisch Diskussionsgegenstand. Auf legislativer Ebene ist der Zug bereits mit Volldampf in Richtung EG unterwegs, also was diskutieren wir in dieser Frage? (Abg. Ing. Stoisser: „Warum redet ihr immer so dagegen, und am Schluß seid ihr dafür?“) Herr Präsident Ing. Stoisser, im letzten Landtagsprotokoll nachzulesen, ich habe mich sehr gewundert, daß ich sogar auf meinen Diskussionsbeitrag zur EG auch den Beifall der ÖVP erhalten habe. Also da können wir nicht auseinandergelassen sein. Ich bekenne mich nach wie vor dazu.

Es ist aber eine unbestrittene Tatsache, daß die Grenze der steuerlichen Belastbarkeit der Dienstnehmer im Bereich der Sozialversicherung erreicht ist, daß weitere Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Arbeitsmarktausbildung nicht mehr durch Beitragserhöhungen aufgebracht werden können. (Abg. Kollmann: „Du hast schon überzogen!“) Ich bin Hauptredner, Herr Kollege, ich werde mehr Zeit in Anspruch nehmen, weil ihr habt mehr Wortmeldungen zur Wirtschaftspolitik als wir. Ich nehme mir das heraus, daß ich auch ein paar Minuten überziehe. In Summe sind wir weit hinter der ÖVP. Wir Gewerkschafter dürfen auf unsere Fahnen heften, daß uns die Arbeitsplätze genauso wichtig sind. Und wenn wir einem Unternehmer helfen können inklusive steirischer Arbeiterkammer, rennen wir von Pontius zu Pilatus, damit die Arbeitgeber zu ihrem Geld kommen. (Beifall bei der SPÖ.) Und ich möchte das nur deshalb hier sagen, meine Damen und Herren, weil heute die Maschinensteuer angeschnitten wurde. Wenn auf der einen Seite die Beitragszahler durch Maschinen, Herr Präsident Ing. Stoisser, ersetzt werden und auf der anderen Seite durch diesen Maschineneinsatz ein ver-

mehrtes Ausmaß von Pensionisten entsteht. Um nur die Größenordnung zu verdeutlichen: (Abg. Ing. Stoisser: „Genau das stimmt nicht!“) Im Jahre 1990, Herr Präsident, werden 2,9 Millionen unselbständig Beschäftigte und 420.000 selbständig Beschäftigte rund 1,7 Millionen Pensionisten gegenüberstehen. (Abg. Dr. Dorfer: „Die Maschinen werden keine Pensionsbezieher sein!“) Im Jahr 2000 wird sich die Anzahl der Pensionisten auf 1,8 Millionen erhöhen, während die Zahl der unselbständig Beschäftigten um zirka 70.000 steigen wird und die Zahl der selbständig Erwerbstätigen sogar sinken wird. Es ist mir bewußt, daß diesen faszinierenden Gedanken der Wertschöpfungsabgabe diverse Mängel im Detail anhaften. Welches Verfahren der Einhebung wird gewählt? Wie wird die Bemessungsgrundlage ermittelt? Wie kann der administrative Aufwand zur Abgabefeststellung möglichst klein gehalten werden? Nur, zur Beantwortung dieser Fragen, man soll sie nicht vom Tisch wischen, sollte man den Experten Zeit geben, leidenschaftslos und ohne Polemik das Problem auf den Tisch zu legen und gemeinsam diskutieren. Ich möchte mich fast in Demut vor dem Herrn Präsidenten Wegart in der Frage verneigen, der in einer für ihn sicher sehr schwierigen Situation in einem Artikel in der „Ganzen Woche“ auf Grund seiner menschlichen Erfahrungen, die er sicherlich in all den Jahren gesammelt hat, und der uns sehr oft als Lehrmeister auftreten könnte, uns als Sozialisten unterstützt, daß wir diese Wertschöpfungsabgabe nicht vom Tisch wischen, sondern diskutieren, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Dorfer: „Wenn sich sogar der Papst irrt, kann sich auch der Landtagspräsident irren. Das wäre nicht das erste Mal!“)

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich noch auf die Situation der verstaatlichten Industrie in der Obersteiermark eingehen. Zum ersten Mal in diesem Jahrzehnt, Herr Dr. Dorfer, zeichnet sich so etwas wie ein kleiner Silberstreifen am Stahlhorizont ab. Nicht nur die Umstrukturierung hat einen Teil dazu beigetragen. Der Aufwärtstrend ist auch darauf zurückzuführen, daß das Stahlgeschäft derzeit – und nicht nur in der Obersteiermark – weltweit überaus gut läuft, weil international wieder ein Lageraufbau erfolgt. Ich möchte in einigen kurzen Beispielen anführen, daß es gerade im verstaatlichten Bereich gelungen ist, Betriebe wieder an die Gewinnschwelle zu führen, sicher unter harten Maßnahmen für die Belegschaften. Das fast jahrzehntelang defizitäre Werk Judenburg wird heuer voraussichtlich einen knapp zweistelligen Millionengewinn abwerfen. (Abg. Mag. Rader: „Wenn du die Subventionen abziehst, bleibt nichts übrig!“) Es zeigt sich, daß auch ein als hoffnungslos abqualifizierter Betrieb, wie das Werk Judenburg, saniert werden konnte. Durch ein drastisches Kostensenkungsprogramm wird es gelingen, das noch 1986 von der Schließung bedrohte – Kollege Prof. Dr. Eichinger wird es bestätigen – Nahtlosrohrwerk Kindberg heuer in die Gewinnzone zu führen. Auch die Austria Draht in Bruck wird heuer erstmals wieder ohne Verluste abschließen. Ich hoffe das, die Prognosen sind gut. Das Schweißrohrwerk Krieglach, das von der VOEST an einen deutschen Unternehmer verkauft wurde, das bereits angesprochen wurde, wird bereits heuer schwarze Zahlen schreiben. Da möchte ich jetzt etwas zum Abgeordneten Vollmann dazusagen, der bei der

Ansprache sicherlich das gemeint hat und die Verstaatlichte angesprochen hat. (Abg. Dr. Dorfer: „Du warst nicht dabei!“) Ich habe es mir ja erzählen lassen! (Abg. Dr. Dorfer: „Er hat bedauert, daß er als Gewerkschafter nicht mehr so viel mitbestimmen kann!“) Ich behaupte, der Kollege Vollmann hat recht gehabt, denn bedauerlicherweise – und dazu stehe ich bitte – hat die Verstaatlichte diesen Betrieb – und wenn Sie dabei waren, werden Sie auch wissen, was der deutsche Unternehmer gesagt hat, er hat hier ein gemachtes Bett vorgefunden –, bedauerlicherweise hat diese verstaatlichte Industrie in diesem Bereich sicherlich auch versagt. Jetzt auf einmal mit den gleichen Leuten, mit den gleichen Produkten, nur mit teilweise anderen Führungskräften gelingt es, dieses Werk in die Gewinnzone zu führen. Das ist für mich als Gewerkschafter auch ein bedauerlicher Anlaß, nicht, daß es ein privater Unternehmer übernommen hat, sondern daß die Situation so war. Und trotz dieser sicherlich erfreulichen Entwicklung, meine Damen und Herren – ich komme schon zum Schluß –, darf die Situation in der Obersteiermark und die beiden Sorgenkinder Donawitz und Kapfenberg nicht übersehen werden. (Abg. Buchberger: „Du redest nur vom Mürz- und Murta. Von der Elin sagst du nichts!“) Es kommt schon noch, Kollege Buchberger. Du mußt dann reden, wenn ich fertig bin. Keine Frage! (Abg. Schrammel: „Die Frau Landesrat wird die Initiativen setzen!“) Und weil du aus Fürstenfeld bist: Ich wollte es nicht bringen, aber ich hoffe, daß es der Frau Landesrat Klasnic – das weiß ich, und ich wünsche ihr das, der Frau Landesrat – gelingt, daß das Projekt, das wir vielleicht aufgerissen haben, realisiert wird für die Leute in Fürstenfeld, Kollege Schrammel. Wir machen es nicht so wie du, intervenieren, daß wir bei der Eumig seinerzeit vor der Wahl die Leute aufgenommen haben und drei Monate nach der Landtagswahl wieder hinausgeschmissen. Das war keine Politik? Das wollte ich dir nur heute noch als Antwort sagen. (Abg. Schrammel: „Das ist eine primitive Politik!“) Da haben sie sogar, wie ich gehört habe, den Landeshauptmann Dr. Krainer mit dem Hubschrauber ins Gelände zum Betriebsbesuch eingeflogen (Abg. Schrammel: „Das war Dr. Kreisky damals mit dem jetzigen Bundeskanzler Vranitzky als Chef der Länderbank!“), und drei Monate später ist der Betriebsratsobmann zur Gewerkschaft gekommen und hat gebeten, daß wir Umschulungsmaßnahmen machen müssen, damit nicht 300 Leute gekündigt werden müssen. Sollte die erfreuliche Entwicklung weiter anhalten und sollte infolge des im Voranschlag vom Land geförderten 40-Millionen-Schilling-KVA-Verfahrens, für das ich auch allen Betroffenen Dank sagen möchte, daß dies so rasch, Herr Landesrat Dr. Klauser, aufgenommen wurde in das Budget, weil wir das Geld sicherlich brauchen. Dafür möchte ich Ihnen im Namen der Beschäftigten danken. (Beifall bei der SPÖ.) Ich hoffe nur, daß das aufgeht und daß der Verlustabbau schneller als geplant vorangetrieben wird, damit die Stahlindustrie wieder ein positives Image bekommt.

Und, meine Damen und Herren, abschließend: Es geht auch hier nicht um rote oder schwarze Wirtschaftspolitik, es geht um das Wohlergehen der steirischen Wirtschaft. (Abg. Harmtodt: „Das ist gut!“ – Abg. Buchberger: „Ich muß mich zum Verstaatlichten-sprecher der Oststeiermark machen, denn von der Elin

hast du nichts gesagt!“) Und wenn Sie, liebe Frau Landesrat Klasnic, ich weiß, daß Sie aufgeschlossen sind, mir gestatten, in der vorweihnachtlichen Zeit einen Weihnachtswunsch an Sie anzubringen, dann möchte ich Sie bitten, entwickeln Sie aufbauend auf das technologische Konzept der Bundesregierung ein Programm des Landes Steiermark, koordinieren Sie die Wirtschaftsförderung, geben Sie dem Instrumentarium Richtlinien, damit in Zukunft nicht Quantität, sondern die Qualität der Maßnahmen im Vordergrund steht. Denn ich glaube, hier liegen die Probleme. Wenn Sie, Frau Landesrat Klasnic, gemeint haben, nicht zuviel von den Schwierigkeiten zu sprechen, dann möchte ich am Schluß meiner Ausführungen sagen, man soll über die Schwierigkeiten sprechen. Ich möchte aber allen Steirerinnen und Steirern für ihre Leistungen, die sie für ihre Heimat, für die Wirtschaft erbracht haben, herzlichen Dank aussprechen und die Hoffnung daran knüpfen, daß nicht nur kontroverielle Diskussionen geführt werden, sondern daß wir versuchen, über diese Schwierigkeiten zu sprechen, gemeinsam die Schwächen zu erkennen und sie zum Wohle der steirischen Wirtschaft beenden. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ und VGÖ/AL. – 16.27 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Freitag. Ich erteile es ihm.

Abg. Freitag (16.27 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich würde sagen, die Regie hat funktioniert. Hier spricht ein oststeirischer Abgeordneter nach dem Landessekretär Gennaro, und erlauben Sie mir, daß ich wirklich in aller Kürze aus der Sicht eines Grenzlandabgeordneten ein Problem aufzeigen darf: Ich will vorausschicken, ich will nicht krankjammern, aber das, was ich Ihnen zu sagen habe, ist leider Realität. Wie Sie sicherlich aus den Medien entnehmen konnten, liegen alle zehn Gemeinden mit dem geringsten Steueraufkommen von Österreich laut neuester statistischer Erhebung in der Steiermark, und fünf davon leider liegen in dem Bezirk, aus dem ich komme, nämlich aus dem Grenzlandbezirk Feldbach. Die Löhne gehören hier zu den niedrigsten, und ich darf sagen, daß wir Nettolöhne zwischen 4800 bis 5800 Schilling haben. Somit ist leider, ich sage immer wieder leider, der Bezirk einer der ärmsten Österreichs. Ich selbst komme aus der zweitgrößten Gemeinde des Bezirkes Feldbach, aus der Marktgemeinde St. Stefan im Rosental. Wir haben in den letzten vier Jahren in unserer Marktgemeinde über 300 Arbeitsplätze verloren, und alle Bemühungen seitens des Landes, wenigstens einen Ersatzbetrieb nach St. Stefan zu bekommen, sind bis jetzt gescheitert. Etwaige Interessenten, die wir durchaus gehabt hätten, haben sicherlich auch auf Grund der fehlenden Infrastruktur leider den Weg nicht nach St. Stefan gefunden, und hier behaupte ich, daß das auch ein großes Problem deswegen ist, weil wir zum Beispiel nicht die richtige Erschließung der Verkehrswege in unserem Bezirk haben. Und ich meine ganz konkret die Bundesstraße 73. Das heißt also, wir, die in diesem Bezirk sowieso wenig Industriebetriebe haben, müssen unsere Leute nach Graz schicken. Das heißt, wir haben sehr, sehr viele Pendler. Ich möchte bei dieser Gelegenheit sagen, daß rund ein

Drittel aller Erwerbstätigen in unserem Bezirk, das sind etwa 8000, täglich auspendeln, und auf der anderen Seite pendeln rund 1500 in unseren Bezirk ein. Leider bewegen sich diese Pendler auf Straßen in unserem Bezirk, die schlicht und einfach unzumutbar sind. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß eine dieser wichtigen Straßen, die täglich von rund 4000 Pendlern befahren wird, die B 73 von Kirchbach nach Graz ist. Die steirische „Süd-Ost-Tagespost“ hat es einmal ganz trefflich vor zwei Jahren beschrieben. Diese Fahrt von Kirchbach nach Graz gleicht einem russischen Roulette, weil hier jedes Überholen von Lkws einfach ein tödliches Risiko ist. Wir haben also schon in mehreren Anträgen und Resolutionen auf diese wichtige Straße hingewiesen, die infrastrukturell deswegen so von Bedeutung ist, weil wir natürlich auch einen Betrieb in St. Stefan oder im Großraum von St. Stefan ansiedeln wollen, aber es ist meistens daran gescheitert, daß hier die Interessenten ihre Waren wieder schnell weiterbringen wollten und auf Grund der Unzulänglichkeit dieser Straße es leider nicht realisiert werden konnte, daß ein Betrieb in St. Stefan Fuß gefaßt hat. Ich möchte also bei dieser Gelegenheit zum Schluß kommend zwei Bitten deponieren. Ich weiß, der Herr Landeshauptmann ist derzeit nicht im Haus, aber ich weiß aus anderer Erfahrung, daß die Kommunikation zwischen dem Haus und seinem Büro ausgezeichnet klappt. Meine erste Bitte wäre, daß der Herr Landeshauptmann zu seinem Versprechen steht, daß er sich sehr rasch dafür einsetzen wird, daß diese B 73 ausgebaut werden soll. Meine zweite Bitte geht an die Frau Landesrat Klasnic, die sich, das muß ich korrekterweise dazusagen, bis jetzt auch schon sehr bemüht hat, einen Ersatzbetrieb nach St. Stefan zu bekommen, und daß sie auch weiterhin ihre Bemühungen tätigt, einen Betrieb nach St. Stefan im Rosental zu bringen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 16.33 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky (16.33 Uhr): Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Eichtinger.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger (16.33 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach dem Referat unseres gewerkschaftlich führenden Landessekretärs Gennaro wissen wir, warum die verstaatlichte Industrie in eine furchtbare Sackgasse gekommen ist. Jetzt weiß man, warum diese Industrie zugrunde gegangen ist. Ich verstehe jetzt auch, es ist schade, daß er nicht da ist, warum der Landessekretär Gennaro größte Schwierigkeiten hat, wenn er in die Betriebe kommt. Dort werden ihm heute die größten Vorwürfe gemacht für das, was in dieser Industrie geschehen ist.

Zur Steuermilliarde: Ich muß ein paar Dinge sagen; die liegt euch so tief im Magen, daß ich das Gefühl habe, ihr könnt schlecht schlafen. Denn ihr wißt genau, diese Steuermilliarde wird Optimismus bringen, wird etwas die Bewegung bringen und wird manches von dem ausbessern, was ihr mit eurem Pessimismus in diesem Land in ganz verheerender Weise anrichtet. Ich habe etwas Verständnis für euren Pessimismus, denn wenn man bedenkt, welches Unglück ihr habt, daß zu eurem 100. Geburtstag praktisch diese Feier geplatzt ist, daß keine Stimmung in der SPÖ mehr vorhanden

ist, daß Herr Dr. Kreisky dem Banker Vranitzky vorwirft, daß er die SPÖ schlecht führt, daß der Banker Vranitzky dem großen Symbol Kreisky vorwirft, daß er schuld ist. Freunde, da kann man keine Geburtstage mehr feiern. Dieses Klima trägt leider dazu bei, daß wir in Österreich die heutigen schwierigsten Probleme haben. Die Probleme in der Verstaatlichten, die Probleme bei den Pensionen, die Probleme im Budget. Das ist, und ich sage es noch einmal, das Ergebnis einer 17jährigen Regierungszeit der Sozialisten. (Abg. Kohlhammer: „Das kannst du schon auswendig!“) Und das werde ich euch immer wieder sagen, denn das ist eine Tatsache, die ihr ganz einfach nicht mehr wegwischen könnt. Leider hat diese Regierungszeit viel zu lange gedauert. Viel früher hätte das zu Ende gehen müssen. Der Franzose Mitterand hat nach drei Jahren bereits erkannt, daß der österreichische sozialistische Weg für Frankreich ein unmöglicher ist. Nur wir mußten ihn leider 15 oder 16 Jahre als Alleinregierung aushalten. Norbert Leser, euer großer Ideologe, hat ja in seinem Buch geschrieben, der historische Befund lautet, daß sich der Sozialismus zwar als Korrekturmechanismus bewährt hat, daß er aber weder im Weltmaßstab noch innerhalb der einzelnen Länder in der Lage ist, eine Überlegenheit gegenüber der Privatwirtschaft zu beweisen oder mit ihr auch nur gleichzuziehen, und zwar aus strukturellen, auch durch Reformen nicht behebbaren Gründen. Das erklärt Norbert Leser. (Abg. Mag. Rader: „Das hast du schon voriges Jahr vorgelesen!“) Das erklärt auch Egon Matzner, euer Denker. Das erklärt uns auch, warum wir in dieser tristen Situation sind. Daß ihr heute vom Armenhaus Österreichs oder vom Armenhaus Steiermark sprecht, das ist ja im Grunde genommen nichts anderes als eine Anklage gegen euch selbst. Wenn wir heute in der Obersteiermark die Situation haben, daß die jungen Facharbeiter von Mürzzuschlag nach Wien und Niederösterreich fahren müssen, Freunde, so ist das darauf zurückzuführen, daß allein im Betrieb VEW Mürzzuschlag/Hönigsberg von 2400 Arbeitern nur 770 in der Verstaatlichten, im Böhlerbetrieb, übriggeblieben sind. Das ist eine furchtbare, eine schreckliche Tatsache. Man muß das immer wiederholen, denn ich verstehe, ihr wollt das nicht hören. Ihr wollt das ganz einfach vergessen. (Abg. Dr. Ficzeko: „Richtig!“) Ja, das stimmt. Aber da erinnern wir immer wieder die Bevölkerung, wer daran schuld ist. Lieber Jungsozialist, du hast mit dazu beigetragen, du hast es überhaupt nicht verstanden, weil Jungsozialisten im Grunde genommen die erzkonservativsten Menschen sind, die man sich denken kann. Wenn man nach euren Ideen wirtschaften müßte, wäre es ja noch weit, weit schlechter. (Abg. Dr. Ficzeko: „Kennst du den Unterschied zwischen erzkonservativ und strukturkonservativ?“) Das wäre eine einzige Katastrophe. Gott sei Dank, daß dies nicht der Fall ist. Dann möchte ich ganz kurz noch sagen, der Finanzminister Lacina war in unserem Bezirk. Der Finanzminister ist gekommen und hat sich die Industrie angesehen, Böhler-Betrieb in Mürzzuschlag. Ich habe es schon erwähnt, der von 2400 reduziert wurde auf 770. Dann ist er nach Krieglach gefahren. Und da steht dann in der „Neuen Zeit“ – ich beziehe mich immer auf die „Neue Zeit“, bei allem, was ich heute sage –, ein totgesagtes Rohrwerk, das unter neuer Flagge am Weltmarkt segelt, unter deutschem Management, mit Arbeitern und Ingenieuren, die früher und

jetzt gleich gut gearbeitet haben. Ich habe mich erkundigt, wieso gibt es soetwas? In der Verstaatlichten geht der Betrieb vor die Hunde. Ich sage das bewußt, denn man wollte ihn ja letzten Endes verkaufen, und nun sagte mir einer der Manager, ich kann Sie beruhigen, nach zwei Monaten habe ich in diesem Betrieb bereits schwarze Zahlen geschrieben. Ich sagte, das gibt es nicht. Da wurde mir das so erklärt, erstens, ganz so, wie es mein Freund Gennaro vorher gesagt hat, die Weltkonjunktur stimmt. Das Zweite, und jetzt kommt das sozialistische System wiederum, der riesige Wasserkopf in Linz, der eine einzige Katastrophe war, aber Wasserköpfe gehören zu sozialistischen Systemen, wir sehen es in Rußland, in Ungarn und bei uns. Und das Dritte, was er sagt – (Abg. Hammer: „Du hast recht, da sitzen viel zu viele schwarze Generaldirektoren!“) Lieber Freund Hammer, er erklärte, wir haben eine motivierte Arbeiterschaft. Wir haben eine motivierte Belegschaft, sagt er. Die Führungskräfte wurden reduziert und die Arbeiter ausgezeichnet. (Abg. Hammer: „Die Arbeiter sind überall in der Verstaatlichten ausgezeichnet!“) Und dieselbe Belegschaft bangte und zitterte noch ein Jahr vorher um den Arbeitsplatz. Die Belegschaft bangt und zittert heute noch bei Böhler, die Leute haben heute noch Angst, weil das System der verstaatlichten Industrie ganz einfach nicht fähig ist, die Wirtschaft in einem Land zu führen.

Ich komme noch auf ein anderes Problem. Ich habe mich gefragt, welche Schäden sind eigentlich entstanden? Da hat mir einer in der Krieglach erzählt, im neuen privaten Betrieb ist die Bezahlung in Ordnung, sie haben auch zusätzlich Leute aufgenommen, nicht abgebaut wie woanders. Er erleidet allein beim Kohlendeputat 5000 Verlust, die Wohnung ist monatlich um 2000 Schilling teurer. Das sind natürlich Dinge, die heute manche Familien, manche Arbeiterfamilien in eine sehr schwierige Situation treiben. Und nun habe ich einigen Freunden versprochen, daß ich das heute im Landtag zur Sprache bringe: die Streichung beziehungsweise drastische Reduzierung der Firmenpensionen. Dazu einige Worte. In der ÖGB-Landeskonferenz am 6. November 1987 wurde eine Resolution verfaßt zur Streichung beziehungsweise drastischen Reduzierung der Firmenpensionen (Abg. Dr. Ficzkó: „Schwierige Situation!“), kaltschnäuzig – steht da drinnen – angeordnet vom VEW-Vorstand, ÖIG und Eigentümer. Aber – so schreibt die Gewerkschaft, wir werden eine Flut von Gerichtsverfahren einleiten. Die Schwächsten und Hilfebedürftigsten sind getroffen worden. 14.000 Pensionisten, Witwen und Waisen sind betroffen. Die Zusatzpension war durchschnittlich 150 bis 1500 Schilling. Man erklärt sich, laut Resolution, bei eventuellen Kampfmaßnahmen solidarisch, sollten das Management und die Eigentümervertreter die angekündigten Maßnahmen nicht zurücknehmen. Unterschrieben ist diese Resolution für die Gewerkschaft von Franz Ilcschitz, für den VEW-Zentralbetriebsrat von Alois Rechberger und Franz Brabsche, Klaus Hutterer für die Gewerkschaft der Angestellten. Sie versprachen, alles zu tun, um das zu verhindern. Am 28. November, kurze Zeit später, gibt es einen Streik in Kapfenberg. Fast 5000 Belegschaftsmitglieder streiken. Die Verunsicherung – so steht wieder im „Obersteirer“ – ist nicht mehr zu ertragen. Da machen wir nicht mehr mit, sagte Herr Zentralbetriebsratsobmann Rechberger, der auch – mutig – gegen den ÖIAG-General geschossen hat.

Zur angedrohten brutalen Kürzung der freiwilligen VEW-Zusatzpensionen sagte Rechberger, daß diese Kürzung auf keinen Fall die Ärmsten treffen dürfe. Das war am Dienstag, 24. November 1987. Nur sechs Tage später – Sie werden staunen, ich persönlich hätte das nie für möglich gehalten – gibt es eine Betriebsvereinbarung, abgeschlossen zwischen dem Vorstand und den Herren dieser Betriebe, Nr. B 8723, gültig ab 1. Dezember 1987, über die Kürzung der Pensionszuschüsse und eine außergerichtliche Vergleichsregelung zwischen Vorstandsmitgliedern und den Betriebsvorsitzenden. Und zwar steht hier auf der ersten Seite: Auf Grund der unsicheren Beurteilung der Rechtslage auf dem Sektor der Firmenpensionen mit dem damit verbundenen hohen Risiko auf der Unternehmensseite ist es auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen notwendig und zweckmäßig, außergerichtlich mit dem Betriebsrat und den einzelnen Betroffenen einen Vergleich zu schließen. Ein Vergleich, liebe Freunde, bei dem die Schwächsten und Hilfsbedürftigsten, die zwischen 150 und 1500 Schilling – dort liegt die Masse drinnen – schwer getroffen wurden. Drei Wochen nach der ÖGB-Landeskonferenz ist es zu dieser brutalen Lösung gekommen. (Abg. Erhart: „Ich kenne das schon alles!“) Jetzt werdet ihr fragen, wer hat das unterschrieben? Meine Damen und Herren! Auch das ganz klar, für den Vorstand haben unterschrieben Herr Diplomkaufmann Wessely, der jetzt noch Vorstandsdirektor ist und der heute in der „Neuen Zeit“ steht, ich habe sie nämlich gelesen. Ich lese sie immer. (Abg. Erhart: „Sehr gut!“) Gegen Diplomkaufmann Wessely richtet sich der Unmut. Aber, Freunde, einer eurer bewährtesten Sozialisten, die wir kennen. Und der zweite, der unterschrieben hat, der lebt leider nicht mehr, auch von euch, ein Vorstandsdirektor, keiner von der ÖVP zu eurer Beruhigung, weil ihr sagt, überall sind ÖVPLer drinnen. (Abg. Erhart: „Es waren so viele!“) Aber heute ist ja das anders geworden, und früher, wie sie drinnen waren in diesem System, hatten ja nicht die ÖVP-Direktoren zu reden, sondern die Kaiser der Betriebe, die waren immer stärker. Wer waren nun die, die unterschrieben haben? (Abg. Erhart: „Mach es nicht so spannend!“) Auch hier, meine Herrschaften, ich muß jetzt einmal zurückblättern, ihr müßt mir die Zeit lassen, gleich auf der ersten Seite neben Martinovsky für den Zentralbetriebsrat, Zentralbetriebsratsvorsitzender Alois Rechberger. Ich glaube, er war damals schon der Arbeiterkammerpräsident. Ein Arbeiterkammerpräsident, der seine Unterschrift dazu hergibt, was man ihm bis heute nicht verzeiht. Und dann geht es weiter, der Arbeiterbetriebsrat von Kapfenberg Alois Rechberger, der Angestelltenbetriebsratsvorsitzende Klaus Hutterer, damit wir im Mürztal bleiben, für Mürzzuschlag/Hönigsberg, Manfred Schulhofer, Helfried Fladl. Das sind die Unterschriften auf jenem Vertrag, der die Streichung gebracht hat. Ich gebe ihn dir dann (Abg. Schrittwieser: „Ich kenne das alles!“), das ist die Ablichtung, das ist eines der traurigsten Kapitel, die es meiner Meinung nach gibt. Auch wenn der Herr Arbeiterkammerpräsident sagt, er sei dazu so quasi brutal gezwungen worden. Wenn man so stark ist, wie dieser Mann, dann läßt man sich nicht zwingen. Dann gibt man nicht nach sechs Tagen, nach einer Landeskonferenz, sofort auf und unterschreibt etwas, das diese Menschen schwer trifft. Ich weiß auch, daß die

Herrn Landessekretäre Gennaro und Karl Rainer außerordentliche Schwierigkeiten haben, wenn sie in die Betriebe gehen. Aber was mußten die Leute machen? Sie mußten sich zusammenschließen. Es mußten Vereine gebildet werden, damit sie ihre Rechte wiederum zurückbekommen. Rechberger, der Arbeiterkammerpräsident, hat versprochen, das zu unterstützen. Aber meine Herrschaften, graue Panther wurden sie in der „Kronen-Zeitung“ genannt. Die hatten es gar nicht so leicht. Es war gar nicht so einfach, sich durchzusetzen. Die Gewerkschaft wollte nur sogenannte Verbandsklagen einbringen. Da haben sich die Menschen natürlich gerührt, sie wollten Einzelklagen haben, bezahlt von der Gewerkschaft. Wozu haben wir eine Arbeiterkammer? Die Arbeiterkammer soll unsere Klagen bezahlen, schließlich haben wir ja eingezahlt. Nein, sie haben sich auf diese Verbandsklagen kapriziert, obwohl es 29.000 Menschen betrifft. Und jetzt sage ich Ihnen noch eines dazu, der Herr Landeshauptmannstellvertreter sitzt nicht hier, ich zitiere die „Neue Zeit“ vom 8. April 1988. Der ÖGB-Landesvorsitzende, Landeshauptmannstellvertreter Gross, erklärt in der Sitzung zu den VOEST-Zusatzpensionen, Einzelklagen sind unmöglich, nur die Verbandsklage geht. Nicht einmal er als Gewerkschaftsvorsitzender konnte sich durchringen. Und erst nach mühevoller, beinhardt Kampf dieser grauen Panther haben Herr Rechberger und Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross zugestimmt, daß man nicht nur diese Verbandsklage eingebracht hat, sondern auch Einzelklagen. Und da frage ich mich heute, hätte nicht die Arbeiterkammer besser daran getan, den Betroffenen zu helfen, statt 17,5 Millionen Schilling zu verwenden, um das Image eines Mannes aufzubessern, der es verloren hat, der heute Millionen braucht, um sich dieses Image wiederum zu holen? Schade um jede Million, die hier ausgegeben wird. Schade um jede Million, die nicht Arbeitnehmern zugute kommt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich will das kürzer machen. Ich schließe mit Franz Summer, mit seinem Buch „Das VOEST-Debakel“. Da zitiere ich jetzt etwas. „Die Kronjuwelen der VOEST-Alpine“ oder „Der Ayatollah und seine Mullahs“. Da steht hier: Die neue Klasse. (Abg. Schützenhöfer: „Ist Summer ein Sozialist?“) Das ist ein Sozialist, entschuldige, das habe ich vergessen zu sagen. (Abg. Schützenhöfer: „Damit wir wissen, wovon er redet!“) Natürlich, Franz Summer ist ein leitender, führender, begeisterter Sozialist gewesen, der aus einer ganz intimen Kenntnis seiner Freunde die Freunde so geschildert hat, wie sie wirklich sind. Bleiben wir jetzt beim Djilas. Der Djilas schreibt: Hammer, bitte höre mir zu. Lieber Hammer, ich zitiere es für dich jetzt auch: „Die neue Klasse ist gierig und unersättlich, genauso wie es die Bourgeoisie war. Sie besitzt aber nicht die Tugenden, wie Genügsamkeit und Sparsamkeit, die der Bourgeoisie eigen waren. Die neue Klasse ist ebenso exklusiv, wie es einmal die Aristokratie war, ohne aber über die Sitten und die stolze Ritterlichkeit zu verfügen.“ Jetzt sage ich euch etwas dazu. Exklusiv. Das sage ich euch jetzt nur, weil ich im Mürtal wohne. Das einjährige, die SPÖ feiert ja das hundertjährige Jubiläum, das wissen wir, Jubiläum des hochgeschätzten Präsidenten der Arbeiterkammer hat im Schloß Graschnitz in St. Marain im Mürtal stattgefunden. (Abg. Dr. Hirschmann: „Nein!“) Ja, jawohl. Das hat dort stattgefunden. Ich habe es selbst nicht gewußt. (Abg. Hammer: „Der

Abgeordnete Dr. Hirschmann kann es nicht glauben!“) Mich haben sie nicht eingeladen. Glaubt ihr, die hätten mich eingeladen? Gennaro, ich beschwere mich bei dir. Ich bitte, das nächste Mal wenigstens eingeladen zu werden. Ich habe es erfahren, der Vollmann Heinz hat gesprochen, er ist zu viel im Gasthaus. Ich habe es im Gasthaus erfahren, bei einer Runde von Arbeitern. Weißt du das schon, der Rechberger feiert sein einjähriges Jubiläum im Schloß Graschnitz, das ist unser Arbeiterführer, wo sind wir denn hingekommen? Ich habe gesagt, das gibt es nicht. Das kann es nicht geben. Doch, tatsächlich hat das stattgefunden. Gennaro, warst du dabei? Ich weiß es nicht. (Abg. Hammer: „Wo war das? Borgst du mir das? Ich zeige dir auch eine Passage!“) Macht nichts. Ich möchte euch abschließend noch sagen. Gennaro, in seiner staatsmännischen Art und Weise, hat zuerst einmal nur geschimpft über uns, aber mich hast du einmal gelobt. Ich bedanke mich, ich habe es auch getan. Das muß ich auch dazusagen. Gennaro hat erklärt, meine Herrschaften, die Probleme in der Steiermark werden wir nur dann lösen, und jetzt unterstreiche ich dich, wir werden sie nämlich wirklich nur dann lösen, wenn wir nicht in so kleinlichen Dingen, wie wir es jetzt erlebt haben in zwei Tagen, sticheln. (Abg. Hammer: „So wie du es machst!“) Das ist nicht kleinlich, das ist zutiefst berührend, meine Herrschaften! Aber in kleinlichen Dingen des Fremdenverkehrs wurde dort und da gestichelt. Alles ist schlecht und so weiter, wir müssen uns dazu durchringen, es ist nicht so schlecht in diesem „Armenhaus“. Fragt die Leute, sie sind stolz, daß sie hier leben. Sie haben Mut, sie haben Optimismus (Beifall bei der ÖVP.), und sie wollen, daß wir zusammenhalten, daß wir wieder herauskommen und daß es uns noch besser geht. (Beifall bei der ÖVP. – 16.55 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrittwieser (16.56 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich habe heute in diesem Jahr erstmals die Gelegenheit, bei dieser Budgetdebatte während der ganzen Zeit anwesend zu sein und die verschiedensten sehr guten und weniger guten Diskussionsbeiträge mitzuerleben, viel daraus zu erfahren, das ist ja auch sehr wichtig, und ich habe auch ein Verhalten von einzelnen Personen kennengelernt, auf die ich noch zu sprechen komme, wo ich geglaubt habe, das sind frei gewählte Abgeordnete, das darf es ja nicht geben. Aber nun zur Einleitung zum Kollegen Prof. Dr. Eichinger. Ich kann nicht darauf eingehen, weil ich nicht weiß, was, wie, wann, wo stattgefunden hat, wenn du von Festen sprichst. Ich habe so wenig Zeit zum Feiern (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Als Präsident hättest du mehr Zeit gehabt!“), möchte aber doch, lieber Kollege Prof. Dr. Eichinger, weil du am Beginn darauf eingegangen bist, als du gesagt hast, der SPÖ-Fraktion liegt diese Steuermilliarde im Magen. Uns wäre es sehr recht, wenn sie wirklich eine wäre, und wir würden uns über jede Initiative freuen, die in dieser Richtung gesetzt wird, aber noch viel mehr liegt meines Erachtens der ÖVP die 17jährige Regierungszeit, wo so viele

Menschen in diesem Land so viel Gutes erfahren haben, im Magen. (Abg. Dr. Hirschmann: „Frage einmal den Dr. Vranitzky, was er von diesen 17 Jahren hält!“) Viele Menschen in diesem Land konnten ihren Lebensstandard verbessern. Diese Zeit, liebe, sehr geehrte Damen und Herren der ÖVP, liegt Ihnen so im Magen, daß jeder zweite Redner oder Zwischenrufer diese 17 Jahre SPÖ-Regierung in die Diskussion gebracht hat. Wir können nichts dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir so lange mehr Vertrauen vom österreichischen Wähler erhalten haben als die ÖVP. (Abg. Kollmann: „Dr. Vranitzky redet schon von den Kreisky-Fehlern, nur du begreifst es noch immer nicht!“) Ich komme auch darauf noch zu sprechen. Es ist immer so, wenn Redner – egal, welcher Fraktion, nur wenn sie nicht Ihnen angehören – hier eine Äußerung oder einen Standpunkt vertreten, dann gibt es sicherlich einen Zwischenruf, und der letzte hat wieder darauf hingewiesen, es zeigt von diesem großartigen Demokratieverständnis, das die ÖVP hat, wenn man einen anderen Standpunkt vertritt, dann kommt sofort der Zwischenruf, das verstehst du nicht, das kannst du nicht, warum solltest du es auch verstehen? Ich frage Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren der ÖVP, wie weit ist es her mit Ihrem Demokratieverständnis, wenn Sie diese Äußerungen immer so abqualifizieren? Bei der Pensionsgeschichte, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist niemand unglücklicher als wir selbst und auch die Betriebsräte und die Betroffenen, daß es zu dieser wirklich sehr brutalen Lösung gekommen ist. Und wir Gewerkschaften, die Funktionäre, die Abgeordneten der sozialistischen Fraktion, waren die ersten und einzigen, die diesen Damen und Herren, die diese Pensionen verloren haben, überhaupt Hilfestellung angeboten haben. Wo waren denn der ÖAAB und der Kollege Schützenhöfer, der nur hereinkommt, um Theater zu machen? Er ist ja wieder dabei, den Sitzungssaal zu verlassen. Er war auch nicht dabei, als es darum gegangen ist, diesen Menschen zu helfen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich kenne keine einzige Aussage des ÖAAB, außer, daß sie Schulzuweisungen gemacht haben, wie sie diese Leute unterstützt haben. Und eines möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen. Tatsache ist, daß die Betriebsvereinbarungen über Firmenpensionen im Herbst dieses oder vorigen Jahres einseitig gekündigt wurden. Die Zustimmung zu dieser Kündigung ist erst dann gegeben worden, wie die ÖIAG erklärt hat, daß es für verlustbringende Betriebe keine Verlustabdeckung mehr geben wird. Entweder sie stimmen dieser Maßnahme zu, oder es gibt keine Verlustabdeckung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich frage jetzt, wenn man vor dieser Situation steht, frage ich Sie, ob Sie die Existenz des Betriebes auf das Spiel setzen oder ob Sie unter Druck der ÖIAG dieser Betriebsvereinbarung zustimmen und versuchen, auf dem Rechtsweg diesen betroffenen Menschen wieder zu ihren Pensionen zu verhelfen. Wir haben alle Möglichkeiten hier ausgenützt (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Wo bleibt euer Minister Streicher?“) und haben auch die finanzielle Unterstützung angeboten. Von Ihrer Fraktion, meine sehr verehrten Damen und Herren der ÖVP, hat es nichts anderes gegeben als Schulzuweisungen. Hin und wieder habe ich das Gefühl gehabt, da haben Sie wieder ein Thema, mit dem Sie spielen können,

anstelle daß Sie Initiativen ergriffen hätten, um diesen Betroffenen wirklich zu helfen, sie zu unterstützen, wo sie selbst etwas davon haben. Wenn ich dir, Kollege Prof. Dr. Eichtinger, zugehört habe, wie du fast genüßlich erklärt hast, ihr habt es nicht verhindert, daß diese Pensionen gestrichen wurden, ich hätte mir erwartet (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Die Arbeiterkammer hätte zum Beispiel diese 17 Millionen auf diese Leute aufteilen können. Das wäre eine bessere Propaganda!“), Kollege Prof. Dr. Eichtinger, von dir, daß du dich herausstellst und erklärst, was von seiten der ÖVP unternommen wird, um diesen Menschen wieder zu ihrem Geld zu verhelfen. Ich bin am Wort, sehr geehrte Frau Präsident, oder der Kollege Dr. Eichtinger? (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Du hast mich aufgefordert!“) Das ist schon wieder das Demokratieverständnis, wenn du etwas sagen möchtest, soll ich weggehen, daß du mir gleich antworten kannst. Das geht auch in diesem Hohen Haus nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich wünsche mir und hoffe, daß es mit der Polemik auf dem Rücken dieser Betroffenen vorbei ist und daß Sie sich hinsetzen und auch in Ihrer Fraktion überlegen, wie können wir diesen Leuten wieder zu ihren Pensionen verhelfen, die sie durch schwere Arbeit erworben haben. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Frage die Leute selbst. Ich habe auf Wunsch der Leute das hier gebracht!“ – Abg. Dr. Hirschmann: „Alles verfehlte sozialistische Politik, die ihr da macht!“) Ich weiß schon, daß es mehrere Leute in der Öffentlichkeit gibt, die erklären, warum sollen diese Kolleginnen und Kollegen diese Pensionen erhalten? Wir haben sie auch nie bekommen. Aber wir haben es zu unserer Aufgabe gemacht, daß wir den Menschen da unterstützen. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das glaubt dir kein Mensch!“) Wer glaubt das nicht? (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das glaubst dir kein Betroffener!“) Sie können es momentan auch nicht ganz glauben, weil sie ja diese Pensionen nicht mehr haben. Wir hoffen, daß wir hier einen Schritt weiterkommen. Aber auf alle Fälle, lieber Kollege Prof. Dr. Eichtinger, haben wir sie in ihren Bemühungen unterstützt, im Gegensatz zu euch. Ihr habt nur polemisiert. Und das ist eine Sauerei, meines Erachtens. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Hirschmann: „Landesrat Dr. Klauser klatscht nie!“ – Landesrat Dr. Klauser: „Warum soll ich zu Ihrem Zwischenruf klatschen?“ – Abg. Dr. Hirschmann: „Der Abgeordnete Schrittwieser bemüht sich, und der Herr Landesrat Dr. Klauser klatscht nie!“) Ich habe auch noch nie festgestellt, daß er geklatscht hat, wenn du gesprochen hast, Kollege Dr. Hirschmann. (Abg. Dr. Hirschmann: „Das ist etwas anderes!“) Aber nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich mich nochmals dem Abgeordneten Schützenhöfer, der schon wieder nicht im Haus ist (Abg. Mag. Rader: „Es ist gleich viel ruhiger!“), aber das ist seine Angelegenheit, zuwenden. Es ist gleich viel ruhiger. Als ich ihm am Montag bei seiner Brandrede zugehört habe, hat mir eigentlich vom Präsidium gefehlt „zur Sache“, er sprach nämlich nicht zur Sache. (Abg. Dr. Hirschmann: „Wann kommst du zur Sache?“) Ich werde noch länger reden, wenn du mich dauernd unterbrichst! Ich habe das Gefühl gehabt, daß in absehbarer Zeit jeder, der es nicht gewußt hat, daß in nächster Zeit Wahlen sind, es spätestens nach der Rede des Kollegen Schützenhöfer gewußt hat. Denn die ganze Zeit, liebe Damen und

Herren, zieht sich der ÖAAB zurück und weiß nicht, wie er gemeinsam mit der Wirtschaft dazu beitragen kann, daß die Löhne so gering wie möglich gehalten werden. Und wenn wir zu einer Wahl kommen (Abg. Dr. Hirschmann: „Fürchtet euch nicht so vor der Arbeiterkammerwahl!“ – Abg. Erhart: „Ist schon gelaufen!“), entdecken sie das Herz für die Beschäftigten und bedauern hier, wie schlecht es ihnen geht, wie arm sie sind. Und auf der anderen Seite kann man keinerlei Unterstützung während der Wahlzeiten oder Nichtwahlzeiten vom ÖAAB erwarten. Ich bin sehr froh, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die Arbeitnehmer in der Steiermark – das haben die letzten Betriebsratswahlen bewiesen – dieser Polemik (Abg. Dr. Hirschmann: „Die Landtagswahl 1986!“) nicht geglaubt haben und sehr wohl das Vertrauen wiederum den sozialistischen Gewerkschaften gegeben haben. (Abg. Dr. Hirschmann: „Von welchem Wahlgang redest du?“ – Abg. Erhart: „Er redet von den Betriebsratswahlen!“) Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat diese Polemik des ÖAAB, Herr Kollege Schützenhöfer (Abg. Dr. Hirschmann: „Das ist der Sozialismus nach 100 Jahren Feudalismus!“), nichts gebracht. Und jetzt geht man über, bei der nächsten Wahl einen zweiten Versuch zu starten, indem man in der Arbeitnehmerpolitik der Arbeiterkammer nichts findet, was anzugreifen ist, hat man sich auf den Präsidenten eingeschossen und glaubt, hier politisches Kapital schlagen zu können. Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, komme ich zum Thema. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Ing. Stoisser: „Höchste Zeit!“) Es hat der Kollege Prof. Dr. Eichinger erklärt, unsere Fraktion hätte erklärt, das „Armenhaus Österreich“ stammt von uns. Ich weiß, du mußt das „Profil“ gelesen haben, da war das die Schlagzeile, und man hat in diesem Wochenmagazin vom Armenhaus Österreich gesprochen, und nicht wir. (Abg. Mag. Rader: „Ihr habt eine Ursache!“) Ich möchte aber eines dazu sagen. (Abg. Dr. Hirschmann: „Das kann nicht euer Ernst sein, daß ihr euch in diesem Psychodrama suhlt. Das ist doch lächerlich!“) Kollege Dr. Hirschmann, kein einziger Mandatar der steirischen SPÖ hat jemals erklärt, daß die Steiermark das Armenhaus Österreichs ist. Das möchte ich auf das stärkste zurückweisen. (Unverständliche Zwischenrufe. – Präsident Dr. Kalnoky: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser!“)

Wenn wir heute von unseren Wirtschaftszahlen, und das ist bei dieser Debatte feststellbar, Kollege Dr. Hirschmann. (Abg. Dr. Hirschmann: „Diese Dummheit hält keiner aus. Das ist Selbstvernichtung, was ihr betreibt. Von euch bleibt in diesem Land nichts übrig, wenn ihr drei Jahre so weitertut. Das ist meine Sorge!“) Es ist sicherlich auf Eigeninitiative der Beschäftigten, sicherlich vieles auch unter Mitwirkung des Landes, in diesem Land passiert. Aber eines möchte ich hier schon erklären, man muß aber auch, und das verträgt ihr nicht ganz, wenn irgendwelche Fehlleistungen getan werden, so spricht ihr immer davon, wir machen die Steiermark schlecht. Wenn Sie aber an die Problemlösungen so herangehen, wie man das im Vorjahr oder vor zirka elf Monaten – jetzt, würdest du sagen, sind wir beim Thema. Das ist ungefähr so wie bei dir, Kollege Prof. Dr. Eichinger, mit den 17 Jahren – mit dem Obersteiermarkbeauftragten Krobath getan hat, dann wundert es mich nicht, und das muß auch gesagt

werden, wenn die Wirtschaftsdaten und -fakten bei uns andere sind als in den anderen Bundesländern. (Beifall bei der SPÖ.) Ich würde auch diese Initiative, und ich wiederhole mich jetzt wieder, begrüßen, und ich sage das immer wieder, bevor wir keinen dementsprechenden Bericht erhalten, daß wir so einen Koordinator einsetzen, aber nicht auf diese Art. Ich behaupte, daß der Posten des Kollegen Krobath ein politischer Versorgungsposten war, und ich verurteile, daß er nicht ordnungsgemäß ausgeschrieben wurde, damit wirklich der beste Mann, wie der Herr Landeshauptmann immer wieder verlangt, an diesen Platz kommt. Und ich habe zu dieser Frage (Abg. Dr. Hirschmann: „Habt ihr keine Regierungsmitglieder?“) Obersteiermarkbeauftragten fünf Fragen zusammengestellt, von denen ich mir wünschen würde, daß sie auch von der ÖVP beantwortet werden. Was hat der im Alleingang von der ÖVP bestellte Obersteiermarkbeauftragte bisher erreicht, außer, wie Frau Landesrat Klasnic, die ich auch sehr schätze, erklärt hat, Kontakte geknüpft? Und was für mich noch viel wichtiger ist, wo ist der Obersteiermarkbeauftragte erreichbar? (Abg. Erhart: „Bei der ÖVP!“) Ich habe versucht, im Telefonbuch den Obersteiermarkbeauftragten herauszufinden, habe mich in die Rolle von jemanden versetzt, der in der Obersteiermark investieren will. Mir ist es nicht gelungen, ihn zu finden. In der Zwischenzeit frage ich Sie, stimmt es, daß er im Büro des ÖVP-Abgeordneten Burgstaller in Leoben sitzt? Ich kann mir nämlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht vorstellen, daß einer, der in der Obersteiermark investieren will, den Obersteiermarkbeauftragten im Büro eines ÖVP-Abgeordneten sucht, weil ich einfach glaube, hier müssen objektive und überparteiliche Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, wohin sich ein Investor wenden kann. Stimmt es, meine sehr verehrten Damen und Herren der ÖVP, daß dem Herrn Obersteiermarkbeauftragten Büroräume angetragen wurden, und er hat sie leider abgelehnt? Haben wir so viel Zeit bei unseren Schwierigkeiten in der Obersteiermark, daß er sich weiter im Büro des Abgeordneten Burgstaller verstecken kann? Und warum, das ist die nächste Frage, scheint der Obersteiermarkbeauftragte Krobath nicht im Budget auf? Ich würde bitten, daß man heute Aufklärung darüber gibt, wo er versteckt ist. Ich glaube überhaupt, daß es sich hier um ein Versteckspiel mit Krobath handelt. (Abg. Dr. Hirschmann: „Landesrat Dr. Klausner kennt sich aus!“) Zuerst, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat er sich im Büro des Abgeordneten Burgstaller versteckt, statt daß er Aktivitäten gesetzt hätte, und jetzt wurde er auch noch im Budget versteckt. Ich fordere Sie daher auf, meine sehr verehrten Damen und Herren der ÖVP, einen Erfolgsbericht des Herrn Krobath zu verlangen oder sich von ihm zu trennen. Die Zeit ist uns zu kostbar für die Betroffenen, daß man noch zuwartet und hofft, daß ihm vielleicht noch etwas gelingt. Sie, meine Damen und Herren der ÖVP, haben sich mit Mehrheitsbeschluß diese Situation eingebrockt. Ich hoffe, daß Sie sie auslöffeln. Wenn Sie es alleine nicht können, werden wir Ihnen gerne dabei helfen. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 17.15 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader (17.15 Uhr): Frau Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich habe gedacht, ich werde mich ordentlich vorbereiten für diese wesentliche Wirtschaftsdebatte, und habe, Herr Kollege Dr. Hirschmann, das Buch „Reden, die die Welt bewegten“ gefunden und mitgenommen, aber da habe ich von der Budgetdebatte nichts drinnen gefunden. Ich tue es daher weg. Ich habe mich daher – (Abg. Dr. Dorfer: „Wenigstens der Mag. Rader hätte drinnen sein müssen!“) wart ein bißchen, ich helfe dir, daher sei einen Moment ruhig – meiner Lieblingsliteratur der letzten Tage bedient, das ist das Buch von Norbert Leser „Salz der Gesellschaft“. Und weil nicht nur die letzte Wortmeldung, sondern auch der Kollege Gennaro mich da so tief beeindruckt haben, habe ich mir gedacht, ich muß einmal schauen, was der Norbert Leser zu diesem Kapitel alles zu sagen hat. Du weißt, er nennt die Sozialdemokratie das „Salz der Gesellschaft“, ist aber bitte objektiv genug, im Gegensatz zu den meisten anderen, die hier in diesem Hause aufgetreten sind, auch im Sprichwörterlexikon nachzuschauen, was über Salz zu finden ist. Ich zitiere Leser, nicht ich habe die Bösartigkeiten: „Man muß nicht mehr Salz ans Fleisch tun, als sich gebührt, sonst wird es versalzen“, sagt Norbert Leser, und dann sagt er: „mit Salz und Spaß muß man nicht übertreiben“. Spaß haben wir heute keinen gehabt herinnen, aber Salz möglicherweise zuviel. Und dann kommt er zu folgender Schlußfolgerung, die wirklich interessant ist. Da erzählt er, was alles passieren kann, wenn man zu viel Salz isst. Irgendeine Krankheit bekommt man davon, und dann sagt er: „Der Versuch, die Ergiebigkeit einer Gesellschaft oder auch nur ihr subjektives Wohlbefinden zu steigern“, und das wollen wir ja in der Wirtschaftsdebatte, „indem man ihr eine immer stärkere Dosis an Sozialismus zuführt, ist zum Scheitern verurteilt“, sagt Leser. „Wie in der Tierwelt hat man in einem solchen Falle alle Hände voll damit zu tun, das Salzsiechtum, das als Folge der Überdosis entstanden ist, durch Gegenmittel zu bekämpfen und damit die Funktion des Sozialismus, der selbst Gegenmittel und Abhilfe, aber nicht seinerseits Objekt einer Kur und Entziehung sein soll, in Frage zu stellen, ja ad absurdum zu führen.“ Bitte schön, paßt auf, mir ist das eingefallen, weil ich mich erinnert habe an den SPÖ-Parteitag: es wird jetzt die absolute Mehrheit der ÖVP beendet. Mir gefällt das Wort beendet so. Ihr werdet schon wissen, warum ihr beendet sagt, und da habe ich mir gedacht, dafür wäre ich auch, aber nur – was geschieht, wenn es umgekehrt ist? Da sagt Norbert Leser nichts Positives. Und dann hat er etwas über den Gennaro geschrieben, das möchte ich ihm nicht vorenthalten. „Der starke Einfluß der Gewerkschaft ist auch noch unter einem anderen Gesichtspunkt überprüfungswürdig und korrekturbedürftig: Es erhebt sich nämlich die Frage, wie weit sich die Gewerkschaft nicht auch dadurch entgegen den Warnungen von Johann Böhn“ – den kennt ihr ja, Gründer und so weiter – „völlig auf die politische Ebene begibt, daß sie durch Interessensvertreter in den gesetzgebenden Körperschaften und anderen Gremien direkten und unmittelbaren Einfluß auf das politische Leben nimmt und damit auch der parlamentarischen Demokratie westlich-liberaler Prägung mehr und mehr den Boden entzieht.“ Ist in der Steiermark nicht uninteressant, da ist ja die Führung der SPÖ ja nur mit der Gewerk-

schaftsführung ident. Und dann geht es noch weiter, aber bitte, vielleicht ist es über Gennaro gemeint, oder er hat ihn nicht gekannt. Das weiß ich nicht, er kann ihn gekannt haben und auch nicht. Da sagt er nämlich: „Es erhebt sich die Frage, ob diese starke Vertretung und Entsendung in kollegiale Gremien vom Standpunkt der Arbeitnehmer aus sinnvoll und notwendig ist und nicht mehr Schaden als Nutzen stiftet.“ Meine Damen und Herren, das ist wahrscheinlich eine – (Abg. Rainer: „Weißt du, wie das mit den frustrierten Menschen ist? Die reagieren so!“) Ja, das weiß ich. Ich brauche dich nur anzuschauen, dann kenne ich mich aus. Lieber Kollege, da kenne ich mich aus, wie ein frustrierter Mensch reagiert. Da brauche ich nur dich zu verfolgen die ganze Zeit. Ihr braucht euch ja nicht zu ärgern. Es ist ja auf dieser Seite nichts anderes. Die alten Reden habe ich nachgelesen, wie ihr wißt. Das habe ich schon bewiesen. Da habe ich alles brav nachgelesen, um diese Entwicklung zu sehen. Ein paar Jahre sitze ich auch schon da. Und da erlebe ich jedes Jahr im Zusammenhang mit der Verstaatlichten folgendes: Da stehen völlig zu Recht – das unterschreibe ich, ihr müßt verstehen, das unterschreibe ich –, da stehen völlig zu Recht jedes Jahr die Vertreter der Privatwirtschaft auf, die sich zum Teil in der ÖVP befinden, und sagen, es ist ungeheuerlich, welche Auswüchse in der verstaatlichten Industrie stattgefunden haben, insofern, daß man vor allem den Personalkostensektor so ausgeweitet hat, daß das unerträglich geworden ist und daß wir heute in der Situation sind, in der wir sind. Kollege Ing. Stoisser hat gesagt, die verstaatlichte Industrie ist schuld, wenn wir die nicht hätten, wäre das alles anders. Da hat es viele Dinge gegeben, die die ÖVP alle mitbeschlossen hat. Leider! Ich möchte wirklich niemandem nahetreten, aber da hat es alle möglichen Entwicklungen gegeben: Sonderzahlungen, Erfolgsprämien auch bei Defiziten, spezifische Pensionsregelungen und, und, und, die alle nicht mehr finanzierbar waren. Die Vertreter der kleinen Betriebe, der Kollege könnte ihn zitieren, hat das oft und oft in dem Hause gesagt, wie kommen wir dazu, daß wir die Steuern erarbeiten, die dort hineingesteckt werden? Und dann kommt der beinahe nicht mehr glaubhafte Fall, daß die Vertreter der Gewerkschaft selbst daran mitarbeiten, die Kosten wieder in den Griff zu bekommen, zum Beispiel indem man bestimmte Zusatzpensionsentwicklungen schrittweise durch Verträge wieder einschränkt. Und was geschieht? Da kommt ein ÖVP-Mann heraus und schimpft, daß das stattgefunden hat. Also bitte, meine verehrten Damen und Herren, das ist ja wahrhaft die verkehrte Welt. Wenn schon die Sozialisten so weit sind, daß sie versuchen mitzuhelfen, der ÖGB so weit ist, daß er versucht, mitzuhelfen, die Kosten in den Griff zu bekommen, dann kommst du heraus und beschimpfst sie deswegen, daß sie das tun, was ihr schon längst von ihnen verlangt habt.

Ich weiß, daß Arbeiterkammerwahlen sind. Das weiß ich. Und wenn Wahlkampf ist, dann ist euch alles egal. Grundsätze, Programm, alles möglich, Wahlkampf ist Wahlkampf, und damit ist die Geschichte erledigt. So sieht das aus, meine Damen und Herren! (Abg. Kollmann: „Wenn das dein Maxime ist!“) Und, lieber Kollege Kollmann, ersparen wir uns doch diese ganzen Grundsatzdebatten. In dem Augenblick, wo Wahlkampf ist, ist alles vorbei. Und wenn Handelskammer-

wahlkampf gewesen wäre? Um Gottes Willen! Wenn Handelskammerwahlkampf gewesen wäre, dann hätten sie Prof. Dr. Eichtinger nicht reden lassen, das kann sein. Dann hätte er nichts sagen dürfen. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Man kann immer reden!“) Aber ich glaube, er redet immer, und er redet heute so und morgen so. Je nachdem, welcher Wahlkampf bevorsteht. Das ist ja die Schuld, Kollege Prof. Dr. Eichtinger, daß die Verstaatlichte in dieser entsetzlichen Situation ist, weil ihr euch um eure Grundsätze nichts geschert habt. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Du weißt nicht, wie es den Leuten geht!“) Gar nichts geschert um die Grundsätze, sondern immer geschaut, wie bekomme ich die meisten Stimmen heraus. Ich weiß schon, da gibt es andere, die können das besser, und das tut euch im Augenblick weh.

Aber Faktum ist, daß die Situation so war. Ich sage noch einmal: In die Situation sind wir nicht zuletzt deshalb gekommen, weil die ÖVP, die eine Zeitlang, wie der Dr. Kreisky gestrahlt hat, geglaubt hat, wir müssen das alles nachmachen, nur um ein paar Jahre später, bis der Diskussionsprozeß erledigt ist. Ich kann mich noch gut erinnern – weil der Kollege Ing. Stoisser das angeschnitten hat –, die Steiermark hat mit der Initialzündung begonnen – (Abg. Rainer: „Darf ich etwas sagen!“) sofort, ich frage dich sofort –, mit der Initialzündung zur Unterstützung der verstaatlichten Industrie. Das gefällt mir. Ich kann mich erinnern, da bin ich sogar schon da gesessen, als die vorherige Regierung daran gedacht hat, der Verstaatlichten mit Direktzahlungen und Subventionen unter die Arme zu greifen. Da habt ihr uns alles geheißt. Da habt ihr gesagt, das Abendland geht unter, wenn wir den Direktzahlungen an die verstaatlichte Industrie zustimmen. Das Abendland geht unter, und die bürgerliche Welt wird verraten, alles mögliche. Und heute stehst du da und freust dich, daß du die verstaatlichte Industrie als allererster unterstützt hast.

Und jetzt kommt noch etwas. (Abg. Ing. Stoisser: „Kollege Mag. Rader!“) Warte, du kannst dann alles gleich auf einmal fragen. Noch etwas! Das Land unterstützt ja logischerweise im Detailbereich die verstaatlichten Betriebe in der Steiermark noch immer. Und da wird natürlich selbstverständlich vereinbart, wie bei allen anderen Firmen, wenn bestimmte Personalstände nicht gehalten werden, dann müssen sie die Förderungen zurückbezahlen. O. k., ist in Ordnung, nur, wenn das jetzt bei der verstaatlichten Industrie, etwa bei der VOEST und ihren Tochterfirmen, einmal der Fall ist, daß mitten drinnen daraufgekommen wird, daß sie schon seit Jahren die Personalstände nicht halten, und irgendeiner kommt auf die Idee und sagt, wir haben da eigentlich einen Vertrag, die VOEST müßte einen Teil zurückbezahlen, weil sie die Bedingungen nicht erfüllt hat, so wie es jedem kleinen Wirtschaftstreibenden, wenn er die Bedingungen nicht erfüllt, muß er zurückzahlen, geht. Bitte, Herr Präsident, du weißt ganz genau, was dann geschieht. Das wird demnächst in dem Haus abgesegnet werden, nehme ich an. Wissen Sie, was geschieht? Es geschieht folgendes: Da nimmt man die Förderungen, die schon bezahlt worden sind und die zurückgezahlt werden müßten, weil der Personalstand nicht gehalten ist, und sagt, eigentlich hätten wir noch weitere Förderungen zugesagt. Statt daß man sagt, ihr habt schon bisher den

Personalstand nicht gehalten, zahlt dies zurück, und das, was wir pro futura zugesagt haben, an das braucht ihr nicht mehr zu denken, da könnt ihr die Personalstände nicht halten. Was tut ihr? Ihr sagt, bitte, wir tun jetzt gegenrechnen und sagen, das, was ihr zurückzahlen müßtet, das rechnen wir gegen das gegen, was wir eigentlich euch noch zahlen möchten, und daher geht die Partie auf Null aus. Wenn jeder kleine Betrieb solche Konditionen bekäme von euch, wie die Verstaatlichte jetzt auch noch in diesem Augenblick, wo sich nicht mehr viel ändern läßt, dann wären alle zufrieden. Dann wären wirklich alle zufrieden. Ich verstehe offen gestanden nicht, warum gerade von jenen, die tagtäglich zum Teil zu Recht und, wie ich behaupte, in dem Fall zu Unrecht von sich behaupten, daß sie die kleinen Betriebe, die privatwirtschaftlichen Betriebe in diesem Lande vertreten, zu so einer Vorgangsweise bereit sein können. (Abg. Ing. Stoisser: „Zu dem, was ich vorher wegen der 200 Millionen Schilling gesagt habe: Ich wollte sagen, daß damit ein Prozeß in die Wege geleitet wurde, um den rasanten Rückgang der Verstaatlichten zu stoppen. Im Prinzip ist meine Meinung, daß jede Direktförderung wettbewerbsverzerrend ist. Dort oben ist es regional erforderlich gewesen!“) Aber du weißt auch ganz genau, wenn man zum damaligen Zeitpunkt – ich zitiere jetzt auch ÖVP-Abgeordnete – anstelle zu zahlen damals einen Strukturwandel eingeleitet hätte, oder sagen wir offen, erzwungen hätte, dann hätten wir uns viel erspart. Dann hätten wir uns zum Beispiel die jetzige Situation erspart, und dann müßtet ihr euch jetzt nicht vorwerfen lassen, daß überall die Konjunktur anspringt, nur bei uns nicht, weil wir natürlich – da habt ihr völlig recht – genau diesen Klotz der verstaatlichten Industrie am Hals haben, wobei interessanterweise diesen Klotz der verstaatlichten Industrie nur wir Steirer am Hals haben, weil in Oberösterreich, wo es bei Gott genug verstaatlichte Industrie gibt, springt die Konjunktur im zweiten Quartal mit 5 Prozent plus an. (Abg. Rainer: „Du weißt schon, warum!“) Da ist die Verkehrsverbindung besser, und zum Zweiten haben die Oberösterreicher frühzeitiger und mit mehr Durchschlagskraft den Strukturwandel in Gang gesetzt. (Abg. Dr. Pfohl: „Die 9000 Plätze, die wir weniger in der Verstaatlichten haben, haben sich die besten Betriebe nach Oberösterreich geholt. Warum machen Sie der ÖVP den Vorwurf? Mit diesem Geld sind Arbeitsplätze gehalten worden. Primär ging es um den Versuch, die Arbeitsplätze zu halten. Natürlich bin ich persönlich mehr für die Privatwirtschaft, aber ich habe Verständnis dafür, daß für die Arbeitsplätze Opfer gebracht werden!“) Herr Präsident Dr. Pfohl, Sie haben ja vollkommen recht, nur auch insbesondere aus Ihrem Bereich kommende Broschüren weisen ja in Wahrheit nach, daß diese Transferzahlungen, die gemacht worden sind, nicht einmal die Kurve abzuflachen in der Lage waren, sondern das Problem in eine Konjunkturphase hineingeschoben haben, wo die Lösung noch schwieriger möglich war. Das ist die nüchterne Realität.

Ich hoffe, daß wir es nicht nur beweisen müssen. Wenn die Konjunktur wirklich ein bißchen anspringt, dann werden wir diese Schwierigkeiten in dem Maße nicht haben. Nur, jetzt sage ich ganz ehrlich, was ich befürchte. Es gab auch in dieser Debatte schon Ansatzpunkte, wo ich das herauszuhören verspürt habe. In

dem Augenblick, wo die Konjunktur wieder anspringt, wo es uns wieder ein bißchen besser geht, denkt kein Mensch mehr an Strukturwandel, sondern nur mehr, wie man das wieder verteilen kann. Und der Strukturwandel kommt dann wieder in eine Tiefphase, wo man den Wandel nicht machen kann. (Abg. Ing. Stoisser: „Das befürchte ich auch!“) Jawohl, so ist es. Bitteschön, genau in diese Phase fällt die Wortmeldung des Kollegen Prof. Dr. Eichtinger. Selbstverständlich, es sind halt zufällig Arbeiterkammerwahlen, und dann tut man das auf die Seite und sagt, reden wir nicht mehr darüber. Man sollte sich für eine Linie entscheiden, und man sollte auf breiter Ebene dem das erzählen und dem das erzählen, weil die Information, Herr Kollege Kollmann, zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen heute Gott sei Dank schon so groß ist, daß man dem nicht das erzählen kann und dem das. Meine Damen und Herren, und damit kürze ich, nachdem wir das länger gemacht haben, ab und gehe ein auf diese Bemerkungen im Zusammenhang, ich wollte eigentlich zitieren, was das „Profil“ so alles über die Steiermark schreibt, aber Sie haben es gelesen, ich muß das daher nicht tun. Es ist auch kein Krankjammern, es ist eine relativ nüchterne, aber leider Gottes grausliche Bilanz über das, was wir jetzt haben.

Und jetzt wird natürlich über Wirtschaftsförderung immer in quantitativen Ziffern geredet. Wir haben schon wieder mehr ausgegeben, hurra, daher ist die Wirtschaft besser. Wir wissen alle, daß dem nicht so ist. Aber wenn Sie über Ziffern reden wollen, dann reden wir über Ziffern. Ich gleiche mich Ihrer Argumentation völlig an. Da habe ich versucht, in der Generaldebatte anzureißen, daß dieses überdrehte Darstellen mit Milliarden einen völlig falschen Eindruck erweckt. Wobei ich nicht sage, das muß mir nicht nachgewiesen werden, daß an sich diese Art der Förderung unter Umständen, sofern man sich zu Förderungen bekennt, wenn man das tut, die dümmste nicht ist, weil möglicherweise die unbürokratischste. Herr Präsident Ing. Stoisser hat das herausgearbeitet. Man sagt, okay, die Banken machen das. Wir brauchen nur dazuschießen, im übrigen haben wir nicht viel Arbeit und die Wirtschaftstreibenden auch nicht. Ist in Ordnung. Die 4 Prozent oder die 4½ Prozent sind sicher nicht uninteressant, und die Einschränkungen, die es sonst gibt, sind auch nicht da, daher ist die Geschichte möglicherweise gar nicht so uninteressant, nur, warum, verehrter Kollege Ing. Stoisser, wenn das die Vorgangsweise ist, was aus meiner Sicht auf den ersten Blick so aussieht, ja warum tut man das nicht schon die längste Zeit? Warum gibt es so irrsinnig viele, ganz komplizierte Förderungsmechanismen, die in Wahrheit nicht einmal ein Experte durchschaut? Warum ist man nicht von vornherein dazu übergegangen, genau diese Geschichte zu tun, weil eine große Anstrengung ist es nicht. Sind wir uns ganz ehrlich. Erstens einmal hat die Verwaltung weniger Arbeit, was nur gescheit ist, damit werden die Leute weniger aufgehalten und die Beamten weniger aufgehalten. Zweitens, die Banken, denen hat man das nicht mühselig herausreißen müssen, sondern die haben so viel Geld, daß sie heilfroh sind, das irgendwo anzukriegen. Und zu dem, was sie durch ihre Verträge verlangen müssen, bekommen sie es nicht weiter, weil es zu hoch ist. Also bitte, haben Sie jemand gefunden, der etwas dazuschießt, damit wird die Geschichte interessanter, und die Ban-

ken bekommen das leichter weg. Da hat sich niemand in der Landesregierung anstrengen müssen, dem nachzugehen. Im Gegenteil, ich kann mir vorstellen, daß der Druck durchaus von den Banken gekommen ist, die sagen, bitteschön, macht doch etwas, und gebt uns etwas dazu, damit wir unsere Geschichten weiterbringen. Da hat man eher einem Druck nachgegeben. Ist in Ordnung. Und von der Quantität der Wirtschaftsförderung her, jetzt reden wir über die absoluten Summen, ist die Anstrengung auch nicht so gigantisch groß. Bitte schön, vielleicht durchschaue ich die zarten Geheimnisse der Budgetierung nicht. Das mag sein. Aber wenn ich mir das Budget durchlese, dann ist genau jene Haushaltsstelle, wo diese Wirtschaftsmilliarde versteckt ist, ich habe extra im Ausschuß gefragt, ich finde das ganze nicht, wo ist es? Dann ist diese Haushaltsstelle im Jahre 1989 mit 45 Millionen Schilling veranschlagt. Im Voranschlag 1988 waren es 15 Millionen Schilling. Nachdem wir allerdings wissen, daß das, was im Voranschlag steht, nur eine programmatische Zielsetzung ist, interessant ist immer das, was im Rechnungsabschluß wirklich drinnen steht, immerhin werden wir heute auch beschließen, daß die Regierung um eine halbe Milliarde Schilling hin- und herschieben kann, wie sie gerne möchte, und auch aufstocken kann, wie sie gerne möchte, das sind diese Ermächtigungen, habe ich mir den Erfolg des Jahres 1987 angeschaut. Da lese ich 55,7 Millionen Schilling, die im Jahre 1987 auf der Haushaltsstelle waren, wo jetzt 30 Millionen Schilling für die berühmte Wirtschaftsförderungsmilliarde gezahlt werden sollen. Es sind heuer aber nur 45 Millionen Schilling drinnen.

Jetzt kann man sagen, also gut, die haben alles mögliche hin- und herverschoben, es sind so viele Haushaltsstellen. Der Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher hat mir im Ausschuß den Vorschlag gemacht, ich soll die Schlußziffern anschauen. Okay, bitte schön, schaue ich mir die Schlußziffern an. Bei den Schlußziffern haben wir im Jahre 1989 für diese Wirtschaftsförderungsmittel 250 Millionen Schilling. Im Voranschlag 1988 waren es 218 Millionen Schilling, daher kann man davon ausgehen, es ist ein bißchen mehr. Keine 30 Millionen Schilling, aber einstweilen schaut es so aus, als ob es um 32 Millionen Schilling mehr wären. Dann schaue ich mir logischerweise wieder den Erfolg des Jahres 1987 an, weil, wie gesagt, wir wissen, wie gerade erläutert, was im Budget steht, ist nicht so wesentlich, weil die Regierung kann da alles mögliche noch machen, wie man weiß, hat auch die Ermächtigung dazu. Der Erfolg 1987 war 224,7 Millionen Schilling der Gesamtförderung. Also muß ich fairerweise als wirklich vergleichbare Ziffer vom Erfolg 1987 ausgehen und nicht von der Budgetierung 1988, weil wieviel im Jahre 1988 tatsächlich ausgegeben worden ist, werden wir erst in einem Jahr erfahren, wenn wir den Rechnungsabschluß 1988 am Tisch des Hauses haben. Jedenfalls ganz sicher, da lege ich meine Hand ins Feuer, im Jahr 1988 ist mehr ausgegeben worden als die budgetierten 218 Millionen Schilling. Das ist ganz sicher so. Gar keine Frage. Dann muß ich daher die Differenz, ich tu jetzt den Erfolg 1987 aufrunden auf 225 Millionen Schilling, des wirklichen Mehrausgebens, ist daher zwischen 225 und 250 Millionen Schilling, also unter dem Strich 25 Millionen Schilling mehr sollen im Jahre 1989 ausgegeben werden. Und jetzt muß man natürlich fairerweise auch im Sinne der

kleinen Privatbetriebe diesen großen Brocken von der Finanzierung für die KVA logischerweise herausnehmen, weil die kleinen Betriebe würden sich schön bedanken, wenn die das, was die KVA an 40 Millionen Schilling bekommt, ihnen angerechnet würde und sagt, ihr bekommt eh viel mehr Geld. Nein, 40 Millionen Schilling davon gehören der KVA, also muß ich die fairerweise abziehen, so daß die unerhörte Kraftanstrengung und die sensationelle Förderung des Jahres 1989 bedeutet, es werden unter dem Strich um 15 Millionen Schilling weniger ausgegeben. Das ist die nüchterne Realität, meine Damen und Herren, und darüber sollten wir nicht hinwegdiskutieren. Jetzt sage ich schon, möglicherweise kann dieses Modell der Förderung über die Banken sogar viel erfolgreicher sein als alles mögliche, was man bisher getan hat. Das kann durchaus sein, das will ich gar nicht bestreiten, nur bitteschön soll man dann nicht so groß von Milliarden und unerhörter Kraftanstrengung reden, wenn man unter dem Strich weniger Geld dafür ausgibt, als man das im Vorjahr getan hat, meine Damen und Herren. (Abg. Ing. Stoisser: „Da bin ich nicht deiner Meinung.“) Das will ich damit sagen. Das ist eine ganz überdrehte, großartige Sache. Ich habe manchmal den Eindruck, das steirische Wappentier ist nicht der Panther, sondern der aufgeblasene Frosch. So groß wird nämlich agiert in letzter Zeit. Das ist das, was auch die nüchtern denkenden Wirtschaftstreibenden ja nicht akzeptieren. Herr Präsident, gerechnet habe ich ganz nüchtern mit meinem billigen Mittelschulrechenwissen. Aber das bringe ich auch noch zusammen, daß ich zusammenrechne, daß unter dem Strich weniger drinnen ist als im Vorjahr. (Abg. Ing. Stoisser: „Das hat niemand abgestritten!“) Ich sage noch einmal, Herr Präsident, möglicherweise ist das gescheiter, was gemacht wird, als das, was jemals gemacht worden ist.

Aber tut nicht so, als ob viel mehr hinausgegeben wurde. Keine Rede ist davon. Ich plädiere nur für ein bißchen mehr Ehrlichkeit in dieser ganzen Diskussion, das ist alles. Dafür plädiere ich.

Meine verehrten Damen und Herren, diese Geschichte mit dem Dipl.-Ing. Krobath möchte ich nicht so wie der Kollege Schrittwieser diskutieren. Wirklich nicht, weil mir das ganz ehrlich zu billig ist, so zu diskutieren. Der Kollege Weilharter hat in einer Anfrage an die Frau Landesrat Klasnic versucht herauszubekommen, was er gekostet und was er gebracht hat. Es ist zwar dem Kollegen Schrittwieser gelungen, dem obersteirischen Redakteur der „Kleinen Zeitung“ einzureden, daß er den Vorstoß gemacht hat in der Landtagssitzung, was der logischerweise – weil er vertraut hat – breit berichtet hat. Es tut uns nicht weh, es war Weilharter, wie auch immer. Aber er ist schon im Budget. Du brauchst nur die Erläuterungen zu lesen. (Abg. Schrittwieser: „Wo?“) Du brauchst nur die Erläuterungen zu lesen. Er versteckt sich zwar nicht im Budget, sondern nur hinter der steirischen Betriebsansiedlung, Erweiterung- und Ansiedlungsgesellschaft, hinter der BEA, ich habe mich schon so wahn-sinnig gefreut, daß die plötzlich über 6 Millionen bekommen. Ich habe mir gedacht, schau, das ist Klasse, endlich einmal geht hier etwas weiter, weil ich mir immer gesagt habe, ich weiß, daß das ein ungeliebtes, weggelegtes und nur dürftig ernährtes Kind des Hans Georg Fuchs ist, diese Gesellschaft. (Abg. Koll-

mann: „Hast du gesagt ‚wir‘? Ist das eine blaue Gesellschaft, weil du ‚wir‘ gesagt hast?“) Warte ein bißchen, nein, gar nicht! Ich werde es dir gleich sagen!

Das ist anscheinend ein ungeliebtes Kind des Hans Georg Fuchs. Ich habe mir nämlich gedacht, das wäre ein classes Instrument, weil dort sind alle, Landesregierung, Handelskammer, Arbeiterkammer, Banken, drinnen. Das wäre eigentlich eine gute Basis, daß alle gemeinsam Betriebsansiedlungen und Betriebserweiterungen machen. So war auch der Gedanke des Hans Georg Fuchs seinerzeit, als er das gemacht hat. Ich habe mich irrsinnig geärgert, ihr könnt euch erinnern, ich habe das schon ein paarmal in dem Hause gesagt, wieso gebt ihr denen nicht einmal ordentlich Geld, damit sie etwas machen können. Die haben in Wahrheit nichts anderes als die Personalkosten und ein bißchen Sachaufwand und können nichts tun, außer eifrig wirken und ein bißchen telefonieren. Und damit hat sich die Geschichte. Da habe ich mich schon gefreut, ich habe gedacht, die bekommen jetzt plötzlich nicht mehr 3,4 Millionen Schilling im Jahr, sondern 6,6 Millionen Schilling. Das ist riesig toll, viel ist es zwar auch nicht, aber sie können sich wenigstens rühren. Da lese ich die Erläuterungen zum Budget, die manchmal interessanter sind, als man glaubt; was sehe ich? Die Kosten des Dipl.-Ing. Krobath inklusive seiner Bürokosten werden hier bugetiert, das, was er an Gehalt bekommt, muß die Gesellschaft von der Subvention, die sie vom Land bekommt, an das Land zurückbezahlen. Da wird Geld spazierengeschickt, einmal hin und einmal zurück. Und wenn man sich das nachrechnet, zusammenrechnet von der Antwort, die uns die Frau Landesrat ausführlich gegeben hat, was der Dipl.-Ing. Krobath kostet, stellt sich heraus, die Mehrbudgetierung für diese Gesellschaft entspricht haarscharf dem, was der Dipl.-Ing. Krobath plus Büro, wenn es einmal funktioniert, plus Reisekosten, wenn er nicht nur in Österreich herumfährt, wahrscheinlich kosten wird, nämlich die Differenz zwischen 3,4 und 6,6 Millionen Schilling, also 3,2 Millionen Schilling. Nur frage ich mich, da habe ich im Ausschuß wirklich viermal nachgefragt, bis alle schon gesagt haben, sei nicht so lästig, bitte, was soll das wirklich sein. Der Dipl.-Ing. Krobath läuft unter dieser Gesellschaft (Abg. Sponer: „Das ist ein teurer Arbeitsplatz!“), vielleicht erzielt man steuertechnische Gründe, da kenne ich mich nicht so aus. Was soll das jetzt wirklich sein? Entweder man hält den Dipl.-Ing. Krobath für einen guten Mann, sonst hättest ihr ihn nicht bestellt. Dann hätte ich aber gesagt, bitte, macht ihn von mir aus, auch wenn der Dr. Schah böse sein möge, macht ihn von mir aus zum Chef der Betriebsansiedlungsgesellschaft, gebt ihnen ein ordentliches Geld, und die sollen endlich arbeiten. Da sitzen dann alle drinnen und können sich überzeugen, wie es funktioniert. Brauchen sich dann nicht mehr zu verdächtigen, was da wo, irgendwelche Gelder, Tod und Teufel, da sitzen dann so alle drinnen, da soll die Geschichte funktionieren, oder macht ihn zu weiß ich was. Nicht böse sein, oder macht ihn zum Landesrat, von mir aus. Ist auch ungefähr dieselbe Größenordnung. Und er macht seinen Job. Aber was auch immer – sie sind mir so ans Herz gewachsen in der Zwischenzeit, vielleicht gibt es einen anderen. Vielleicht trennen wir Fremdenverkehr und Wirtschaft, dann ist für beide ein Job da. Sie bemühen sich ja so sehr in Sachen Fremdenverkehr.

Aber laßt ihn nicht so in der Luft herumschwirren. Das ist das Unangenehme und führt dann zu diesen Falschdiskussionen, die es gibt.

Meine Damen und Herren, zum Schluß nur noch eine Anmerkung, damit ich dazu etwas gesagt habe, zur EG. Ich verfolge diese Diskussion jetzt schon den dritten Tag. Und ich muß noch einmal sagen, der Kollege Gennaro hat hier schon wieder gemahnt zur Ruhe, nichts zu überstürzen und alles genau zu überlegen und was weiß ich noch alles. Wir sollen nicht gleich einen Heiratsantrag stellen, wenn man Absichten hat, und was weiß ich immer. Bitte herzlich, der erste Antrag im Parlament zum Beitritt zur damaligen noch EWG, war von Dr. Gredler. Das ist ein Viertel Jahrhundert her. Ein Viertel Jahrhundert, und bitte herzlich, Kollege Gennaro – jetzt ist er nicht da –, ich glaube wirklich, daß ihr langfristig denken könnt. Das glaube ich ja, aber in solchen Ewigkeiten, daß 25 Jahre überstürzt sind, in solchen Ewigkeiten denkt ihr nicht. Danke schön! (17.44 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kollmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Kollmann (17.44 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Es ist alle Jahre das gleiche, es treten im Rahmen der Wirtschaftsdebatte die absoluten Experten von der linken Seite auf und erklären uns, den Vertretern der Wirtschaft, den Praktikern, wie Wirtschaft zu funktionieren hat, was die Unternehmer alles tun sollen, was sie unterlassen sollen, und die Kohorten Rechbergers werfen uns, der Wirtschaft, vor allem der kleinen und mittleren Wirtschaft, vor, daß wir mangelnde Dynamik in der Steiermark entwickelten, und beleidigen damit letztlich jene große Schar von Unternehmern in der Steiermark, die als einzige in den schwierigen Jahren der sozialistischen Alleinregierung Steuern erbracht haben. Das ist doch widersinnig, meine Herrschaften da drüben. (Abg. Sponer: „Sei nicht kindisch!“) Das ist nicht kindisch, das ist wirklich so. Ich frage mich nur, wo Sie ihr Wissen hernehmen. Gibt es einen unter Ihnen, der schon einmal einen Betrieb geführt hat? Nein! Warum gibt es ihn nicht? Weil euch die Leute davonlaufen, die in der Wirtschaft wirklich echt tätig sind. Da hinten steht er immer, ganz verschämt, der Herr Kommerzialrat Stross, der Landesobmann des freien Wirtschaftsverbandes der SPÖ, weil ihr ihn nicht in den Landtag laßt, damit er euch etwas sagt, wie es in der Wirtschaft zugeht. In der Handelskammer lassen wir ihn reden, was er sich denkt, aber da hat er nichts zu sagen in diesem Kreis. (Abg. Rainer: „Da brauchen wir ihn nicht, da haben wir dich!“ – Präsident Zdarsky: „Im Landtag haben wir so viele Gescheite von der ÖVP!“) Warum? Weil man die Wirtschaft nicht will. Vor allem von der kleinen und mittleren will man nichts wissen, von den Steuerbringern. Gewerkschaftssekretär, Betriebsratsobmann, wo sitzt da ein Unternehmer, der euch was sagen könnte, wie es funktioniert, wie die Praxis aussieht? Meine Damen und Herren, und wenn Sie 100 statt 17,5 Rechbergermillionen verbrauchen, es wird Ihnen nicht gelingen nachzuweisen, daß dort die große wirtschaftliche Potenz, die geistige Potenz sitzt, und nicht dort, wo die Wirtschaft praktisch gelebt wird und wo sie wirklich letzten Endes funktioniert.

Meine Damen und Herren, ich habe einen Jugendfreund (Abg. Rainer: „Das kann es fast nicht geben!“), der ist 52einhalb Jahre alt, ist ein Spitzenfacharbeiter in der Hütte Donawitz, leider gewesen, bis vor wenigen Tagen. Er hat 38einhalb Dienstjahre, hat viele junge Leute ausgebildet und wurde nun hinauskomplimentiert aus dem Hüttenwerk, 52einhalb ist er alt. Man hat ihm angeboten – ziemlich deutlich –, er möge die Abfertigung in Anspruch nehmen, die er nun bekommen könne nach SUG3, so heißt dieses Kürzel, dann würde er in die Langzeitarbeitslosigkeit gehen können. Langzeitarbeitslosigkeit, vier Jahre lang würde er Arbeitslosenentschädigung oder Notstandshilfe bekommen, was dann geschieht – dann ist er nämlich 56einhalb Jahre –, weiß er noch nicht. (Abg. Minder: „So geht es in der Privatwirtschaft auch den Frauen mit 45 und 50!“) Er hat keine Ahnung, wie er sich dann weiterbringen soll. Und er weiß auch nicht, ob er mit 60 oder mit 61, 62 oder gar 65 dann in Pension gehen kann, je nachdem, wie es dann mit dem Pensionsalter ausschaut. Der Mann wird sicherlich woanders nicht mehr unterkommen, weil er eben zu alt ist für einen neuen Dienstposten. Auch wenn er gut ist. Das ist kein Einzelfall. Hunderte Donawitzer werden derzeit so hinauskomplimentiert, und es sind in den meisten Fällen die erfahrensten Leute, jene Leute, die der Jugend noch etwas beibringen könnten, und während die Herrschaften hinauskomplimentiert werden, verfährt man in Donawitz Überstunden, um Überstunden, um Überstunden, damit man der jetzigen Mengenkongunktur gerecht werden kann. Wo bleibt die Gewerkschaft, wenn die Mitarbeiter auf der einen Seite im Hüttenwerk 40 und mehr Überstunden machen müssen, im Monat bitte, auf der anderen Seite gibt es die Leute, die hinaus müssen aus dem Werk, und auf der dritten Seite gibt es die Aktion „8000“, die Steuern verbraucht und nicht Steuern erbringt. (Abg. Rainer: „Darf ich dir sagen, wo die bleiben, die vielen Anzeigen, die bei der Handelskammer liegen, ungeklärt sind und bis heute nicht berücksichtigt wurden. Zehntausende von Rückständen sind es. Soll ich dir sagen, wie es dazu gekommen ist. Das ist die Grundlage der Regierungskoalition gewesen. Das war ein Diktat der ÖVP!“) Wenn wer schuld ist, kann es nur die ÖVP sein, aber daran habe ich mich gewöhnt. Kollege Rainer, was das betrifft mit den Anzeigen, das nehme ich zur Kenntnis, nur möchte ich es irgendwann einmal im Parteiblatt der „Neuen Zeit“ lesen, damit auch die Donawitzer oben wissen, daß sich doch die Gewerkschaft in diesem Augenblick auch rührt. Aber ich will euch keine Vorschriften machen, ob ihr euch rührt oder nicht. Das kann mir an sich ziemlich egal sein.

Meine Damen und Herren, es gibt in Luxemburg ein Stahlwerk, und zwar in Esch, das ist ganz genau wie Donawitz ausgerichtet. Wie ein Zwillingbruder von Donawitz. In diesem Stahlwerk arbeiten 2100 Leute, in Donawitz sind es jetzt noch etwas über 3000. Die Luxemburger arbeiten ohne Überstunden, verdienen derzeit ausgezeichnet. Nicht nur die Mitarbeiter, sondern das Stahlwerk an sich. Warum? Weil die hohen Overheadkosten dort minimiert wurden. Bei uns ist das nicht passiert. Es wurde wohl am Papier umstrukturiert, aber die Overheads wurden den Donawitzern nicht genommen. Und aus diesem Grund verdienen die Donawitzer jetzt nicht, sondern sie können nur ein bißchen ihr Defizit minimieren. (Abg. Rainer: „Was

erzählst du. Kennst du die Konstruktion der Stahl Ges. m. b. H. Donawitz nicht?") Ich kenne die Konstruktion. Sie ist ein frommer Wunsch, sie wird nicht gehandhabt. Und wenn der Herr Landesrat Dr. Klauser bereits in der Einbegleitungsrede zum Budget des Jahres 1987 gesagt hat, wörtlich bitte: „Wenn alle Entscheidungen weiterhin in Linz fallen, kann uns dies nur mit Sorge erfüllen“, so hat er heuer umso mehr recht, sollte er diese Meinung noch immer haben.

An den Arbeitern und Angestellten liegt es nicht, es liegt an der Konstruktion und an der Unmöglichkeit der Organisation, wo der Techniker von heute auf morgen zum Verkäufer werden muß als Chef einer großen Stahl-Ges. m. b. H., weil er eben anders nicht unterzubringen ist.

Meine Damen und Herren, ich will jetzt nicht mehr nach den Ursachen forschen, aber wir haben sie heute schon mehrfach gehört. Der Kollege Prof. Dr. Eichtinger hat sich sehr damit befaßt. Ich bedaure nur außerordentlich, daß man Dinge, die leider, auch wenn sie in manchen Bereichen notwendig sind und vielleicht im Fall Steirische Eisenstraße auch einiges Positives haben, daß man diese Dinge herausstellen muß und als richtigen großen Erfolg feiert, wie die Aktion „8000“. Die Aktion „8000“ ist nichts anderes als ein Fangnetz, ein bescheidenes Fangnetz, unter der Politik der sozialistischen 17 Jahre, mit Billigung der FPÖ. (Abg. Schrittwieser: „Willst du es abschaffen, dann mußt du es sagen!“) Herr Kollege Schrittwieser, höre bitte zu! Es hat der Kollege Rainer erzählt, uns glauben machen wollen, daß die Aktion „8000“, die ich nicht ganz verdamme, das sage ich dazu, sie funktioniert in manchen Bereichen ganz gut, aber nur, wenn wenige dabei sind. Wenn sehr viele dort involviert sind, weniger. Du hast uns, wenn ich richtig gehört habe, glauben machen wollen, daß ein normaler Arbeitsloser 120.000 Schilling im Jahr kostet. (Abg. Ing. Stoisser: „95.000 Schilling!“) 95.000, und ein Aktion-„8000“-Arbeitsloser kostet 120.000 Schilling. Stimmt leider nicht. Ich habe hier eine Liste von 34 Aktion-„8000“-Leuten, die kosten bitte im Durchschnitt 18.300 Schilling pro Monat und Mann, und inklusive der Lohnnebenkosten 27.000 Schilling. (Abg. Ing. Stoisser: „Mal zwölf, sind das 360.000 Schilling!“ – Abg. Sponer: „Noch immer billiger als Krobath!“) Und ich darf Ihnen nur sagen, der geringste Verdienst liegt bei brutto 13.932 Schilling, und der höchste bitte, Sie verhören sich nicht, liegt bei 41.250 Schilling brutto. (Abg. Rainer: „Sage dazu, woher du das hast!“) Die Aktion „8000“, die in manchen Bereichen, und das sage ich noch einmal, vor allem auch an der Eisenstraße, relativ gut funktioniert und nicht mehr die anfänglichen Kinderkrankheiten hat, kostet also viel, viel mehr. Und es wäre wirklich, wenn dieses Geld des Sozialministeriums kein Mascherl hätte, viel, viel besser, man würde dieses Geld zur Unterbringung von Arbeitslosen in Baufirmen verwenden, damit diese Baufirmen dann auch wieder Steuern zahlen können, dadurch, daß sie Aufträge erhalten und erfüllen können.

Meine Damen und Herren, was mir aber nicht eingeht, das sind gewisse Verzögerungstaktiken. Es wird hier während der Budgetdebatte immer wieder behauptet, man würde für die positive Entwicklung der steirischen Wirtschaft sein. Ich kann mich erinnern an Brigl und Bergmeister in Niklasdorf. Ja bitte, glauben

Sie mir das oder glauben Sie mir das nicht, Sie wissen es sicher, Ihre Funktionäre hätten diese Papierfabrik vor die Hunde gehen lassen, bevor sie bereit gewesen wären, gleich zuzustimmen, sie dem Privatunternehmer Prinzhorn weiterzugeben. Gott sei Dank hat sich das Land Steiermark mit großer Initiative durchgesetzt. Hat sicherlich auch viel Geld gekostet, aber diese Firma ist in den schwarzen Zahlen und arbeitet bestens, und die Leute sind zufrieden, die dort arbeiten. Ich denke auch bei Geißler & Pehr in Eisenerz, daß der Eisenerzer Arbeiterbetriebsrat sich sehr dagegen gesträubt hat, daß die Arbeitnehmer, die in der früheren Hauptwerkstätte der VOEST-Alpine waren, in die Privatfirma Geißler & Pehr übersiedeln können, daß überhaupt diese Firma die Hauptwerkstätte übernehmen kann. (Abg. Hammer: „Das stimmt nicht, was redest du zusammen!“) Das stimmt selbstverständlich. Aber heute stehen dieselben, die sich damals gewehrt haben, in der ersten Reihe und sonnen sich am Erfolg der privaten Firmen. Kann mir auch recht sein, mir ist der Firmenerfolg wichtig. (Abg. Hammer: „Das ist die Unwahrheit!“ – Abg. Rainer: „Wenn dort wieder vom Zusperrern gesprochen wird, werden wir deine Aussage der Firma vorlegen!“) Darf ich gleich noch ein Beispiel anhängen. Meine Damen und Herren, darf ich nun fragen, warum hat Ihre Fraktion, vor allem der Herr Betriebsratsobmann Fauland, so lange den Ankauf jenes Grundstückes, auf dem ein Industrie- und Gewerbebepark in St. Peter-Freienstein entstehen soll, verzögert? Warum? War das freundlich, wirtschaftsfreundlich? War das vielleicht dazu angetan, Unternehmer hereinzuholen statt sie abzuschrecken? Und als dann alle Verhinderungsversuche gescheitert sind, weil man letztlich auch gemerkt hat, daß das Land Steiermark gebraucht wird, daß die helfende Hand des Landes gebraucht wird und des Landeshauptmannes, wenn es darum geht, das KVA-Verfahren in Donawitz durchzuziehen und zu ermöglichen, dann hat man dem Verkauf wohl zugestimmt, aber immerhin um fast 8 Millionen Schilling, während gleichzeitig die Werksschule Donawitz mit einem Verkaufswert von 60 Millionen Schilling um einen symbolischen Schilling vom Genossen Strahammer zum Genossen Gross gewandert ist. (Abg. Hammer: „Gott sei Dank!“) Wir sind froh, daß es das BFI jetzt hat, selbstverständlich sind wir froh, aber warum muß für Betriebsansiedlungen auf der einen Seite so lang gezögert werden, ein paar Millionen herzugeben, warum zögert man überhaupt, einen Grund zur Verfügung zu stellen, wenn man in Donawitz ohnedies Leute abbaut, die man woanders unterbringen muß, und auf der anderen Seite geht es symbolisch von Genosse zu Genosse um einen Schilling. (Abg. Hammer: „Das WIFI hätte genauso einsteigen können!“) Das – bitte – sind widersprüchliche Dinge, über die kann man nicht hinwegdiskutieren. Meine Damen und Herren! Was haben wir in der Steiermark zu bieten? Sie werden gleich erkennen, welche Seite dieses Hauses das ganze in den letzten Jahren geboten hat. Wir haben im letzten Jahr oder in den letzten Monaten viele Initiativen bekommen: Technologiepark Niklasdorf, Schulungszentrum Niklasdorf, Laserzentrum Niklasdorf. Die ersten beiden gegen die Stimmen der Sozialistischen Partei in Regierung und hier im Haus. (Abg. Hammer: „Nur gegen die Ausschreibung!“ – Abg. Rainer: „Gegen die Art!“) Dagegen ist dagegen, das

kann man jetzt nicht umdiskutieren. Das geht nicht. Und mit großer Mühe nur – glaube ich – gelang es, die Sozialistische Partei wenigstens zur Zustimmung für das Laserzentrum zu bringen. Wir haben wirklich eine Kraftanstrengung mit dieser Wirtschaftsmilliarde, die sehr gerecht ist, weil sie für fast alle Branchen ist und für das ganze Land. Das ist wirklich eine Kraftanstrengung. Und wir werden in dieser Hinsicht auch weiterarbeiten können. Nur, nicht immer möchten wir da Prügel zwischen die Füße bekommen. Meine Damen und Herren, alles, was schon vorher geschehen ist, was ich gar nicht aufzählen möchte, weil es zuviel wäre und zuviel Zeit beanspruchen würde, hat sich bereits ausgewirkt. Eine Studie eines Grazer Universitätsinstitutes hat 1985 erstmals Zuwächse bei den privaten Industriearbeitsplätzen in der Steiermark geortet. 250 an der Zahl. 1986 waren es bitte bereits 300 Arbeitsplätze, die zugewachsen sind in der Privatindustrie, und 1987 waren es 2000. Österreichweit sind im selben Zeitraum auch in der Privatindustrie die Arbeitsplätze um 0,9 Prozent zurückgegangen. Jetzt frage ich Sie, sind das nicht optimistische Zeichen? Sollten wir uns nicht eher an denen festkrallen als an alten Statistiken, die die Steiermark – wie immer wieder zitiert wird – als armes Land und hoffnungsloses Land ausweisen? So werden wir nicht weiterkommen, wenn wir in dieser Tonart immer weiterreden und Zeitungen und Nachrichtenmagazine – mögen sie noch so dick und prominent und vierfärbig sein – nachbeten.

Meine Damen und Herren! Wir müssen wirklich in Zukunft mehr Optimismus zeigen und nicht alles nur schlecht machen, weil man an gewissen Erfolgen eben nicht beteiligt sein konnte, weil man es nicht rechtzeitig verstanden hat, wie man es machen soll. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 18.01 Uhr.)

Präsident Wegart (18.01 Uhr): Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Franz Ofner.

Abg. Franz Ofner (18.01 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Die wirtschaftliche Situation des Bezirkes Voitsberg ist gekennzeichnet durch den Rückgang der traditionellen Wirtschaftsstrukturen, vor allem durch den Kohlenbergbau und die Glasindustrie. Beide befinden sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Umstrukturierungsprozessen. Das Schlüsselunternehmen unserer Region, die GKB, kämpft seit geraumer Zeit mit Absatzschwierigkeiten. Die Gründe sind bekannt. Der Preisverfall bei Öl und Gas sowie Importe billiger Kohle machen dem weststeirischen Braunkohlebergbau die größten Schwierigkeiten. Die Aufrechterhaltung der GKB in einer vertretbaren Größenordnung ist nicht nur eine betriebswirtschaftliche Frage. Die gesamte Infrastruktur des Bezirkes ist davon weitgehend abhängig. Wir müssen uns daher im Interesse unseres Bezirkes dafür einsetzen, daß Maßnahmen gesetzt werden, die eine für die Region nicht verkraftbare massive Schrumpfung unseres größten Unternehmens verhindern. Eine solche Maßnahme ist zum Beispiel der seit langem geforderte verstärkte Einsatz des Kraftwerkes Voitsberg III. Meine Damen und Herren! Vor einigen Jahren wurde ein modernes kolo-

risches Kraftwerk mitten in das Kohlenrevier der Weststeiermark gebaut mit hohem finanziellem Aufwand, mit dem Stand der Technik, mit den Einrichtungen des Umweltschutzes. Nur aber, weil eine Mehrbelastung bei der Stromerzeugung entsteht, wird dieses Kraftwerk nur zur Hälfte im Durchschnitt des Jahres eingesetzt. Und bei uns, in der GKB, auf unseren Halden haben wir 1,6 Millionen Tonnen Kraftwerkskohle lagern. Das ist eine eineinhalbjährige Jahresproduktion. Und hier möchte ich den Verantwortlichen der STEWEAG vor allem ersuchen und den Herrn Landeshauptmann, einzuwirken, daß durch den Ausfall oder die Stilllegung oder Umrüstung des Kraftwerkes Wernsdorf hier eine Substituierung durch den Einsatz oder Mehreinsatz der weststeirischen Braunkohle möglich ist. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Es ist bekannt, daß ich das längst gefordert habe. Die GKB hat leider damals gesagt, sie sei nicht in der Lage, die entsprechenden Kohlennotwendigkeiten sicherzustellen. Wir müssen uns daher alle sehr bemühen, daß die Verbundgesellschaft in dieser Sache das tut, was wir für richtig halten!“) Aber bitte, zu einer Richtigstellung. Herr Landeshauptmann, die GKB ist damals vor dem Bau von Mellach wegen der Lieferung weststeirischer Braunkohle angesprochen worden. Vom Ausmaß her, und man hat erst später wieder Lagerstätten gefunden – wenn man es so sagen kann –, war zu diesem Zeitpunkt die GKB sicher nicht in der Lage, von der Größenordnung und der Dauer dieser Belieferung von Mellach. Das ist richtig. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Sie haben natürlich den Brief geschrieben. Das liegt vor, und das hat dazu geführt, daß die eine andere Entscheidung treffen mußten!“) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen zu einem zweiten Problem. Dies ist schon angeklungen. Es wird an einer Neufassung der Landesverordnung zur Festsetzung von Grenzwerten für feste Brennstoffe gearbeitet und dies vorbereitet. Wir wissen über die Belange des Umweltschutzes. Wenn es uns auch jetzt zeitlich nicht paßt, werden wir auch die Verantwortlichen ersuchen, die Festsetzung dieser Grenzwerte in Graz so zu gestalten, daß wir auch noch Platz mit unserer Hausbrandkohle haben. Denn, meine Damen und Herren, wenn dies nicht der Fall ist – nur auf dem Hausbrandsektor –, dann sind 300 Bergarbeiter ad hoc zusätzlich im weststeirischen Kohlenrevier mit ihren Arbeitsplätzen gefährdet. Und hier möchte ich die Bitte anbringen, Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, in diesem Sinne auch an die weststeirischen Bergarbeiter zu denken und auch in diesem Sinne diese Verordnung zu gestalten, daß wir als Bergarbeiter – (Abg. Kammlander: „Sagen Sie etwas über die Bergarbeiter!“) Ich wußte schon, Kollegin Kammlander, daß Sie in dem Fall nicht ruhig sein werden, wenn ich das sage. Aber bitte, es gibt auch soziale Probleme. Und der Hausbrand ist sicher nicht einer der Hauptverursacher dieses Smogs. Er ist vielleicht einer, aber bei Gott nicht der Hauptverursacher. (Abg. Kammlander: „Das ist ein Mißverständnis. Ich meine nicht, daß es zu Lasten der Bergarbeiter geht!“) Dann bedenken Sie aber auch, daß es kleine Einkommensbezieher gibt, die es sich nicht leisten können, irgendwo elektrische oder Fernwärme anzuschließen, ja natürlich mit den billigsten Brennstoffen heizen, und das ist die Kohle. (Abg. Kammlander: „Man kann doch nicht die Grenzwerte manipulieren, damit die Bergarbeiter Arbeit haben.

Man muß ihnen etwas geben!") Dann machen Sie einen Vorschlag, in welcher Form.

Meine Damen und Herren, durch diese angeführten Probleme ist es natürlich im Bezirk Voitsberg so, daß wir in der Steiermark überhaupt die höchste Arbeitslosenrate und eine der höchsten Arbeitslosenraten in ganz Österreich haben. Und wir nähern uns einem Industriefriedhof, wie wir es aus dem Ruhrgebiet oder Großbritannien kennen. Unser Bedürfnis und Bestreben ist es natürlich, in andere Bereiche einzusteigen, aber, Herr Landeshauptmann, hier muß ich natürlich auch Sie als langjährigen Referenten des Straßenbaues in der Steiermark bitten, daß man, wo das Land koordiniert und die Planung gestaltet, wenn in der Grundstoffindustrie Ressourcen zu Ende gehen, wie bei uns im weststeirischen Kohlenrevier, rechtzeitig Vorsorge treffen soll, um Betriebsansiedlungen zu begünstigen. Und ich glaube, das eine Faktum dazu ist ein guter Verkehrsweg. Es ist leider Gottes so, daß wir eine Autobahn haben, die vorbeigeht am Kernraum, und aus diesem Kernraum es keinen Zubringer gibt. Wir sind jetzt so weit, daß der Schnellstraßenbau von Köflach nach Mooskirchen begonnen hat, wo jetzt an der Umfahrung von Voitsberg gearbeitet wird. Aber meines Wissens – aus der Sektion VI aus dem Handelsministerium – gibt es da große Schwierigkeiten, so daß es sogar in Frage gestellt ist, ob der Zubringer bis Mooskirchen überhaupt ermöglicht werden kann. Herr Landeshauptmann, ich muß Ihnen und der ÖVP, die in der Zweiten Republik meines Wissens immer das Ressort des Straßenbaues hier im Land hatte und Sie langjähriger Referent sind, sagen, daß hier doch zu wenig Vorsorge besteht und Versäumnisse vorhanden sind. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Darf ich kurz noch etwas dazu sagen als Zwischenruf. Was mir immer imponiert an Ihren Wortmeldungen, ist diese grundsätzliche Seriosität. Sie haben völlig recht, im Land führen wir seit 1945 das Straßenbaureferat, aber das Bundesstraßenbaureferat führte seit dem Jahre 1970 bis zum Jahre 1986, 16 Jahre also, ein Sozialist.

Sponer, hör zu, diese Trickserien sind doch wirklich Schnee von vorgestern. Und das wollte ich sagen, das steht ja dem Abgeordneten Ofner schlecht an, der wissen müßte, daß Sekanina, der viel für dieses Land getan hat bei den Straßen, in dieser Frage mit euren Bezirksleuten ständig im Krieg gewesen ist. Ich weiß das als Mensch, der für die Landesstraßen zuständig ist und der bitteschön auch im Bundesstraßenbereich als Auftragsverwaltung des Bundes tätig ist. Ich habe genau mit euch mitgekämpft in dieser Geschichte. Aber ihr habt nicht immer jene Erhöhung bei euren eigenen Ministern gefunden, die wir alle gerne gehabt hätten. Das ist die Wirklichkeit!“ – Beifall bei der ÖVP.) Herr Landeshauptmann, ich ersuche Sie und fordere Sie auf, auch in Hinkunft mit uns so weiterzukämpfen, daß es wirklich zu einem Anschluß an die A 2 kommt. (Beifall bei der SPÖ. – 18.12 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Göber.

Abg. Göber (18.12 Uhr): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

Wir führen heute schon ziemlich lange eine Wirtschaftsdebatte, und das ist gut so. Wir haben schon

viele Bereiche besprochen, aber ich bin etwas traurig, daß kaum ein Redner oder gar keiner bis jetzt von der kleinen und mittelständischen Wirtschaft gesprochen hat. Unser Präsident ist die einzige Ausnahme. Und ich meine, wir alle reden sehr oft davon, wie wichtig unsere kleine und mittelständische Wirtschaft ist, aber ich würde Sie auffordern, auch für unsere Sorgen und unsere Anliegen einzutreten. Darf ich kurz nur zum Lebensmittelhandel und Handel etwas sagen. Verehrte Damen und Herren, in Österreich haben von 1985 bis 1987 mehr als 600 Lebensmittelgeschäfte zugesperrt. Mehr als ein Sechstel davon, das sind 109 Geschäfte, in der Steiermark. Nicht nur Interessensvertretungen, meine Damen und Herren, sondern auch Regierungen, Landtage und Gemeinden müssen sich mit diesen Auswirkungen beschäftigen. Ich muß sagen, in Deutschland, in Baden-Württemberg, befassen sich diese Gremien seit Jahren intensiv mit der Zusperrmethode der kleinen Betriebe. Ich ersuche Sie herzlich, daß auch wir das zu unserem Anliegen machen. Nicht nur zu Hause in den Gemeinden davon reden, sondern auch im Landtag hier. 1987 gab es 1737, das sind 15,8 Prozent aller österreichischen Lebensmittelgeschäfte in der Steiermark. Davon sind 1379 Betriebe Arbeitgeberbetriebe mit 6230 Dienstnehmern, 1879 Lehrlingen. Die Umsätze der Lebensmittelbetriebe in der Steiermark betragen 15,18 Milliarden Schilling, das sind rund 13,8 Prozent der Gesamthandelsumsätze.

Meine Damen und Herren, wir aus dem Handel bemühen uns wirklich, uns den Strukturen in den Gemeinden und in den Orten anzupassen. Nur, was in den letzten Jahren geschieht mit jenen großen, wie sie da heißen, Billa, Löwa, Hofer, Zumtobel, die kümmern sich rein um gar nichts. Die siedeln sich dort an, wo sie glauben. Die nehmen nicht Rücksicht auf die Strukturen unserer Gemeinden und Orte, und wir schweigen eigentlich dazu. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das ist überregionale steirische Raumplanung!“)

Verehrte Damen und Herren, uns allen muß klar sein, daß das Endziel dieser Methoden der Kaufmann ist. Und ich weiß nicht, ob Sie es haben wollen, daß noch mehr Kaufleute zugrunde gehen oder einfach die Lust verlieren, weil sie den Kampf nicht durchstehen. Vielleicht hilft uns in Zukunft ein bißchen das Steirische Raumordnungsgesetz oder vielleicht auch die Einkaufszentrenverordnung. (Unverständlicher Zwischenruf.) Herr Kollege, darf ich weiterreden? Nicht, daß Sie jetzt meinen, wir stellen uns nicht dem Konkurrenzkampf. Das stimmt nicht. Wir mußten uns jederzeit einer Konkurrenz stellen. Wir sind nicht jene, die die totale Verhinderung von großen Handelsgeschäften wünschen oder wollen oder auch nicht in die Wege führen können, sondern ich meine, die Ausstattung der Städte, Märkte und Orte nur mit jenen Größenordnungen zu erlauben, die eigentlich angepaßt sind. (Beifall bei der ÖVP.) Es ist uns von seiten des WIFI und auch von seiten der Handelskammer Unterstützung gegeben worden. Ich bedanke mich dafür, denn ich weiß schon, daß wir auch nicht alles richtig gemacht haben. Ich weiß, daß wir Unternehmer auch umdenken müssen, munter werden müssen und uns den neuen Zeiten anpassen müssen. Wir werden dieses Angebot des WIFI annehmen. Dazu möchte ich sagen, daß in den letzten 13 Jahren wirklich von dort Kaufkraftunter-

suchungen angeboten wurden, und die Unternehmer haben das auch angenommen, damit wir uns wirklich auf die Wünsche der Kunden einstellen können.

Kurz noch zum Handel überhaupt. Der Handel in der Steiermark umfaßt 5312 Betriebe mit insgesamt 45.073 Beschäftigten.

Meine Damen und Herren! Auch das ist eine Zahl, die sehenswert ist. Und ich war gestern sehr betroffen und auch heute, als gestern der Herr Kollege Rainer und heute der Herr Kollege Vollmann über uns kleine Unternehmer überhaupt nichts Positives sagen konnten.

Ich meine, es ist für uns sicherlich keine Motivation, wenn sie noch diese alten, uralten Schlagworte gebrauchen von den Ausbeutern. Ich habe mir Ihre Worte aufgeschrieben. Ich habe es gar nicht mit hierher genommen, wie überfordert, wie unsozial und ich weiß nicht was noch alles. Wir wollen doch alle Arbeitsplätze schaffen. Jetzt nennen Sie mir wirklich solche Betriebe aus Ihrer Umgebung, die so unsozial sind. Ich bin überzeugt, Sie können keinen einzigen davon nennen. Ich gebe sicher zu, alle sind wir Menschen, Herr Kollege. Und in jedem Bereich, ob bei Ihnen, ob bei den Beamten, Angestellten, Arbeitern und so weiter, gibt es eben auch solche, die ihre Pflichten im Berufsleben nicht erfüllen. Wenn ein Angestellter fünf Minuten ruht und nichts tut, dann hat er auch etwas Negatives getan, und es wird nicht an die große Glocke gehängt. Aber wenn ein Unternehmer einmal vielleicht aus Unwissenheit etwas Falsches tut, dann kommt das an die große Glocke. Ich will ja damit nur sagen, Sie wissen genau so gut wie ich, was die Unternehmer leisten. Und das haben sie sich einfach nicht verdient.

Zur Wirtschaftsmilliarde möchte ich wohl auch etwas sagen. Ich bedanke mich, Frau Landesrat. Grundsätzlich sind wir dafür, daß wir keine Förderungen brauchen. Und auch der kleinste ist stolz darauf, wenn er sie nicht braucht. Aber ich meine, das ist so wie mit einem Sparstrumpf. Es ist immer gut zu wissen, wenn man es braucht, man hat einen Rückhalt. Und endlich ist auch für uns Kleine etwas zur Verfügung gestellt. Trotzdem meine ich, wenn das auch oft anders klingt, daß der Einzelhandel außergewöhnlich dynamisch ist. Und er ist sicherlich ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Er mußte sich schon immer anpassen den neuen Warenangeboten, der Kundenstruktur, der Kaufkraft und vor allem den Wünschen der Konsumenten. Viele von uns haben auch ihre Betriebsformen schon geändert, damit wir nicht in Verzug sind. Wir wollen und wissen auch, daß man den Konsumenten heute nicht nur in den Großmärkten, sondern auch bei uns Information, Erlebnis, vielleicht auch ein gewisses Verwöhnen bieten muß. Und vielleicht ist es auch wieder einmal gestattet, daß die Kunden genießen dürfen, und ein wenig Illusionen sollte man vermitteln. Wir werden uns darum bemühen. Was ich aber auch zur Nahversorgung zähle, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ja schließlich und endlich nicht nur der Lebensmittelhandel. Schauen wir unsere Orte an. Und das ist heute mein großes Anliegen. In jedem Ort gibt es die kleinen Fachgeschäfte, ob das das Lederwarengeschäft ist, ob es das kleine Kaffeehaus ist, ob es der Gastwirt ist. Ich zähle das alles zur Nahversorgung. Denn lassen wir diese Betriebe einschlafen, dann stirbt

auch die Kultur und die Gemeinschaft im Lande. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Ein Satz, wir fürchten uns nicht vom Konkurrenzkampf, das möchte ich öfter deponieren. Aber eines möchte ich auch noch sagen. Es sollte gleiches Recht für Groß und für Klein herrschen. Und was mich auch sehr bedrückt, das ist die Bildung und die Ausbildung der Unternehmer. Ich habe schon gestern zu den Maturanten gesprochen. Es kursiert noch immer ein wenig die Meinung, der Unternehmer braucht ja nichts anderes, als „Kassaladl auf und Kassaladl zumachen“. Helfen Sie uns, dieses Image wegzubringen. Das stimmt nämlich nicht. Ich habe mir das auch einmal so vorgestellt, bis ich daraufgekommen bin, wie umfassend der Unternehmer sein muß, welche Risiken er eingehen muß und wieviel Gesetze und Verordnungen – das wissen Sie auch alles – er zu beachten hat. Ich möchte sagen, er müßte ein universeller Mensch sein. Uns darf man nicht immer so unmündig hinstellen, wie gesagt, als einen, der nur mit Geld zu tun hat. Zur Unmündigkeit zähle ich aber auch unsere Ladenöffnungszeiten. Ich möchte aber jetzt gar nicht darüber reden. Viel möchte ich dazu sagen, ich lasse es weg. Aber eines kann ich sicher nicht auslassen. Das sind die Unternehmerinnen und die mittätigen Ehegattinnen in den Betrieben.

Meine Damen und Herren! 70.000 Unternehmerinnen gibt es in Österreich. Es gibt 40.000 mittätige Ehegattinnen. Eigentlich spricht man auch nicht in der Öffentlichkeit von ihnen, obwohl sie sich verdient hätten, vielleicht wollen sie es gar nicht. Nur müssen Sie sich vorstellen, was es heißt, Unternehmerin oder mittätige Ehegattin zu sein. Nebenher sind wir alle noch Ehefrauen, Mütter, Großmütter und versorgen auch noch die Familien. Ich meine, sie alle haben sich wirklich große Anerkennung verdient. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL.)

Trotz zur Zeit guter Wirtschaftszahlen, meine Damen und Herren, sollte man uns Kleine in der Wirtschaft nicht überfordern. Denn, wie jemand geschrieben hat „das Seil reißt leicht“. Und nicht alle – das muß man auch dazusagen – erleben schon die Konjunktur.

Wenn ich nur kurz unsere Wünsche deponieren dürfte, reden wir nicht dauernd von noch mehr Kostenbelastung für uns Kleine. Es kann ja auch nicht modern sein oder eine neue Idee sein, daß man wirklich von der 35-Stunden-Woche spricht, auch nicht von der Maschinensteuer, auch wenn es der Bundesrat Sommer befürwortet, bin ich trotzdem dagegen. Ich meine, was Klein- und Mittelbetriebe leisten, muß man honorieren, damit man sie nicht unentwegt mit neuen Zahlen und neuen Belastungen belastet.

Zum Abschluß, weil alle seit neuem Bücher mithaben: Ich habe mir nur einen kleinen Zettel herausgerissen, und den möchte ich Ihnen heute auch vorlesen. Ein Artikel, wie jemand über Italien schreibt: „Italien hat schon sehr viele Krisen durchgemacht. Trotzdem sind sie zu bewundern. Sie raffen sich immer wieder auf, und wer sich dort aufrafft, ist auch der Privatunternehmer“. Und da heißt es in einem Satz dann: „Daher, liebe Unternehmer, ermannt euch, ihr österreichischen Privatunternehmer, zeigt mehr Selbstbewußtsein, laßt euch nicht weiter pflanzen, schöpft vielmehr alle Rechtsmittel aus, organisiert euch, mobilisiert eure Interessensvertretungen. Die öffentliche Meinung ist

übrigens jetzt schon auf eurer Seite. Der legendäre kleine Mann hat durchaus Verständnis für eure Sorgen. Er muß nur motiviert werden“. Helfen Sie uns dazu. Danke! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL. – 18.27 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar.

Abg. Ussar (18.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landesrat, Herr Landesrat! Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Es wurde heute öfter in der Wirtschaftsdebatte vom Hüttenwerk Donawitz gesprochen. Vielleicht kann ich als einer derjenigen, der nicht nur dort wohnt, sondern auch in diesem Werk gearbeitet hat, dazu einen Beitrag geben. Es war zu unserer Zeit, als ich die Lehrerbildungsanstalt absolviert habe, ebenfalls keine Arbeitsstelle als Lehrer zu haben, und ich habe selbst ein Dienstjahr in diesem Hüttenwerk zugebracht. Zur damaligen Zeit, das war im Jahre 1953, war es so, daß es über 7000 Arbeiter waren, und wir wurden am Samstag und Sonntag gebeten zu arbeiten, weil nicht genug produziert werden konnte.

Die Männer und Frauen, die dort gearbeitet haben, haben mit ganzem Einsatz für diese Republik in dieser Zeit Enormes geleistet, aber sie haben auch Würde gezeigt und haben diese Würde auch heute noch. Ich möchte heute kurz dazu Stellung nehmen, vor allem zum KVA-Verfahren. Es hat mich ganz besonders gefreut, daß am vergangenen Freitag, wenn ich richtig informiert bin, dieser Vertrag abgeschlossen wurde. Ich möchte doch die Diskussion um die verstaatlichte Industrie vielleicht ein bißchen in das rechte Licht rücken. Ich komme auch mit keinem Buch heraus, und ich muß Ihnen sagen, sehr geehrte Damen und Herren, diejenigen Frauen und Männer, die zu uns kommen und ersuchen, ihnen zu helfen bei der Findung eines Arbeitsplatzes, die haben weder Milovan Djilas noch haben sie Norbert Leser unter dem Arm. Sie kommen zu uns Abgeordneten, weil sie wissen, daß wir für die Männer und Frauen in diesem Land da sind und weil wir da sind, ihnen zu helfen. Und ich möchte sagen, daß gerade der Gemeinderat der Stadt Leoben, als diese schwierige Situation im Hüttenwerk Donawitz aufgetreten ist, sich auch an das Land Steiermark gewandt hat, an den Bund gewandt hat, und ich darf sagen, daß sowohl vom Land Steiermark als auch vom Bund diese Hilfe geleistet wird und geleistet wurde. Es wurde heute der Herr Abgeordnete Fauland zitiert von meinem Freund Abgeordneten Kollmann. Ich möchte sagen, er hat ihn hier vielleicht nicht richtig zitiert. Fauland ist einer derjenigen, der sich immer um die Anliegen des Bezirkes und vor allem um dieses Werk größte Verdienste erworben hat. Und ich möchte sehr herzlich dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross danken. Hans Gross war es, der die Delegationen immer sofort empfangen hat, der mit ihnen nach Wien gefahren ist. Und wenn wir heute sagen können, daß auch vom Bund eine große Hilfe von über 400 Millionen Schilling für dieses KVA-Verfahren zur Verfügung gestellt wurde, so ist es ein großes Verdienst auch unseres Ersten Landeshauptmannstellvertreters Hans Gross. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren, es freut mich, daß im Budgetentwurf 1989 der entsprechende Landesanteil enthalten ist. Er ist mit 40 Millionen Schilling präliminiert auf fünf Jahre, und ich stehe nicht an, auch Ihnen, Frau Landesrat, dem Herrn Landeshauptmann, dem Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Gross, dem Herrn Landesrat Dr. Klausner, die Sie bei der Unterzeichnung dieses Vertrages dabei waren, zu danken, denn es geht hier nicht darum, wer hier die erste Geige gespielt hat, es geht darum, daß diesen Menschen ganz einfach geholfen wurde und ihnen die Angst genommen wurde. Ich habe Ihnen schon gesagt, als ich in diesem Hüttenwerk gearbeitet habe, da war die Würde dieser Menschen noch hoch geachtet, und plötzlich mußten diese Leute zur Kenntnis nehmen, daß man über sie in der Öffentlichkeit so spricht, wie sie es nicht verdient haben, denn sie haben gerade, wenn wir von Jubiläen reden, einen enormen Anteil am Aufbau dieses Landes geleistet. Und wenn vor mir die Kollegin Göber gesprochen hat von der mittelständischen Wirtschaft, so möchte ich sagen, ich pflichte ihr vollkommen bei, finde auch eine Verbindung zur Verstaatlichten. Wenn wir momentan noch im Hüttenwerk Donawitz 3400 Beschäftigte haben, so zeigt das, wenn wir diese Arbeitsplätze erhalten, daß diese auch auf die mittelständische Wirtschaft ausstrahlen. Und ich weiß, daß eine Faustregel sagt, daß auch zwei Arbeitsplätze in anderen Berufsgruppen gesichert werden. Ich darf hier um Verständnis ersuchen, wenn dieses Problem diskutiert wird, auch in dieser Hinsicht. Es geht nicht darum, daß wir polemisch sagen, da werden 20 oder 40 Millionen Schilling hinausgeworfen. Hinter diesen 20 und 40 Millionen Schilling steht die Sorge von 3400 Familien, von Vätern und Müttern, die darum gebangt haben, ob die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Und wenn wir schon zum KVA-Verfahren reden, ich glaube, das Hüttenwerk Donawitz hat seinerzeit einmal gerade im LD-Verfahren einen ganz großen Namen in der Welt gehabt. Und wir haben uns immer wieder auch dazu bekannt, daß wir moderne Technologien in unserem Lande fördern und daß wir uns bemühen, diese Technologien auch weiterhin in den Vordergrund zu stellen. Ich glaube, daß mit KVA ein neues System erprobt wird, das sich bis jetzt schon sehr positiv bewertet hat, und vielleicht wird es genauso einmal wie LD in der ganzen Welt einen Namen haben. Wir haben auch die Montanuniversität. Forschung und Wirtschaft zusammen haben schon viel zusammengebracht. Und ich habe den Optimismus. Ich habe den Optimismus nicht nur deswegen, weil ich in diesem Hüttenwerk gearbeitet habe, weil ich gesehen habe, was Menschen zu leisten imstande sind in schwerer und schwerster Zeit. Und ich glaube, gerade wir als Steiermärkischer Landtag haben in dieser Zeit die große Verpflichtung, diese Leute, die vor Jahrzehnten die Aufbauarbeit mit vielen anderen geleistet haben, in dieser Situation besonders zu unterstützen.

Sehr geehrte Damen und Herren, meistens singen wir nur die erste Strophe der Landeshymne. Es gibt aber auch eine Strophe, wo steht: „wo durch Kohlen- glut und des Hammers Kraft starker Hände Fleiß das Eisen zeugt“. Tragen wir alle dazu bei, daß noch lange dieses Eisen gezeugt wird in unserer steirischen Heimat. Wir helfen unseren Mitmenschen, daß sie weiterhin Mut haben, und sie haben den Mut und die Kraft, und sind wir stolz auf unsere Arbeiter im Hüttenwerk

Donawitz. Ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und VGÖ/AL. – 18.33 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Rupp.

Abg. Dr. Rupp (18.33 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich freue mich, daß ich erstmals in diesem Hause zu einem Thema sprechen darf, das mich beruflich und privat viele Jahre hindurch schon bewegt. Es ist die Deregulierung. Bevor ich allerdings zu diesem Thema spreche, gestatten Sie mir nur eine ganz kurze persönliche Anmerkung. Es mag vielleicht ein Zufall gewesen sein, daß vor mir der Kollege Ussar gesprochen hat, der aus meiner Heimatgegend stammt. Mein Vater hat übrigens auch in Donawitz gearbeitet, und wir sind eigentlich in diesem Jahr beide gemeinsam das erste Mal bei einer Budgetdebatte dabei. Ich stehe noch unter dem Eindruck dieser Budgetdebatte. Wenn man das erste Mal da ist, ist man vorsichtiger, man ist aber wahrscheinlich auch etwas kritischer. Ich nehme es wirklich sehr ernst, wenn ich diese Worte hier ausspreche. Mir ist aufgefallen, und das bringt wahrscheinlich der Advent mit sich, eine Zeit der Besinnung und des Nachdenkens, wir sollten uns alle hier fragen, nachdem jetzt der dritte Tag der Budgetdebatte zu Ende geht, ob wir es wirklich so gemacht haben, wie wir das wollten, wie wir uns vorbereitet haben. Wir haben uns jeder einzelne zu einem fachlichen Thema gründlich vorbereitet, und wir sollten uns die Frage stellen spätestens nach Ende der Debatte, ob wir es zeitlich, auch was den persönlichen Vortrag betrifft, und welche Auswirkungen das gehabt hat, wie wir das über die Rampe gebracht haben, das sollten wir sehen. Ein Satz meines Vorredners ist mir noch in Erinnerung. Frauen und Männer kommen zu uns und suchen Hilfe. Wir versuchen das Bestmögliche, wir geben ihnen diese Hilfe. Aber sie kontrollieren uns natürlich auch in unserem persönlichen Auftreten, und das nicht nur bei Festen oder bei Festivitäten, sondern auch bei unserer Arbeit hier im Landtag, in einer gesetzgebenden Körperschaft. Und ich weiß nicht, ob es uns in den letzten drei Tagen so optimal gelungen ist, mich eingeschlossen, ob wir alle positiven und negativen Auswirkungen, die in der Öffentlichkeit zum Tragen kommen, wirklich bedacht haben. Ob wir uns nicht eigentlich der Gefahr der Selbsttäuschung hingegeben haben, ob das genau das ist, was der Bürger von uns will.

Und nun wirklich zum Thema. Wir produzieren ständig als gesetzgebende Körperschaft Vorschriften. Wir produzieren neue Vorschriften, wir stellen uns wahrscheinlich auch die Frage bezüglich der Notwendigkeit. Es ist sehr wichtig, daß wir uns auch die Frage stellen, haben wir den Menschen in den Mittelpunkt gestellt, haben wir die Folgewirkungen auf unsere Mitbürger wirklich bedacht oder haben wir mit der einen oder anderen Vorschrift, speziell mit Vorschriften, die in das Wirtschaftsleben hineinreichen, nicht auch den Umkehreffekt erreicht. Ist nicht gerade das Gegenteil eingetreten im Laufe der Zeit von dem, was eigentlich gut beabsichtigt war? Und wenn man diese Expansion der Gesetzesbürokratie stoppen will, dann müssen wir, meine Damen und Herren, aufhören, jedes Detail in allen Lebensbereichen durch Vorschriften

regeln zu wollen, und wir müssen etwas lernen, und das bitte auch hier als Anfänger in dieser Landtagsstube. Wir müssen eine verständlichere Sprache, und zwar als Politiker, aber auch als Fachbeamter, sprechen und für unsere Mitbürger deutlicher werden. Nachdem es sehr leicht ist, Fehler aufzuzeigen, mache ich es mir noch leichter und zeige weiter weg. Es gibt andere gesetzgebende Körperschaften, es gibt das Parlament. Ich habe mir als Beispiel aus der Bundesgesetzgebung nur zwei sogenannte Schmankerln herausgeholt. Wenn es wirklich Sinn und Zweck einer gesetzgebenden Körperschaft ist, ein Qualitätsklassengesetz zu schaffen, dann frage ich mich nach der Notwendigkeit von Erläuterungen zur Durchführung des Qualitätsklassengesetzes. Es beschäftigt sich übrigens ungefähr drei Seiten lang mit der Krümmung der Gurken. Da sind Dinge drinnen, wenn Sie das lesen, daß ich mich wirklich fragen muß, ob das unsere eigentliche Arbeit für den Mitbürger ist. Es ist so nennenswert, daß ich Ihnen diesen Text kurz vorlese. (Abg. Ing. Stoisser: „Essiggurke oder Salzgurke?“) Es ist wahrscheinlich der Abbildung nach eine ganz große Essiggurke oder vielleicht auch eine Salzgurke.

Ich bin also kein Landwirt, das wird ein Landwirt mit Sicherheit feststellen können. Ich zitiere hier daraus: „Außer der Krümmung sind bei krummen Gurken nur leichte Farbfehler zulässig. Krumme Gurken dürfen nur getrennt von den geraden oder leicht gebogenen Gurken dargeboten werden. Die erlaubten Fehler dürfen jedoch das allgemeine Aussehen der Klasse I nicht beeinträchtigen.“ Ich wünsche uns nur gemeinsam einen fröhlichen Einkauf, wenn wir diese Dinge alle berücksichtigen sollten. Es mag auch ein Zufall sein, daß bei der Vorbereitung auf diese Rede hier mir ein Bundesgesetzblatt in die Hände gekommen ist, es stammt vom 3. Dezember 1922. Bei diesem Bundesgesetz hat sich der Gesetzgeber mit der Verwaltungsreform und mit Ersparungsmaßnahmen beschäftigt. Da heißt es im Paragraphen 1: „Die gesamte Verwaltung des Bundes ist zum Zwecke ihrer möglichststen Vereinfachung und Verbilligung einer Reform nach dem Paragraphen soundso niedergelegten Grundsätzen zu unterziehen.“ Auch hier vier kurze Beispiele daraus. Es bezieht sich wirklich darauf, daß man sich früher auch schon mit diesen Dingen beschäftigt hat. In dem Kapitel „Reformen und Ersparungsmaßnahmen auf dem Gebiete der Hoheitsverwaltung“ heißt es unter anderem: „Die Besorgung der dem Staate verbleibenden Verwaltungsaufgaben ist in jeder Hinsicht möglichst zu vereinfachen und sparsam zu gestalten.“ Es heißt weiters: „Alle die Verwaltung derzeit in überflüssiger Weise belastenden Bestimmungen werden zu beseitigen sein.“ Es heißt weiters: „In gleicher Weise muß auch überall von der Möglichkeit der Dezentralisierung der Verwaltung Gebrauch gemacht werden.“ Es heißt weiters: „Den einzelnen Organen der Verwaltung wird zur Vermeidung überflüssiger Vielarbeit und zur Ersparung von Arbeitskräften und so weiter ein erhöhtes Maß an Selbständigkeit und entsprechender Verantwortlichkeit eingeräumt.“ Ich darf darauf hinweisen, daß das sicher damals berechtigt war und irgendwo ein Moment aufgetaucht ist, wo man mit der gesetzgebenden Körperschaft nicht einverstanden war. Zur Erläuterung. (Abg. Weilharter: „Das ist eigentlich ein Angriff auf die Kammer!“) Wenn Sie als wahlwerbende Gruppe in der Kammer auch für diese

Mißstände mitverantwortlich sind, dann teile ich das gerne mit Ihnen. Wenn ich Ihnen hier ein Beispiel noch zeigen darf. Man hat hochgerechnet seit 1945 bis 1979 – ich überlasse es Ihrem Geschmack, von 1980 bis 1988 dann das auszugraben –, 1945 bis 1950, in diesen fünf Jahren wurden 5082 Bundesgesetzblätter hergestellt, da hat man noch zehn Tage Zeitaufwand zum Lesen pro Jahr gebraucht. Es geht dann weiter von 1951 bis 1960, von 1961 bis 1970, 1971 bis 1979, und heute sind ein paar Jahre aus diesem Zeitraum angesprochen worden, hat es bereits von 1971 bis 1979 33.120 Bundesgesetzblätter gegeben, dazu braucht man schon 38 Tage Zeitaufwand zum Lesen pro Jahr. Warum habe ich das wirklich gesagt? Es ist leichter, wenn man Beispiele bei anderen feststellt oder auf andere hinweist, wir selber wollen auch nachdenken, ob wir als gesetzgebende Körperschaft wirklich optimal gearbeitet haben.

Nun zum Antrag Deregulierung. Ich habe mir erlaubt, vor dieser Debatte auch einen Antrag entsprechend zu stellen, und möchte hiezu kurz eine Begründung abgeben. Die persönliche Freiheit ist ein Grundwert unserer Verfassung, meine Damen und Herren. In den letzten Jahrzehnten ist durch Gesetzgebung und Verwaltung eine immer stärkere Einengung erfolgt. Das Motiv des Gesetzgebers entartet in vielen Fällen zu einer Bevormundung. Eine neue Form der Unfreiheit und Abhängigkeit von der staatlichen Verwaltung ist die Folge. Anstelle des uns gut bekannten Grundsatzes: „Du kannst alles tun, was nicht verboten ist“ trat die Maxime: „Es ist alles verboten, außer was uns der Gesetzgeber erlaubt.“ Damit wird aber ein Ausmaß an Regulierungen und bürokratischer Kontrolle notwendig, das an der Dynamik der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung wirklich scheitern muß. Staatsversagen und Staatsverdrossenheit sind die Folgen. Sie kennen diese Folgen schon zu gut. (Abg. Weilharter: „Siehe die Bundesregierung!“) Welche meinen Sie? (Abg. Weilharter: „Die jetzige!“) Aber Sie haben auch schon einmal Gelegenheit gehabt mitzuarbeiten, und ich werde auf einige Paragraphen kommen, wo Sie ganz genau sehen, daß das alles schon erledigt werden hätte können, wenn zum Beispiel auch der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender mitgemacht hätte. Sie haben ja die Möglichkeit. Sie tun so, als würden Sie das übermorgen schon geschafft haben.

Seit 1945 ist eine Vielzahl von Bundesgesetzen verabschiedet worden. Ich habe die Zahl schon zitiert. Dazu kommen noch etwa 5000 Gesetze, die schon vor 1945 galten. Nicht nur der einzelne Bürger, meine Damen und Herren, selbst Gerichte, Verwaltung, Rechtsanwälte finden es immer schwieriger, diese Rechtsordnung zu überblicken. Eine Überregulierung kann eigentlich nur dazu führen, daß wir kein Vertrauen mehr in die Rechtsordnung und deren Akzeptanz haben. Was bedeutet das für uns in der Wirtschaft? Ich bin weit davon entfernt, ein verträumter Weltverbesserer zu sein. Nur, als einer, der als Interessensvertreter für die Wirtschaft tätig ist, weiß ich, daß jede Entscheidung – ob sie gut ist oder ob sie vielleicht weniger gut überlegt ist – Folgewirkungen erzeugt. Ich bin auch ganz persönlich davon überzeugt, daß wir rechtstechnisch in allen Bereichen einen Umbau der Rechtsordnung brauchen zu mehr nachgiebigem und weniger zwingendem Recht. Wir müssen auch die Rechtsnormen abbauen, vor allem dort, wo die konkre-

ten historischen Bedingungen wegfallen. Wobei ich nie verurteile, daß es zu der einen oder anderen Vorschrift auch in unserem Wirtschaftsleben gekommen ist. Nur, man hat sich dabei nicht überlegt, irgendwann fällt diese Bedingung auch fort. Zunehmend stellen wir fest, und da treffen wir uns, ich glaube, alle Seiten des Hauses, wir können Beschränkungen der individuellen Verhandlungs- und Vertragsfreiheit nicht nur bei den Unternehmern feststellen, auch bei Arbeitnehmern, auch bei Konsumenten. Es bestehen sehr viele Eingriffe in die Funktion des Marktes, und ich kann nur dazusagen, ich bin dafür, ein bedingungsloses Ja für das Vorgeben wünschenswerter politischer Ziele in Form von Rahmenbestimmungen. Ich habe aber ein klares Nein auszusprechen für Verhaltensregeln der Wirtschaftsobjekte im einzelnen. Wie diese politisch gewünschten Ziele erreicht werden, muß man wirklich dem freien und innovativen Spiel der Kräfte überlassen. So verhindern zum Beispiel die allzu engen Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes jede wirtschaftliche Bewegungsfreiheit. Sie sind so gefaßt, meine Damen und Herren, daß praktisch über jeden Unternehmer das Damoklesschwert empfindlicher Verwaltungsstrafen droht, auch dann, wenn er seine Mitarbeiter gut entlohnt und mit ihnen über die Arbeitszeit einig ist. Wenn trotz dringender Auftragsarbeiten die vorgegebenen engen Grenzen überschritten werden, dann drohen – wie Beispiele gerade aus der letzten Zeit und gerade auch in der Steiermark zeigen – Verwaltungsstrafen in der Höhe bis zu mehreren hunderttausend Schilling, weil – bitte, sie hören das richtig – die Übertretung des Arbeitszeitgesetzes bei jedem einzelnen Arbeitnehmer ein eigenes Delikt darstellt und es zu einer Kumulierung der Strafen kommt. Das kann auch nicht Sinn und Zweck einer Schutzregelung sein. Hier müssen unbedingt Lockerungen im Sinne von flexibleren Durchrechnungszeiträumen geschaffen werden, vor allem aber muß es – ich bin überzeugt davon, daß das notwendig ist – zu einer „Entkriminalisierung“ der Arbeit kommen, womit einerseits den dynamischen Bedürfnissen der Wirtschaft und andererseits dem sozialpolitischen Schutz der Arbeitnehmer Rechnung getragen wird. Sie kennen Bestimmungen aus dem Arbeitsruhegesetz. Ich erspare es mir, das hier im einzelnen aufzuzählen, aber man sollte – bei der Fremdenverkehrsdebatte war es mir nicht möglich – auch aufzeigen, daß Lehrlinge im Fremdenverkehr nur an jedem zweiten Wochenende arbeiten dürfen. Das ist eine gesetzliche Regelung. Bei Saisonbetrieben ist das vollkommen unsinnig, weil in saisonfreier Zeit ohnehin keine Gäste kommen. Es wäre daher eine wirklich wirtschaftsfreundliche Regelung ohne soziale Schlechterstellung der Dienstnehmer, wenn hier eine Änderung eintreten würde. Neben dieser Änderung, das betrifft also das Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz, müßten auch die Bestimmungen angepaßt werden.

Zum Thema Arbeitnehmerschutzverordnung: Hier gibt es Arbeitsverbote für Lehrlinge. Ich habe nur vier Beispiele für Sie. Nur in Stichworten. Sie sind oft in diesem Hause auch schon zitiert worden. Denken Sie an die modernen Tischlerprofilergeräte, die haben alle erdenklichen Schutzeinrichtungen. Die Handhabung ist ungefährlich wie nur möglich. Man darf als Tischlerlehrling erst ab dem 17. Jahr eine Stichsäge oder eine Trennscheibe bedienen. Herr Kollege Gennaro, geben

Sie mir die Chance (Abg. Gennaro: „In Ordnung!“), ich habe nicht so oft die Möglichkeit, dieses Thema hier vorzubringen. Ich habe schon mindestens vier Blätter übersprungen und werde es noch schneller machen. Das ist eine Regelung, wo ich mir vorstellen kann, daß wir gemeinsam daran arbeiten und wirklich denken, daß man auch in der Freizeit Dinge betätigt, benützt, die eigentlich in der Berufsausbildung mit Aufsicht verboten sind.

Der Malerlehrling. Sie kennen das. Sie dürfen nur auf ein Gerüst bis maximal 4 Meter hinaufsteigen. Wir haben, und das bitte wirklich gemeinsam, die Arbeitnehmerseite und die Arbeitgeberseite, schon mehrmals Vorstöße in diese Richtung gemacht. Sie sind aber dann, weil es auch bundesgesetzliche Regelungen sind, irgendwo in einer Schublade steckengeblieben. Deshalb auch mein Antrag zur Deregulierung durch die Landesregierung. Ich erspare mir die weiteren Beispiele, bitte Sie, meine Damen und Herren, daß Sie wirklich mithelfen, daß die Deregulierung nicht bloß so dargestellt wird, daß mehr wirtschaftliches Wachstum entsteht, mehr Beschäftigungschancen, billigere und bessere Produkte erzeugt werden, sondern auch bitte, daß wir zu einem gesellschaftlichen Aufbruch kommen, zu mehr Verantwortung für den einzelnen, denken Sie an das Bundesgesetzblatt, zu mehr Selbstbewußtsein, Selbstvertrauen, und daß wir eigentlich sagen können, wir tragen dazu bei, daß jedermann auch von seiner Lebenseinstellung her seines eigenen Glückes Schmied ist. Helfen Sie mit, auf allen Ebenen, daß im Sinne einer Verfahrensvereinfachung die erwähnten Bestimmungen durchforstet und entbürokratisiert werden, generell, daß die Bürokratie auf das wirklich notwendige Ausmaß zurückgeführt wird, vor allem aber, daß wir Vorschriften haben, die den heutigen Erfordernissen der Wirtschaft und der Arbeitswelt angepaßt werden. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 18.51 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hammer.

Abg. Hammer (18.51 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es sind ein paar Dinge hier in den Raum gestellt worden im Laufe der Diskussion, die ich sicherlich berichtigen muß oder zumindest ergänzen. Eines möchte ich gleich tun. Der charmanten Rede der Frau Kollegin Göber zustimmen in der Frage des Kleingewerbes und, wenn Sie mir gestatten, des Greißlers. Gerade diese Geschäfte haben eine wichtige soziale Funktion, weil sonst ganze Siedlungsteile oder Ortsteile dadurch vernachlässigt werden und die älteren Menschen wirklich große Probleme haben, sich die täglich notwendigen Lebensmittel zu besorgen, weil sie oft kein Auto haben oder nicht mehr bedienen können. Und dafür sind diese Geschäfte ganz wichtig. Und ich wünsche Ihnen Glück dazu, wenn Sie das im vermehrten Maße wieder durchsetzen und erhalten können. Es gibt ja auch in anderen Ländern bereits eine Trendwende in dieser Frage. Gott sei Dank.

Wenn mein Kollege Kollmann die Aktion „8000“ angeschnitten hat und hier ein paar Zahlen in den Raum gestellt hat, deren Richtigkeit ich überhaupt nicht bestreiten möchte, sondern sie gehören nur etwas

ergänzt. Wir sind ja beide dafür auch verantwortlich für den Einsatz der Aktion „8000“ im Rahmen der Steirischen Eisenstraße. Wenn wir hier die Lohnkosten aufrechnen, dann müssen wir aber gleichzeitig dazu sagen, daß durch diese Aktion „8000“ auch wichtige Impulse in das Bau- und Baunebengewerbe gegangen sind, daß ebenso viele Millionen Schilling dadurch ausgelöst wurden, die der Baustoffhandel dazu beigetragen hat, aber auch private Unternehmer, wie Installateure und Spengler, haben dadurch wieder Arbeit in dieser Region bekommen. Und ich glaube, die Aktion „8000“ hat dort vieles geleistet. Frau Landesrat Klasnic hat sich im Sommer davon überzeugen können, was im Rahmen der Erhaltung dieser Montandenkmäler dort wirklich Vorbildliches geleistet wurde. Zur Höhe dieser Bezüge. Meine Damen und Herren, da hat es vielleicht bei Ihnen am Anfang einen Denkfehler gegeben, und die Aktion „8000“ ist nicht ganz gut angekommen bei Ihnen, weil Sie dieses Geld umleiten wollten. Das war aber vom Gesetz her nicht möglich. Um aber dieser Aktion „8000“ nicht das Pfuschartum anzuhängen, müssen diese Leute auch nach dem Kollektivvertrag mit allen Zulagen und zustehenden Rechten bezahlt werden, denn ansonsten würden sie ja die Arbeitskräfte in ihren Betrieben unterlaufen, und das kann doch nicht der Sinn der Sache sein, sondern diese Beschäftigten leisten dort wirklich gute Arbeit in der Restaurierung. Und was noch dazukommt, durch diesen Verdienst stärken wir auch ihre Kaufkraft, die sie ja wieder beim Greißler und beim Kaufmann ausgeben können. Das ist ja nicht verloren. Das ist ja da, lieber Kollege Kollmann. Wir sind uns ja im Prinzip einig. (Abg. Kollmann: „Damit bestätigst du, daß Rainer nicht die richtigen Zahlen gesagt hat!“) Ich gebe dir sogar recht, Kollege Kollmann, daß in dieser Frage bei der Aktion „8000“ dieser Größenvergleich nicht richtig ist, weil dort andere Voraussetzungen in der Beschäftigung herrschen und andere Verdienstmöglichkeiten gegeben sind. Aber im Gesamtschnitt werden sie sicher stimmen, die der Kollege Rainer zum Vergleich herangezogen hat. Aber das ist ein Spiel, mit dem wir noch lange herumtun können.

Meine Damen und Herren, worum es mir eigentlich geht. Vielleicht noch vorher eine Bemerkung an den Herrn Kollegen Ing. Stoisser. Herr Kollege Ing. Stoisser, Sie haben sich vorhin beklagt wegen der Unternehmer. Nicht von mir, ich zitiere nur eine Studie, die zum Budget erstellt wurde: „Nur wenig dynamische Unternehmungsgründungstätigkeit in der Steiermark.“ Und dann weiter: „Auf Grund der Strukturprobleme der verstaatlichten Industrie und der insgesamt geringen Unternehmensdynamik in den anderen Wirtschaftsbereichen ist zwischen 1985 und 1990 ein Verlust von weiteren 8000 Arbeitsplätzen zu befürchten.“ Was will ich damit sagen. (Abg. Ing. Stoisser: „Das ist nicht eingetroffen bis jetzt!“) Eine Studie. Brandneu. (Abg. Ing. Stoisser: „Das ist nicht eingetroffen!“) Was ich damit sagen wollte, ist doch die Tatsache, daß es hier Probleme gibt, Unternehmungen auf die Füße zu stellen, die Leute beschäftigen. Und Sie tun uns ständig unrecht, wenn Sie behaupten, oder wie mein Kollege Kollmann behauptete, wir verteufeln die Kleinen, und warum wir keine Betriebe führen. Ist ganz logisch, wir kommen aus einer anderen Situation. Aber wir schaffen doch mit gemeinsam die Voraussetzungen, daß es Betriebe gibt. Natürlich haben wir viel-

leicht ein besseres Naheverhältnis zur verstaatlichten Industrie, weil wir vielleicht auch Betroffene sind und in der verstaatlichten Industrie beschäftigt sind. Ich habe vor wenigen Tagen die Ehrung für 35 Dienstjahre in der verstaatlichten Industrie bekommen. Meine Damen und Herren, das geht doch nicht spurlos an einem vorbei, in einem Bereich, der gerade jetzt in großen Schwierigkeiten ist. Das ist doch der heimische Bergbau, meine Damen und Herren. Im Schatten der Stahlkonjunktur kämpft der steirische Erz- und Kohlenbergbau wirklich ums Überleben für die Zukunft. Das sind unsere Probleme, mit denen wir uns auseinandersetzen haben. Und die Belegschaft hat vieles von sich eingebracht, um diese Betriebe auch weiterhin am Leben zu erhalten. Wir haben auf viele finanzielle und soziale Leistungen verzichten müssen, damit diese Betriebe einen Weiterbestand haben. Mit der Bergbauförderung und dem geschlossenen Auftreten unserer Betriebsratsobmänner und Unterstützung der Gewerkschaft ist es gelungen, die Bergbauförderung, die ja auslaufen sollte mit Ende dieses Jahres, um weitere drei Jahre zu verlängern und aufzustocken. (Abg. Ing. Stoisser: „Ich meine eines. Man sollte die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft so machen, daß sie sich entwickeln kann. Das, was du sagst, stimmt alles. Aber dagegen steht die Geisteshaltung von manchem heute Gesagten!“)

Herr Kollege Ing. Stoisser, wozu geht es mir? Mir geht es grundsätzlich darum, daß man ganz einfach sagt, der Bund ist schuld dafür, daß es schlecht geht, aber die steirische Landesvertretung ist so gut, daß es überhaupt noch geht. Und das schafft mir Probleme im Verständnis dafür. Denn wenn ich sehe, wie sehr und wie gut sich gerade die Betriebe der hier vertretenen Herren in den letzten 17 Jahren sozialistischer Regierung entwickelt haben, dann brauchen sie doch ihr Licht nicht unter den Scheffel zu stellen und ganz offen zugeben, daß es ihnen auch gut geht. Es soll ihnen gut gehen, denn die Arbeiterschaft möchte den Anteil dafür auch kassieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Ich muß zurückkommen zum Bergbau. Aber vielleicht noch ein Wort dazu. Ich war vor kurzem in Deutschland eingeladen, auf einer Exkursion. Wir haben in Deutschland Bergbaubetriebe besucht. Und interessanterweise gibt es in Deutschland keinen verstaatlichten Bergbaubetrieb. Das sind private Bergbaubetriebe, die dieselben Schwierigkeiten haben wie wir in Österreich. Dann kann ich nicht die österreichische Politik verdammten, weil diese Betriebe jetzt in Schwierigkeiten geraten sind. (Abg. Ing. Stoisser: „Das tun wir auch nicht!“) Das gibt es bei der Stahlindustrie in Deutschland, und das gibt es im Bergbau. Die deutschen Bergbaubetriebe wollen in den nächsten zwei Jahren noch 20.000 Bergarbeiter freisetzen. Es gibt in Mitteleuropa nur mehr zwei Erzbergbaue: einen in Frankreich und einen in Österreich, das ist der steirische Erzberg, meine Damen und Herren! Das ist die Situation, mit der wir konfrontiert sind, weil auf Grund der Liberalisierung des Handels billig Auslandserze nach Österreich kommen und die heimischen Erze verdrängen. Dazu kommt natürlich der Dollarkursverfall und daß immer mehr Erz am Weltmarkt angeboten wird, weil die Lagerstätten dort noch nicht erschöpft sind. Daß der Bergbau sich aber nicht aus eigenem erhalten kann, dafür gibt es die

Bergbauförderung. Und Gott sei Dank wurde sie aufgestockt und ausgeweitet, damit auch der Eisenerzbergbau in diese Förderung mit eingeschlossen werden kann. (Abg. Kollmann: „Kein Mensch hat etwas anderes gesagt!“) Denn, Kollege Kollmann, für mich ist der Bergbau ein Grundstofflieferant, der auf Grund der Lagerstätte an eine gewisse Region gebunden ist, von dort nicht ausweichen kann. Deshalb auch unser Bekenntnis dazu, daß er Unterstützung braucht, gleich wie die Landwirtschaft. Ich will hier keine Aufrechnung haben, aber ich glaube, man muß beiden Grundstoffproduzenten die gleichen Voraussetzungen geben. Eines ist für mich ziemlich klar. Ich habe es bei der Barbara-Rede in Eisenerz betont, wenn wir den Bergbau in Eisenerz vorzeitig schließen, dann wird uns viel an Infrastruktur verloren gehen, und es werden uns die Facharbeiter abwandern, und es wird uns geistiges Know-how abhanden kommen. Und ob es dann noch Betriebsneugründungen beziehungsweise ein Aufrechterhalten der neu gegründeten Betriebe in Eisenerz geben wird, ist für mich sicherlich sehr fraglich. Denn von der topographischen Situation her ist Eisenerz wahrlich nicht der günstigste Standort für einen Industriebetrieb. Daß uns Erfolge gelungen sind, ist doch unser aller gemeinsame Arbeit. Und wenn du sagst, jetzt sonnen sich da manche Herren vom Betriebsrat, Kollege Kollmann, mein Vorgänger, der Betriebsratsobmann Bacher, war der erste, der mit dem Herrn Beer in die Hauptwerkstätte gegangen ist – zu mitternächtlicher Zeit –, um ihm diesen Betrieb zu zeigen. Es gibt viele Flugschriften, gerade aus der Wahlzeit heraus, wo sich deine Parteigenossen in die Sonne gestellt haben, obwohl nicht ihnen dieser Betrieb eingefallen ist. (Abg. Kollmann: „Wem hat er den Betrieb gezeigt?“) Dem Herrn Dr. Kores, wenn du es genau wissen willst! Er hatte den Auftrag, die Firmenleitung der Firma Vilas nach Judenburg zu begleiten, um ihnen dort den Betrieb zu zeigen. Und er hat ihnen dann gesagt, meine Herren, aber in Eisenerz, in der Hauptwerkstätte, hätten wir einen viel besseren Betrieb als in Judenburg. Und sie sind dann sofort hingefahren und haben es sich angeschaut. Aber es ist wirklich ein Streit um des Kaisers Bart. Mir ist es vielmehr wichtig, daß diese Betriebe in Eisenerz funktionieren, daß diese Menschen dort Beschäftigung haben. Und die VA Glas ist auch ein Betrieb, der dort hingekommen ist. Und wenn der Kollege Prof. Dr. Eichtinger noch etwas aus diesem Buch des Herrn Sommer zitiert hätte – ich habe es nicht gelesen, bewußt nicht gelesen –, da steht sogar etwas über mich drinnen, daß ich den seinerzeitigen Vorstandsdirektor Juvantschitz vergewaltigt hätte, daß er diesen Betrieb der VA Glas nach Eisenerz stellt. Das ist in diesem Buch zum Nachlesen, das einzig Positive wahrscheinlich in dem Buch.

Aber weil es wichtig war, in Eisenerz Arbeitsplätze zu schaffen, weil wir den Rückgang des Bergbaues bereits gespürt haben. Und dieser Betrieb ist auch positiv. Und im Rahmen ihrer Forderung nach Privatisierung wurden jetzt die Mehrheitsanteile der VOEST-Alpine an die deutsche Flachglas mit 1. Jänner 1989 verkauft, für mich keine ganz zufriedenstellende Entwicklung, weil ich glaube, mit der Mehrheit der VOEST-Alpine hätten wir viel besser absichern können, daß dieser Standort, der erfolgreich produziert, bleibt. Die VOEST-Alpine Glas exportiert nach Japan

Windschutzscheiben. Herr Kollege, Sie waren mit einem Herrn unterwegs auf einer Dienstreise und haben sich selbst ein Bild machen können, daß dort wirklich große Präzisionsarbeit geleistet wird von den Leuten, die im Raum Eisenerz Arbeit suchen. Und auch da sind Lehrlinge aus der VOEST-Alpine-Werkstätte dabei, die jetzt dort Glas, hochpräzise Windschutzscheiben, erzeugen, Qualitätsware. Und darüber hinaus auch die anderen Betriebe, Firma Vilas, ist wunderbar. Und diese Windenergieidee, die ist vom Betriebsrat zu Zeiten der VOEST-Alpine verfolgt worden und mehr oder weniger der Firma Vilas nahegelegt worden. Daß sie dann ein anderes, ein besseres Know-how dafür organisiert haben, spricht für die guten Unternehmer, keine Frage. Und wir hoffen alle, daß das das Grundgerüst für den Weiterbestand der 300 Arbeitsplätze, die dadurch geschaffen wurden, ist. Meine Damen und Herren! (Abg. Dr. Pfohl: „Der Verkäufer ist ein guter Exportmann!“) Man muß ganz einfach ehrlich darüber diskutieren, Herr Kollege.

Aber was mich noch viel mehr bewegt, ist die Frage der Lehrlingsausbildung im Bereich der ÖIAG. Wie bereits mein Kollege Ussar erwähnt hat, ist es auf Grund des Einsatzes von Landeshauptmann Gross in Zusammenarbeit mit dem BFI gelungen, die Werkschule in Donawitz auf neue Beine zu stellen, und ist damit der Weiterbestand dieser Ausbildungseinrichtung gesichert. Und gerade in dieser Studie wird auch vorgeschlagen, daß die Ausbildungsstätten der ÖIAG-Betriebe in der Steiermark erhalten bleiben sollen. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, gehen wir gemeinsam diesen Weg. Wir haben in Eisenerz eine Chance, mit einer gut eingerichteten Lehrwerkstätte, mit gutem Lehrpersonal hier einen neuen Weg zu gehen und ein Lehrlingsausbildungszentrum, wie es in dieser Studie vorgeschlagen wird, zu errichten. Ich weiß, daß der Bund bereit ist, hier mitzutun. Wir haben einen Resolutionsantrag dafür vorbereitet. Und wenn das Land Steiermark hier auch mitgeht, neue Wege zu beschreiten in der Lehrlingsausbildung, und wenn die ÖIAG dazu auch verpflichtet wird, hier mitzutun, damit diese Ausbildungsstätte in Eisenerz erhalten bleibt, damit nicht alle jungen Menschen aus Eisenerz abwandern und daß wir auch für die Zukunft durch gut ausgebildetes Facharbeiterpersonal den Bestand der neuen Betriebe, und vielleicht kommen noch einige neue dort dazu, wirklich auch sichern können. Ich ersuche Sie, gehen Sie mit, hier könnten wir einen neuen Weg beschreiten und der Lehrlingsausbildung und einer Region eine entsprechende Hilfe zukommen lassen, die sie sich wirklich auf Grund ihrer traditionellen und wirtschaftlich wichtigen Funktion verdient hätte. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ und VGÖ/AL. – 19.07 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete DDR. Steiner.

Abg. Prof. DDR. Steiner (19.07 Uhr): In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit verzichte ich auf meine Wortmeldung.

Präsident: Die nächste Wortmeldung ist die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (19.07 Uhr): Ich habe damit gerechnet, daß der Herr Kollege Dr. Steiner wirklich reden wird. Ich habe gewußt, ich komme nach ihm dran.

Zum Thema der letzten Wochen, Offenlegung, in vielen Bereichen diskutiert, in aller Munde im Zusammenhang mit den Abgeordnetengehältern, mit Parteikonten. Ich möchte auch auf die Transparenz in der Wirtschaftsförderung hinweisen, auf die Vergabe von öffentlichen Mitteln. Sie wissen, daß ich einen diesbezüglichen Antrag eingebracht habe, der zwar nicht ausreichend unterstützt worden ist, ich möchte es aber hier noch einmal deponieren im Zusammenhang mit Wirtschaftsförderung im Budget 1989. Mit dem Argument der Vertraulichkeit können wir bei der Wirtschaftsförderung genauso wenig Verständnis bei den Steuerzahlern erhoffen, wie bei der Parteiförderung und der Presseförderung in der Steiermark. Unter dem Hinweis auf den Schutz betriebsbezogener Daten wird zu Unrecht, und Sie kennen meine Versuche, immer wieder an die gleiche Mauer anzurennen, der Öffentlichkeit die Einschau verwehrt. Das schutzwürdige Interesse eines Betriebes an der Geheimhaltung der Subventionsdaten, dem steht das berechtigte Interesse der Bürger an der Kontrolle wirtschaftspolitischer Maßnahmen gegenüber. Ich zitiere noch aus meinem Antrag vom Montag, der nicht angenommen wurde und auch nicht ausreichend unterstützt wurde, die Kollegen von der FPÖ sind leider nicht mitgegangen. Die Parteien müssen ein Interesse haben auch an der Wirtschaft und auch an der Vergabe und auch an der Offenlegung. Ich kann Sie leider nicht aus dieser Verantwortung entlassen. Immer wieder, wenn es darum geht, etwas öffentlich zu machen, sind anscheinend wir die einzigen, die daran ein Interesse haben. Die Verklammerung der Parteien auch hier in diesem Landtag möchte ich damit einmal ansprechen. Daß nicht einmal der Landtag als Organ dieses Landes die Daten übermittelt erhält, widerspricht obendrein der Bestimmung des Paragraphen 7 des Datenschutzgesetzes, die dort vorsieht, daß die Übermittlung von Daten an Organe des Bundes, der Länder, der Gemeinden, einschließlich der Körperschaften des öffentlichen Rechts, zulässig ist, wenn diese Daten für den Empfänger zur Wahrnehmung der ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben eine wesentliche Voraussetzung bilden. Keine hoheitliche Wirtschaftsintervention wird im Hinblick auf eine Strukturverbesserung der steirischen Wirtschaft zielführend sein, wenn nicht hoheitliche und nichthoheitliche Maßnahmen sorgfältig aufeinander abgestimmt werden. Unumstößliche Voraussetzung einer derartigen sinnvollen Koordinierung ist aber, und das betone ich hier noch einmal, die Transparenz der nicht hoheitlichen Förderungsgebarung. In diesem Zusammenhang muß auch Kritik des Bundesrechnungshofes verstanden werden, ich weise darauf hin, der in seiner Gegenäußerung wieder zum Bericht von 1984, betreffend die Gebarung des Landes Steiermark, geschrieben hat, daß das Argument der notwendigen Vertraulichkeit im Zusammenhang mit den Förderungen aus öffentlichen Mitteln nicht anzuerkennen ist. Außerdem bemängelte der Rechnungshof damals, daß die Parteien- und Presseförderung und sonstige Förderungen, daß die Regeln für diese Förderung von den Parteien oder ihnen nahestehenden Organisationen sowie ihrer Medien im Ausmaß von zirka damals

230 Millionen Schilling vorweg durch Parteienvereinbarung und nicht durch das Land Steiermark festgelegt wurden. Die vorliegenden Unterlagen, schreibt der Bundesrechnungshof wörtlich, der Landesverwaltung ließen daher kaum Aussagen zu, ob die jeweilige Förderung sowohl dem Grund als auch der Höhe nach gerechtfertigt war. Insbesondere war aus den Anträgen über die Bereitstellung überplanmäßiger Mittel nicht erkennbar, ob die vom Landesverfassungsgesetzgeber hierfür geforderte Dringlichkeit im Interesse des Landes vorlag. Hiezu kommt, daß sich die Landesregierung durch den Verzicht auf entsprechende Nachweise jeglicher Möglichkeit die widmungsgemäße Verwendung der ausbezahlten Mittel zu überprüfen begeben hat. Der Rechnungshof hielt daher die derzeitige Handhabung der Förderung im Hinblick auf die von ihm wahrzunehmenden Kontrollmaßstäbe für unzweckmäßig.

Am Schluß noch ein Satz. Wollen wir das Vertrauen in die Politik stärken, dann brauchen wir auch eine Änderung der Steiermärkischen Wirtschaftsförderungsgesetze, und zwar in diesem Bereich die Passagen, betreffend die Transparenz der Förderungsvergabe. Außerdem würde ich mir wünschen, daß es einmal eine Unterstützung dafür gibt, nachdem jetzt die Offenlegung wirklich das Wochenthema ist, daß es auch ein Parteiengesetz für die Steiermark, ich rede da auch in Richtung Regierungsbank, und ein Presseförderungsgesetz für die Steiermark in Zukunft geben könnte. Ein diesbezüglicher Antrag ist von uns schon voriges Jahr eingebracht worden, hat aber nicht die ausreichende Unterstützung gefunden. Danke. (19.13 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schrammel.

Abg. Schrammel (19.14 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich möchte nur in aller Kürze zur Wortmeldung des Kollegen Gennaro Stellung nehmen, und zwar deshalb, weil es doch dabei eine sehr arge Entgleisung gegeben hat, wenn er auf seine Art den Eumig-Konkurs, wo immerhin etwa 1900 Menschen in einem Grenzlandbezirk ihre Arbeit verloren haben, in einer eigenartigen Form heruntergemacht hat, so kann man das nicht dahingestellt lassen. Das besonders Bedauerliche dabei war, daß er gemeint hat, der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer hat sich mit dem Hubschrauber drei Wochen vor der Landtagswahl einfliegen lassen, um sich noch schön vor der Wahl zu zeigen. Ich darf sagen, es hat sich sehr wohl ein hoher Politiker damals einfliegen lassen. Es war drei Wochen vor der Landtagswahl im September 1981. Es war der damalige Bundeskanzler Kreisky, und zwar in Begleitung des damaligen Generaldirektors der Länderbank und des heutigen Bundeskanzlers Vranitzky und des Generaldirektors der Firma Eumig aus Deutschland. Und es hat der damalige Bundeskanzler verbindlich erklärt, wir werden einen Ersatzbetrieb, ich erkläre noch einmal, drei Wochen vor einer Landtagswahl, mit etwa 400 Beschäftigten bekommen, und man wird sich dann noch weiter bemühen, so die Aussage des Altkanzlers Kreisky, weitere Hunderte Arbeitsplätze zu schaffen. Wir waren alle voller Hoffnung. Wir waren sicher auch

besorgt, nicht, weil eine Wahl vor der Tür war. Daß es aber dann so weit gekommen ist, daß sich der damalige Kanzler und der neue Kanzler und der damalige Generaldirektor nie mehr blicken haben lassen, nie mehr in Erwähnung gebracht haben von einem versprochenen Arbeitsplatz, von einem versprochenen Betrieb, muß klargestellt werden. Und wenn dabei die Region Fürstenfeld mit diesem Niedergang dieses Betriebes eine jährliche Lohnsumme von rund 200 Millionen Schilling verloren hat, so können wir uns diese Aussage des Kollegen Gennaro nicht gefallen lassen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Vor allem stimmt es nicht!“) Es scheint so zu sein, daß er sich irgendwo ganz falsch hat informieren lassen. (Abg. Gennaro: „Dr. Niederl ist eingeflogen worden!“) Nein, aber um Gottes Willen. Ich war bei der ersten Betriebsversammlung der Eumig dabei, ich war bei der letzten Stunde dieses Betriebes mit dabei. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Er verwechselt alle Namen!“) Ich darf nur sagen, Kollege Gennaro, mit roten Nelken und Tränen in den Augen haben sozialistische Frauen den Bundeskanzler empfangen. Man hat nicht gewußt, daß dort schon der neue Kanzler mitmarschiert. Voller Enttäuschung waren und sind dann alle auf der Strecke geblieben, auch jene, die rote Nelken dem Altkanzler mit viel Erwartung überreicht haben. Diese Leute sind längst durch den sozialen Rost gefallen, sie scheinen auch nicht mehr als Arbeitslose auf, weil sie längst ausgesteuert sind. Aber uns tut es weh, wenn das ein Landessekretär der Gewerkschaft sagt und so damit in Unwahrheit den Landeshauptmann diffamieren möchte. (Abg. Gennaro: „Erinnere dich, als ich dich in Fürstenfeld angesprochen habe bei der Demonstration, daß du über 350 Leuten einen persönlichen Brief geschrieben hast, und zwar: ‚Wir haben es zustande gebracht, daß Sie Arbeit bekommen.‘ Da hast du mir eine Ohrfeige angetragen. Du warst Abgeordneter und ich ein kleiner Gewerkschaftssekretär!“) Lieber Kollege Gennaro! Das führt jetzt wirklich zu weit. Ich glaube, du warst draußen in der Milchbar und hast scheinbar statt Milch Alkohol genossen, denn das geht jetzt noch ärger. Ich möchte nur um eines bitten, in dieser Region, wo wir so viele Arbeitsplätze verloren haben, sind wir für jede Initiative sehr dankbar. Bitte, lustig machen soll sich aber über dieses Schicksal niemand, denn uns tut es noch immer weh, menschlich, auch wirtschaftlich. Daher haben wir ein großes Vertrauen, daß uns der Herr Landeshauptmann mit der Frau Wirtschaftslandesrat doch weiterhelfen wird. Es ist immerhin ein erster Ansatz gesetzt worden mit der AVL-Betriebslehrwerkstätte. Wir hoffen, daß weitere Initiativen gesetzt werden können, daß wieder Arbeit in diesen Betrieben sein kann und wieder Menschen dort ihr Brot verdienen können. (Beifall bei der ÖVP und VGÖ/AL. – 19.19 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (19.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Was mir in dieser Gruppe zu kurz kommt, sind Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit. Vor allem die Förderung von Jungunternehmen ist hier sträflich vernachlässigt. Es wäre auch ganz notwendig, daß man

auf dem Gebiet der Lehrplatzförderung – wie das in Eisenerz angeklungen ist – mehr für diese jungen Menschen in der Steiermark tut. Vor allem, wenn man das Kapitel des ganzen Umweltschutzes sieht, vor allem der Umwelttechnologie, des technischen Umweltschutzes, eröffnen sich große Möglichkeiten nicht nur zur Arbeitsplatzsicherung und zur Lehrplatzsicherung, sondern auch für die freie Wirtschaft, vor allem für die kleinen und privaten Unternehmungen. Wir haben hier auf der Hochschule die Möglichkeit, das sogenannte Postgraduate-Studium des technischen Umweltschutzes zu inskribieren und zu machen. Zwei Jahre Ausbildung, was man auf dem Gebiet des Umweltschutzes technisch umsetzen kann.

Technisch heißt wirtschaftlich, unternehmerisch verwerten können, und ich glaube, daß wir auch den Weg gehen werden müssen, den uns Japan seit Jahren vorzeigt. Es ist ein trauriges Kapitel, wenn Technologien, Umwelttechnologien aus Japan eingekauft werden müssen, weil wir hier den Schritt verpaßt haben, zeitgerecht uns politisch danach zu richten. Japan ist heute eine Wirtschaftsnation, und Sie wissen, daß die Japaner auch ihr Problem des Smogs wieder in den Griff bekommen haben. Und wenn man bedenkt, daß in Tokio schon Luftreinhalteanlagen waren, wo die Menschen Luft tanken haben müssen, um dieses Smogklima zu überwinden oder sich hier durchzutasten durch dieses mit Stickoxiden und Schwefel verpestete Gemisch aus wenig Sauerstoff und viel Giftstoffen und noch mehr Staub, dann haben wir schon bereits ähnliche Verhältnisse in Graz. Hier würde man eben – der Herr Umweltlandesrat ist nicht da – der heimischen Wirtschaft sehr, sehr viel Arbeit ermöglichen. Ich bin auch für die Sicherung der Arbeit, bin aber genauso gegen das Argument Arbeitsplatzsicherung. Das heißt, die Sicherung von Arbeitsplätzen, die in der heutigen Technologie nichts mehr zu suchen haben, daß man da mit Krampf investiert und mit Krampf sichern will. Man muß umstrukturieren, und daher ist es auch wichtig, daß in der Verstaatlichten ein Trend zu eigenständigen Einheiten kommt, daß man sich wieder von Linz abkoppelt. Es ist einfach der Bürokratismus, der bürokratische Weg zu lange, wenn man einen Bleistift braucht, daß man zehn Zettel schreiben muß, daß man vielleicht zwei Monate später einen Bleistift von Linz bewilligt bekommt. Das ist ein bißchen überspitzt und übertrieben, aber es ist so ähnlich. Wir haben auch gesehen bei der Verstaatlichten, wenn es um die steirischen Arbeitsplätze geht, daß man hier sehr, sehr leichtfertig handelt und 6000 Menschen auf die Straße setzt, 6000 Menschen an die Grenzen ihrer Existenz bringt und noch weitere 6000 – wie man gehört hat, ich glaube diese Zahlen – folgen werden. Daher ist diese Zukunftsmöglichkeit, wie es die Frau Wirtschaftslandesrat Klasnic angekündigt hat, Wirtschafts- oder Zukunftsland Obersteiermark, ganz, ganz wichtig. Hier sind tatsächliche Möglichkeiten, um in der Zukunft aus der Obersteiermark ein Energiezentrum zu machen. Energie heißt, jene Rohstoffe oder jene Kraftstoffe, die wir heute überall brauchen in unserer Zivilisation, die unsere heimische Wirtschaft stark belasten, ich will von der Umwelt und von dieser Belastung gar nicht reden, und ich biete an, daß man hier die Möglichkeit nutzt, wie sie die Japaner bereits schon fertig haben und demnächst auf den Markt kommen werden, es sind eben alle Möglichkei-

ten des Umsatzes der Sonnenenergie in elektrische Energie, die Möglichkeiten der Speicherung dazu. Wir haben vor allem hier in Mürtzschlag ein revolutionierendes Projekt, das sehr gut aussieht. Wir müssen uns auch klar machen, daß wir heimische Energien haben. Wir haben genug Energie. Wir haben zum Beispiel bei den Laufkraftwerken im Sommer Überschußenergie. Nur, das Problem ist, wo wollen wir das speichern? Elektrischer Strom ist kaum speicherbar und nur in Batterien, das geht eben in größerem Ausmaß nicht. Daher die Möglichkeit, auf die Wasserstofftechnologie zu gehen. Wasserstoff ist der Energieträger der Zukunft. Das wird Ihnen jeder sagen. Es existieren bereits nicht nur Forschungsprojekte, sondern auch energieautarke Anwesen in der Verbindung Sonne, photovoltaisch, die Fotozelle unter Umsatz von diesen Energien in Wasserstofftechnologie und die Rückgewinnung über das sogenannte Knallgas. Jeder, der einmal Physikunterricht gehabt hat, weiß, was Knallgas ist. Wieder die Nutzung dieser Energie in jene Energieformen, die man in unserer Zivilisation braucht, vor allem im Quellzielverkehr, im städtischen Verkehr, wo man auch in relativ kurzer Zeit solche Wasserstofftankstellen errichten kann, im öffentlichen Verkehr. Hier bieten sich Möglichkeiten. Ich getraue mich, auf Grund anderer Erkenntnisse und auf Grund der wissenschaftlichen und praktischen Erfahrung zu sagen, wenn wir in diese Zukunftstechnologie einsteigen, dann ist dieses Problem der Arbeitslosigkeit wesentlich entschärft und vor allem das Problem der Jugendarbeitslosigkeit.

Frau Landesrat, nachdem Sie keine gelernte Technikerin sind, aber ich weiß, daß Sie Dingen aufgeschlossen sind, ich biete mich an, Ihnen die Möglichkeiten so zu bringen und zu erörtern, daß Sie oben die Steuermittel und die Möglichkeiten sinnvoll einsetzen können. Ich bin gerne bereit, hier Ihnen, weil ich weiß, daß Sie Interesse haben und daß Sie auch bereit sind, zuzuhören, einem, der es vielleicht fachlich besser wissen muß eigentlich oder wissen müßte, wie man es so schön nennt, gerne jederzeit Hilfestellung zu leisten, was eigentlich auch unsere Aufgabe ist. Hilfe zur Selbsthilfe und die Möglichkeit zu erörtern oder zu schaffen, daß Sie nicht nur an reine privatwirtschaftliche Interessen gebunden sind. Ich glaube, daß es unsere Aufgabe ist als Fachpolitiker, hier die ganzen Privatinteressen zwar zu sehen, aber das Vorrangige ist, hier in unserem Land eine derart umweltfreundliche Alternativenergie zu haben, daß wir gleichzeitig – ich sage immer wieder, Wirtschaft, Umwelt und Soziales sind ein Dreigestirn, das unweigerlich miteinander verbunden ist – über diese neuen Technologien Wirtschaft schaffen, Arbeitsplätze schaffen und eine soziale Gerechtigkeit ermöglichen, denn es hat ein jeder das Recht auf Arbeit.

Ich bin gar nicht so glücklich über gewisse Intentionen der Alternativen auf das arbeitslose Grundeinkommen. Das ist notwendig, wenn es sozial wichtig ist und sein muß, aber jeder Mensch arbeitet in unserer Gesellschaft gern und möchte vor allem etwas leisten. Und wie man auch sieht, sind die Betriebe in der Steiermark leistungsbereit, leistungswillig. Wenn man da vom Herrn Gennaro hört, in relativ kurzer Zeit erfangen sich die Betriebe, vielleicht unter einer neuen Führung, aber mit gleichen Arbeitskräften, dann zeigt das, daß

es nicht an den Arbeitskräften, nicht an den Fachkräften liegt, nicht, daß die Leute nicht fähig wären, sondern daß man halt diese kleinen überschaubaren Einheiten braucht, die sich strukturell wesentlich besser an die Gegebenheiten der freien Marktwirtschaft orientieren und anpassen lassen, und das ist notwendig. Wir wissen alle, große zentrale Körper, wie es die Verstaatlichte war, heute Gott sei Dank nicht mehr ist, sind Saurier, Saurier mit einem großen Körper und um ein desto geringeres Gehirn, und Saurier haben noch immer Probleme mit dem Überleben gehabt. Sauriern können Sie zwar Infusionen mit Spritzen geben, sprich Steuergeld, öffentliche Mittel. Aber auch diese Infusionen helfen nichts, weil das Gehirn einfach zu klein ist und der ganze Körper zu wenig flexibel. Was ich sagen wollte, daß die *Alternativenergie gerade in der Wirtschaft, in der Arbeitsplatzsicherung, in den Möglichkeiten der Lehrplatzförderung ein ganz, ganz großes Gebiet ist, das sich hier eröffnet durch die Fähigkeiten der Techniker sowohl auf der Hochschule als auch in der Praxis. Wir leben halt auch mit der Technik, und wir werden der Technik nicht entkommen. Die Zivilisation ist an die Technik gebunden. Ich bin auch für sanfte Technologien, ich bin auch dafür, daß man möglichst auch die Techniken so macht, daß auch die Leute damit umgehen können, und nicht nur ein paar Spezialisten, und die Menschen dann wieder abhängig werden. Diese Entwicklung ist ja leider in der Mikroprozessortechnik oder in der Computertechnik zu sehen, daß dieser sogenannte Blechtrottler, sicher intelligent geleitet durch Spezialisten, die Menschen abhängig macht. Das wäre zur Wirtschaftsförderung.*

Für mich gehört aber zu allem, was mit Wirtschaft zu tun hat, die Energie, ein wesentlicher Teil. Die Energie, und da komme ich zu einem wesentlichen Punkt, daß vor allem in der Verwendung der Abwärmeenergie, sprich kalorische Energie, bis zu den kleinen Installationsunternehmen, bis zu den Leuten, die die Hausanschlüsse machen, bis zu Leuten, die in diesem Fernwärmerohrleitungsbau verwendet werden, Baufirmen, die die Baugruben machen, Installationsfirmen, Apparatefirmen. Hier ist ein großes Spektrum, und die Energie ist die Energie, die automatisch vorhanden ist bei der Erzeugung elektrischer Energie, sprich Strom. Diese Energie gehört optimal genutzt. Ich muß, gerade in der Zeit der Smog-Geschichte in Graz, feststellen, daß in Mellach noch 100 Megawatt Energie frei sind, Abwärmeenergie, in Werndorf 200 Megawatt und bei der ÖDK 3 in Voitsberg 300 Megawatt. Das heißt, man sollte einen Fernwärmeverbund schaffen zwischen dem ÖDK-Verbund und Land Steiermark/STEWEG. Wir können heute Stollen machen, wir sehen Plabutschtollen, problemlos, trotz Warnungen kann man einen Berg der Länge nach durchbohren. Wir kennen im Kraftwerksbau Überleitungsstollen mit 30 Kilometer. Es muß doch möglich sein, diese Abwärme, die ja ohnedies nur die Region Köflach/Voitsberg aufheizt, unnötig aufheizt, klimatologisch negativ beeinflusst, vor allem in Verbindung mit den ganzen Abgasen, diese Energie nach Graz hereinzubringen und unter Umständen mit der STEWEG-Leitung zu koppeln. Ich gehe so weit, daß ich sage, warum soll man nicht nach Graz einen Überleitungsstollen hereinmachen? Die Utopie geht so weit, daß man sagt, dann kommen wir halt beim Plabutschtollen heraus und gehen nach Graz-Süd und nach Graz-Nord. Das sind die Utopien

eines Technikers, die aber momentan ein Gedankengebäude sind, die sich aber jederzeit mit den heutigen Möglichkeiten und dem nötigen Kleingeld dazu realisieren lassen.

Das Kleingeld muß da sein, und es ist auch da. Denn die Leute, wenn ihnen die Fernwärme günstig angeboten wird, greifen dazu. Es ist derzeit ein Wahnsinn, was die Ferngas in Konkurrenz mit der Fernwärme macht. Das ist eine schändliche Geschichte. Es ist schändlich, wenn die Puch-Werke, und da hören Sie mir einmal zu, liebe Genossen und Genossinnen, genießen Sie einmal den Genuß der Genossenschaft und hören Sie zu, es ist einfach schändlich, wenn 50 Megawatt Fernwärme in die Leitungsdimensionierung für die Puch-Werke vorgesehen sind, und man steht vor den Puch-Werken mit der Leitung, und die sagen, nein, wir steigen jetzt um auf Gas zum Beispiel, oder wir steigen um auf Erdöl leicht. Das ist genau das, wo man sagt, wo funktioniert hier die verbindende Politik zwischen Bund und Land? Wo funktioniert hier überhaupt die Logik, das Gehirn? Frau Landesrat, da müssen Sie sich einschalten, weil ich weiß, daß bei Ihnen der gesunde Menschenverstand ganz, ganz ausgeprägt ist. Das merke ich immer wieder, wie es Ihnen gelingt, auch hier logisch zu argumentieren und vernünftig, das ist für mich ein Zeichen der Intelligenz, Vernunft und Einsicht. Nicht so, wie Gennaro gesagt hat, daß das Aussehen mit der Intelligenz zusammenhängt. Ich glaube, das ist genau das, was wir strikt ablehnen. Es geht daher um die STEWEG. Die STEWEG hat die Möglichkeit, unsere Privatwirtschaft wesentlich anzukurbeln, wenn sie eine Politik macht, daß sie das, was sie in die Primärenergie hineinsteckt, sprich Gas, Kohle, Öl bis – (Unverständlicher Zwischenruf.) Über das will ich gar nicht reden, das muß man sich grundsätzlich überlegen, ob es überhaupt funktioniert in der Steiermark, um die automatisch vorhandene Energie, die kostenlos mit dem Nulltarif anfällt, auch an die Menschen zu bringen. Es ist derzeit dieser Fernwärmeanschluß zu kostspielig. Das war auch das Argument von den Puch-Werken. Es ist derzeit auch die Fernwärme zu kostspielig, sie kann nicht konkurrieren mit dem Ferngas. Sie haben vielleicht gestern im ORF wieder die Werbung für Ferngas gehört, oder auch nicht. Ich habe es zufällig gehört. Es ist einfach traurig, daß man dieses Gas einführt (Abg. Kanduth: „Wir sitzen da, und du siehst fern!“) Ich tu nicht fernsehen, sondern es war im Radio, ich habe es zufällig gehört. Es war im Radio in der Mittagspause. Ist das noch einmal akzeptiert? (Abg. Günther Ofner: „Du bist schon wieder so lang!“) Ich werde jetzt kürzer, weil ich dir gesagt habe, ich bin relativ kürzer bei dieser ganzen Geschichte, nur diese Geschäftsgebarung, die Betriebsführung der STEWEG gehört einfach einmal durchleuchtet und die Möglichkeiten, die sich dem Land als Alleineigentümer, sprich Landeshauptmann als Alleineigentümer, Stellvertreter oder Hauptvertreter in diesem Fall, bieten. Die STEWEG müßte betriebswirtschaftlich langfristiger kalkulieren, um eben mit günstigen Anschlußkosten und mit einem günstigen Preis den Leuten das schmackhaft zu machen. Man muß alles in der Werbung den Menschen schmackhaft machen. Werbung heißt auch, im Konkurrenzkampf mit den anderen das günstig anzubieten. Es ist keinem zumutbar, na gut, jetzt geht es um die Fernwärme, ist umweltfreundlich, aber ich zahle vielleicht das Dreifache. Das würden Sie

vielleicht machen oder ich oder die, die es sich leisten können, aber die wirtschaftliche Situation ist eben so, daß es sich viele nicht leisten können. Die Fixkosten im Haushalt steigen, der Geldwert verflüssigt sich immer mehr. Die Leute verdienen zwar prozentuell mehr, aber immer mehr verflüssigt sich es auch. Das ist ja auch die Politik des Herrn Dr. Kreisky gewesen auf Bundesebene, diese Taschenspielerpolitik. Man gibt zwar den Leuten, aber indirekt ist der Geldwert natürlich wesentlich mehr gefallen.

Jetzt komme ich noch zur STEWEAG beziehungsweise, was mich auf die Idee gebracht hat, bei der STEWEAG einmal anzubohren. Bei einem Verkauf der Aktien der ÖDK 3 sind 108 Millionen erwirtschaftet worden.

Ich glaube, es ist ganz gut, wenn du auch zuhörst. Von diesen 108 Millionen hat aber das Land nur 74 Millionen bekommen, wobei ein Teil in den Österreicher gehen soll und ein Teil – wie ich gehört habe – in den Umweltlandesfonds. Nur am Papier, im Budget habe ich noch nichts gesehen, aber ich höre gerne die Botschaft des Herrn Schwab, weil ich es gerne hören will und weil ich es glauben will. Am Papier, im Budget habe ich es noch nicht gesehen. Ich hoffe, daß das wenigstens in einem Nachtragsbudget oder, so etwas gibt es ja auch, wenn man die Gemeindepolitik betrachtet, daß das nachbudgetiert wird. Ich will es schwarz auf weiß sehen, weil das Budget eine für mich in Zahlen gegessene Politik ist. Und was ich nicht sehe, glaube ich nicht. Ich bin zwar gläubig, aber in der Politik glaube ich nicht mehr alles. Das ist der Unterschied, deswegen bin ich noch lange nicht ungläubig. Die STEWEAG hat von diesen 108 Millionen die Differenz sozusagen kassiert. Diese Differenz von 26 plus 8 Millionen – 34 Millionen sind in den Säckel der STEWEAG gegangen.

Und jetzt kommt der zweite Punkt: Die STEWEAG hat aber 150 Millionen erwirtschaftet. Es gehen 34 Millionen zu einem Betrieb, zu einer Aktiengesellschaft, wo das Land Alleinunternehmer ist, und dieser hat aber 150 Millionen Gewinn. Das paßt nicht zusammen. Da schließe ich mich der Meinung von Politikern an, die sagen, da gehört eigentlich ein Teil in die Spitalholding, weil, wie man sieht, es gibt nicht einmal gescheite Gebärdstationen, wo die Leute nicht zusammengepfercht sind. Und ein Teil gehört auch zum Umweltlandesfonds, weil man damit die Wirtschaft wieder ankurbelt. Jetzt stelle ich daher an den Landeshauptmann als Alleinunternehmer die Frage und hoffe, daß er mir die beantworten wird, obwohl er sicher gestern sehr, ich will nicht sagen böse, weil böse kann man das gar nicht mehr bezeichnen, was er da gesagt hat, wie er rausgegangen ist, das ist ein Stil, über den ich hier nicht einmal reden möchte. (Abg. Kanduth: „Wundern darfst du dich nicht!“) Es ist auch besser, Herr Landeshauptmann, ich glaube, das sollten Sie für sich behalten, und die Leute, die das zwischentragen, die sollten wir beide vergessen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Alles verziehen!“) O. k.! Ich habe auf jeden Fall dazu nichts gesagt. Ich habe auch gesagt, ich kann es mir fast nicht vorstellen, geschrieben ist schnell etwas. Ich habe gebeten, bitte, nehmen Sie Abstand, es gibt Emotionen. Ich bin auch bereit, Ihre Emotionen zu wecken, wenn es der Allgemeinheit dient. Es gelingt mir hie und da, da bin ich sogar sehr

erfreut, daß Sie auch emotionell reagieren, aber ich lasse bei der STEWEAG nicht locker. Das Land hat die Möglichkeit, von dieser Dividende einen Teil – ich sage jetzt einen Teil, man kann über Rücklagen reden, man kann bei jeder Genossenschaft über Rücklagen reden, auch wenn es 150 Millionen sind und die STEWEAG uns noch einmal 36 Millionen abschöpft, obwohl sie so wissen, das ist ein falscher Begriff. Sie als Alleinunternehmer haben nicht darauf bestanden, daß das Land das Geld bekommt. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Auch der Alleinunternehmer ist ein falscher Begriff!“) Auch der Alleinunternehmer ist ein falscher Begriff. Herr Landeshauptmann, was sind Sie dann bei der STEWEAG? Sie sind doch bitte nicht dort, was Ihr Bruder ist, Personalvertreter, sondern Sie sind? Was ist er? (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich bin der Eigentümerversorger des Landes!“) Also, Sie sind der Eigentümerversorger des Landes, der die Möglichkeit hat, in einer Hauptversammlung zu sagen, liebe Freunde – sagen Sie immer zu den Herren – (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Die Hauptversammlung bin ich!“) Ja, die Hauptversammlung sind Sie. Sie sind die Hauptversammlung, Sie können Ihre eigene Hauptversammlung machen. Das kann so keiner in Österreich, es ist eine Kuriosität. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das ist eine echte Kuriosität!“) Herr Landeshauptmann, Sie machen Ihre eigene Hauptversammlung, und Sie sagen bei dieser Hauptversammlung, das Land braucht jetzt in der Zeit des Waldsterbens, des Katastrophenplanes, Sanierungsrettungsplanes – wie es heißt – Geld. Wir brauchen aber auch Geld, um Fernwärmeanschlüsse unter Umständen zu unterstützen, zinsenverbilligte Darlehen zu geben. Sie machen es ja mit der Wirtschaftsförderung auch. Ein Fonds für die Fernwärme könnte und würde in Graz in kürzester Zeit den Smog beseitigen. Es wäre hier sinnvoll, Zwischendarlehen, Zwischenfinanzierungen zu geben, bis zu Subventionen für sozial Schwache. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich mache einen konkreten Vorschlag. Sie führen mit den Herren ein direktes Gespräch!“)

Herr Landeshauptmann, das ist eine Rede, weil ich bis vor kurzem einfach gemerkt habe, daß Sie über gewisse Sachen lächelnd hinweggehen. Wir haben auch gesagt, wir reden über das Ennstal einmal, ist leider nie zu dem Gespräch gekommen mit dem Hofrat Theußl, daher gestern auch, obwohl er im Auditorium war. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Es war zugegebenermaßen ein Ton von Ihnen, der nicht akzeptiert werden kann. Der Ton macht die Musik!“) Der Ton macht die Musik, das stimmt, aber wenn Sie halt oben groß geigen, dann spiele ich auch meine eigene Musik. (Abg. Kanduth: „Kannst du nicht auch an die anderen denken?“) Richard, schau, jetzt sind wir endlich soweit. (Abg. Kanduth: „Jetzt hören wir uns das drei Tage an!“)

Mein Gott, du bist ein Mensch, der nicht die Sternstunde kapiert. Jetzt sind wir endlich soweit, daß der Herr Alleinunternehmer, Eigentümer der STEWEAG, ein Gespräch mit dem Aufsichtsrat anbietet, uns als Techniker die Möglichkeit – als Vorsitzender – gibt, daß wir dabei sind und daß wir vielleicht sicher auch mit dem Herrn Finanzlandesrat Dr. Klauser dort sprechen sollten, daß Geld von der STEWEAG in dieser jetzigen Krisensituation, wo das Land ausgebrannt ist,

wieder hereinkommt. Das ist nichts Schlechtes. Und, Richard, daß du diese Sternstunde kapierst, das merkt man, du sitzt nur dort, um dort zu sitzen. Du mußt mithören. Du mußt mithören. (Abg. Kanduth: „Dich kann man nicht mehr anhören. Alle können dich nicht mehr anhören!“) Du bist jetzt auch gar nicht am Wort, du kannst dich nachher zum Wort melden. (Abg. Kanduth: „Ich muß noch nach Admont fahren!“) Es geht ja um die Probleme der Steiermark, und nicht darum, mit welchem Zug du nach Admont fährst. Hoffentlich fährst mit dem Zug und nicht mit dem Auto.

Gut! Wir sind jetzt soweit, daß wir Chancen sehen, auch die STEWEAG noch einmal anzupapfen, um gewisse Dinge vielleicht nachzubudgetieren. Das heißt, Fernwärme, Möglichkeiten für zinsenverbilligte Darlehen und, und, Herr Landeshauptmann, wenn das funktioniert, ich habe hier auf jeden Fall dann vor, mich bei Ihnen öffentlich zu bedanken. Ja, warum, jeder, wenn er die Situation erkennt, hat dann auch das Recht, daß man das positiv erwähnt. Und vielleicht brauchen Sie das nicht, vielleicht wollen Sie gerade von mir nicht positiv erwähnt werden. Das ist ja Politik, aber menschlich gesehen, wäre das für mich (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das ist nicht der Fall!“) Bitte? Ist der Fall? (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ist nicht der Fall. Das ist eine Vorstellung, die nicht der Wirklichkeit entspricht!“) Menschlich gesehen wäre das sehr positiv. Und daher glaube ich, daß wir zu einem Punkt kurz sprechen sollten, die Verprivatisierung der STEWEAG. Der Klubobmann Univ.-Prof. Dr. Schilcher hat zu mitternächtlicher Stunde – da will er zwar nicht bis Mitternacht sein, aber im Landhauskeller macht er dann seine Pressekonferenzen, ich mag ihn persönlich sehr gern, aber das ist einmal eine Retourkutsche – dort eine Pressekonferenz gemacht, daß die Aktien wie warme Semmeln weggehen und 49 Prozent der STEWEAG mit lächerlichen 900 Millionen verkauft werden sollen an Private, die heute schon denken, bitte, wer tut mit, der sein Privatvermögen dort günstigst aufbessern kann, Wertpapiere, Aktien. Ich weiß, die STEWEAG ist ein guter Betrieb, arbeitet gut, es sind gute Leute dort. Und vor allem ist es eine Pseudomonopolisierung. Die Leute brauchen Strom. Was tust du ohne Strom? Das ist eine sichere Kapitalanlage. Da tut ein jeder mit, der ein bißchen Intelligenz hat. Das Land ist zwar Alleineigentümer, lassen wir das jetzt, aber es gehört bitte dem Land Steiermark, es gehört uns allen Steuerzahlern. Ich bin gegen diese Privatisierung, weil es privaten Spekulationen Tür und Tor aufmacht, und mir wäre jährlich à la longue ein Gewinn von 150 Millionen lieber, wo sicher die Dividende an das Land geht, als daß man das um 900 Millionen, fast die halbe STEWEAG, verschleudert. Die STEWEAG hat einen Investitionswert von 9,5 Millionen, das ist nicht einmal ein Butterbrot. Und daher möchte ich auch dem Kollegen Univ.-Prof. Dr. Schilcher, der da in die Presse gegangen ist, zu einer nächtlichen Krampuspressekonferenz eingeladen hat, sagen, das ist wirklich ein Krampusgeschenk für die Steiermark. Dieses Geschenk hat sich die Steiermark nicht verdient. Ich weiß nicht, inwieweit Sie von dieser Pressekonferenz informiert waren. Ich glaube, Sie sollten ein klares Wort sagen, daß diese Privatisierung noch nicht so klar ist, wie das Ihr Klubobmann hier der Öffentlichkeit offeriert.

Das wäre kurz zur STEWEAG, und damit kann ich deinen Wunsch, Richard Kanduth, erfüllen und bin am Ende und hoffe, daß ich deine Nerven nicht allzusehr strapaziert und deine Reizschwelle überschritten habe. Danke. (19.48 Uhr.)

Präsident Zdarsky (19.48 Uhr): Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pinegger. Ich erteile es ihm.

Abg. Pinegger (19.48 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf vorwegnehmend bemerken, ich wurde gemahnt, mich zu Wort zu melden, aber nicht in Konfrontation zu meinem lieben Freund, Abgeordneter Franz Ofner, denn daß er mein Freund ist, kann ich mit der Einleitung bestätigen, daß er nicht nur ein lieber Bergknappe ist, der auch die Leute vertritt, sondern seit jüngster Zeit in meiner Gemeinde Kleinbauer ist. Darüber freue ich mich. Anscheinend fühlt er sich sehr wohl bei mir.

Meine Damen und Herren, aber ich muß dennoch einige Berichtigungen anbringen. Herr Kollege Genaro, in deine Richtung. Du hast irgendwo die Unternehmer wie folgt betitelt, daß sie die Grablaternen der Sozialpartnerschaft trügen.

Darf ich dir mitteilen, die Grablichter. Laß mich das jetzt ausformulieren. Ich darf dir eines mitteilen. Diese Grablichterträger haben wir in unserem Bezirk. Und wenn nun, lieber Franz Ofner, du dich zu Recht aufgeregt hast, daß der Zentralzubringer in Richtung Schnellstraße Mooskirchen noch nicht getätigt ist, darf ich dich ersuchen, welche Varianten von seiten der SPÖ im Bezirk gespielt wurden. Nach Möglichkeit hoch hinauf in die Berge nach Sankt Martin am Wöllmißberg. Ich kann mich erinnern, Gott laß ihn ruhen, an den Bürgermeister der Stadt Köflach, der nämlich auch mit dem lieben Bürgermeister der Stadt Voitsberg in argen Clinch kam, als nämlich Bürgermeister Hubert Kravcar sehr deutlich veröffentlichte, daß im Prioritätenkatalog des Bundes der zentrale Zubringer bergauf drin sei. Und ich glaube, das ist das Versäumnis, und da kann man sich nicht, lieber Franz Ofner, in Richtung Schuldzuweisung Landeshauptmann bedienen. Das darf ich bemerken.

Eine zweite Bemerkung, lieber Franz Ofner. Wir haben, und zwar durch die Zusammenarbeit bei der Landesausstellung „Glas und Kohle“, uns in Richtung Sozialpartnerschaft gefunden und haben uns bemüht, das fortzusetzen. Im Detail gelingt es ja, aber es gelingt es nicht. Besuch des Technologieparks auf Grund einer Einladung, erschienen sind von den Eingeladenen ein Bürgermeister der sozialistischen Gemeinde, und hier ist es auch interessant, weißt du, Franz Ofner, wer erschienen ist? Jener, der in der Zwischenzeit in euren Kreisen am Rande steht. Hubert Kravcar hat uns begleitet. Wir haben uns sehr gefreut darüber. Und die jüngste Situation war erst vor wenigen Tagen gegeben, auch wieder fußend auf „Glas und Kohle“, die Einladung zu einem Kulturgespräch. Wir haben nur wenige gesehen. Ich möchte dich bitten, lieber Franz Ofner, und ich darf dir auch mitteilen, daß wir mit dir liebend gern diese Kooperationen pflegen, aber es wird schwierig werden. Und du hast dich selbst

schon in unserer örtlichen Presse dahin gehend formuliert, daß du gesagt hast, jetzt bin ich beim Freizeitzentrum, eine Uraltidee der Leute auf der Basis der Sozialpartnerschaft. Heute kopiert und groß veröffentlicht mit Spatenstich. Wie hast du dich geäußert? Du wünschst es nicht, daß um jeden Preis diese stolzen Bergknappen zu Ruderbootführern werden oder zu irgendwelchen Kantinenbetreuern. Was hätte dein Freund, Nationalrat Scheucher, da gegenübergestellt? Ich würde euch einladen, lieber Franz Ofner, daß ihr einmal selbst findet. Wir haben uns gefunden, und das wird dann, nachdem ihr euch selbst gefunden habt, wieder zur Partnerschaft kommen, damit es nämlich nicht der Fall ist, wie du dich ausgedrückt hast, daß wir ein Industriefriedhof sind. (Abg. Franz Ofner: „Werden!“) Das ist nicht deine Idee. Nein, das hat schon viel früher ein Staatssekretär eurerseits ausgesagt. Er ist längst schon verstorben. Staatssekretär Nußbaumer hat das gesagt. Du hast das übernommen, wobei ich nunmehr glaube, daß wir in Richtung Zuversicht in unserem Bezirk unterwegs sein können und wieder Hoffnung haben dürfen.

Eine Grußadresse an deinen Freund Nationalrat Scheucher, und lade ihn ein, es dir ähnlich zu tun. Danke. (Beifall bei der ÖVP und VGÖ/AL. – 19.54 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Das Schlußwort zum Teilkapitel „Wirtschaftsförderung“ hat nun Frau Landesrätin Klasnic.

Landesrat Klasnic (19.54 Uhr). Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben nun von 15.30 Uhr bis jetzt miteinander über die steirische Wirtschaft geredet. Ich möchte mich bei allen Rednern sehr herzlich bedanken und muß ehrlich sagen, es ist mir schon etwas aufgefallen. Es war nicht so negativ, wie manches Mal vorher. Ich glaube, das ist vielleicht auch den anderen so gegangen, die zugehört haben, und es hat auch einen Grund. Und der Grund ist, daß wir alle, der Herr Landeshauptmann, die Mitglieder der Landesregierung und die Mitglieder des Steiermärkischen Landtages, uns bewußt sind, welche Verantwortung wir haben, wenn wir über das Budget reden, aber wenn wir ganz besonders darüber reden, wie Wirtschaftsförderungsmittel aufgeteilt werden sollen im gewerblichen, im industriellen, überhaupt im gesamten Bereich. Und zu dieser Verantwortung braucht man Einsatz, braucht man aber auch Vertrauen, und ich werde versuchen, Ihnen ein bißchen etwas zu erläutern, damit Sie wissen, daß Sie auch mit Recht vertrauen können, daß wir uns bemühen, diese Mittel gut zu verwalten. Sie wissen aber auch, daß Wirtschaftsförderung eigentlich eine Bundesangelegenheit ist und daß wir als Land nur zusätzlich aufgerufen sind, eben aus der Verantwortung heraus, unser Bestes zu geben. Schwerpunkte der Wirtschaftsförderung für die heimischen Klein- und Mittelbetriebe, also für die mittelständische Wirtschaft, wurden hier angesprochen. Wir haben diskutiert, wie soll diese mittelständische Wirtschaft gestärkt werden, unabhängig davon, ob wir dem EG-Beitritt in naher Zukunft oder in etwas fernerer entgegengehen. Wir müssen uns vorbereiten, und die steirische Wirtschaft muß international bestehen können. Ein Schritt dazu

ist die Bildungsoffensive, die wir vorhaben, und es hat gestern schon eine Diskussion darüber gegeben. Für mich auch ein oberstes Ziel, weil ich denke heute noch an die Worte, die Hofrat Kandler beim Amtsantritt zu mir gesagt hat, wie er gemeint hat, ich habe vielen helfen können, ich habe viele Betriebsinhaber kennengelernt, aber ich glaube, wir hätten noch mehr in die Bildung und in die Ausbildung und in die Weiterbildung von Mitarbeitern und Unternehmern investieren sollen. Über die möglichen Maturaklassen habe ich gesprochen, und ich fasse dieses Kapitel zusammen in ein Wort, das Dr. Affelt geschrieben hat: „Wissen wird zunehmend die Bedeutung von Kapital ersetzen.“ Das ist auch jener Ton, der den ganzen Nachmittag irgendwo angesprochen wurde. Ich glaube, daß wir mit diesem Wissen auch dem gerecht werden können, was wir uns wünschen, nämlich, daß es uns gelingt, auch zu entbürokratisieren und alles zu tun, daß manches rascher erledigt werden kann. Junge Unternehmer sollen nicht das Gefühl haben, es wird ihnen dieser Einstieg ins Unternehmensein schwer gemacht, und Dr. Rupp hat es angesprochen. Und wenn Emmy Göber von der Nahversorgung geredet hat, dann hat sie aus ihrer Erfahrung gesprochen. Ich möchte Ihnen versichern, daß wir gemeinsam überlegen müssen, wie wir gerade jenen kleinen Betrieben, die uns diese tägliche Nahversorgung bieten, auch wirklich tatkräftig helfen können. Und da geht es nicht nur um das Finanzielle. Unsere Hauptaufgabe muß aber sein, die steirische Wirtschaft so zu gestalten, daß junge Menschen sehr wohl einige Zeit im Ausland etwas lernen können, daß sie aber, wenn sie wollen, immer wieder in ihrem Heimatland einen Arbeitsplatz finden und das Gefühl haben, hier gibt es Betriebe, wo sie gebraucht werden und wo sie auch zu Hause sind. (Beifall bei der ÖVP und VGÖ/AL.) Frau Kollegin Kammlander, ich möchte Ihnen nur noch etwas sagen, weil Sie über die Offenheit der Wirtschaftsförderung geredet haben. Es ist ein Kollege Ihrer Fraktion im Beirat. Ich werde ihn das nächste Mal ansprechen darauf. (Abg. Kammlander: „Er ist an die Vertraulichkeit gebunden!“) Ja, wenn das in der eigenen Fraktion so vertraulich behandelt wird, bin ich ihm sehr dankbar, dem Kollegen des Beirates. Nur, dann müssen Sie mich umso eher verstehen, daß es für mich dann noch schwerer wäre. Aber Sie haben ja Anträge gestellt, wir werden diese beantworten. Der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Rader hat gefragt, warum nicht schon lange eine solche Form der Wirtschaftsförderung, wie die Wirtschaftsmilliarde, gesucht wurde, warum hat es das nicht schon lange gegeben? Ich möchte das so umschreiben, wie es ist. Der Herr Kollege Gennaro hat vom Grablicht oder von der Kerze gesprochen, um ein Licht zu haben oder eine Kerze, muß es jemanden geben, der es aufdreht oder der anzündet. (Beifall bei der ÖVP.) Und da sage ich jetzt, diese Wirtschaftsmilliarde – ich bekenne mich zu dem Wort Milliarde, weil es wird eine Milliarde mehr an Investitionen geben, und das Land Steiermark hat damit nicht nur eine Wirtschaftsmilliarde geschaffen, sondern auch eine Arbeitsplatzsicherungsmilliarde. Herr Landeshauptmann, ich bedanke mich hier an dieser Stelle für die tatkräftige Unterstützung. Und das ist nicht versprochen worden, daß es Unterstützung geben wird für die neue Referentin, sondern es ist gehalten worden. Herr Landeshauptmann, herzlichen Dank. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum Kollegen Mag. Rader möchte ich die Begründung als Antwort geben, er ist leider nicht hier, warum es jetzt gekommen ist. Ich glaube, das sollte man jedem neuen Referenten gestatten, daß man neue Ideen hat, daß man neue Wege geht und daß man vor allem, wenn man es sich vorgenommen hat – und ich habe es mir vorgenommen –, unbürokratische Rahmenbedingungen schafft. Und noch etwas, wenn man nicht selbst etwas vorgibt als Referent, dann wird man dort und da nichts erreichen. Und darum versuche ich auch vorzugeben, so wie es der Herr Kollege Mag. Rader befragt hat.

Bei der Berichterstattung über die steirische Wirtschaft ist auch gesprochen worden, wie soll diese Wirtschaftsmilliarden verteilt werden. Sie haben es gehört, 4 Prozent auf fünf Jahre aufgeteilt im ganzen Land, nicht an einzelne Regionen gebunden und nicht an spezifische Branchen gebunden. Aber eines wurde zu wenig ausgesprochen, und das möchte ich heute hier dem Hohen Haus mitteilen, weil es besonders wichtig ist. Es hat eine Bedeutung für die Innovation in der steirischen Wirtschaft. Nämlich, die Banken haben sich verpflichtet – und einer der Sprecher sitzt auch im Auditorium –, 200 Millionen Schilling im Rahmen dieser Aktion als Beteiligungskapital zur Verfügung zu stellen. (Beifall bei der ÖVP.) Das bedeutet 200 Millionen Schilling zusätzliches Risikokapital in die steirische Wirtschaft. Und Sie alle kennen die Situationen, daß man weiß, man müßte jemandem rasch helfen, aber es geht sehr schwer. Dieses Risiko kann man an Hand dieser Vereinbarungen teilen. Und zwar wird geteilt im Rahmen dieser Aktion auch in Risiko zwischen den Banken und dem Land Steiermark. Wir brauchen diese neuen Richtlinien. Und Strukturverbesserung ist unser großes Ziel, wenn wir davon reden, daß wir internationale Unternehmen haben und daß wir auch steirische Unternehmer haben, die bereit sind, in anderen Staaten zu investieren, Betriebe zu gründen und Betriebe zu festigen. Ich weiß auch, daß wir Problemregionen haben. Aber Probleme sind da, um angepackt und gemeistert zu werden. Und wenn von Donawitz, von Eisenerz, von Weiz gesprochen wurde, dann füge ich dem hinzu, ich weiß auch um die Schwierigkeit in den Grenzlandbezirken. Aber auch von Seite der Bundesregierung. Hier nenne ich besonders unseren Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Riegler, hier wird für die Grenzlandregionen einiges getan. Man könnte es zusammenfassen in die Worte „nicht resignieren, sondern investieren“ und „nicht nur an die EG denken“, ich bin eigentlich überheblich, aber ich traue mich das, wir sollten denken, daß wir international sind und an die Welt denken sollen. Sie werden sich fragen, wo nimmt sie das her. Ich war gestern im steirischen Technologiepark und durfte dort die Hochschulinnovationspreise übergeben an zwei Firmen. Worum ist es dabei gegangen? Die Technische Universität Graz hat gemeinsam mit steirischen Unternehmen Projekte eingereicht, die auch wirklich in der Steiermark umgesetzt werden und in der Welt Anklang finden. Zwei Preisträger hat es gegeben, elf Projekte wurden eingereicht. Man hat gespürt, das ist eine Startrampe, dieser Technologiepark, und dort wird wirklich leider viel zu wenig für Steiermark und Österreich gearbeitet, sondern für den Export. Und wenn Sie dabeigewesen wären, oder Sie haben es sicher heute in der Zeitung gelesen, dann hätten Sie auch gespürt,

daß es dort lauter junge, hochintelligente und vor allem initiative Menschen sind, die ihr Bestes einbringen. Und darum bin ich so froh und auch wirklich dankbar. Der Herr Landeshauptmann hat es vor zwei Monaten schon angekündigt. Es wird im Großraum Graz einen zweiten Technologiepark geben, und Herr Präsident Ing. Stoisser hat bei der Handelskammervollversammlung davon gesprochen, daß dieses Grundstück, das der Handelskammer Steiermark gehört, auch zur Verfügung gestellt wird. Das ist Zusammenarbeit für die steirische Wirtschaft und vor allem für junge und intelligente Produkte und Unternehmer und Menschen, die damit arbeiten wollen.

Ich möchte Ihnen nur mehr einen Satz sagen zu diesem gestrigen Nachmittag. Der Herr Prof. Leopold hat uns dort gesagt, das Land Steiermark hat in allem, was Förderung von Forschung und von neuen Ideen, was damit zusammenhängt, eine Ausnahmestellung in Österreich, und es ist gelungen – er hat sich bei meinem Vorgänger, Landesrat Dr. Heidinger, auch dafür bedankt –, daß er mit der Zusage, das Land tut mit, sozusagen den Bund in Zugzwang gebracht hat und damit auch eine Planstelle an seinem Institut bekommen hat und auch alles, was er dazu braucht, bekommen wird. Es wird erfunden, es wird etwas erzeugt, und es wird vier Stützpunkte auf der ganzen Welt geben, wo diese Produkte gebraucht werden. Darum habe ich von Welt gesprochen, aber auch vom geistigen Eigentum der steirischen Menschen.

Zum Herrn Kollegen Dipl.-Ing. Dr. Korber: Sie haben mir angeboten Zusammenarbeit und Information. Wir sind ja Nachbarn, ich komme gerne darauf zurück. Wir treffen uns ja bei verschiedensten Möglichkeiten. Ich werde gerne mit Ihnen auch weiter über diese Dinge reden.

Viele von Ihnen werden jetzt noch eine Aussage zur Koordinierung erwarten, die möchte ich heute an diesem Tage nicht schuldig bleiben. Es ist monatelang darüber geschrieben worden. Es wird eben einfach sehr viel geschrieben und oft viel zuwenig gefragt. Mit Recht, Zeitungen sind dazu da, um Informationen über die Rampe zu bringen. Ich würde mir manchmal wünschen, wir würden auch die positiven Dinge so gut weiterbringen. Es gibt eine große Reihe und viele Menschen, die sich mit Betriebsansiedlungen, Betriebserweiterungen und Förderungen beschäftigen. Ich möchte das aber gleich sagen: Wir haben mit dem Technologietransferzentrum Leoben schon im Sommer die Verhandlungen geführt, daß es zwischen Land und Bund konkrete enge Zusammenarbeit gibt, was Ansiedlung betrifft. Der zweite Schritt wurde auch geschafft. Es ist auch angesprochen worden. Alle Vertreter der Betriebsansiedlungsgesellschaften, die es im Lande gibt – jetzt muß ich sagen, es waren 19, und es waren auch der Herr Präsident der Handelskammer und ein Vertreter der Arbeiterkammer anwesend –, wir haben uns darauf geeinigt, weil der Herr Gennaro die Antwort wissen wollte, daß unter der Koordination und Leitung des Vorstandes der Wirtschaftsförderungsabteilung, Herrn Hofrat Dr. Feil, sich alle diese Verantwortlichen zu einem Jour fixe in sehr kurzen Abständen treffen werden, um miteinander diese Koordinierung vorzunehmen, um dem gerecht zu werden, wofür sie geschaffen sind, nämlich, Betriebe in der Steiermark anzusiedeln, zu festigen, zu erweitern und

Arbeitsplätze zu schaffen. Dieser Schritt ist getan. Ich bin sehr, sehr froh darüber. Und ich darf doch etwas dazusagen, wenn man von Koordinierung spricht. Ich habe es erlebt und weiß nicht, ob einer der Kollegen aus der Obersteiermark dabei war, die Worte des Herrn Wachendorf bei der Betriebsübernahme von Faserprofil in Kapfenberg. Er hat sich dort offiziell bedankt. Er hat sich vor allem bei einer Betriebsansiedlungsorganisation offiziell bedankt, das ist die BEA, die heute einige Male angesprochen wurde.

Ich habe auch hier einen Brief vor mir liegen, der nicht von uns stammt, sondern vom Bürgermeister Prieschl aus Kapfenberg, worin er sich auch bedankt für die rasche und für die unbürokratische Zusammenarbeit sowohl mit der Betriebsansiedlungsgesellschaft als auch mit der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung.

Und, Herr Kollege Schrittwieser, wenn Sie den Herrn Krobath gesucht haben, hätten Sie mich gefragt, schon im Ausschuß, ich hätte es Ihnen sofort gesagt, Seite 283 finden Sie diese Post. Ich möchte aber dazusagen, es hat Ihnen auch der Kollege Mag. Rader schon gesagt, was machen eigentlich Betriebsansiedlungen, was geschieht, und welchen Zweck haben sie? Ich war vor einigen Wochen unter der Führung des Herrn Landeshauptmannes gemeinsam mit Vertretern der steirischen Wirtschaft und Banken in Mailand. Dort wurde die Steiermark vorgestellt. Es waren ranghohe Vertreter von Industrie und dem Bankenwesen anwesend. Es waren aber auch anwesend jene beiden Firmenvertreter, die bei uns in der Steiermark schon Fuß gefaßt haben: Zanussi und Vinvetro. Und so wie Herr Wachendorf sind auch Zanussi- und Vinvetro-Vertreter jederzeit bereit zu sagen, in diesem Land kann man investieren, in diesem Land bemüht man sich um einen neuen Betrieb. Und weil Sie gefragt haben, was mit dem Herrn Krobath passiert. Seit der Anfrage des Kollegen Weilharter habe ich mit dem Herrn Krobath einige Gespräche gehabt, und es liegt mir auch eine Liste vor, mit welchen Betrieben er im letzten halben Jahr Kontakt aufgenommen hat, wo gleichzeitig auch steht, in welcher Form und in welchem Stadium einzelne Realisierungen sein können. Das möchte ich nur als Antwort geben.

Herr Kollege Gennaro, Sie sind nicht richtig informiert, wenn Sie sagen, es gibt diese Sonderförderungsaktionen in ganz Österreich. Die 200.000-Schilling-Aktion und den Steuerfreibetrag, das ist eine Förderung, die unser Landeshauptmann mit der Bundesregierung, mit dem Bundeskanzler ausgehandelt hat, das ist ein wirklich großartiges Ergebnis. (Abg. Gennaro: „Dagegen wart ihr vor einem Jahr noch. Da habt ihr es verteufelt!“) Und ich könnte Sie jetzt auch noch mit Zahlen füttern, aber gestatten Sie mir, daß ich die Zahlen mir schenke, weil ich weiß, daß es spät ist.

Muß aber noch etwas sagen zur Koordination, weil es eine Neuerung im eigenen Referat und im eigenen Ressort sein wird. Die Förderungsstelle für die gesamte steirische Wirtschaft, Klein-, Mittel- und Großbetrieb, alle Branchen, werden koordiniert von unserem Hofrat für Wirtschaftsförderung Dr. Feil, und es wird für alle Unternehmer in diesem Land für Förderungsmittel nur eine einzige Anlaufstelle geben. Ich glaube, daß das wichtig ist, wenn man gesprochen hat, daß man

manchmal nicht weiß, bei welcher Tür man hineingehen muß. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL.)

Das Wort AHT wurde heute nicht angesprochen. Rottenmann. Sie wissen, es gab lange Diskussionen. Ich habe mir dazugeschrieben, es ist ein großer Schritt gelungen, und es sind private Unternehmer gefunden worden. Es kostet dem Land Steiermark sehr viel Geld, aber ich glaube, man sollte auch sagen, die Arbeitnehmerschaft hat es sich verdient, daß wir uns für sie einsetzen, und da möchte ich auch noch gleich etwas ausräumen, was so manchmal in Frage gestellt wurde, das muß man selber machen. Im Sommer haben sich noch manche Gedanken gemacht, wie wird ein Minister Dr. Streicher oder ein Landesrat Dr. Klausner mit einer Frau als Referentin reden. Wir haben es gemeinsam gemacht. Wir haben miteinander reden können. Es gab kein Problem. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL.) Die KVA-Geschichte wurde sehr stark angesprochen. Ich möchte mich dazu bekennen, möchte aber sagen, weil es heute hier nicht ausgesprochen wurde, daß der Herr Landeshauptmann bei diesen Verhandlungen gefordert hat, daß eine Rückförderungsklausel enthalten sein muß. Dies wird auch geschehen. Verhandlungen sind im Gange. Zum Schluß möchte ich mit einer anderen Form schließen, wie man es sonst macht. Ich hätte noch vieles zu sagen, aber ich weiß schon. Ich schließe erstens mit dem Dank an alle Mitarbeiter, vor allem im eigenen Büro unter der Leitung von Herrn Hofrat Stecher, die mich so in den ersten Monaten begleitet haben und durchgetragen haben. Ich bedanke mich bei allen Vorständen und bei allen Mitarbeitern in den Abteilungen, aber vor allem bei den Kollegen in diesem Haus, weil ich gespürt habe, daß sie mit positiver Einsatzfreude bei der Arbeit für die steirische Wirtschaft sind. Und zum Abschluß habe ich mir etwas vorgenommen, was halt vielleicht ein bißchen anders ist. Der Herr Landeshauptmann hat am vergangenen Samstag den Spatenstich der Pyhrnautobahn gehabt, und das wird uns Betriebsansiedlungsverhandlungen und Gespräche für die Zukunft wesentlich erleichtern, wenn wir sagen können, wann ist es soweit. Ich habe mir zusammenstellen lassen, und für diese Zusammenstellung bin ich sehr dankbar, sie ist natürlich nur ein Bruchteil dessen, was man sagen müßte, eine Positivparade über Firmen in der Steiermark, die eine besonders erfreuliche Entwicklung aufweisen. Ich möchte stellvertretend einige nennen: in Graz den Technologiepark, die Firma Siemens und die Firma AVL. Überall gäbe es etwas dazu zu sagen. In Graz-Umgebung die Firma Thalhammer und die Firma Fritz. In Leibnitz die Firma Philips und die Firma Meltschok. In Deutschlandsberg die Firma Siemens, die Firma Fuchs, die Firma Binder-Magnete. In Voitsberg die Firma Technoglas und die Firma Oberglas. Ich möchte dazusagen, daß gerade aus dem Bezirk Voitsberg, aus der eigenen Region, so, wie es heute die zwei Kollegen am Pult gesagt haben, sehr viele Initiativen kommen, und wir werden uns bemühen, gerade in diesem Bezirk sie auch zu unterstützen. In Radkersburg möchte ich erwähnen die Kur- und Fremdenverkehrsbetriebe, und es war auch möglich bei der Eröffnung zweier Hotels in dieser Thermenregion dabei zu sein. In Feldbach nenne ich die Steirische Elektronik und die Firma Schmidt und weiß auch um die Probleme von Sankt Stefan. Herr Kollege Freitag, da sind wir Partner. Fürstenfeld, Verdichter

Österreich, Therme Loipersdorf und die Lehrwerkstätten in den Eumig-Hallen. In Hartberg die Firma Capomöbel und die Firma Solstar-Brillen. Das sind Namen, weil die Frau Kollegin Kammlander fragt, welche Firmen, wo sind sie denn, mit welchen verhandeln wir denn? Ich möchte bei Hartberg dazusagen, da gibt es eine Hartberger Landinitiative, die ich vielen Bezirken empfehlen könnte und die man weitertragen soll. In Weiz nenne ich die Firma Audeca und in Murau die Firma Bengler und die Firma Surf und Seil. Judenburg Firma Wuppermann, Firma Ökonomus und im Raum Obdach die Firma Alko, die Firma Hampel und die Firma Vogel. In Knittelfeld die Austria Antriebstechnik und in Leoben, es wurde schon angesprochen, die Firma Vilas-Styria, Massivholz Liechtenstein, VOEST-Alpine Glas. (Abg. Hammer: „Bezirk Eisenerz!“) Bezirk Leoben. Wenn ich alle Orte nehme, werde ich nie fertig. VOEST-Alpine-Glas Ges. m. b. H. Eisenerz. Zufrieden, Herr Kollege Hammer? TTZ Leoben, Technologiepark und Schulungszentrum Niklasdorf. Auch darüber hätte man reden sollen, vom Laserzentrum, darüber haben wir heute noch einen Beschluß zu fassen. In Bruck die Firma Leykam und die Firma Faserprofil und in Mürzzuschlag auch nur stellvertretend die Firma Display-Erne, Firma Krieglach-Rohr, Firma ESTE, Firma Vogl & Noot, VOEST-Alpine, Automationstechnik Langenwang, Pengg-Valenta. In Liezen die AHT, Teilübernahmen der Firma Rothe-Assmann, den AHT-Kernbereich Rottenberger-Partusch und die Steirischen Druckgußwerke in Altenmarkt. Und so könnte ich die Liste an positiven Dingen aufzählen. Und das wollte ich Ihnen mitgeben, daß jeder nach Hause gehen kann und sagen, in meinem Bezirk rührt sich etwas. Daß sich noch mehr rührt, das liegt auch an uns. In diesem Sinne danke ich den steirischen Unternehmern, ihren Mitarbeitern und den Konsumenten, weil sie sind insgesamt die steirische Wirtschaft. Ich danke für die Zusammenarbeit und daß die Liste im nächsten Jahr länger wird, das liegt an uns. Alles Gute! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL. – 20.16 Uhr.)

Präsident Zdarsky (20.16 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 7 liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Kanduth (20.16 Uhr): Ich verzichte auf das Schlußwort und ersuche um Annahme der Gruppe 7.

Präsident Zdarsky (20.16 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren, wenn Sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 7 zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Die Gruppe 7 ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 8, Dienstleistungen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hubert Schwab. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schwab (20.17 Uhr): Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Gruppe 8 umfaßt die Dienstleistungen. Dazu gehören die Liegenschaften, Wohn- und Wirtschaftsgebäude, der Grundbesitz der Landwirtschaftsschulen, der Weinbaubetrieb in Silberberg, die Steiermärki-

schen Landesforste, die Landesforstgärten, auch die wirtschaftlichen Unternehmungen, wie zum Beispiel die Landesbahnen, das Kongreßzentrum Graz und das Heimatwerk. Die Gruppe 8 umfaßt Einnahmen von 93,101.000 und Ausgaben in der Größenordnung von 175,630,000 Schilling.

Die Gruppe 8 wurde im Finanz-Ausschuß beraten. Ich ersuche um Annahme. (20.18 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung und bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 8 zustimmen.

Die Gruppe 8 ist somit einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 9, Finanzwirtschaft. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl-Heinz Vollmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Vollmann (20.19 Uhr): Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 9 umfaßt die Finanzwirtschaft, gesonderte Verwaltung, Kapitalvermögen und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, öffentliche Abgaben, Umlagen, Finanzzuweisungen und Zuschüsse, nicht aufteilbare Schulden, Haftungen, soweit sie nicht aufteilbar sind, Verstärkungsmittel, Haushaltsausgleich, Jahresergebnis, Übergabe und Übernahme des Jahresergebnisses und Abwicklung des Vorjahres.

Der Finanz-Ausschuß hat auch die Gruppe 9 eingehend beraten, und ich ersuche um Annahme.

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Klauser. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Klauser (20.19 Uhr): Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Zunächst eine persönliche Bemerkung zu dem, was Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth zum Schluß der Gruppe 3 gesagt hat:

Wer nach 14 Anhörungen für die Position eines „herbst“-Intendanten einen 15. aus dem Zylinder zieht, sollte auch wissen, wer da die 14 als Spielmaterial betrachtet hat. Da fällt das Sprichwort, mit dem Sie, Herr Landeshauptmann, dem Abgeordneten Gennaro geantwortet haben, auf Sie selbst zurück. Im übrigen hat Herr Prof. Kriesche gestern am Telefon bedauert, von Ihnen weiter als Spielmaterial verwendet zu werden.

Ihre Versuche, Überziehungen im Bereich der Rechtsabteilung 6 und der Rechtsabteilung 10 zu vergleichen, ehren Sie zwar als Referatsleiter, weil Sie damit Ihre Herren in Schutz nehmen. Sie machen aber das, was ich bei der Budgeteinbegleitung dazu gemeint habe, für jeden Budgetkenner erst recht offenkundig.

In Ihrem Schlußwort haben Sie die von Ihnen in Auftrag gegebenen genauen Berechnungen Ihres Büros präsentiert – und damit ein weiteres Beispiel relativer Ungenauigkeit: Diesen Berechnungen zufolge habe Ihre Gruppe einen Anteil von 1,78 Prozent an den Gesamtausgaben im ordentlichen Haushalt. Genau dies ist falsch. Tatsächlich beträgt der Anteil der Gruppe 3 an den Gesamtausgaben des ordentlichen Haushalts 1,736 Prozent. In Zahlen ausge-

drückt aber immerhin 11,4 Millionen, die da den Unterschied ausmachen.

Zur von Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth angeführten, durchaus erfreulichen Einnahmesteigerung bei der Landesausstellung 1988 in der Höhe von 6 Millionen Schilling möchte ich doch anmerken, daß dies offensichtlich aus einer Unterbudgetierung der Einnahmen resultiert. Dies war auch in den vergangenen Jahren jeweils der Fall.

Im übrigen habe ich dem, was Arthur Ficzkó gesagt hat, nichts hinzuzufügen.

Soweit ein genereller Trend in der Budgetdebatte für mich erkennbar war, habe ich ihn in einem etwas angestregten Optimismus gesehen, der, abstrakt gesehen, auch in meinen Augen durchaus gerechtfertigt ist. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern wird er allerdings problematisch. Da scheinen wir in allen Vergleichen ganz hinten auf.

Über die Finanzausgleichsverhandlungen ist das ungemein schwierig zu korrigieren, weil dort das Einstimmigkeitsprinzip herrscht, aber auch deswegen, weil Wien in der Doppelrolle als Land und Gemeinde aufscheint. Dazu kommt die Verfassungsproblematik bei der Aufteilung der Krankenanstaltenversorgung zwischen Niederösterreich und Wien.

Vizebürgermeister Mayr meint offensichtlich, den nächsten Finanzausgleich schon jetzt vorbereiten und die Wiener Situation als kaum mehr erträglich darstellen zu müssen.

Ich beklage diese außerordentliche Vorrangstellung Wiens, solange sie zum Nachteil der übrigen Bundesländer geht. Sie manifestiert sich ja in den folgenden Vergleichen zwischen Wien und der Steiermark, wobei von einem Bevölkerungsverhältnis von 20,1 Prozent zu 15,1 Prozent, gemessen an der österreichischen Gesamtbevölkerung, auszugehen ist:

Bei den Ertragsanteilen der Länder in Relation zur Volkszahl erhält Wien 530 Millionen mehr, die Steiermark 425,9 Millionen Schilling weniger.

Bei den Ertragsanteilen der Gemeinden in Relation zur Volkszahl bekommt Wien 2,576 Milliarden mehr, die steirischen Gemeinden um 911 Millionen Schilling weniger.

Bei den Zuweisungen für die Wohnbauförderung erhält Wien über 8 Milliarden. Die Steiermark mit einer, wie gesagt, nur um ein Viertel kleineren Bevölkerung bekommt nur knapp 4 Milliarden Schilling.

Als viertes Beispiel nenne ich die Zuteilungen aus dem KRAZAF:

Wien erhält 29,4 Prozent, die Steiermark 12,9 Prozent – das ist weit weniger als die Hälfte. Auch wenn man den Ostraum der Republik – also Wien, Niederösterreich und das Burgenland – auf dem Gebiet der Krankenversorgung als eine Art Einheit sieht, sind wir deutlich benachteiligt: Denn diese drei Bundesländer erhalten bei einem Bevölkerungsanteil von 42,7 Prozent ganze 48,2 Prozent.

Alle diese Zuteilungen zeigen deutlich, daß die teilweise Aufteilung der Steuermittel nach der wirtschaftlichen Leistungskraft, das heißt nach dem Steueraufkommen, zum Ergebnis führt, daß die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden. Das wird von den aufkommensstarken Bundesländern

mit dem Argument unterstrichen, daß derjenige, der in den Steuertopf viel einbringt, auch viel herauszubekommen habe.

Die konsequente Verfolgung dieses, meiner Meinung nach ganz falschen Gedankens verkehrt den Begriff Finanzausgleich in sein Gegenteil: Dieser Finanzausgleich sollte doch – im Bundesstaat Österreich – für alle Länder und Gemeinden einen annähernd gleichen Lebensstandard sichern helfen. Ein Wohlstands- und Einkommensgefälle von mehr als 30 Prozent ist dafür sicher kein gutes Zeichen.

Es wird daher Aufgabe des Bundes sein, zu einer gerechteren Berücksichtigung der Aufgabenfinanzierung der Länder zu kommen.

Versuchen wir alle, dies im Rahmen der Laufzeit des jetzigen Finanzausgleiches und als Vorbereitung für den nächsten zu erreichen. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ und VGÖ/AL. – 20.25 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 9 zustimmen.

Die Gruppe 9 ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum außerordentlichen Haushalt.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rainer (20.26 Uhr): Frau Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im außerordentlichen Haushalt sind Gesamtausgaben veranschlagt von 1.118.316.000 Schilling. Davon entfallen auf das Normalprogramm 420.991.000 Schilling, auf das Arbeitsplatzförderungs- und Strukturprogramm 697.325.000 Schilling. Als zweckgebundene Teilbedeckung ist eine Zuführung aus dem ordentlichen Haushalt von 7.340.000 Schilling vorgesehen. Der verbleibende Rest von 1.110.976.000 Schilling ist zur Gänze durch Kredit- und Finanzoperationen zu decken. Dieser außerordentliche Haushalt wurde im Finanz-Ausschuß einstimmig zur Kenntnis genommen. Ich beantrage die Annahme.

Präsident Zdarsky: Es liegt keine Wortmeldung vor. Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wenn Sie diesem die Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der außerordentliche Haushalt ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zu den 34 Beschlüßanträgen des Landesvoranschlages 1989, die im mündlichen Bericht Nummer 29 zusammengefaßt sind. Da nicht alle vier Parteien im Finanz-Ausschuß vertreten sind, werde ich über jeden einzelnen Beschlüßantrag gesondert abstimmen lassen.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter um Verlesung der Beschlüßanträge und werde nach jedem Beschlüßantrag abstimmen lassen.

Abg. Rainer (20.27 Uhr): Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Ich nehme an, Sie haben die Vorlage vor sich liegen.

Zur Gruppe 0: Der erste Antrag betrifft die Unvereinbarkeitsregelung für Politiker. Antragsteller: Dr. Maitz, Abgeordneter Buchberger, Zellnig, Erhart. Ich beantrage die Abstimmung.

Präsident Zdarsky: Sehr geehrte Damen und Herren, Sie haben den Antrag gehört. Wenn Sie dem Antrag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Gruppe 0. Begrenzung der Politikerbezüge in der Höhe eines Mitgliedes der Bundesregierung. Antragsteller: Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Dr. Dorfer, Abgeordneter Dr. Ficzkó, Mag. Rader. Ich beantrage die Abstimmung.

Präsident Zdarsky: Meine Damen und Herren, die Sie diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Gruppe 0, und zwar betreffend die Pensionsreform. Antragsteller: Abgeordneter Schrammel, Abgeordneter Prof. Dr. Eichinger, Abgeordneter Erhat, Abgeordneter Mag. Rader. Ich beantrage die Abstimmung.

Präsident Zdarsky: Die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Gruppe 0, in Analogie zum Bund der Entwurf eines Arbeitnehmerschutzgesetzes für die Bediensteten des Landes. Antragsteller: Abgeordnete Freitag, Rainer, Prof. Dr. Eichinger, Pinegger und Mag. Rader. Ich bitte, abzustimmen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag die Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Gruppe 0, und zwar die Schaffung einer Vergabekontrollkommission. Antragsteller: die Abgeordneten Mag. Rader, Dr. Pfohl und Herrmann.

Ich bitte, einen anderen Abgeordneten namhaft zu machen. Ja bitte, er war ja beim Finanz-Ausschuß dabei. Der Beschluß war gültig. Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Gruppe 0. Die Erstellung eines jährlichen Katalogs über die erfolgten Förderungen, wir haben ja heute einen Teil daraus gehört, und zwar Antragsteller: Abgeordnete Mag. Rader, Trampusch, Rainer, Dr. Pfohl.

Ich bitte, auch darüber abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Gruppe 0, und zwar die Vorlage eines detaillierten Berichtes über die Verwendung der Mittel aus der Beamten-Null-Lohnrunde des Jahres 1988. Antragsteller: die Abgeordneten Mag. Rader, Kollmann, Prof. Dr. Eichinger und Ussar sind die Antragsteller. Ich bitte, abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag die Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Letzter Antrag der Gruppe 0 betrifft die Besetzung von Spitzenpositionen der Steiermärkischen Landesregierung, und zwar durch Beamte der Bezirkshauptmannschaften und andere Landesbedienstete, aber auch durch die Hereinnahme von Außenstehenden. Antragsteller: die Abgeordneten Mag. Rader, Dr. Maitz, Herrmann und Rainer. Ich bitte, abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag Ihre Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Damit zur Gruppe 1, und zwar betrifft das einen Entwurf des Rettungsdienstgesetzes über einen flächendeckenden Ärztenotdienst und den Einsatz von Notarztwagen. Antragsteller: die Abgeordneten Sponer, Dr. Ficzkó, Kanduth und Pußwald. Ich bitte, abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Sie haben auch diesen Antrag gehört. Wenn Sie ihm zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Der nächste Antrag der Gruppe 1 befaßt sich mit der Erstellung eines Schutzraumkataloges. Hier sind die Antragsteller die Abgeordneten Mag. Rader, Pußwald, Kanduth und Trampusch. Ich bitte, auch hierüber abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag Ihre Zustimmung erteilen, dann bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Abg. Rainer: Der letzten Antrag der Gruppe 1, Bevorratung vom Land und Übernahme der Lagerhaltungskosten.

Antragsteller sind die Abgeordneten Mag. Rader, Göber, Pinegger und Trampusch. Ich bitte, abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Wir kommen damit zu den Anträgen der Gruppe 2. Der erste Antrag befaßt sich mit dem Schul- und Bildungswesen inklusive Hochschule und andere Ausbildungsstätten.

Antragsteller sind die Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Pinegger, Pußwald und Mag. Rader. Ich bitte auch hier, abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist mit Mehrheit angenommen.

Abg. Rainer: Gruppe 2. Grundsätze der Förderungspolitik im Bereich der Wissenschaft und Forschung.

Antragsteller sind die Abgeordneten Dr. Ficzkó, Ussar, Prof. DDr. Steiner, Dr. Hirschmann und Mag. Rader. Ich bitte, abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Er ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Der nächste Antrag betrifft wieder die Gruppe 2, und zwar die Aufnahme und die Erstellung von Wartelisten für Lehrer. Antragsteller sind die Abgeordneten Mag. Rader, Pinegger, Prof. Dr. Eichtinger und Freitag. Ich bitte, abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Wir kommen damit zur Gruppe 3, und zwar betreffend die landesgesetzliche Regelung für den Rundfunk- und Fernsehschilling. Antragsteller sind die Abgeordneten Dr. Pfohl, Dr. Hirschmann, Dr. Ficzkó und Mag. Rader. Ich bitte, abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Gruppe 3, Neugestaltung des „steirischen Herbstes“. Antragsteller sind die Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Dr. Pfohl, Ussar und Mag. Rader. Ich bitte, abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag die Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Der letzte der Gruppe 3, und zwar Vorsorge im Landesvoranschlag 1990 im ordentlichen Haushalt für eine höhere Dotierung für Brauchtums- und Musikpflege. Antragsteller sind die Abgeordneten Herrmann, Zellnig, Schwab, Prof. Dr. Eichtinger und Weilharter. Ich bitte, abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag Ihre Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Wir kommen damit zur Gruppe 4. Gesetz in Analogie zum Invalideneinstellungsgesetz des Bundes, und zwar für Behinderte. Antragsteller sind die Abgeordneten Buchberger, Göber, Sponer und Mag. Rader.

Ich bitte, abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag Ihre Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Gruppe 5. Antrag, betreffend ein Abfallvermeidungsgesetz. Antragsteller sind die Abgeordneten Schwab, Dr. Dorfer, Trampusch und Mag. Rader. Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie dem Beschlußantrag Ihre Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Gruppe 5, die Etablierung einer flächendeckenden Hauskrankenpflege. Antragsteller sind die Abgeordneten Kollmann, Göber, Gottlieb und Mag. Rader. Ich bitte, abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag Ihre Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Der letzte der Gruppe 5 betrifft die spirometrischen Untersuchungen, und zwar für das Grazer Becken und das Gratkorn Becken. Antragsteller sind die Abgeordneten Mag. Rader, Dr. Ficzkó, Dr. Hirschmann und Grillitsch. Ich bitte, auch darüber abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag Ihre Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Gruppe 6. Erster Antrag, Ausbau der Pyhrnautobahn im oberösterreichischen Raum. Antragsteller sind die Abgeordneten Kanduth, Kollmann, Kohlhammer und Weilharter. Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag Ihre Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ist mit Mehrheit angenommen.

Abg. Rainer: Weiter in der Gruppe 6, die Erstellung eines gesamtsteirischen Verkehrskonzeptes unter Beachtung eines Tarifverbundes im Nahverkehr. Antragsteller sind die Abgeordneten Kohlhammer, Trampusch, Dr. Dorfer, Dr. Maitz und Weilharter. Ich bitte, abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag Ihre Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Weiter in der Gruppe 6, die rasche Inangriffnahme der notwendigen Baumaßnahmen für das Konzept „Neue Bahn“. Antragsteller sind die Abgeordneten Kohlhammer, Trampusch, Kanduth, Pinegger und Weilharter. Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag Ihre Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Der nächste Beschlußantrag beschäftigt sich mit den Hinweistafeln beim Autobahnknoten St. Michael. Antragsteller sind die Abgeordneten Weilharter, Kollmann, Kanduth und Gottlieb. Ich bitte, auch hier abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag Ihre Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Der nächste Antrag beschäftigt sich mit dem raschen Bau des Koralmtunnels. Antragsteller sind die Abgeordneten Weilharter, Ing. Stoisser, Kohlhammer und Trampusch. Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Weiter in der Gruppe 6, für den Container- und Huckepackverkehr die Schaffung eines Verladebahnhofes beziehungsweise einer Auffahrtsrampe in der Obersteiermark. Antragsteller sind

die Abgeordneten Weilharter, Kollmann, Schwab und Kohlhammer. Ich bitte, auch darüber abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Der letzte der Gruppe 6 beschäftigt sich erstens mit der Fertigstellung der Pyhrnautobahn, zweitens mit dem Ausbau der Murtal-Schnellstraße und drittens mit dem Ausbau der Ennstal-Bundesstraße. Antragsteller sind die Abgeordneten Weilharter, Dr. Dorfer, Kanduth und Günther Ofner. Ich bitte, auch darüber abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist mit Mehrheit angenommen.

Abg. Rainer: Ich komme zur Gruppe 7: Ein Antrag auf Ausweitung der Privativierung. Antragsteller sind die Abgeordneten Dr. Maitz, Göber, Grillitsch und Mag. Rader. Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag Ihre Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Abg. Rainer: Weiter in der Gruppe 7, es betrifft den raschen Beitritt und Ansuchen um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Antragsteller sind die Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Dr. Dorfer, Göber und Mag. Rader. Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag Ihre Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist mit Mehrheit angenommen.

Abg. Rainer: Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Aufrechterhaltung der Lehrwerkstätten im Bereich der ÖIAG. Antragsteller sind die Abgeordneten Kohlhammer, Rainer, Ing. Stoisser, Prof. Dr. Eichinger und Mag. Rader. Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag Ihre Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Der nächste, die Forderung nach einem Fremdenverkehrskonzept unter Einschluß der Landeshauptstadt Graz. Antragsteller sind die Abgeordneten Mag. Rader, Dr. Dorfer, Pußwald und Dr. Ficzkó. Ich bitte, auch hierüber abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag Ihre Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Der letzte Antrag der Gruppe 7 beschäftigt sich mit einem sogenannten Bädergütesiegel. Antragsteller sind die Abgeordneten Mag. Rader, Dr. Hirschmann, Schwab und Herrmann. Ich bitte, auch darüber abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag Ihre Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Wir kommen zur Gruppe 9. Hier gibt es einen Resolutionsantrag. Er beschäftigt sich damit, daß ein Ausgleich geschaffen werden soll für benachteiligte Bundesländer, finanzschwächere Bundesländer, beim nächsten Finanzausgleich. Antragsteller sind die Abgeordneten Günther Ofner, Rainer, Pinegger, Dr. Dorfer und Mag. Rader. Bitte, darüber abstimmen zu lassen.

Präsident Zdarsky: Wenn Sie diesem Beschlußantrag Ihre Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Damit sind die Resolutionsanträge erledigt.

Präsident Zdarsky: Nun zum Kraftfahrzeugsystemisierungsplan.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer. Ich erteile ihm wieder das Wort.

Abg. Rainer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Hier gibt es gegenüber dem Jahre 1988 im Jahre 1989 keine nennenswerten Veränderungen. Ich beantrage daher die Annahme des Kraftfahrzeugsystemisierungsplanes.

Präsident Zdarsky (20.43 Uhr): Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen.

Der Kraftfahrzeugsystemisierungsplan ist somit einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Dienstpostenplan.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Franz Kollmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kollmann (20.44 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Unter Einbeziehung der zu Lasten der Voranschlagspost 5200 ermittelten Ganzjahresdienstposten umfaßt

der Landesdienstpostenplan 1989 einschließlich der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie der zur Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H. zugewiesenen Landesbediensteten, jedoch ausschließlich der Pflicht- und Berufsschullehrer, insgesamt 17.541,46 Dienstposten. Das ergibt gegenüber dem Dienstpostenplan 1988 eine Verringerung um 727,08 Dienstposten.

Zur Erklärung: Diese 727,08 Dienstposten entfallen zum größten Teil auf jenen natürlichen Abgang, der dadurch entsteht, daß die Bediensteten nunmehr der Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H. zugehören. Trotzdem ist – wie schon Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba in seiner Wortmeldung zur Gruppe 0 ausgeführt hat – eine echte Einsparung zu erkennen. Es wurde, obwohl die Dienstposten zu Lasten der einzelnen Sozialhilfverbände um 35 aufgestockt wurden, jedoch refundiert werden, und obwohl zusätzlich erforderliche Dienstposten im Bereich Umwelt und im Bereich der Baudirektion, Straßenerhaltung, durch Umschichtungen aufgefangen werden konnten, wurden eben die Gesamtdienstposten um über 30 verringert. Ich bitte um Annahme. (20.45 Uhr.)

Präsident Wegart (20.45 Uhr): Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche die Damen und Herren, die damit einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir haben noch über den Antrag des Hauptberichterstatters, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 309/1, abzustimmen. Ich erteile dazu dem Herrn Abgeordneten Karl Rainer das Wort.

Abg. Rainer (20.46 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich wiederhole meinen am 5. Dezember 1988 um 9.30 Uhr gestellten Antrag auf Annahme der Vorlage 588/1 des Landeshaushaltes 1989 mit den ausgewiesenen Schlußsummen sowie mit dem Inhalt, daß der Kraftfahrzeugsystemisierungsplan und der Dienstpostenplan angenommen werden sollen.

Präsident: Wer mit der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 309/1, über den Landesvoranschlag 1989, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 589/1, Beilage Nr. 50, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Rainer (20.47 Uhr): Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Die Vorlage beinhaltet die Ermächtigung zur Aufnahme von Anleihen bis zum Gegenwert von insge-

samt 2 Milliarden Schilling, und zwar im Inland wie auch im Ausland. Ich bitte nach der Annahme im Finanz-Ausschuß auch hier im Hohen Hause um die Annahme dieser Vorlage.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 492/2, betreffend die Errichtung und Finanzierung eines Laserzentrums beim Technologiepark und Schulungszentrum Niklasdorf.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Kollmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kollmann (20.48 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Es handelt sich um die Finanzierung eines Laserzentrums beim Technologiepark und Schulungszentrum in Niklasdorf. Dieses Vorhaben wurde bereits heute ausführlich debattiert. Die Liegenschaft, die hierfür erforderlich ist, steht im Eigentum der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Steiermark und ist an die Firma Technologiepark und Schulungszentrum Niklasdorf, Grundverwertungs-Ges. m. b. H., langfristig in Bestand gegeben.

Nunmehr soll auf dieser Liegenschaft ein Laserzentrum seitens des Landes Steiermark mit einem Kostenaufwand von insgesamt 6,2 Millionen Schilling errichtet werden. Die für diesen Bau als günstig zu bezeichnenden Baukosten können dadurch erreicht werden, daß der Bau des Laserzentrums rasch an den Bau des Technologieparks und des Schulungszentrums angehängt wird. Für die Einrichtung des Laserzentrums, also die Ausstattung mit Geräten, sorgen die Nutzer. Angemerkt sei dabei, daß die Anschaffung des Lasers mit Nebeneinrichtungen auch vom Land Steiermark aus Mitteln der Wissenschaftsförderung unterstützt wird. Diese Einrichtungen sind mittlerweile auch an der Montanuniversität Leoben in Probetrieb. Das Laserzentrum soll federführend von der Forschungsgesellschaft Joanneum-Ges. m. b. H. betrieben werden. Die Nutzung erfolgt jedoch im Rahmen eines Kooperationsvertrages zwischen der Forschungsgesellschaft Joanneum, dem Institut für Metallkunde und Werkstoffprüfung der Montanuniversität Leoben und der Innofinanz, Steiermärkische Forschungs- und Entwicklungsförderungsgesellschaft m. b. H. & Co. KG., die auch den Technologiepark betreibt. Der Kooperationsvertrag liegt in einem Rohentwurf vor und soll in den nächsten Wochen rechtsverbindlich ausgehandelt werden. Das Laserzentrum soll sich sowohl der Forschung, der Lehre wie auch insbesondere der Anwendung dieser modernen Technologie im Bereich der steirischen Wirtschaft widmen.

Die Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß am 25. November eingehend beraten. Ich bitte um Annahme. (20.50 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 592/1, betreffend den Verkauf der Liegenschaft EZ. 80, KG. Sallegg, Gerichtsbezirk Stainz, an die Kongregation der Helferinnen um den Betrag von 1,5 Millionen Schilling.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kohlhammer.

Abg. Kohlhammer (20.50 Uhr): Die Vorlage betrifft den Verkauf der Liegenschaft EZ. 80, KG. Sallegg, Gerichtsbezirk Stainz, an die Kongregation der Helferinnen um den Betrag von 1,5 Millionen Schilling. Der Verkauf der Liegenschaft liegt im Interesse des Landes, weil eine Nutzung dieser Liegenschaft in dieser Form nicht oder nur durch kostenintensive Umbauarbeiten möglich ist.

Ich stelle den Antrag, der Vorlage die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Händezichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 587/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Josef Schrammel, dem ich das Wort erteile.

Abg. Schrammel (20.51 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der „Grüne Bericht Steiermark“ für das Jahr 1987 gibt ein umfassendes und sehr objektives Bild über die Leistungen der steirischen Land- und Forstwirtschaft sowie über die wirtschaftliche und soziale Lage der bäuerlichen Familien. Im Rahmen der bisherigen acht Hauptkapitel bringt der Bericht in diesem Jahr als besonderen Schwerpunkt im Kapitel 4.1 ein Sonderkapitel über alle Formen bäuerlicher Selbsthilfeeinrichtungen in der Steiermark von den Anfängen des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens bis zu den gegenwärtigen Formen der überbetrieblichen Zusammenarbeit. Im Kapitel 5.3 wird anhand aktueller Forstinventurzahlen nachgewiesen, wie sehr unser Wald neben der Schädigung durch Emissionen und Immissionen teilweise auch durch Verbiß und Schälschäden des Wildes betroffen ist. Ich ersuche um Annahme der Vorlage.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Kontroll-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 503/1, betreffend den Landesrechnungsabschluß 1987.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Rainer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Rainer (20.52 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Gemäß Paragraph 32 Absatz 4 des Landesverfassungsgesetzes 1960 hat die Steiermärkische Landesregierung alljährlich den Landesrechnungsabschluß für das abgelaufene Finanzjahr gleichzeitig dem Landtag und dem Rechnungshof zu übermitteln. Der Landesrechnungsabschluß 1987 liegt nun in seiner gedruckten Fassung vor, und zwar Band I für den ordentlichen und außerordentlichen Haushalt, Band II die Untervoranschläge und Wirtschaftsbetriebe.

Diese Vorlage wurde ausführlich im Kontroll-Ausschuß am 25. November diskutiert und zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme des Rechnungsabschlusses 1987.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

8. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 617/1, Beilage Nr. 55, der Abgeordneten Dr. Maitz, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Trampusch und Kohlhammer, betreffend die Änderung des Landesverfassungsgesetzes 1960.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilcher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (20.53 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Änderung der Landesverfassung beinhaltet folgendes: Die Landesverfassung wird dahin gehend geändert, daß auch die Abgeordneten zum Landtag den Bestimmungen des Unvereinbarkeitsgesetzes unterliegen und dann, wenn sie in Aktiengesellschaften entsendet werden, diese Tätigkeit unentgeltlich und ohne Aufwandsersatz machen müssen. Ich weise hin, daß im Mündlichen Bericht eine weitere Änderung erfolgt. Dieses Gesetz tritt mit dem der Kundmachung folgenden Monatsersten in Kraft.

Der Ausschuß hat das Gesetz beschlossen. Ich bitte um Annahme im Plenum.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

9. Bericht des Ausschusses für Gesundheit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 590/1, Beilage Nr. 51, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz neuerlich geändert wird (11. KALG-Novelle).

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Alfred Spöner, dem ich das Wort erteile.

Abg. Spöner (20.54 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Namens des Ausschusses für Gesundheit stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle das in der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 590/1, Beilage Nr. 51, enthaltene Gesetz mit folgenden Änderungen und Ergänzungen beschließen: Es gibt neun Änderungen und Ergänzungen, die den Damen und Herren des Hohen Hauses schriftlich vorliegen, daher glaube ich, ist eine Verlesung nicht notwendig. Ich ersuche um Zustimmung.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dr. Strenitz.

Landesrat Dr. Strenitz (20.55 Uhr): Meine Damen und Herren!

Fürchten Sie bitte nicht, daß ich jetzt noch eine Rede halte. Ich möchte jedoch im Einvernehmen mit den im Haus vertretenen Fraktionen eine ergänzende Erklärung abgeben. In der Landeskrankenanstaltengesetznovelle ist eine sogenannte Ethikkommission vorgesehen, die im Interesse der Patienten bei der klinischen Erprobung von Arzneimitteln beobachtend tätig werden und, weil es die Grundsatzbestimmung des Bundes so vorsieht, alljährlich der Landesregierung einen Bericht vorlegen soll. Nun sind wir übereingekommen, weil es nichts zu verbergen gibt, mit Ausnahme jener personenbezogenen Daten, deren Preisgabe selbstverständlich das Arztgeheimnis oder der Datenschutz verbieten würde, daß wir diesen Bericht der Ethikkommission an die Landesregierung auch dem Hohen Hause vorlegen wollen. Das geht über den Gesetzestext hinaus. Im Einvernehmen mit den Fraktionen bringe ich Ihnen das zur Kenntnis. (20.56 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Krainer (20.56 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ein kurzes, traditionelles Schlußwort auch des Landeshauptmannes. Nach bemerkenswerten Stromschnellen ist sozusagen der Redefluß der Budget-

debatte im sicheren Hafen dieses Schlußakkords gelandet. Vielleicht kann man doch sagen, in Erinnerung an die gestrige Nacht oder besser gesagt den frühen heutigen Morgen, schlußendlich ist die Budgetdebatte meinem Gefühl nach meistens doch besser als ihr Ruf unterwegs. Ist jedenfalls mein Eindruck. Ich glaube, daß ihn viele teilen, weil es schließlich eine ganze Reihe hochinteressanter Diskussionsbeiträge gegeben hat, sowohl im Haus als auch hier auf der Regierungsbank. Weil ich aber trotzdem meine, daß das, was wir gestern für richtig hielten, heute auch noch stimmt, nämlich denn doch eine ganz ernsthafte Bemühung zu setzen, etwa im Jänner oder im Februar, parteienübergreifend darüber zu diskutieren, wie es zu einer Reform der Budgetdebatte kommen könnte. Nicht zuletzt deshalb, weil ich meine, das auch ganz unironisch gesagt, jene, die in der Ecke sitzen in diesem Haus, in der rechten von hier aus gesehen, durch die Printmedien, aber auch durch die elektronischen Medien die Aufgabe haben, das, was hier gesprochen wird, auch hinaus zu übersetzen und das offenkundig wirklich sehr schwierig ist, ganz unabhängig davon, wie das in der Beurteilung aussieht. Aber einfach auch technisch, einfach wirklich im zeitlichen und im Arbeitsaufwand. Ich glaube, daß das ein Aspekt ist, der auch seine Bedeutung hat. Es gibt durchaus diesen Wert einer Debatte für das Plenum und für den Landtag selbst. Es liegt auf der Hand, denn offenkundig ist ja diese Budgetdebatte jährlich eigentlich eine Generaldebatte der steirischen Politik und darüber hinaus sogar, nicht nur eben eine Budgetdebatte im engeren Wortsinn. Und da liegt ja ganz offenkundig auch eine Bedeutung dieser Art von Veranstaltung.

Ich möchte ein Zweites sagen. Natürlich ist es die primäre Aufgabe, unser Budget zu diskutieren. Und, lieber Herr Kollege Dr. Klausner, wir hätten im zweiten Teil Ihrer Rede alle begeistert applaudiert, auch auf dieser Seite des Hauses. Ich bekunde Ihnen meinen Applaus aber nicht nur für diesen zweiten Teil Ihrer Rede, sondern wirklich auch für die Erstellung dieses Budgets, weil ich glaube, daß wir manchmal unterschätzen, was für ein Riesenmaß an Arbeit wirklich dahintersteht. Dieser Dank gilt Ihnen persönlich, er gilt aber auch Ihren Herren Hofrat Dr. Kriegseisen, dem Landesrechnungsdirektor Pirzl und dem neuen Herrn Budgetmacher Soritz, der sozusagen eine Art Feuerprobe auch zu bestehen hatte. Es ist nicht nur eine Sache der Konvention, Ihnen dafür gemeinsam und Ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern zu danken, sondern aufrichtigen Herzens. (Allgemeiner Beifall.)

Und nachdem ich die Damen einige Male auch gefragt habe, wie es ihnen gehe, haben sie mir in den ersten Tagen immer sehr positive Auskünfte erteilt, am heutigen Nachmittag waren sie schon sehr gefordert. Auch dafür einen aufrichtigen Dank, weil wir natürlich wissen, wie sehr die Damen auch schätzen, hier sozusagen den Dienst im Angesichte des Landtages zu leisten, trotzdem die Pein und auch die Härte der Stenographie nicht damit vermieden ist. (Allgemeiner Beifall.)

Ich habe heute Nachmittag ein sehr berührendes Erlebnis gehabt, von dem ich meine, daß es wert ist, hier kurz erzählt zu werden. Der Außenminister des Prager Frühlings 1968, Prof. Jiri Hajek, der gerade jetzt

in dieser bedeutenden Veranstaltung „40 Jahre allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ gesprochen hat und am Abend Gast des Bürgermeisters der Landeshauptstadt ist, hat mir auch einen Besuch abgestattet mit seiner Frau und dem in Norwegen lebenden Sohn. Und nicht nur, daß man eigentlich immer wieder beschämt ist, wenn man solchen Leuten zuhört, es gibt wirklich auch die Weitergabe der Hoffnung. Wenn Menschen unter solchen Bedingungen mit dieser Art Bekenntnis dastehen und einem System trotzen – ist vielleicht das falsche Wort. Ein System aushalten, auch für uns aushalten und das auch in Worte fassen können. Wenn solche es dann doch erleben dürfen, das erste Mal nach zwanzig Jahren, wieder aus dem Land ausreisen zu dürfen, dann gibt das Hoffnung. Dann sind ohne Schwärmerei Glasnost und Perestroika und das, was eben im Osten versucht wird, ein Zeichen dafür, daß vieles im Aufbruch ist. Und daß wir uns – das empfinde ich persönlich, und das darf ich auch sagen – solcher Vorgänge als würdig erweisen müssen, weil so vieles trotz begündeter Kritik abundant ist bei uns, so vieles überhaupt nicht vergleichbar mit dem, was dort, was anderswo in der Welt geschieht. Und daher freue ich mich, daß letztlich gegenseitiges Verständnis spürbar war in dieser Budgetdebatte, durchaus auch da draußen und sonstwo im Haus diese menschliche Nähe, die dazugehört bei allen Unterschieden, die dann gar nicht so groß sind letztlich, weil es uns schließlich und endlich doch allein in der jedem eigenen Weise um dieses Land und die Menschen dieses Landes geht.

Ich möchte die Gelegenheit benützen, ein aufrichtiges Wort des Dankes zu sagen dem Präsidenten und den beiden Präsidentinnen dieses Hauses, die mit den Klubobmännern zusammen die Diskussion in einer Weise geleitet haben, als daß sie in diesen Hafen sozusagen geführt haben, auch der Übereinstimmung und der Sinnhaftigkeit eines solchen Vorganges. Und ich danke auch dem hier anwesenden Hofrat Dr. Karl Weihs, der 33 Jahre lang in der Rechtsabteilung 7 als Beamter gearbeitet hat und 15 Jahre davon als ihr Vorstand. Und das bedeutet weit mehr als beeindruckende Zahlen, das bedeutet ein Beamtenleben eines Menschen aus der Kriegsgeneration, der 1946 aus der Gefangenschaft heimkam, in einer sehr beeindruckenden Weise. Denn Chef der Gemeindeabteilung zu sein, das heißt, dem Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter ebenso wie mir in den letzten Jahren zugeordnet gewesen zu sein, ist bei Gott eine schöne, eine großartige Aufgabe, ist aber auch keine einfache Aufgabe. Ich möchte dir, lieber Karl, auch namens – glaube ich – wirklich aller hier vertretenen Repräsentanten des Landtages öffentlich diesen Dank „des Vaterlandes“ im besten Sinne des Wortes bekunden. (Allgemeiner Beifall.) Und ich danke von hier aus auch den mit Ende des Jahres in den dauernden Ruhestand tretenden Bezirkshauptleuten von Deutschlandsberg Dr. Schell, von Voitsberg Dr. Poppmeier und von Judenburg Dr. Vollmann, stellvertretend für alle unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die am Ende dieses Jahres in den zeitlichen Ruhestand treten. (Allgemeiner Beifall.) Darf ich etwas nachdenklich vielleicht schließen. Ein 75jähriger Priester hat mir am Sonntag gesagt, ein frommer Mann, ein heiligmäßiger Mensch, er hat in den vielen Jahren seiner seelsorglichen Tätigkeit, Frau Abgeordnete, nicht so viele

depressive Menschen in seinem Beichtstuhl und auch in Gesprächen gehabt wie in dieser Phase. Und vielleicht ist es auch erlaubt, in einer Zeit, die viele nicht mehr richtig einordnen, nämlich dem Advent, zu sagen, wir haben auch die Verpflichtung über dieses Haus hinaus, in dieser Metaffa der Hoffnung den Menschen das auch glaubwürdig in unserer Existenz zu vermitteln. Jeder auf seine Weise. Ich danke Ihnen sehr, sehr herzlich, und ich darf Ihnen wünschen, daß die Tage bis Weihnachten solche sein mögen, in denen darüber nachgedacht werden kann, wenigstens hin und wieder, was der Sinn unseres Tuns ist, damit wir uns im neuen Jahr in einer guten Gemeinsamkeit wieder treffen. (Allgemeiner Beifall. – 21.06 Uhr.)

Präsident (21.06 Uhr): Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren!

Die Beratungen des Hohen Hauses über den Landesvoranschlag 1989 sind nach einer Dauer von 35 Stunden und 40 Minuten, wozu sich die Abgeordneten und Regierungsmitglieder zu insgesamt 145 Wechselreden gemeldet haben, zu Ende gegangen.

Damit sind die Voraussetzungen für eine gedeihliche und gute Arbeit für 1989 geschaffen.

In diesem nun ablaufenden Jahr 1988 wurden in den insgesamt 11 Sitzungen des Steiermärkischen Landtages 214 Anträge von Abgeordneten, 181 Regierungsvorlagen, davon 23 Gesetzesvorlagen, sowie zwei dringliche Anfragen, eine Anzeige und drei Auslieferungsbegehren eingebracht.

Weiters wurden 200 Beschlüsse, darunter 24 Gesetzesbeschlüsse, und 34 Beschlußanträge im Rahmen des Landesvoranschlages 1989 gefaßt, die in weiterer Folge vom Landtag zum überwiegenden Teil einstimmig oder mit Mehrheit beschlossen worden sind.

Bei vier Landtagssitzungen, die mit einer Fragestunde begannen, wurden 66 Anfragen von Abgeordneten sowie 21 schriftliche Anfragen eingebracht.

Die Landtags-Ausschüsse haben in 99 Sitzungen – ich wiederhole das, in 99 Sitzungen – alle Vorlagen vorberaten, die im Landtag beschlossen wurden.

Eine eindrucksvolle Jahresbilanz.

Hohes Haus! Meine verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir nun, daß ich – wie es seit langem der Brauch ist – zum Abschluß der Budgetdebatte noch ein paar Bemerkungen einbringe, die mir persönlich am Herzen liegen.

Die erste betrifft mich selbst und mein Wirken in diesem Hohen Haus. Auch wenn ich es selbst nicht ganz glauben kann, ist es doch eine Tatsache: Es war meine 40. Budgetdebatte seit meinem Eintritt in das Hohe Haus im Oktober 1949. So selten ein solches Jubiläum auch sein mag, an sich wäre es – außer für den, den es selbst betrifft – nicht erwähnenswert. Das Ansammeln von Dienstjahren ist nicht unbedingt ein Verdienst.

Erwähnenswert erscheint es mir schon angesichts der Tatsache, daß sich in diesen 40 Jahren eine politische, gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung spiegelt, die ihresgleichen sucht.

Ich bin ein Zeitzeuge, der als junger Abgeordneter, als Mitglied der Landesregierung und schließlich als Präsident des Landtages mitgestalten und mitverantworten

durfte. Das ist mir gerade in diesen Tagen wieder besonders deutlich geworden. Betrug des Budgetvolumen des Landesvoranschlages 1950 knapp 335 Millionen Schilling, überschritt der Landesvoranschlag 1956 zum ersten Mal die Milliardengrenze. Von damals bis zum Landesvoranschlag 1989 mit einem Budgetvolumen von rund 27 Milliarden Schilling können wir den steilen Aufstieg unseres Landes ablesen.

Waren es in den vierziger Jahren noch die Probleme der nackten Not, des Hungers, der Rückführung der Kriegsgefangenen, des Wohnungselends, mit denen wir uns herumschlagen hatten, ging es damals schlicht und einfach um eine möglichst gerechte Verteilung des Mangels.

Nun stehen wir vor völlig neuen Aufgaben. Ich erinnere mich noch lebhaft vieler Diskussionen meiner Fraktion, aber auch hier im Hohen Haus, als wir vor vierzig und dreißig Jahren meinten, wenn wir diese Probleme gelöst haben, kommt nichts Ernstes mehr auf uns zu. Nicht zu Unrecht muß ich heute sagen, wie falsch diese Prognosen gewesen waren.

In unseren Tagen sorgen wir uns um eine möglichst gerechte Verteilung des relativen Wohlstandes und seine Bewahrung. Wir ringen um den Schutz unserer Umwelt, wir mühen uns, das, was wir geschaffen haben, abzusichern. Ganz besonders aber wollen wir unsere sozialen Errungenschaften sichern und bewahren. Wir sorgen uns um die Erhaltung der Arbeitsplätze.

Hohes Haus! Wir stehen am Anfang einer Straße, die uns in ein gemeinsames großes Europa führen soll, denn wir wissen nicht, wie der Weg wirklich aussehen und wie er enden wird.

Die zweite Anmerkung, die ich machen möchte, betrifft das Gedenk- und Bedenkjahr 1988, das nun im Strom der Zeit versinkt.

Wir haben im März dieses Jahres im Hohen Haus in einer Feierstunde der Ereignisse vor fünfzig Jahren gedacht.

Ich bilde mir ein, wenn ich mir all die vergangenen Diskussionen, Leitartikel und Gedenkstunden ins Gedächtnis zurückrufe, daß wir vielleicht doch fähig sind, das eine oder andere aus der Geschichte zu lernen.

Mit aller Relativierung natürlich. Zum ersten Mal habe ich den Eindruck, Fehler wurden nicht nur als Fehler erkannt und bekannt, man könnte sie in Zukunft tatsächlich vermeiden.

Das gibt mir den Mut, allen Verdächtigungen und Raunereien zum Trotz, an eine weitere gute Entwicklung in unserem Land zu glauben.

Wer Armenhäuser sehen will, möge sich nach Asien, Afrika oder nach Südamerika begeben. Er wird sie dort in Hülle und Fülle vorfinden.

Wir sind, nehmt alles in allem, ein liebenswertes und lebenswertes Land geworden.

Zum Dritten, und das ist gar nicht weit davon entfernt, gedachten wir in diesem Jahr des Tages, an dem Österreich vor siebzig Jahren Republik wurde.

1918 und 1938 sind zwei Gedenkjahre, die die Geschichte unseres Landes prägten.

1918 war das Jahr, in dem Österreich-Ungarn als europäische Ordnungsmacht von der Landkarte verschwand und sich in eine Reihe von Nachfolgestaaten auflöste.

1938 und danach hörten viele dieser Nachfolgestaaten auf, als selbständige Staaten existent zu sein.

1945 ist aus einem materiellen, seelischen und moralischen Trümmerhaufen ohnegleichen ein neues Europa entstanden. Ein Europa, an dessen Profil wir nach wie vor bauen.

Für mich steht fest, daß Österreich in diesem Europa seine Aufgabe und auch seinen Beitrag zu leisten hat. Unsere geopolitische Lage verpflichtet uns gerade dazu.

Unsere Neutralität bietet uns hier eine große Chance. Umso weniger sollten und dürften wir nicht vergessen, daß Österreich nicht 1918 und nicht 1945 entstanden ist, sondern daß wir uns zu Recht auf eine nahezu tausendjährige Geschichte berufen dürfen.

Zum Schluß, aber nicht als letztes, möchte ich die 100-Jahr-Feier der österreichischen Sozialdemokratie erwähnen, die in diesen Tagen und Wochen so eindrucksvoll stattfand. Sie erinnert uns an den faszinie-

renden Weg, den die Arbeiterschaft genommen hat, an ihren historischen Beitrag, ohne den unser Staat, wie er heute ist, niemals möglich gewesen wäre.

Aus den „vaterlandslosen Gesellen“ von damals – wie man zu sagen pflegte und wie sie sich auch selbst nannten – sind österreichische Patrioten und Mitgestalter unseres Landes geworden.

Staatsmänner von hohem Rang und Namen sind aus dieser Bewegung hervorgegangen. Stellvertretend für alle nenne ich Dr. Karl Renner.

Aus dem Staat, den keiner wollte, ist ein Land geworden, zu dem wir uns alle über die politischen Gegensätze hinweg gemeinsam bekennen.

In dieser Gesinnung beglückwünsche ich die Sozialistische Partei Österreichs zu ihrem 100-Jahr-Jubiläum. Ich wünsche ihr und uns allen weitere gemeinsame 100 Jahre.

Hohes Haus, verehrte Damen und Herren, ich rufe Ihnen zu: Dank und Respekt für Ihre Arbeit und für Ihren Einsatz im Jahr 1988 sowie frohe Weihnachten und ein Glück auf für 1989! Die Landtagssitzung ist geschlossen. (Allgemeiner Beifall. – Ende der Sitzung 21.19 Uhr.)